

Politische Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung

DISSERTATION

zur Erlangung des Grades des Doktors
der Philosophie (Dr. phil.)

am Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Peter Schisler
aus Wuppertal

1986



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554824_0016

Druck: Copy-Center in Dahlem

Ladenbergstraße 2-4

1000 Berlin 33

Tel. 831 40 25

Politische Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung

D I S S E R T A T I O N

zur Erlangung des Grades des Doktors
der Philosophie (Dr. phil.)

am Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Peter Schisler
aus Wuppertal

1986

Erstgutachter: Prof. Dr. Zeuner

Zweitgutachter: Prof. Dr. Kohli

Datum der Disputation: 13.2.87

Politische Sozialisation

und

Gesellschaftsentwicklung

	Seite
1 Einleitung	4
2 Begriffsbestimmung	22
2.1 Zum Begriff "politische Sozialisation"	22
2.2 Zum Begriff "Gesellschaftsentwicklung"	37
3 Analyse und Kritik zentraler Konzepte zur politischen Sozialisation und zur Gesellschaftsentwicklung - unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung	52
3.1 Verschränkung von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung innerhalb der politischen Sozialisationsforschung	52
3.1.1 Das Modell der politischen Sozialisation von PAWELKA	54
3.1.2 Das Modell der politischen Sozialisation von FREY	77
3.1.3 Das Modell der politischen Sozialisation von LORENZER	98
3.1.4 Das Modell der politischen Sozialisation von OTTOMEYER	112
3.2 Verschränkung von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung innerhalb von systemtheoretischen Konzepten	126
3.2.1 Systemtheorie und Gesellschaftsentwicklung	126
3.2.2 Gesellschaftsstruktur, Semantik und Gesellschaftsentwicklung	137
3.3 Zwischenresümee: Zur bisherigen Behandlung der Verschränkung von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung	149

4	Wechselwirkung zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung	164
4.1	Methodische Probleme der Analyse komplexer gesellschaftlicher Strukturzusammenhänge	164
4.2	Ein Strukturmodell zur Analyse der Wechselwirkung zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung	174
5	Aspekte der Studentenbewegung im Spektrum von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung	183
5.1	Elemente der politischen Sozialisation, politischen Identität und politischen Partizipation in der Studentenbewegung	193
5.2	Die Folgen der Studentenbewegung für die Gesellschaftsentwicklung am Beispiel von Entwicklungen im Bildungssystem	226
6	Resümee: Leistungsfähigkeit und Grenzen des vorgestellten Strukturmodells	241
7	Anmerkungen	248
8	Literaturverzeichnis	253

1 Einleitung

Innerhalb der Sozialisationsforschung ist in den letzten Jahren eine zunehmende Konzentration auf Fragen des quantifizierbaren Verlaufs politischer Sozialisationsprozesse und ihrer Folgen für die Konstitution von Subjektivität festzustellen (vgl. u. a. HURRELMANN 1980, S. 7 f.). Mit dieser Orientierung an mikrosoziologischen Problemstellungen, die primär die psychische Entwicklung von Individuen zu handlungsfähigen Mitgliedern der Gesellschaft thematisieren, geht eine Vernachlässigung von Fragen aus dem Bereich gesellschaftlich bedingter Konstitution und politisch-gesellschaftlicher Relevanz der Ausgestaltung sozialisatorischer Prozesse einher (ebenda).

In der **mikrosoziologisch** orientierten Sozialisationsforschung werden soziale, gesellschaftliche, politische usw. Umweltbedingungen als notwendige äußere Objektbezüge der - im Kern intrapsychisch zu erklärenden - Persönlichkeitsentwicklung verstanden (vgl. u. a. ULICH 1980 und SEILER 1980). Innerhalb dieser - die mikrosoziologischen Sozialisationsaspekte akzentuierenden - Richtung der Sozialisationsforschung werden Fragestellungen, die sich auf die Konstitution und den Wandel gesellschaftlicher Rahmenbedingungen von Sozialisationsprozessen beziehen, ebenso wenig berücksichtigt wie die Mittel, Methoden und Ziele, die die gesellschaftlichen Institutionen und Sozialisationsagenturen bei ihrer Einflußnahme auf die Sozialisation der Individuen einsetzen und verfolgen.

Im Mittelpunkt der **makrosoziologisch** ausgerichteten Sozialisationsforschung stehen Fragen der methodischen, formalen und inhaltlichen Steuerung von Sozialisationsprozessen durch gesellschaftliche Institutionen (u. a. PAWELKA 1977, DAWSON/PREWITT 1969). Die hierbei "im" Sozialisanden ablaufenden Prozesse werden eher am Rande behandelt.

Sowohl die makro- als auch die mikrosoziologische Sozialisationsforschung leistet eine empirische Aufarbeitung und theoretische Beschreibung des Verhältnisses von individueller politischer Sozialisation und politisch-gesellschaftlicher Determination der Inhalte, Formen und des Verlaufs politischer Sozialisationsprozesse - wenn auch aus jeweils unterschiedlicher Perspektive. Dabei werden u. a. strukturelle und/oder funktionelle Modelle der politischen Sozialisation entworfen und die gesellschaftliche Relevanz der politischen Sozialisationsprozesse wird diskutiert.

Beide Bereiche der politischen Sozialisationsforschung unterstellen zwar offensichtlich einen inhaltlichen und strukturellen Zusammenhang zwischen der gesellschaftlich bedingten Konstitution politischer Sozialisationsbedingungen, individueller politischer Entwicklung und politisch-gesellschaftlicher Gesamtentwicklung auf; eine explizite Analyse und **schwerpunktmäßige** Aufarbeitung der Problematik der wechselseitigen Verschränkung der individuellen "politischen" Entwicklung im Laufe der politischen Sozialisation und der Entwicklung politisch-gesellschaftlicher Verhältnisse wird jedoch weitgehend verzichtet.

Bevor an einigen wenigen Beispielen diese Behauptung illustriert wird, soll im folgenden das zugrundeliegende Verständnis der Verschränkung individueller "politischer" und politisch-gesellschaftlicher Entwicklung (kurz Gesellschaftsentwicklung) skizziert werden, um so die Schnittstellen verdeutlichen zu können, an denen eine Wirkungsanalyse des unterstellten Wechselprozesses ansetzen kann.

Aus der makrosoziologischen Perspektive erscheint die politische Sozialisation tendenziell als ein Instrument der "Gesellschaft", mit Hilfe dessen sie - durch die Setzung entsprechender Sozialisationsbedingungen, -formen und -in-

halte - ein politisches und gesellschaftliches Verhalten der Bürger zu erreichen sucht, das der Tradierung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse förderlich ist.

Die Tradierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die im historischen Regelfall von sachimmanenten, systemspezifischen, von den sozialisierten Individuen abgelöst erscheinenden Entwicklungsimperativen abhängt, erfordert die Setzung von Systemparametern mit dem Ziel, die Bürger zu einem systemkonformen politisch-gesellschaftlichen Partizipationsverhalten zu motivieren. Zugleich wird damit die Legitimation der gesellschaftlichen Verhältnisse gefördert und die politische Basis der Tradierung dieser Verhältnisse gestützt.

Die Verschränkung zwischen der im Prozeß der politischen Sozialisation vollzogenen individuellen "politischen" Entwicklung und der Gesellschaftsentwicklung erscheint in der traditionellen - heute nicht mehr aktuellen - systemtheoretischen Fassung politischer Sozialisation nahestehenden Betrachtungsweise reduziert auf eine Steuerung der politischen Sozialisation durch wohldefinierte, in ihrer Wirkung vorher bestimmbaren Veränderungen der politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen politischer Sozialisation.

In welcher Weise die Individuen im Rahmen ihrer politischen Sozialisation ihre politische Identität formen und damit ihre individuellen politischen Einstellungen, Überzeugungen und Handlungskompetenzen finden, kann nur durch eine Beschreibung der Bedingungen, Inhalte, Ergebnisse und des Verlaufs der politischen Sozialisation auf der **individuellen** Ebene erfaßt werden. Häufig bleibt jedoch innerhalb der mikrosoziologischen Sozialisationsforschung jedoch unbeachtet, daß die Individuen im Laufe des Aufbaus ihrer politischen Identität nicht "abstrakt" zu poli-

tischen Subjekten werden, sondern immer zu politischen Subjekten mit einer für die konkrete Gesellschaftsformation spezifischen Identität. Als Konsequenz dieser Überlegung ergibt sich die Notwendigkeit, bei der Einordnung, Bestimmung und Analyse der politischen Sozialisation neben typischen Struktur- und Systemparametern der jeweiligen Gesellschaftsformation auch die inhaltliche Determiniertheit politischer Sozialisation sowohl durch spezifische historische als auch aktuelle politisch-gesellschaftliche Prozesse, Erfahrungen und Traditionen zu berücksichtigen.

Für das hier vorgestellte Verständnis der Verschränkung zwischen individueller "politischer" Entwicklung im Rahmen und als Konsequenz von politischer Sozialisation auf der einen und Gesellschaftsentwicklung, als (mindestens) partielle Folge und Ausdruck des Ergebnisses der individuellen politischen Sozialisation auf der anderen Seite, ist folgender - unterstellter - Vermittlungs- bzw. Rückkopplungsprozeß entscheidend.

Im Prozeß der politischen Sozialisation werden die Individuen in einer Gesellschaftsformation - idealtypisch - zu handlungskompetenten politischen Subjekten, die ihre politische Identität und damit auch ihre Handlungs- und Verhaltensdispositionen durch ihre "politische Sozialisation" innerhalb des typischen Ausprägungsspektrums der jeweiligen Gesellschaft erwerben. Die politische Identität stellt dabei für den einzelnen Bürger die individuell-subjektive Voraussetzung für sein relevantes Partizipationsverhalten und -handeln dar.

Im Sinne des "herrschenden" Demokratieverständnisses (vgl. u. a. BÖHRET, S. 106 ff.) nehmen die Mitglieder der Gesellschaft als (Wahl-)Bürger über ihre politisch-gesellschaftliche Partizipation (z. B. im Wahlakt) auf den Prozeß der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung

Einfluß und wirken hierüber mittelbar zugleich auch auf die Ausgestaltung der allgemeinen Bedingungen der politischen Sozialisation ein. D. h. sie tragen dadurch zugleich zur Legitimation der Personen und/oder Institutionen, die die Bedingungen der politischen Sozialisation modifizieren, bei. Formal betrachtet, beteiligen sich die Gesellschaftsmitglieder damit auch an der Ausgestaltung der Bedingungen ihres eigenen politischen Sozialisationsprozesses.

Obwohl der Prozeß der Gesellschaftsentwicklung durch die individuellen Gesellschaftsmitglieder - im obigen Sinne - mitgestaltet werden kann, wird er durch die Verhältnisse, Beziehungen und überindividuellen Institutionen bestimmt, deren Tradierungsimperative weitgehend unabhängig vom jeweils vorhandenen Willen der Gesellschaftsmitglieder bestehen und sich entwickeln.

Die in einer Gesellschaft gegebenen formal-demokratischen Möglichkeiten für die am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß bewußt und aktiv teilhabenden Individuen, ihren politischen Willen und ihre politischen Interessen innerhalb und auf Basis der jeweils vorhandenen politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse durchzusetzen, stellen eine strukturelle Schnittstelle dar, an der auch die vorhandenen politischen Sozialisationschancen und -probleme aufgezeigt werden können. Zugleich muß diese Schnittstelle aus der Perspektive der politischen Sozialisation daraufhin untersucht werden, ob aufgrund der inneren Organisation bzw. der Entwicklungsbedingungen des jeweiligen Gesamtsystems den individuellen Sozialisationsprozessen strukturelle Restriktionen entgegengestellt werden und wie diese (ggf.) wirken.

Hierbei gewinnen neben den Partizipationsansprüchen der Gesellschaftsmitglieder die Institutionen, die sachimmanenten Formen und die Mechanismen an Bedeutung, die die Antriebskräfte der Aufrechterhaltung politisch-gesellschaftlicher Verfahrensmechanismen darstellen und das Verhältnis gesellschaftlicher Entwicklung zum Partizipationsverhalten der Individuen determinieren.

Bei der Analyse der Rückwirkungen der über politische Sozialisationsprozesse bewirkten politischen Partizipation auf die weitere Entwicklung der politischen Sozialisationsbedingungen muß zwischen unmittelbar und mittelbar wirkenden Effekten unterschieden werden.

Unmittelbare Rückkoppelungseffekte liegen dann vor, wenn die Teilnehmer an politischen Partizipationsaktivitäten durch ihr aktuelles politisch relevantes Handeln einen Teil der Rahmenbedingungen ihrer politischen Sozialisationsprozesse (z. B. Wechsel ihrer politischen Interaktionspartner durch Parteieintritt, Beteiligung an Demonstrationen usw.), die Inhalte und die Art ihrer Sozialisationsbeziehungen (z. B. in Bürgerinitiativen) oder die Interpretation ihrer Sozialisationserfahrungen (durch eine Erweiterung politischer Beurteilungskriterien) so verändern, daß beispielsweise eine Veränderung des Charakters der jeweiligen Sozialisationsprozesse deutlich wird oder sich die Entwicklung einer politischen Identität manifestiert. Die individuellen Aktivitäten wirken unmittelbar auf den Prozeß der Sozialisation zurück und verändern ihn nach Maßgabe der individuellen, aktuellen, politisch relevanten Erfahrungen der Beteiligten.

Von mittelbaren Rückkoppelungseffekten, die im weiteren besonders interessieren, soll dann gesprochen werden, wenn es infolge politischer Partizipationsaktivitäten zu poli-

tisch-gesellschaftlichen Entwicklungsvorgängen kommt, die eine (allgemeine) Veränderung der politischen Sozialisationsbedingungen bewirken.

Während unmittelbare Rückkoppelungseffekte durch einen engen zeitlichen Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung gekennzeichnet sind, zeichnen sich mittelbare durch zeitliche Verzögerungen aus. Diese zeitliche Distanz zwischen Ursache und Wirkung kann eine Verdeckung der ursprünglichen Veränderungsimpulse und eine Veränderung ihrer Wirkung zur Folge haben.

Die Chancen der Wirksamkeitsentfaltung politischer Partizipationsaktivitäten auf die Gesellschaftsentwicklung (und damit letztendlich auch auf die Gestaltung der politisch-gesellschaftlichen Sozialisationsbedingungen) können im Zusammenhang mit obigem Verlaufsschema und dem Typ der Gesellschaftsformation, ihrer inneren Strukturmerkmale und der herrschenden Bewußtseinsformen näher bestimmt werden.

Ohne die Möglichkeit der faktischen Einflußnahme politisch sozialisierter Gesellschaftsmitglieder auf die Gesellschaftsentwicklung unterschätzen zu wollen, erweist es sich als offensichtlich, daß der gesamtgesellschaftliche Verlauf politisch-gesellschaftlicher Entwicklung primär durch Veränderungsimpulse aus der sozio-kulturellen, politischen und ökonomischen Sphäre und deren Wechselwirkung konstituiert wird.

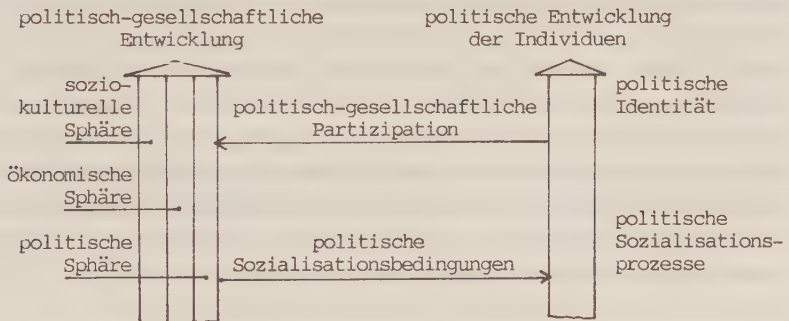
Daher interessiert im folgenden besonders, ob bzw. in welchem Ausmaß und unter welchen Bedingungen die von den politisch sozialisierten Gesellschaftsmitgliedern realisierten Partizipationsansprüche faktischen Einfluß auf die Gesellschaftsentwicklung nehmen. Letztlich wird sich hierbei ggf. auch erweisen, welche Mechanismen für den unterstellten formalen Zusammenhang zwischen politischer Sozia-

lisation und Gesellschaftsentwicklung in der politisch-gesellschaftlichen Praxis maßgeblich sind.

Der im Kern sachlogische Rückkoppelungsprozeß zwischen der Entwicklung der Gesellschaft und der individuellen politischen Sozialisation konstituiert eine Kette von Wechselwirkungsprozessen, die ihrerseits dem methodischen Instrumentarium der politischen Sozialisationsforschung unter Einschluß politologischer Kategorien zugänglich sind.

Illustriert werden kann dieser Gesamtzusammenhang von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung in seinen partiellen Wechselwirkungsprozessen durch folgende Skizze:

Zusammenhang von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung



Eine umfassende - die Verschränkung des politischen Sozialisationsprozesses mit dem der Gesellschaftsentwicklung betonenden - Analyse der politischen Sozialisation muß somit die Konstitution und Umsetzung der aus der gegebenen gesellschaftlichen Situation resultierenden gesellschaftlichen Ansprüche an die Inhalte und den Verlauf der politischen Sozialisation der Gesellschaftsmitglieder einschließen. Weiterhin muß der die individuelle politische Sozialisation bestimmende Prozeß sowie sein Ergebnis, soweit dieses in der politischen Identität der Individuen zum Ausdruck kommt, miteingeschlossen und das politisch-gesellschaftliche Partizipationsverhalten der Individuen in seiner Bedeutung für die Gesellschaftsentwicklung berücksichtigt werden.

Zusammenfassend soll somit behauptet - und an anderer Stelle genauer belegt - werden, daß in der politischen Sozialisationsforschung zwar auf die Problematik des Entstehens, des Verlaufs, der Inhalte und der Modifikation der politischen Sozialisation von Individuen durch gesellschaftlich determinierte politische Sozialisationsprozesse eingegangen, jedoch den Bedingungen und Problemen der Verschränkung der über die gesellschaftlich determinierten Sozialisationsprozesse vermittelten individuellen Subjektwerdung und dem hierin eingeschlossenen Aufbau einer für die gesellschaftliche Entwicklung relevanten individuellen Partizipations- und politisch-gesellschaftlichen Handlungskompetenz kaum Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die angesprochene Verschränkung zwischen individueller politisch-gesellschaftlicher Entwicklung im Rahmen der politischen Sozialisation und der gesellschaftlichen Entwicklung als Ergebnis gesamtgesellschaftlicher Veränderungsprozesse - einschließlich der politisch-gesellschaftlich bedeutsamen Handlungen der Individuen - umschließt

- a) jene kurzfristigen und aktuellen gesellschaftlichen Veränderungsaspekte, die aus der unmittelbaren Interaktion der "Individuen" mit der "Gesellschaft" bzw. ihren "Institutionen" hervorgehen und u. a. von EASTON/DENNIS 1969 unter dem Terminus "Streß" bzw. "Streßreaktionen" angesprochen werden, und
- b) die längerfristige Entwicklung von gesellschaftlichen Konfigurationen, historisch spezifischen Handlungsmodellen und typischen Entwicklungsmustern gesellschaftlicher Verhältnisse.

Insbesondere muß dabei die Art und Weise sowie das Ausmaß individueller Einflußnahme auf die gesellschaftliche Entwicklung durch praktiziertes politisch-gesellschaftliches Partizipationsverhalten berücksichtigt werden. Im Hinblick auf den Veränderungsprozeß gesellschaftlicher Verhältnisse muß sich auch zeigen, wie hierüber vermittelt, auf mittel- und langfristige Bedingungen der politischen Sozialisation verändernd eingewirkt und so ggf. auf die jeweilige Ausgestaltung der eigenen politischen Identität Einfluß genommen werden kann.

Eine konzeptionelle Berücksichtigung der Auswirkungen der unmittelbaren Rückkoppelungsprozesse zwischen sich entwickelnder politischer Identität und der individuellen Einbindung in aktuelle politische Sozialisationsprozesse sowie der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse, z. B. bei einer Untersuchung der politischen Sozialisation in den neuen sozialen Bewegungen bzw. in der alternativen Szene, eröffnet die Möglichkeit einer umfassenderen Analyse ihrer inneren Entwicklungsdynamik, soweit sie auf politischen Sozialisationsprozessen beruht.

Weiterhin können hierbei Elemente eines Wirkmechanismus deutlich werden, die die Basis für Erklärungsmuster liefern, mit Hilfe derer u. a. die quantitative Vergrößerung der Gruppe der Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland, die neuerdings wieder verstärkt konservative politische Einstellungsmuster aufweisen, aus sozialisationstheoretischer Perspektive verständlich gemacht werden kann.

Das Fehlen einer systematischen Aufarbeitung des wechselseitigen Bezugs von individueller politischer Subjektwerdung und -modifikation sowie politisch-gesellschaftlicher Entwicklung im Rahmen der politischen Sozialisationsforschung, aber auch im Bereich der Erforschung der Gesellschaftsentwicklung, zeigt sich an bestimmten, von verschiedenen Sozialisationsforschern registrierten empirischen und theoretischen Mangelsymptomen.

So stellt u. a. KULKE in ihrer Untersuchung der politischen Bildung für den speziellen Bereich der politischen Erziehung - einschl. ihrer bildungspolitischen Bedingungen - das Fehlen eines interdisziplinär ausgerichteten Modells der politischen Sozialisation fest und fordert insbesondere eine Konzeptionalisierung des Zusammenhangs zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsveränderung, in der der "scheinbar unaufhebbare Widerspruch zwischen kritisch-demokratischer Gesellschaftsveränderung - als immerhin breit sanktioniertem Sozialisationsziel - und seiner gesellschaftlich strukturell blockierten Realisierung" (KULKE 1980, S. 772) thematisiert wird.

Innerhalb der politischen Sozialisationsforschung steht eine Vielzahl von Konzepten zur Verfügung, die die Bedingungen, den Verlauf und die Folgen der politischen Sozialisationsprozesse für die Entwicklung der individuellen Wertpräferenzen untersuchen sowie deren Bedeutung für die Persönlichkeitsstruktur bzw. das politische Verhalten der

Individuen kenntlich machen und damit zu gleich die potentiellen individuellen Voraussetzungen ansprechen, die die Individuen befähigen, auf den Verlauf der Gesellschaftsentwicklung Einfluß zu nehmen (vgl. u. a. LÜSCHER 1968). Kein sozialisationstheoretischer Ansatz wurde (z. B.) zu einem Sozialisationsmodell entwickelt, das eine konzeptionelle Integration des Verhältnisses von individueller politischer Sozialisation und gesellschaftlicher Entwicklung beinhaltet.

GRONEMEYER untersucht zwar den Zusammenhang von "Öffentlichkeit, politischer Sozialisation und gesellschaftlicher Veränderung" (GRONEMEYER 1976, S. 173), jedoch unter dem Aspekt des "Zerfalls der bürgerlichen Öffentlichkeit" (ebenda) und diskutiert primär Möglichkeiten der politischen Erwachsenenbildung im Hinblick auf eine Veränderung der Öffentlichkeit.

In Realanalysen aus dem Bereich der Sozialisationsforschung wird der Zusammenhang zwischen Gesellschaftsentwicklung und politischer Sozialisation meist nur in Teilaspekten angesprochen - so beschränkt sich z. B. INGLEHART auf die Thematisierung des "Wertewandels". INGLEHART konzentriert sich auf den Aspekt der Veränderung politisch-gesellschaftlicher Wertprioritäten in bestimmten Alterskohorten und auf ihre Entstehung und Bedeutung im Hinblick auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Seine Reflexion der Ursachen von Veränderungen individueller Wertprioritäten münden in der - nicht überraschenden - Feststellung, "daß sozio-ökonomische Veränderung die Wertpräferenzen von Menschen verändern kann" (INGLEHART 1980, S. 145).

Der aus einer veränderten politischen Werthaltung z. B. resultierende Wandel im politischen Partizipationsverhalten bzw. in der politischen Handlungskompetenz und damit in

der Veränderung der Art und des Umfangs der Einflußnahme auf die politisch-gesellschaftliche Umwelt durch diese Bevölkerungsteile findet - nach dem ersten Eindruck, der im weiteren zu bestätigen sein wird - weder in sozialisationsspezifischen Realanalysen, noch in der konzeptionellen Gestaltung von makro- oder mikrosoziologischen Sozialisationsmodellen eine angemessene Berücksichtigung.

Da dem Zusammenhang von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung innerhalb der politischen Sozialisationsforschung kein zentraler Stellenwert zukommt, ist die Annahme berechtigt, daß dieser Gegenstandsbereich (ggf.) eher den Forschungsrichtungen zugeordnet werden muß, die Fragen nach den Bedingungen von Gesellschaftsentwicklung in den Mittelpunkt ihres Forschungsinteresses stellen.

OFFE z. B. erwähnt Probleme der politischen Sozialisation im Zusammenhang mit der Gesellschaftsentwicklung, soweit er aus der Perspektive der politischen Wissenschaften den Zusammenhang von Gesellschaftsentwicklung und politischen Einstellungen bzw. politischer Partizipation erörtert. Er diskutiert diese Probleme jedoch weder aus, noch konzeptionalisiert er sie.

OFFE nimmt sich des Problemfeldes der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung und der politischen Sozialisation an - ohne allerdings diese Terminologie explizit zu verwenden -: im Rahmen seiner Kritik an dem auf Konkurrenzparteien begründeten bundesrepublikanischen Demokratiemodell hält er diesem (ebenso wie dem Parlamentarismus und der Bürokratie) vor, nicht nur "die Bedürfnisse und Interessen der vergesellschafteten Individuen zu verzerren ..., sondern daß sie außerdem (und widersprüchlicherweise) im Kontext sozialökonomischer Strukturen und Tendenzen **auch** die Funktion haben ..., ein Potential nicht integrierbarer

politischer Bedürfnisse ... sich anhäufen zu lassen" (OFFE 1980, S. 28). OFFE lokalisiert die Ursachen für den Konflikt zwischen politisch-gesellschaftlichem System und politischen Willensbildungsprozessen bestimmter Teile der Bevölkerung in politischen Identitätskonflikten der politischen Willensbildungssubjekte (vgl. ebenda, S. 30 ff.).

Die Konfliktsituation ist (mit anderen Worten) letztlich in politischen Sozialisationsprozessen der Individuen begründet. OFFE verzichtet allerdings auf eine konzeptionelle Einbindung dieses Zusammenhangs.

Aus kritisch-dialektischer Perspektive schätzt z. B. TJADEN (1972) eine Theorie der Gesellschaftsentwicklung vor, die "über das Vergesellschaftungskonzept bürgerlicher Soziologie" (TJADEN 1972, S. 285 - Nachwort) hinausgeht. Die historische Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse wird - innerhalb dieses Ansatzes - von einem ökonomisch determinierten gesellschaftlichen Bewegungsgesetz bestimmt, das eine dialektische Selbstentfaltung der Gesellschaftsform bewirkt. Hierbei erscheinen die gesellschaftlichen Verhältnisse im wechselseitigen Handeln und Verhalten der Menschen und sind zugleich deren Ergebnis.

Obwohl die letzte Formulierung die Möglichkeit einer Thematisierung von Sozialisationsprozessen und ihrer möglichen Wirkungen auf die Gesellschaftsentwicklung impliziert, wird diese Thematik (auch von TJADEN) nicht angesprochen. Sein Interesse konzentriert sich auf das Problem der Wirkungsbeschreibung des ökonomisch bestimmten gesellschaftlichen Bewegungsgesetzes in Gesellschaftsformationen mit kapitalistisch bestimmter Ökonomie.

Systemtheoretische Analyseansätze (siehe Kapitel 3.2) tragen mit ihrer Konzentration auf die Beschreibung von

Strukturen und Mechanismen von gesellschaftlichen Systemen sowie deren Entwicklung ebensowenig zum besseren Verständnis des konkreten, sich dynamisch verschränkenden Zusammenhangs zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung (auch speziell in Staaten mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung und parlamentarisch-rechtsstaatlicher politischer Struktur) bei, wie traditionelle materialistisch orientierte Interpretationen - und ihre modernen Variationen (vgl. u. a. FAULSTICH-WIELAND 1976). Insbesondere innerhalb der letztgenannten Theorierichtung wird jeglicher politisch-gesellschaftlicher Wandel primär auf die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse reduziert, die ihrerseits in entscheidendem Maße als das Ergebnis des zirkulären Reproduktionsprozesses des Kapitals und weniger als eine Konsequenz politischer Sozialisationsprozesse gesehen werden.

Zur Beschreibung der Bedingungen und des Verlaufs von Entwicklungsprozessen in kapitalistisch determinierten Gesellschaftssystemen unter besonderer Berücksichtigung der Bedeutung der politischen Sozialisation, der Entwicklung der politischen Identität sowie des individuellen politisch-gesellschaftlichen Partizipationsverhaltens wird zum einen die Verdeutlichung der Relevanz des Fortgangs der ökonomischen Verhältnisse und zum anderen die Untersuchung des Zusammenhangs der differenzierten gesellschaftlichen Sphären untereinander in Hinblick auf die in diesen Bereichen kreierten gesellschaftlichen Entwicklungsimpulse notwendig.

Die aufgezeigte Vernachlässigung des wechselseitigen Bezugs von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung sowie seine fehlende konzeptionelle Einbindung entweder in ein Modell der politischen Sozialisation oder in eines der Gesellschaftsentwicklung manifestiert sich nicht nur in einer mangelnden Erschließung dieses Themen-

bereichs, sondern läßt darüberhinaus die Vermutung zu, daß in dieser konzeptionellen Beschränkung auch **ein** wesentlicher Grund für den Rückgang der Bedeutung der politischen Sozialisationsforschung innerhalb der politischen Wissenschaften liegt.

Dabei sollten doch z. B. die in den neuen sozialen Bewegungen bzw. in der alternativen Szene stattfindenden politischen Sozialisationsprozesse und die hieraus resultierenden politisch-gesellschaftlichen Einstellungsunterschiede auf der einen Seite und die bereits erwähnte neue Tendenz zu konservativeren politisch-gesellschaftlichen Einstellungen Jugendlicher auf der anderen Seite, die jeweils mit unterschiedlichen politischen Partizipationsaktivitäten verbunden sind und offensichtlich nicht ohne Auswirkung auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland bleiben, zentrales Thema der politischen Sozialisationsforschung aus der Perspektive der politischen Wissenschaften sein.

Zur Belegung der bisher skizzierten zentralen Arbeitsthese, daß insbesondere innerhalb der derzeitigen Sozialisationsforschung das Verhältnis von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung keine angemessene Berücksichtigung findet und daß durch diesen Mangel sowohl die begrenzte Fähigkeit der politischen Sozialisationsforschung bei der konzeptionellen Erfassung politischer und sozialer Entwicklungsprozesse als auch ihr Bedeutungsrückgang bei der empirischen Untersuchung und theoretischen Beschreibung der aktuellen politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen sowie des Wandels der Sozialisationsprozesse mitverursacht wird, sollen in der anstehenden Arbeit daher wesentliche Ansätze aus dem Spektrum der Sozialisationsforschung, die sich inhaltlich mit politischen Sozialisationsprozessen befassen, im Hinblick auf die in ihnen vor-

genommene Berücksichtigung der Beziehung von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung untersucht werden.

Darüber hinaus sollen insbesondere die in den zu untersuchenden Sozialisationskonzepten vorhandenen funktionellen, formalen und inhaltlichen Zusammenhänge zwischen dem durch die gesellschaftlichen Verhältnisse determinierten Verlauf der individuellen politischen Sozialisation, der Entwicklung zu politisch handlungsfähigen Bürgern und der Einflußnahme der entsprechend politisch sozialisierten Bürger auf die Gesellschaftsentwicklung mit dem Ziel einer genaueren Analyse unterzogen werden, Ansätze für eine Integration der Beziehung von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung zu formulieren.

Die Konzentration auf den Aspekt der "Gesellschaftsentwicklung" innerhalb der Sozialisationsforschung und auf den Bereich der "politischen" Sozialisation macht eine vorgängige Begriffsbestimmung und eine Analyse des Standes der Sozialisationsforschung im Hinblick auf die Abgrenzung der politischen Sozialisation von der (allgemeinen) Sozialisation notwendig (Kapitel 2).

Im Mittelpunkt der Arbeit (Kapitel 3) stehen Analyse und Kritik zentraler Sozialisationstheorien, die sich mit politischen Sozialisationsprozessen beschäftigen bzw. deren theoretische Ansätze Bedeutung im Hinblick auf die Problematisierung des wechselseitigen Zusammenhangs von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung zukommt. Die Analyse und Kritik zweier systemtheoretischer Ansätze LUHMANNs, die jeweils ein Konzept für gesellschaftliche Entwicklungsprozesse beinhalten, ergänzen die Untersuchung dieses Zusammenhangs.

In Kapitel 4 werden einige methodische Probleme erörtert sowie ein Konzept zur inhaltlichen und strukturellen Integration des wechselseitigen Funktionszusammenhangs von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung skizziert.

Anschließend (Kapitel 5) wird unter Zuhilfenahme der entwickelten Kategorien ein begrenzter und in seinen historischen Auswirkungen überschaubarer Ausschnitt der jüngeren Zeitgeschichte der Bundesrepublik Deutschland einer knappen Realanalyse unterzogen. Am Beispiel der Bedingungen, des Verlaufs und den politisch-gesellschaftlichen Folgen der Studentenbewegung wird der Versuch unternommen, die gesellschaftlichen Bedingungen und praktischen Folgen der Wechselwirkungen und Rückkoppelungsprozesse zwischen den politischen Sozialisationsbedingungen, den politischen Sozialisationsprozessen, der Entwicklung der individuellen politischen Identität, dem Aufbau und der Modifikation von politisch-gesellschaftlichen Partizipationsansprüchen und der Auswirkung der politischen Teilhabe auf die Gesellschaftsentwicklung sowie die hieraus resultierenden Veränderungen der politischen Sozialisationsverhältnisse exemplarisch zu demonstrieren.

In der zusammenfassenden Schlußbetrachtung (Kapitel 6) wird die Notwendigkeit einer konzeptionellen Fassung des Zusammenhangs von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung auf der Basis der vorgestellten Ergebnisse eingeschätzt. Des weiteren werden Möglichkeiten für zukünftige und insbesondere ausführlichere Realanalysen aufgezeigt.

2 Begriffsbestimmung

2.1 Zum Begriff "politische Sozialisation"

Die Untersuchung der Bedeutung der politischen Sozialisation für die Beteiligung der Bürger am Prozeß der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung macht eine vorgängige Beschäftigung mit dem Sozialisationsbegriff insbesondere mit dem Terminus "politische Sozialisation" unumgänglich. Die unterschiedlichen und selten auf eine gemeinsame Grundform zurückzuführenden Bestimmungen der Begriffe "Sozialisation" und "politische Sozialisation" wurden bereits mehrfach gesammelt und nach unterschiedlichen Ordnungskriterien strukturiert (u. a. GAUMANN 1973, LÜCK 1976, HURRELMANN 1976, HURRELMANN/ULICH 1980, KAMPER 1974, FAULSTICH-WIELAND 1974). Auf eine erneute, ausführliche Aufzählung oder Ausbreitung häufig verwendeter Definitionen kann daher an dieser Stelle verzichtet werden; jedoch ist für eine Abgrenzung des Begriffs der "Sozialisation" von dem der "politischen Sozialisation" die geraffte Darstellung der theoretischen Grundpositionen gegenwärtig relevanter Sozialisationskonzepte - einschließlich der jeweiligen Fassung ihres Sozialisationsbegriffs - unabdingbar.

Der Gegenstandsbereich der Sozialisationsforschung, die gesellschaftlich vermittelte Subjektwerdung der Menschen, umschließt Problemstellungen, deren Spektrum sich - von intrapsychischen Themen ausgehend - über den Verlauf von Sozialisationsprozessen bis zur Untersuchung der gesellschaftlichen Normierung der Sozialisation erstreckt. Innerhalb dieser umfassenden Skizzierung des Gegenstandsfeldes der Sozialisationsforschung können zumindest zwei Bereiche der theoretischen und empirischen Forschungsaktivitäten unterschieden werden, die entsprechend ihrer metho-

dischen Schwerpunktbildung einerseits dem mikrosoziologischen und andererseits dem makrosoziologischen Forschungsschwerpunkt zugeordnet sind.

Die mikrosoziologisch orientierte Sozialisationsforschung fragt nach den intrapsychischen Prozessen, die die Entwicklung des Menschen zu einem handlungsfähigen Individuum steuern. In dieser primär (sozial-)psychologischen Sicht erhalten die familialen, sozialen und gesellschaftlichen Umweltbedingungen als notwendige äußere Objektbezüge der im Kern individualpsychologisch zu erklärenden Persönlichkeitsentwicklung einen im wesentlichen reflektiven Status. Das heißt, indem von den vorgefundenen Anlagen des Individuums ausgegangen wird, stellt sich die Sozialisation des Individuums als ein Entwicklungsvorgang dar, der in seinem Verlauf psychische Modifikationen durch die jeweils gegebenen Objekte der individuellen Umwelt bewirkt (vgl. u. a. A. FREUD 1973).

Neben diesen psychologisch ausgerichteten Ansätzen zur sozialisationstheoretischen Erklärung des Prozesses der Ausbildung von Subjektivität, Identität und Handlungskompetenz können dem mikrosoziologischen Bereich der Sozialisationsforschung auch die sozialisationstheoretischen Ansätze zugeordnet werden, die den Prozeß der Internalisierung bestimmter Werte, Verhaltensweisen und Handlungskonzepte - gemäß der Vorgabe aus der sozialen Umwelt - in den Mittelpunkt ihres Interesses rücken, wie z. B. rollen- und interaktionstheoretische Erklärungsmodelle. Im weiteren Bereich der mikrosoziologisch orientierten Sozialisationsforschung zeigt sich eine Tendenz, den empirisch quantifizierbaren Austauschprozeß zwischen Individuum und Umwelt in seiner Relevanz für den Aufbau der Identität einer Person schwerpunktmäßig zu untersuchen (vgl. u. a. EHRHARDT 1976).

Im Gegensatz hierzu thematisiert die makrosoziologische Sozialisationsforschung die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Verlaufs von Sozialisationsprozessen und die Funktionalität der Sozialisationsergebnisse für die Gesellschaft. Die Frage nach individuellen Verlaufsformen des Aufbaus und der Modifikation von Subjektivität wird entweder nur tangential oder ausgehend von den gesamtgesellschaftlichen Voraussetzungen der Sozialisation auf der Ebene der Individuen diskutiert.

Auch die in neueren Übersichtsveröffentlichungen zur Sozialisationsforschung (vgl. u. a. HURRELMANN/ULICH 1980) konstatierte Konzentration auf die Frage nach dem Verlauf konkreter Sozialisationsprozesse auf der individuellen Ebene verweist auf die derzeit stärkere Akzentuierung des mikrosoziologischen Ansatzes mit seiner Schwerpunktsetzung auf die Analyse der psychischen Konstitutionsbedingungen von Subjektivität. Alle wesentlichen Ansätze zur Erforschung der Sozialisation in den beiden letzten Jahrzehnten berücksichtigen - zumindest reflektiv - die inhaltliche Normierung durch gesellschaftlich gesetzte Sozialisationsbedingungen, die Probleme des individuellen Vollzugs von Sozialisationsprozessen und die Bedeutung der individuellen Sozialisationsergebnisse für die gesellschaftliche Stabilität. Gemäß dieser Aspekte von Sozialisation können drei Schwerpunkte ihrer begrifflichen Bestimmung unterschieden werden:

- 1) Sozialisation als Bezeichnung der Vorgänge, die im Individuum selbst ablaufen, einschließlich ihrer Modifikation durch soziale Umweltfaktoren. Insbesondere gewinnen hier Wahrnehmung und Verarbeitung von Einflüssen aus der persönlichen Umwelt auf die Entwicklung einer individuellen Persönlichkeitsstruktur eine zentrale Bedeutung (vgl. u. a. SEILER 1980).

- 2) Dem auf das zu sozialisierende Individuum konzentrierten Sozialisationskonzept steht ein Sozialisationsbegriff gegenüber, der seine Perspektive auf die gesellschaftlichen Aktivitäten und Vorkehrungen richtet und die Entwicklung der Persönlichkeitsstruktur des Individuums sowie die Mechanismen seiner Einbindung in die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse betont. Hierbei wird der Sozialisationsprozeß häufig als personaler Interaktionsprozeß zwischen Sozialisand und Sozialisator verstanden. Es geht, wie NEIDHARDT im Rückgriff auf ABERLE formuliert, "vor allem darum, Sozialisatoren als 'products of the wider social structure' zu erkennen" (NEIDHARDT 1971, S. 7, vgl. auch STEINKAMP 1980, passim).
- 3) Die dritte Ausprägung des Sozialisationsbegriffs stellt weder das zu sozialisierende Individuum noch die sozialisierende Umwelt bzw. die gesellschaftliche Determination des Sozialisanden in den Mittelpunkt ihrer Definitionsbemühungen, sondern macht den Prozeß der Vermittlung zwischen beiden Polen zum Gegenstand der Begriffsbestimmung. Die Vermittlung von Strukturen des Denkens, Erkennens und Handelns in der Auseinandersetzung des Individuums mit den gesellschaftlich vorgefundenen Normen, Werten und Funktionen wird als Sozialisation betrachtet - im Sinne einer Sozialisation der menschlichen Natur (vgl. u. a. BRIM 1974 und EHRHARDT 1976).

Die hier skizzierte unterschiedliche theoretisch und methodisch begründete Bestimmung des Sozialisationsbegriffs bezieht sich jeweils auf den gesamten Prozeß der Aneignung von Normen, Werten, Handlungskompetenzen usw. der Gesellschaftsformation, in der die zu sozialisierenden Individuen leben. Soweit als Ergebnis des Sozialisationsprozesses generell die Entwicklung bzw. (bei Erwachsenen)

die Veränderung der individuellen Identität verstanden wird, bildet diese individuelle Identität die Grundlage aller Aspekte sozialen Verhaltens.

Die begriffliche Unterscheidung zwischen der Sozialisation im allgemeinen und der politischen Sozialisation im besonderen kann daher nicht auf der Ebene der angegebenen unterschiedlichen Perspektiven, bezogen auf den Prozeßcharakter der Sozialisation oder der Methodik seiner Erforschung, vollzogen werden. Vielmehr zielt die Separation der politischen Sozialisation als einer zentralen Dimension der allgemeinen Sozialisation auf die besonderen Inhalte, die im Gesamtprozeß der Sozialisation involviert sind. Das heißt, der Gesamtprozeß der Sozialisation umschließt bereits alle Sozialisationsinhalte in nicht expliziter Form, also auch jene Inhalte der Sozialisation, die im folgenden als politische Sozialisation näher zu bestimmen sind.

Die Frage der Abgrenzung der politischen Sozialisation von der "nichtpolitischen" Sozialisation konzentriert sich somit auf die Identifizierung der Aspekte, die als politische gelten können. Die Vereinfachung des Gegenstandsbereichs der Sozialisationsforschung beim Übergang von Fragestellungen der Sozialisation zu Fragestellungen der politischen Sozialisation beruht vorwiegend auf der Ausblendung bestimmter Sozialisationsprozesse, -ziele und -abläufe, bei denen jeweils keine politisch relevanten Inhalte vermittelt werden. Die verbleibenden Sozialisationsinhalte und die hiermit verbundenen Prozesse der Sozialisation werden zur politischen Sozialisation.

Da im vorliegenden Fall die Identifizierung der politischen Sozialisationsinhalte zur Abgrenzung von den nichtpolitischen Inhalten für die Bestimmung der Grenze zwischen politischer Sozialisation und "nichtpolitischer" So-

zialisierung eine konstitutive Bedeutung erhält, verlagert sich ein Teil der Abgrenzungsproblematik der politischen Sozialisationsforschung auf die Bestimmung des Politikbegriffs.

Nur die Sozialisationsinhalte, die letztlich gemäß dem unterstellten bzw. dem vorherrschenden Politikbegriff als politisch relevant bestimmt werden können, werden zu Inhalten der politischen Sozialisation. Zur Verdeutlichung des im weiteren verwendeten Politikbegriffs sollen folgende drei traditionelle Politikbegriffe (in Anlehnung an den Ausführungen bei SCHLANGEN 1974 und ALEMANN/FORNDRAN 1974) in ihrer Konsequenz für die Abgrenzung der politischen Sozialisation von der sonstigen Sozialisation aus politikwissenschaftlicher Sicht skizziert werden:

- a) der essentialistische Politikbegriff,
- b) der empirisch-analytische Politikbegriff und
- c) der historisch-dialektische Politikbegriff.

ad a)

Die politikwissenschaftlichen Theorieansätze, denen ein essentialistischer (oder ontologischer) Politikbegriff zugrundeliegt, beziehen sich auf Grundfunktionen des Politischen der Gesellschaft, welche durch die geschichtlichen Veränderungen in ihrem Substrat nicht tangiert werden. In ihrem Selbstverständnis stellen sich die Vertreter dieser Richtung (vgl. u. a. HENNIS 1963) in die Tradition der praktischen Philosophie. Die politische Wissenschaft soll dabei die Frage nach dem Sinn des Politischen mit klären helfen und die institutionellen Erscheinungsformen des Politischen in einer gegebenen politisch-historischen Phase analysieren. Die Funktion des Politischen in seinem Kernbereich reduziert sich auf die Gestaltung der unabdingbaren herrschaftlichen Ordnungsverhältnisse im Zusammenleben der Gesellschaftsmitglieder. Aus diesem Aspekt

wird auch verständlich, daß sich innerhalb unterschiedlichster historischer Epochen das Phänomen des Politischen immer in ähnlicher Weise zeigen soll.

Politik versteht sich als Kampf um die legitimierbare Macht, Ordnung im Staate im Sinne einer "gerechten Ordnung" gestalten zu können. Die sich in ihrem Verständnis von politischem Kampf ausdrückende Anerkenntnis der Existenz eines allgemeinen Maßstabes, der das individuelle Handeln überhistorisch in einem normativen Sinne bestimmt, bedingt eine Vorstellung vom Menschen, der in der Lage ist, die unveränderlich geltende Seinsordnung sowie die eigene Gesetzmäßigkeit zu erkennen, sich einzuordnen und daraus Schlüsse für die praktische Politik zu ziehen.

Soweit innerhalb dieser Konzeption der politischen Wissenschaft die politische Sozialisation überhaupt zum Gegenstand der wissenschaftlichen Analyse werden kann, reduziert sich ihr Gegenstandsbereich im wesentlichen auf Fragen nach den Möglichkeiten des Einzelnen, ob durch die historisch vorherrschende politische Sozialisation in der jeweils empirisch existierenden Gesellschaft das Allgemeine des Politischen erkennen zu können und auf Fragen nach den Sozialisationsprozessen, durch die er sich in die politische Ordnung einbinden läßt.

ad b)

In der empirisch-analytisch (oder rationalistisch) geprägten politischen Wissenschaft wird ausdrücklich auf die Definition eines allgemeinen, verbindlichen Begriffes des Politischen verzichtet. Dem jeweils unterlegten Politikbegriff wird die heuristische Funktion zugewiesen, den Objektbereich des jeweiligen Politischen der Gesamtheit sozio-kultureller Gegebenheiten bzw. der gesellschaftlichen

Verhältnisse begrifflich zu umschreiben, um letztlich das politikwissenschaftliche Erkenntnisziel mit Methoden aus der Naturwissenschaft operationalisieren zu können.

In diesem Zusammenhang wird der Politikbegriff nicht zur Realdefinition des Gegenstandes der politischen Wissenschaft verwendet, sondern er erhält die Funktion einer Nominaldefinition des Politischen. Als zentraler Bezugspunkt von Bestimmungen des Politischen wird (häufig) die Macht als Erscheinungsform im gesellschaftlichen Zusammenleben gewählt. Insbesondere die institutionelle Machtausübung in Form der öffentlichen Herrschaft gerät innerhalb dieser Fassung der politischen Wissenschaft ins Zentrum der wissenschaftlichen Bemühung. Ökonomische Herrschaft und ihre Bedingungen liegen in der Regel außerhalb des Begriffs des Politischen.

Indem es der politischen Wissenschaft hier um die exakte Beschreibung und systematische Erklärung der als politisch verstandenen Wirklichkeit geht, verzichtet sie auf die Vorstellung eines historisch übergreifenden Wesensgehalts von Politik.

Innerhalb der Analyse öffentlicher Herrschaft, der Möglichkeiten der Legitimation bzw. Gefährdung des Herrschaftssystems durch den Entzug der Legitimation sowie der politischen Willensbildung im allgemeinen gerät zunehmend das individuelle Verhalten der einzelnen Subjekte eines Gemeinwesens in den Gegenstandsbereich dieser politischen Wissenschaft. Soweit konkrete individuelle Einstellungs- und Verhaltensmuster, die für die Funktion und den Fortbestand des politisch-gesellschaftlichen Gefüges bedeutungsvoll sind, untersucht und diese als Ergebnis von politischen Sozialisationsprozessen erklärt werden, wird die politische Sozialisation zu einem unverzichtbaren Bestandteil dieser Forschungsrichtung. Welche Abläufe und

Inhalte der Sozialisation zur politischen Sozialisation zählen, wird innerhalb dieses Ansatzes durch die jeweilige Nominaldefinition des Politischen bedingt.

ad c)

Im entschiedenen Gegensatz zu den beiden bisher aufgenommenen Ausprägungen des Politikbegriffs steht der historisch-dialektische. Ebenso wie der rationalistisch ausgeprägte Politikbegriff verzichtet auch der dialektische auf die Bestimmung des Politischen aus einer überhistorischen, sinnspendenden Ordnung heraus. In Einklang mit dem essentialistisch ausgeprägten Politikbegriff steht die Prämisse, daß der Begriff des Politischen nicht auf einen beliebigen Ausschnitt aus der empirischen Wirklichkeit bezogen werden kann. Das heißt, der dialektische Politikbegriff wird im Rahmen einer dialektischen Einheit von Wirklichkeit und Begriff weder nur aus der vorgegebenen Kenntnis des Politischen abgeleitet, noch durch eine bloß rationale Konstruktion gebildet. Vielmehr ist "die Begriffsbildung denselben Gesetzmäßigkeiten wie die Wirklichkeit selbst unterworfen ..., so daß der Begriff des Politischen und das reale Politische von vornherein in einem unauflösliehen Zusammenhang stehen, der jene Alternative aufhebt" (SCHLANGEN 1974, S. 54). Als politische gelten hierbei u. a. auch die institutionellen Einrichtungen oder sonstigen formalen oder informellen Regularien, die jedoch zugleich als spezifische Ausdrücke des gesamtgesellschaftlichen Handelns verstanden werden.

Indem innerhalb der dialektisch-historisch orientierten Politikwissenschaft die gesellschaftliche Wirklichkeit im Gesamtzusammenhang mit dem menschlichen Handeln gesehen wird, erhalten die gesellschaftlichen Interaktionen der Individuen einen besonderen Stellenwert, soweit sie mit bewußtseinsbildenden Konsequenzen verbunden sind.

Die Erforschung und Offenlegung antagonistischer Tendenzen in einer Gesellschaft als Ziel der dialektischen politischen Wissenschaft schließt die Betrachtung der dialektischen Beziehungen von Einzelem und Ganzem, Moment und Totalität sowie Allgemeinem und Besonderem ein. Der einzelne als Subjekt im Sozialisationsprozeß wird nur wirklich erfaßbar als einzelner durch seine Vermitteltheit mit dem Ganzen.

Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die orthodox-marxistisch orientierte Soziologie und Politikwissenschaft den Begriff (politischen) Sozialisation als bürgerlich ablehnt. Auf Basis dieser wissenschaftstheoretischen Position wird Sozialisation durch die Begriffe der phylogenetischen (Entwicklung des Menschen im Laufe seiner Geschichte) und der ontogenetischen (individuelle Determination) Entwicklung des Menschen ersetzt. Die Sozialisation vollzieht sich in einem dialektischen Prozeß zwischen Individuum und Umwelt, ohne daß es zu einer von der Gesellschaft unabhängigen Konstitution der Persönlichkeitsstruktur und des gesellschaftlichen Bewußtseins kommt. Die Gesamtheit der ontogenetischen Vorgänge determiniert den Fortschritt in der Phylogenese, während die Phylogenese ihrerseits den Verlauf der Aneignung der bestehenden gesellschaftlichen Normen und Werte - also die Ontogenese - bedingt. Das Individuum vollzieht die Aneignung eines gesellschaftlichen Bewußtseins innerhalb der Ontogenese allerdings nicht passiv, sondern im aktiven Prozeß des Handelns, so daß die gesellschaftliche Umwelt von dem einzelnen Individuum gemäß subjektiver Kriterien erkannt und auch verändert werden kann.

Soweit von materialistisch orientierten, nicht orthodox-marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern die Begriffe Sozialisation bzw. politische Sozialisation aufgenommen werden, erfolgt dies mit der Intention, diese für die Er-

forschung von Strategien und Prinzipien einer Gegensozialisation unterprivilegierter Schichten bzw. Klassen in der Gesellschaft nutzbar zu machen.

Der im weiteren verwendete Politikbegriff beschränkt sich nicht auf den engen, jeweils als politisch verstandenen Bereich der Gesellschaft, sondern bezieht sich ausdrücklich auch auf alle Formen, Inhalte und Prozesse, die in einer gegebenen Gesellschaftsformation objektiv oder in den Augen der Gesellschaftsmitglieder auf die Umsetzung gesellschaftlich generierter Interessen und Werte in allgemeinverbindliche soziale, politisch-gesellschaftliche Verhaltensweisen oder in rechtlich abgesicherte Normen zielen. Die für das Funktionieren der jeweils existierenden politisch-gesellschaftlichen Formation notwendigen sozialen, politisch-gesellschaftlichen und rechtliche Verhaltensansprüche und Normen können entweder durch Tradition überliefert, durch Machtausübung determiniert, durch soziale Handlungszusammenhänge entwickelt oder durch rechtlich fixierte Normen bestimmt werden.

Unter "Formen der Politik" ("polity") soll hierbei jene Dimension von Politik verstanden werden, die die nominell politischen und staatlich-administrativen Institutionen wie Parteien, Parlamente, grundgesetzliche Regelungen usw. umschließt sowie durch ihre spezifizierende Wirkung politische von unpolitischen gesellschaftlichen Vorgängen praktisch selektiert und weiterhin auch die Formen solidarischen Handelns, die auf eine Modifizierung der politischen Verhältnisse hinzielen, ohne bereits als politische anerkannt zu sein (beispielsweise auch Bürgerinitiativen oder andere soziale Basisbewegungen soweit sich in ihnen bestimmte **Formen** der Verfassung gesellschaftlicher Interessen deutlich werden).

Die jeweils existierenden politischen Institutionen und Verfahrensmodelle stellen hierbei weder das zufällige Produkt einer historischen Entwicklung, noch eine wertneutrale, optimale Struktur zur Durchsetzung gesellschaftlicher Interessen dar, vielmehr dokumentieren sich in ihnen die Ergebnisse vorgängiger politisch-gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, politisch-gesellschaftlicher Wertentscheidungen und Versuche alternativer Interessensorganisation. Die aktuellen Formen der Politik sind somit das geronnene Produkt politisch-gesellschaftlicher Erfahrungen und Machtkämpfe, die durch ihre Institutionalisierung die zukünftige politische Entwicklung mitnormieren.

Die Dimension "Inhalte des Politikbegriffs" ("policy") umschließt alle Werte, Ideen, Zielvorstellungen, Intentionen usw., die in einer Gesellschaft bereits rechtlich fixiert sind oder auf eine allgemein verbindliche Vorschrift festgelegt werden sollen. Bei der Bestimmung der Inhalte müssen auch jene Aspekte des Zusammenlebens und der Verhaltensnormierung berücksichtigt werden, die zwar nicht formell geregelt sind, aber dennoch zum ungeschriebenen Kontext des politischen Handelns gehören und implizit in die politischen Zielsetzungen eingehen ("Gemeinsamkeit der Demokraten", "Basiskonsens").

Mit der Dimension "Prozeß der Politik" ("politics") lassen sich jene Auseinandersetzungen, Konfliktmechanismen und Problemlösungsstrategien erfassen, die innerhalb eines politischen Systems die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse bei der Umsetzung gesellschaftlich generierter Interessen in Normvorschriften praktiziert werden. Ebenso wie die Dimension Form als Produkt kumulativer konkreter politischer Praxis interpretiert werden kann, stellen die vorhandenen Strukturen und Handlungsmuster im Rahmen der politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einerseits das Ergebnis eingeübter und legitimierter Ver-

haltensmuster dar und bilden andererseits ein Regelwerk, das in der Lage ist, alternative Willensbildungsprozesse oder Kommunikationsformen (in den alternativen sozialen Bewegungen z. B.) als nichtpolitische oder gar als nicht-legale zu diskriminieren. Inwieweit diese Tendenzen in der Form-, Ziel- und Mitbestimmung von Politik in einer Gesellschaft zusammenwirken und für die Tradierung des jeweiligen Typus des politischen Systems notwendig sind, wird weiter unten noch genauer untersucht werden.

Nachdem das den weiteren Ausführungen zugrundeliegende Politikverständnis umrissen wurde, sollen im folgenden die Zusammenhänge und Konsequenzen dieses Politikverständnisses für eine nähere Bestimmung des Begriffs der politischen Sozialisation im Unterschied zur (allgemeinen) Sozialisation aufgezeigt werden. Der hier verwendete Politikbegriff beinhaltet zwei Aspekte, in dem einen werden die jeweils bestehenden genuin politischen Formen, Ziele und Prozesse in ihren systemspezifischen, gesellschaftlich nicht neutralen Implikationen reflektiert und in dem anderen die permanent aus dem gesellschaftlichen Zusammenleben resultierenden politischen Gestaltungsansprüche berücksichtigt, die sich auf die Inhalte der Politik oder auf eine Modifikation der Formen und Strukturen des jeweiligen politischen Systems beziehen können.

Im Hinblick auf die Unterscheidung der politischen Sozialisationsprozesse von den nichtpolitischen gehen die Überlegungen zu diesen beiden Aspekten auf spezifische Weise in den Politikbegriff ein. Soweit von den nominell politischen Institutionen, Medien usw. Einflüsse auf die individuellen politischen Einstellungen ausgehen, kann problemlos von politischer Sozialisation gesprochen werden. Allerdings erschöpft sich das Spektrum, innerhalb dessen die Individuen Erfahrungen für ihr Verhalten im politischen Bereich generieren können, nicht in diesen nominell poli-

tischen Einrichtungen. Soweit im Rahmen der Sozialisationsprozesse in im Ansatz nichtpolitisch bestimmten Situationen dem Individuum Einsichten und Verhaltensweisen vermittelt werden, die den Verlauf der Sozialisation derart beeinflussen, daß sich für sein Verhalten im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß Konsequenzen zeigen, können diese primär nichtpolitischen Sozialisationsprozesse zwar nicht rückwirkend zu politischen erklärt werden, jedoch muß ihnen eine politische Relevanz zugesprochen werden.

Die Fähigkeit des Individuums, Erfahrungen, Einsichten und Kenntnisse aus disparaten Lebensbereichen zu einem einheitlichen Handlungs- und Einstellungsmuster integrieren zu können, bedeutet für die politischen Einstellungsmuster, daß sie zwar in nominell politischen Sozialisationsprozessen entstanden sein können, aber nicht hier entstanden sein müssen.

Eine Differenzierung der politischen von den nichtpolitischen Sozialisationsprozessen aus der Perspektive bestehender individueller politischer Einstellungen, Handlungsmuster und -kompetenzen nach Maßgabe des primären Charakters einer Sozialisationsinstanz erscheint somit nicht sinnvoll; aus dieser Perspektive kann nur zwischen politisch relevanten und politisch nicht relevanten Sozialisationserfahrungen oder (ggf.) zwischen den Orten und Institutionen des Erwerbs dieser Erfahrungen differenziert werden. Auf die hiermit einhergehende Problematik der Übertragung von Sozialisationserfahrungen aus strukturell getrennten Sphären als Quelle von Irrationen wird später genauer eingegangen werden müssen. An dieser Stelle sei nur auf das Problem verwiesen, im politischen Sozialisationsprozeß erfahrene demokratische Regeln auf nichtpoli-

tische Bereiche wie z. B. Betriebe, Familie, Schule usw. übertragen zu wollen oder aber ethische Normen generell auf den politischen Bereich zu übertragen.

Ebenso wie die permanent in der gesellschaftlichen Sphäre generierten Ansprüche an die politische Gestaltung in den Politikbegriff aufgenommen werden, gehen die in der nicht explizit politischen Sphäre generierten Ansprüche für das politisch relevante Verhalten in den Begriff der politischen Sozialisation ein.

Wenn im weiteren von politischer Sozialisation gesprochen wird, sind somit alle für die Ausformung der politischen Einstellungs- und Handlungsmuster konstitutiven Sozialisationserfahrungen eingeschlossen.

2.2 Zum Begriff "Gesellschaftsentwicklung"

Im folgenden soll der Begriff "Gesellschaft" nicht im Gegensatz zu den Begriffen "Staat" und "Wirtschaft" verstanden werden, wie dies in traditionellen bürgerlichen Gesellschaftskonzepten geschieht (vgl. u. a. BÖHRET, S. 33 ff.), sondern er soll die Gesamtheit aller ökonomischen, sozio-kulturellen und politischen Phänomene, Institutionen, Beziehungen und Strukturen, die das Gemeinwesen konstituieren, umfassen.

Die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse bildet dabei ein Gesellschaftssystem. Für entwickelte Gesellschaftssysteme differenziert z. B. HABERMAS zwischen dem ökonomischen, sozio-kulturellen und politischen System (vgl. HABERMAS 1975, S. 14 ff.). Die bei HABERMAS vorgenommene Ausprägung der Differenzierung der Gesellschaft in ökonomische, sozio-kulturelle und politische Bereiche soll im folgenden aufgegriffen werden, ohne allerdings damit zugleich die systemtheoretischen Implikationen der Konzeption von HABERMAS mitzuübernehmen.

Die Unterteilung der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse in eine ökonomische, sozio-kulturelle und politische Sphäre ermöglicht zum einen die Untersuchung funktioneller und struktureller Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Sphären, zum anderen die analytische Trennung wesentlicher Existenzformen von Individuen und Institutionen innerhalb einer Gesellschaftsformation und zum dritten die Unterscheidung der Beziehungen zwischen den Institutionen und individuellen Gesellschaftsmitgliedern innerhalb der einzelnen Sphären einer Gesellschaftsformation.

Eine Gesellschaftsformation kann innerhalb einer historischen Epoche nur dann Stabilität in ihrer grundlegenden Struktur und ihren Beziehungsverhältnissen bewahren, wenn sie beständig die Bedingungen ihrer eigenen Existenz reproduziert. Neben dem Zwang zur Reproduktion aller ihrer materiellen Grundvoraussetzungen auf ökonomischem, politischem, rechtlichem, sozialem usw. Gebiet besteht für die erfolgreiche Tradierung einer Gesellschaft im wesentlichen **auch** die Notwendigkeit, auf die Entwicklung der Handlungskompetenz der einzelnen Individuen dieser Gesellschaft (z. B. über die politische Sozialisation) so einzuwirken, daß diese die im politisch-gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß notwendigen Positionen und Funktionen erfüllen können und wollen.

Die politische Sozialisation wirkt hierbei speziell als das Medium, das den Aufbau stabiler oder sich verändernder Wertpräferenzen und Handlungskompetenzen auf der individuellen Ebene bereitzustellen hilft. Im Sinne der gesellschaftlichen Stabilität (bzw. Entwicklung der Gesellschaft) erfolgreiche Sozialisationsprozesse stellen jedoch noch keine hinreichende, sondern nur die notwendige Bedingung für die Entwicklungsfähigkeit und damit auch Dauerhaftigkeit des jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Gesamtsystems dar.

Im folgenden sollen die Elemente innerhalb der jeweiligen Gesellschaftsformation erörtert werden, die die Gesellschaft konstituieren und durch ihre Wechselwirkung untereinander und mit den jeweiligen individuellen Gesellschaftsmitgliedern die Gesellschaftsentwicklung gestalten bzw. modifizieren. Von besonderem Interesse ist hier wie dort die Einflußnahme der gesellschaftlichen Sphären auf die politische Sozialisation der Gesellschaftsmitglieder

sowie die Beschreibung der Schnittstelle der Einflußmöglichkeiten politisch sozialisierter Gesellschaftsmitglieder auf die Gesellschaftsentwicklung.

Wie bereits erwähnt, wird von einer Differenzierung der Gesamtgesellschaft in eine ökonomische, politische und sozio-kulturelle Sphäre ausgegangen.

a) Zur ökonomischen Sphäre

Das ökonomische System in der Bundesrepublik Deutschland stellt sich - wie jede kapitalistisch gestaltete Marktwirtschaft - idealtypisch als eine Sphäre des wirtschaftlichen Handelns dar, in der freie und gleiche Wirtschaftssubjekte aufeinandertreffen und zum gemeinsamen Wohl ihre wirtschaftlichen Verhältnisse gestalten. Die Wirtschaftssubjekte treffen auf dem Markt in ihrer hier einzig relevanten Eigenschaft als gleiche und freie Eigentümer ihrer Waren (Produktionsmittel, Konsumgüter, Arbeitskraft) aufeinander und unterwerfen sich beim Kauf bzw. Verkauf der Waren nur den für alle in gleicher Weise verbindlichen Marktgesetzen. Auf dem Markt ist - im idealen Modell - kein Raum für politische, soziale oder persönliche Einschränkungen der Handlungsfreiheit der Warenbesitzer. Das heißt, eine ökonomisch, politisch oder sozial begründete Herrschaftsausübung scheint in dieser marktwirtschaftlich geprägten ökonomischen Sphäre nicht stattzufinden.

Die Möglichkeit der Konsumenten z. B., zwischen mehreren Angeboten und Waren, die in Konkurrenz zueinander stehen, auswählen zu können, stützt den über freie Wahlmöglichkeiten vermittelten Eindruck von "Freiheit" in der ökonomischen Sphäre ebenso wie die formalrechtliche Möglichkeit der Arbeiter, sich unter mehreren Arbeitgebern den ihrigen wählen zu können.

Die für die ökonomische Sphäre konstituierenden Existenzbedingungen, wie z. B. Freiheit des Handels, Gleichheit der Warenbesitzer auf dem Markt sowie das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln - um nur die klassischen zu nennen -, werden aufgrund der formalen Machtfreiheit in dieser Sphäre nicht in ihr und durch sie selbst gesichert, sondern sie stellen notwendige Leistungen aus der politischen an die ökonomische Sphäre der Gesellschaft zur Aufrechterhaltung des kapitalistisch gestalteten wirtschaftlichen Ordnungsgefüges dar. Der Aufbau, die Wahrnehmung und die Ausgestaltung des rechtlichen Schutzes der ökonomischen Sphäre, der letztlich durch das Machtpotential des Staates die ökonomischen Verhältnisse vor immanenten oder externen Gefährdungen sichert, sind u. a. nach LUHMANN mit die wichtigsten Leistungen des politischen Systems seit dem 19. Jahrhundert (vgl. LUHMANN 1981, S. 83 f.).

Innerhalb der Gültigkeit staatlich abgesicherter Marktgesetze kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse wird der materielle Fortbestand der Gesellschaft in der ökonomischen Sphäre - seinen Grundlagen nach - autonom gesichert. Intern differenziert sich die ökonomische Sphäre in die Teileinheiten Produktion, Distribution und Konsum. Die Kritik der politischen Ökonomie leitet diese Dreiteilung aus den Bewegungsgesetzen des Kapitals ab.

Für unser grundlegendes Problem der Analyse der Gesellschaftsentwicklung - hier spezifiziert an der ökonomischen Sphäre - in ihrem Verhältnis zur politischen Sozialisation wird nun interessant, inwieweit sich Gesellschaftsentwicklung einerseits bereits innerhalb der ökonomischen Sphäre sowie in der Wechselwirkung ihrer Teileinheiten konstituiert und realisiert, und in welcher Weise andererseits die im ökonomischen Reproduktionsprozeß eingebundenen Sozialisationseffekte sowohl aus dem Wirtschaftssystem als

Ganzem als auch aus den ökonomischen Teilbereichen wirken, die ihrerseits zugleich die politische Sozialisation der Gesellschaftsmitglieder und damit auch politische Identität direkt mitprägen. Zugleich wird über die politische Identität - wie weiter vorne argumentiert wurde - auch die politisch-gesellschaftliche Partizipation und damit die Einflußmöglichkeit der Individuen auf die ökonomische Gesellschaftsentwicklung beeinflußt.

Insgesamt werden im Verlauf der ökonomischen Reproduktion nicht nur die materiellen Voraussetzungen der Tradierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems geschaffen und den anderen beiden gesellschaftlichen Sphären Leistungen wie Geld und materielle Güter zur Verfügung gestellt, sondern es werden zugleich auch die sozialen Konstitutionsbedingungen dieses Wirtschaftssystems durch entsprechende Ergebnisse des kapitalistisch organisierten Produktionsprozesses permanent neu gesetzt: Die Wirksamkeit der Marktgesetze (Waren werden nur zum gleichen Wert getauscht) stellt unter kapitalistischen Verhältnissen sicher, daß die wirtschaftliche und damit soziale Situation der überwiegenden Mehrheit der produktionsmittelfreien arbeitsfähigen Bevölkerung sich auf Dauer so gestalten muß, daß für sie die ständige ökonomische Notwendigkeit besteht, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und im kapitalistischen Produktionsprozeß verwerten zu lassen. Solange dieser - im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung - unaufhaltsam zunehmende Teil der Bürger frei von Besitz an Produktionsmitteln bleibt, sind bei dieser Mehrheit (vgl. u. a. BOLTE/KAPPE/NEIGHARDT 1974, S. 61) die ökonomisch notwendigen sozialen Voraussetzungen für den Fortbestand der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gegeben.

Die Elemente der Konstitutionsbedingungen dieser Produktionsweise bewirken jedoch nicht nur ein durch den Sozialisationsprozeß vermittelbares spezifisches Verhaltenspo-

tential der im Produktionsprozeß Involvierten, so daß diese eine Identität aufweisen, die sie in die Lage versetzt, die herrschenden materiellen und organisatorischen Produktionsbedingungen auch im betrieblichen Gefüge durch eine angemessene "ökonomische" Partizipation erfüllen zu können, sondern auch ihre politisch vermittelte Motivation, sich z. B. der ökonomisch bedingten Notwendigkeit zum Verkauf ihrer Arbeitskraft unter kapitalistischen Bedingungen und den hiermit einhergehenden sozio-kulturellen Begleiterscheinungen nicht zu widersetzen, vielmehr diese im Rahmen der vorgegebenen politischen Mechanismen zu tolerieren und in der Regel - vor dem Hintergrund des Systemvergleichs - auch bejahend zu unterstützen (vgl. OTTOMEYER 1980, S. 178 ff.).

In welcher Weise es dem ökonomischen System gelingt, sich in seinen Strukturen, sozialen Konsequenzen und politischen Voraussetzungen bei den Nichtbesitzern an Produktionsmitteln so zu legitimieren, daß diese durch ihr politisches, ökonomisches und soziales Verhalten keine grundsätzlichen ökonomischen Veränderungen herbeiführen wollen, stellt einen wesentlichen Aspekt der Konstitution der ökonomisch bedingten politischen Identität der individuellen Träger der nominell demokratisch legitimierten Macht dar.

b) Zur politischen Sphäre

Ein wesentlicher Aspekt der Aufgaben der politischen Sphäre und damit Quelle zur Erzeugung von gesellschaftlichen Veränderungsimpulsen besteht, wie bereits zuvor aus ökonomischer Perspektive beschrieben, in der staatlich-administrativen Sicherung der außerökonomischen Machtoraussetzungen der Wirkungsgültigkeit der Marktgesetze (grundgesetzlich garantierte Wirtschaftsfreiheit, Eigentumsgarantie usw.). Hierzu gehört u. a. auch die Initialisierung von Maßnahmen zum "Abfangen" disparater Effekte

aus der ökonomischen Sphäre selbst (u. a. durch Kartellgesetzgebung, Globalsteuerung, Subventionen) und nicht zuletzt die sozialpolitische Absicherung kapitalistischer Marktmechanismen für nicht oder nicht mehr in den ökonomischen Prozeß Eingebundene (Gewährung von Sozialhilfe, Renten und Arbeitslosenunterstützung).

Bezogen auf die sozio-kulturelle Sphäre werden in der politische Sphäre staatliche Leistungen im Bereich der Bildung und Erziehung zur Verfügung gestellt, deren Aufgabe in der (nicht allein) ökonomisch steuerbaren Vorbereitung der Jugendlichen auf die Anforderungen des ökonomischen Systems in ideologischer und verhaltensspezifischer Hinsicht besteht.

Politisch-administrative Steuerungs- und Entscheidungseinheiten in Staaten mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung legitimieren sich - in ihrem Selbstverständnis - nicht oder zumindest nicht primär durch den Anspruch, die bestehende Wirtschaftsstruktur aufrechtzuerhalten und sichern zu können, sondern das parlamentarisch-demokratische System stellt sich als **das** demokratische System dar, das einzig in der Lage ist, in optimaler Weise die individuellen Freiheitsrechte der Bürger zu wahren und ihren Mehrheitswillen in gesetzliche Maßnahmen umzusetzen sowie zugleich durch eine geeignete Sozial- und Wirtschaftspolitik die ökonomische Wohlfahrt aller Bürger zu sichern.

Hinsichtlich der leitenden politischen Wertvorstellungen wird von der politischen Sozialisation erwartet, daß die Bürger nicht nur lernen, die politischen Verhältnisse zu tolerieren, sondern die Legitimation der staatlichen Ordnung durch formelle Loyalitätshandlungen zu bestätigen (z. B. durch die Praxis der Wahlbeteiligung). In der Konsequenz wird die herrschende Realität als das Ergebnis der Realisierung der positiv bewerteten politischen Grundent-

scheidungen identifiziert und nicht etwa die Realität am herrschenden politischen Anspruch gemessen. siert. In der politischen Sphäre werden für die sozio-kulturellen Institutionen zur Erfüllung ihrer Aufgaben (u. a. Schul- und Ausbildungssystem, Medien) mittelbar und unmittelbar die rechtlichen, finanziellen und strukturellen Voraussetzungen geschaffen, so daß in diesem Bereich nicht nur die notwendig erscheinende politische Sozialisation vollzogen werden kann, sondern ein politisch bestimmbarer Einfluß auf die Entwicklung innerhalb der sozio-kulturellen Sphäre gewährleistet bleibt.

Gesellschaftsentwicklung, die durch Veränderungen in der politischen Sphäre generiert wird, umschließt in parlamentarisch-demokratischen Systemen auch immer Aspekte der politischen Sozialisation und der politischen Partizipation. Schlagwortartig läßt sich diese Verknüpfung am formalen Kernbereich politischer Aufgaben zeigen: an der parlamentarischen Bewilligung von Gesetzen und finanziellen Mitteln und des weiteren in der Vermittlung der Legitimation der Entscheidungsfestsetzung sowie der Modifikation der politischen Willensbildung durch eine entsprechende, gegebenenfalls publikumswirksame oder aber die Aufmerksamkeit der Wähler reduzierende Aufbereitung des Entscheidungsfindungsprozesses. Einfluß auf diesen Entscheidungsfindungsprozeß seitens der Mitglieder der Gesellschaft erscheint neben der grundsätzlichen Möglichkeit der Teilnahme an Parlamentswahlen zur Bestimmung der Personen, die im Parlament an diesem Prozeß teilnehmen, nur wirksam möglich über die Anhörung, Lobbyisten und ähnliche Medien. Der Einfluß von Demonstrationen oder anderen mittelbaren Interessensartikulationen auf den parlamentarischen Entscheidungsfindungsprozeß hingegen darf nicht überschätzt werden.

Das politische Teilsystem Verwaltung mit seiner primären Aufgabe der Durchführung der vom Parlament verabschiedeten Entscheidungen nimmt in der Verwaltungspraxis auf der unteren Ebene unmittelbar Kontakt mit den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern auf. Die von diesen Kontakten und den hierbei vermittelten individuellen Reflexionen über die eigene soziale Situation der einzelnen Gesellschaftsmitglieder ausgehenden Sozialisationseffekte sind für Menschen in bestimmten Lebenslagen (Empfänger von Sozialhilfe, Renten, Arbeitslosenhilfe und Wohngeld z. B.) nicht zu vernachlässigen.

Einwirkungen auf dieses Teilsystem durch ein entsprechendes politisch-gesellschaftliches Partizipationsverhalten der Bürger sind wenig erfolgversprechend. Auch Hilfseinrichtungen wie Bürgerbeauftragte, behördliche Beschwerde- oder Beratungsstellen erweisen sich als Hilfseinrichtung mit begrenzten Fähigkeiten.

Die politische Sphäre erscheint sowohl in bezug auf die Einbindung der individuellen Gesellschaftsmitglieder als auch hinsichtlich der Erzeugung und Legitimierung von politischen Entscheidungen als der Bereich der Gesellschaft, in dem die politisch bedingte gesellschaftliche Entwicklung nicht nur offenbar, sondern auch konstituiert und operationalisiert wird.

Die Bedeutung der politischen Sphäre für die Gesellschaftsentwicklung kann allerdings nur angemessen beurteilt werden, wenn die Wechselbeziehungen zwischen allen Sphären der Gesellschaft in die Betrachtung einbezogen werden.

c) Zur sozio-kulturellen Sphäre

In Abgrenzung zur politischen und ökonomischen Sphäre werden die Bereiche der individuellen Reproduktion - die sozialen Beziehungen, der Sport, die Schule, die Freizeit, die Kirchen usw. - der sozio-kulturellen Sphäre zugeordnet. Hier soll die elementare Einübung in die gesellschaftlich gegebenen Verhältnisse geleistet werden. Generell erscheint Sozialisation in diesem Bereich als Übernahme der Werte und Normen, die im engeren sozialen Umfeld vorgelebt werden.

Die uneinheitliche Organisation der sozio-kulturellen Sphäre mit ihren relativ eigenständigen Teilbereichen, die keine so starke Strukturierung wie die beiden anderen gesellschaftlichen Sphären aufweist, bewirkt politische Sozialisationseffekte, die die Gesellschaftsmitglieder in unterschiedlichster Weise betreffen.

Das schulische Erziehungssystem zum Beispiel bestätigt und verstärkt häufig die sozialen Komponenten der ökonomisch bedingten Schichtzugehörigkeit. Die politischen Sozialisationseffekte in der Familie wiederum werden partiell durch regionale (Stadt, Land, Nähe zu Atomkraftwerken usw.) und religiöse Faktoren sowie den Bildungs- und Berufsstand der Eltern bzw. des familiären Umfeldes mitgeprägt. Aber auch Sozialisationseffekte, die aus der Mitgliedschaft in Gewerkschaften, Verbänden, Parteien usw. resultieren, bleiben nicht nur auf ökonomische oder traditionell politische Fragen beschränkt, sondern wirken sich in allgemeiner Weise auch auf die Identitätsentwicklung aus.

Eine wesentliche sozialisatorische Leistung wird heute in der überwiegenden Mehrheit der Familien dadurch erbracht, daß sie ihren Kindern die Integration divergierender ideologisch geprägter politischer und ökonomischer Deutungs-

muster anhand von Alltagstheorien einerseits ermöglichen und andererseits die Antizipation der notwendigen, praktischen Handlungskompetenz für das Leben in der gegebenen politisch-gesellschaftlichen Umwelt als Erwachsene nicht vernachlässigen.

Die Familie als zentrale Sozialisationsinstanz des soziokulturellen Systems für die heranwachsenden Kinder und Jugendlichen hilft ihnen beim Aufbau eines Sets von Beurteilungskriterien, Bewertungsmaßstäben und Selektionsmechanismen zur Orientierung in der komplex erscheinenden gesamtgesellschaftlichen Umwelt, so daß die wahrgenommenen gesellschaftlichen Phänomene nach Maßgabe der internalisierten Kriterien perzipiert und - wenn möglich - zu einem differenzierten, jedoch insgesamt einheitlichen Weltbild verarbeitet werden können. Einen Aspekt der subjektiven und gesellschaftlich gewollten Integration von divergierenden objektiven bzw. sachimmanenten Widersprüchen stellt die sozialisationsgerechte Kennzeichnung bestimmter Phänomene durch Begriffe dar, die den wahren Charakter der von ihnen bezeichneten gesellschaftlichen Wirklichkeit eher verbergen als offenbaren.

Im Prozeß der individuellen Entwicklung werden die akzeptierten, bewußt oder unbewußt positiv bewerteten leitenden Wertvorstellungen mit konkreten Elementen der gesellschaftlichen Wirklichkeit identifiziert. Selten, häufig nur auf wenige Jahre der Ablösephase vom Elternhaus beschränkt, wird die Wirklichkeit von einem Teil der Jugendlichen hingegen z. B. an den vermittelten idealen Vorstellungen gemessen.

Zu einer dauerhaften Änderung der einmal verfestigten individuellen Deutungsmuster bzw. zu einer Veränderung der individuellen Handlungsprioritäten kommt es im Regelfall nur, wenn sich die gesellschaftlichen Realitäten im Ver-

hältnis zu den Partizipationsgewohnheiten so stark verändern, daß beide Bereiche von dem einzelnen Individuum nicht mehr in Übereinstimmung gebracht werden können. Nur selten wird der Versuch unternommen, unter Aufrechterhaltung der Realisierbarkeit idealtypischer Vorstellungen die gesellschaftliche Wirklichkeit im Denken oder im Anpassungshandeln zu verändern. So wurde z. B. im Gefolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland vom politischen System der erfolgreiche Versuch unternommen, den das gesellschaftliche und politische System für viele Jahre legitimierenden Anspruch, Vollbeschäftigung zu garantieren, zu relativieren, indem die Vollbeschäftigung anfänglich mit dem Begriff der "Überbeschäftigung" negativ besetzt wurde. Später wurde die zunehmende Arbeitslosigkeit als von den Arbeitern selbst verursacht (hohe Lohnkosten) dargestellt. Heute geht es von offizieller Seite darum, die neue Normalität der Arbeitslosigkeit mit Mitteln zu bekämpfen, die die Kosten der Behebung der Arbeitslosigkeit möglichst bei den Beschäftigten selbst beläßt (Teilzeitarbeit, wenn Arbeitszeitsenkung, dann ohne Lohnausgleich usw.). Ähnliches läßt sich über den Begriffswandel von Rüstung zu Nachrüstung illustrieren, der die Absicht einer Vermehrung der Anzahl der eigenen Waffen verschleiern soll.

Da aus einer Spannung zwischen der Perzeption einer Situation und der Akzeptanz, d. h. Bewertung der sozialen Realität, Handlungsimpulse seitens der Bürger zum Zwecke des Einwirkens auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Entwicklung entstehen, dürfen durch eine entsprechende Begriffswahl nur solche Disparitäten zugelassen bzw. erzeugt werden, die durch Systemleistungen überwunden werden können.

In alternativen Handlungszusammenhängen besteht für das politisch-gesellschaftliche System die Gefahr, daß hier

Bedürfnisse bzw. Bedürfnisstrukturen erzeugt und bestätigt werden, die im sozio-kulturellen bzw. im Reproduktionsbereich allgemein toleriert und durch gewisse Anpassungen auch befriedigt werden können, im politischen und ökonomischen Bereich aber langfristig Elemente hervorbringen, die zu einer Desintegration wesentlicher Teile der Bevölkerung führen können.

Resümierend kann festgestellt werden, daß in allen Sphären bzw. Bereichen der Gesellschaft jeweils spezifische Impulse zur Veränderung und damit auch potentiell zur Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse generiert werden, die - allgemein formuliert - entweder aus sachimmanenten Ursachen, materiellen Folgewirkungen oder gewandelten Einschätzungen von vorgefundenen Fakten und Verhältnissen einschließlich des Wandels der Interessenlage resultieren. Hierzu zählen z. B. für den ökonomischen Bereich die sich wandelnden Verwertungsbedingungen des Kapitals (z. B. Konzentration), die weltweite Verknüpfung der Volkswirtschaften (Dritte Welt, Dollarkurs, Ölpreiskrise usw.), gestiegene Ansprüche an den Umweltschutz, aber auch sozialer Druck durch eine hohe Anzahl von Arbeitslosen.

Im politischen Bereich wirken nicht nur die gewandelten Wertvorstellungen innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Gruppen leistungsverändernd (z. B. Umweltschutzgesetzgebung), sondern ebenfalls internationale Verpflichtungen (z. B. NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik), Massendemonstrationen, Streiks usw.; weiterhin resultieren veränderte Leistungsansprüche aus ökonomisch-technischen Entwicklungen (z. B. Mikroelektronik).

Jeder dieser Anlässe für Forderungen nach Leistungsveränderung wirkt im Sinne einer Fortpflanzung und Verselbständigung von Veränderungsimpulsen zwischen den gesellschaftlichen Subsystemen weiter. Hierzu ein bekanntes Beispiel

aus dem Erziehungssystem: Nachdem in den 60er und Anfang der 70er Jahre aufgrund der ökonomischen Hochkonjunktur an das Entwicklungssystem von seiten der Wirtschaft die Forderung erhoben wurde, mehr und besser gebildete Schulabsolventen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen, wurde das Erziehungssystem vom politisch-administrativen Bereich mit Geld und Recht (vgl. LUHMANN 1981, S. 75 f. und S. 94 ff.) so ausgestattet, daß nun das Erziehungssystem in die Lage versetzt wurde, den geänderten Leistungsansprüchen von seiten der Wirtschaft durch die "Ausschöpfung der Bildungsreserve" gerecht zu werden. Vor dem Hintergrund der sich abschwächenden Konjunktur und ökonomischer Strukturkrisen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre führte der höhere Bildungsstand der Schulabsolventen nicht nur zu einer verstärkten Arbeitslosigkeit der nun besser Vorgebildeten (Abiturienten, Hochschulabsolventen), sondern auch zu veränderten Ergebnissen im politischen Sozialisationsprozeß und - hierüber zum Teil vermittelt - zu anderen politisch-gesellschaftlichen Partizipationsverhaltensweisen. Das politische System reduziert zugleich wieder Leistungen (BAFÖG-Rücknahme, Sachmittelkürzung, Reformrücknahme im Sekundarbereich II usw.).

Nicht zuletzt an diesem Beispiel wird der zyklische Zusammenhang zwischen den partiellen Entwicklungen in einem gesellschaftlichen Bereich und der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung illustriert, und darüberhinaus angedeutet, daß nicht nur die in den verschiedenen gesellschaftlichen Sphären und Bereichen generierten Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse zur Gesellschaftsentwicklung beitragen, sondern auch der über die veränderte politische Sozialisation bewirkte Wertewandel (politische Identität), der in einer Veränderung der politisch-gesellschaftlichen Partizipation der Individuen zum Ausdruck kommt.

Zum Abschluß dieser Ausführungen kann davon ausgegangen werden, daß die jeweils historisch feststellbaren politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse den Ausdruck des Zusammenwirkens der jeweiligen gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen und dem konkreten Verhalten der Gesellschaftsmitglieder darstellen und letzteres durch die von den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen generierten individuellen politischen Sozialisationsbedingungen modifiziert wird bzw. werden kann.

Hierbei muß differenziert werden zwischen den internen Antrieben und Wechselwirkungen, die zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse über einen Verhaltenswandel innerhalb der gesellschaftlichen Sphären führen, und den Anteilen an der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die aus dem Kreislauf von gesellschaftlich gesetzten politischen Sozialisationsbedingungen, der politischen Sozialisation selbst, dem Aufbau der politischen Identität und dem sich hieraus ergebenden politisch-gesellschaftlichen Partizipationsverhalten resultieren.

In allen drei gesellschaftlichen Sphären, der politischen, der ökonomischen und der sozio-kulturellen, kann eine Selbstregulierung bei der Erfüllung der jeweiligen Aufgaben angenommen, eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen den gesellschaftlichen Bereichen, Institutionen usw. unterstellt und auch von der Einbindung der individuellen Gesellschaftsmitglieder in die funktionelle Aufgabenerfüllung ausgegangen werden.

3 Analyse und Kritik zentraler Konzepte zur politischen Sozialisation und zur Gesellschaftsentwicklung - unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung

3.1 Verschränkung von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung innerhalb der politischen Sozialisationsforschung

Obwohl die Sozialisationsforschung einschließlich der politischen Sozialisationsforschung durch eine Vielzahl von konkurrierenden theoretischen Konzepten, unterschiedlichen methodischen Ansätzen und divergierenden Einschätzungen der Grenzen ihres Gegenstandsbereichs geprägt ist und auch keine übergreifende oder gar einheitliche Modellbildung in Aussicht steht, können die vorhandenen Konzepte der Sozialisation bzw. der politischen Sozialisation zu Gruppen von Forschungsansätzen zusammengefaßt werden (vgl. u. a. HURRELMANN 1980, ZÄNGLE 1978, HELBIG 1979). Die weiter oben vorgenommene Unterscheidung zwischen mikro- und makrosoziologischen Ansätzen in der Sozialisationsforschung wird im folgenden durch die exemplarische Untersuchung von vier zentralen Konzepten der Sozialisation bzw. politischen Sozialisation weitergeführt.

Das erste zu untersuchende Konzept der politischen Sozialisation wurde von PAWELKA vorgelegt und ist dem makrosoziologischen Bereich der Sozialisationsforschung zuzurechnen. PAWELKA versucht in seinem Modell der politischen Sozialisation, neuere sozialisationsspezifische Forschungsergebnisse in das traditionelle systemtheoretische Konzept der politischen Sozialisation zu integrieren.

Das an zweiter Stelle zu untersuchende Konzept der politischen Sozialisation stammt von FREY und kann als Weiter-

entwicklung des mikrosoziologischen Ansatzes in der Sozialisationsforschung verstanden werden, in der rollen- und interaktionstheoretische Fragen politischer Sozialisationsprozesse im Mittelpunkt stehen.

Sowohl LORENZER als auch OTTOMEYER, deren Konzepte an dritter bzw. vierter Stelle untersucht werden sollen, versuchen, eine von traditionellen gesellschaftskritischen Ansätzen ausgehende Verbindung zwischen mikro- und makrosoziologischen Elementen der politischen Sozialisation herzustellen. Während LORENZER in seinem Sozialisationsmodell psychologische Theorieelemente zur Erklärung der individuellen politischen Subjektwerdung aufgreift und dabei eine Verknüpfung von gesellschaftskritischen und psychologischen Theorien anstrebt, verwendet OTTOMEYER in seinem Modell der politischen Sozialisation handlungs- und lebenslaufstheoretische Ansätze zur Erläuterung der individuellen Subjektwerdung.

Das Ziel der Untersuchung dieser vier für das Spektrum des überwiegenden Teils der politischen Sozialisationsforschung exemplarischen Konzepte besteht - unter partieller Berücksichtigung weiterer Sozialisationsmodelle - in der Analyse und Kritik ihrer zentralen Ergebnisse in Hinblick auf eine Verwendbarkeit für die angestrebte Rekonstruktion des strukturellen Zusammenhangs zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung. Diese vier Modelle wurden nicht zuletzt deshalb ausgewählt, weil sie jeweils für ihren Bereich den entwickeltsten Stand der politischen Sozialisationsforschung repräsentieren.

3.1.1 Das Modell der politischen Sozialisation von PAWELKA

PAWELKA entwickelt, so lautet sein Anspruch, das Modell der politischen Sozialisation, wie es bei EASTON und DENNIS vorliegt (EASTON/DENNIS 1969), weiter mit dem Ziel, "seine konservativen Implikationen zu überwinden, seine Struktur zu erweitern und dadurch bisher vernachlässigte Aspekte und Prozesse der Sozialisation in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses zu rücken" (PAWELKA 1977, S. 24).

Zum besseren Verständnis der Argumentation von PAWELKA bietet sich eine kurze Skizzierung des systemtheoretischen Modells der politischen Sozialisation bei EASTON und DENNIS an. EASTONS und DENNIS' grundlegendes Forschungsinteresse richtet sich auf die Erforschung der Bedingungen und Funktionen, die notwendig sind, damit politische Systeme ihren Fortbestand (system persistence) sichern können. Ihrem systemtheoretischen Ansatz entsprechend, unterscheiden sie zwischen dem politischen System als Steuerungseinheit der Gesellschaft, welches in sich strukturiert ist, eine Reihe von Verhaltens- und Kommunikationsmustern aufweist, und einer einheitlichen, unstrukturierten gesellschaftlichen Umwelt. Mit der gesellschaftlichen Umwelt bildet das politische System eine kybernetische Einheit. Das politische System nimmt dabei die Aufgabe einer Steuerungseinheit mit prinzipiell unbeschränkter Steuerungskapazität wahr. Aus der gesellschaftlichen Umwelt werden singuläre Ereignisse mit stimulierender Wirkung vom politischen System wahrgenommen, so daß dieses mit "Funktionen" (response mechanisms) reagiert. Die generelle Aufgabe der politischen Steuerungseinheit besteht in ihrem Auftrag - bei Knappheit der Ressourcen Zeit und Mittel -, Entscheidungen mit gesellschaftlichem Charakter zu treffen und entsprechende Maßnahmen durchzuführen. Da die einzelnen Problemlösungen des politischen Systems nicht durch alle Systemmitglieder in jedem Einzelfall legitimiert wer-

den können, benötigt das politische System eine diffuse Unterstützung (diffuse support). An dieser Stelle setzt die Bedeutung der politischen Sozialisation ein.

Im Verlauf ihrer individuellen politischen Sozialisation erwerben die Systemmitglieder Einstellungen und Verhaltensmuster, die sie befähigen, auf Entscheidungen und Maßnahmen des politischen Systems zu reagieren. Ihre Antwort auf diese Entscheidungen oder Maßnahmen kann dem systemtheoretischen Ansatz von EASTON und DENNIS nach in eine Ablehnung oder Zustimmung münden.

Für das politische System erscheint eine negative Reaktion auf seine Maßnahmen und Entscheidungen als Reduzierung des Ausmaßes der diffusen Unterstützung durch die Systemmitglieder und wirkt wie eine Verminderung der Zufriedenheit der Systemmitglieder mit den Leistungen des politischen Systems. Die Eliten des politischen Systems bemühen sich durch eine entsprechende Steuerung der politischen Sozialisation, die Systembeanspruchung (stress) zu reduzieren, um letztlich seine Handlungsfähigkeit und damit sein eigenes Überleben sicherzustellen. Indem das politische System auf die politische Sozialisation seiner Mitglieder mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der diffusen Unterstützung über die Gestaltung des politischen Lernens Einfluß nimmt, wird die politische Sozialisation zu einem Mechanismus der Reduktion von Systembeanspruchungen (stress response).

Die Möglichkeit des Auftretens von dysfunktionalen politischen Sozialisationsergebnissen als Quelle von stress für das politische System wird nun nicht mehr, wie in funktionalistischen Ansätzen, als systemgefährdende Marginale interpretiert, sondern als funktionaler Bestandteil eines kybernetischen Regelkreises.

Die "dysfunktionalen" Ergebnisse des politischen Sozialisationsprozesses stellen über die Fähigkeit des politischen Systems zur permanenten Selbstinnovation den Fortbestand der Steuerkapazität des politischen Systems sicher. Der Zusammenhang zwischen politischer Sozialisation und dem politischen Steuerungssystem erscheint nun auch nicht mehr unbedingt als reiner Anpassungsprozeß der gesellschaftlichen Umwelt an die Bedingungen des politischen Systems, vielmehr steht das Ausmaß der Unterstützung des politischen Systems durch die Systemmitglieder als Ergebnis von funktionaler und dysfunktionaler politischer Sozialisation im Mittelpunkt der politischen Sozialisationsforschung. Dysfunktionale politische Sozialisationsprozesse, die zu einem Schwinden der diffusen Unterstützung oder zu neuen gesellschaftlichen Forderungen an das politische System führen können, werden vom politischen System zum Anlaß für innovatorische Reaktionen genommen.¹

In der Praxis kann nach EASTON und DENNIS das politische System durch seine Eliten eigene Entscheidungen revidieren, strukturelle Selbstveränderungen vornehmen oder auf die gesellschaftlichen Forderungen systemtransformierenden Einfluß nehmen. Demnach nimmt also letztlich das politische System, um sein Überleben zu sichern, einen Wandel seiner selbst vor. Der von EASTON und DENNIS intendierte Wandel des politischen Systems stellt sich allerdings bei genauerer Betrachtung als eine Veränderung bestimmter Entscheidungen des politischen Systems, verschiedener Strukturelemente oder als partieller Austausch der Machteliten dar, niemals aber als Wandel der Grundlagen des Systems (z. B. des präsidentellen Demokratie Modells) oder als Infragestellung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Der "Wandel des politischen Systems" beschreibt somit nur eine Modifikation innerhalb der engen Grenzen eines bestimmten Typus eines politischen Modells. Der Handlungsspielraum des politischen Systems dient der Optimierung

seiner Steuerungsleistung. Der optimale Zustand im Regelkreis zwischen den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Systemen zeichnet sich durch die Akzeptierung aller vom politischen System kommenden Steuerungsentscheidungen durch die individuellen Gesellschaftsmitglieder aus. Erst im Falle einer Nichttolerierung eines politischen Anspruches werden dysfunktionale Handlungen der Gesellschaftsmitglieder vom politischen System wahrgenommen, die das politische System zu einer Veränderung seiner früheren Steuerungsentscheidungen veranlassen können. Wird die erfolgreiche politische Sozialisation als Medium der Ausbildung funktionaler, d. h. die jeweils bestehenden Verhältnisse stützender Handlungsdispositionen verstanden, erscheinen dysfunktionale Verhaltensweisen der individuellen Gesellschaftsmitglieder als Produkt dysfunktionaler politischer Sozialisationsprozesse.

Nach EASTON und DENNIS reagiert das politische System, sobald es dysfunktionale politisch-gesellschaftliche Partizipationen wahrnimmt, mit einer Veränderung der Rahmenbedingungen der politischen Sozialisation, so daß der funktionale Charakter der politischen Sozialisation wiederhergestellt wird - also die diffuse Unterstützung des politischen Systems durch die Gesellschaftsmitglieder wieder maximiert wird. Der hier intendierte unmittelbare und alleinige Zusammenhang zwischen einem Wandel der politischen Sozialisationsbedingungen durch das politische System und einer Veränderung des durch die politische Sozialisation veranlaßten Verhaltens der Gesellschaftsmitglieder steht in Widerspruch zu zwei empirisch belegbaren Aspekten. Einerseits ist es nicht unüblich, daß "dysfunktionale politische Sozialisationsergebnisse" nicht durch eine (Fehl-) Entscheidung des politischen Systems ausgelöst werden, sondern die Ursache in bestimmten ökonomischen Veränderungen (z. B. Arbeitslosigkeit), gesellschaftlichen Einstellungsänderungen haben oder - wider-

sprüchlicherweise - durch typische, im Regelfall funktionale Sozialisationsbedingungen durch das politische System selbst ausgelöst werden (z. B. parlamentarische Entscheidungen, die im Widerspruch zu basisdemokratischen Willensbildungsprozessen stehen). Andererseits erscheint auch eine Unterstützung des politischen Systems durch die Gesellschaftsmitglieder möglich, nicht etwa weil eine besonders gute politische Anpassung vorliegt, sondern weil die Gesellschaftsmitglieder in besonderer Weise z. B. mit ihrer ökonomischen Situation zufrieden sind. Dysfunktionale politische Partizipationsweisen können zudem durch entsprechende normative Regelungen (z. B. Kriminalisierung) an ihrer Wirksamwerdung gehindert werden. Des weiteren sind stress-steigernde Einflüsse auf das politische System, die zu einem Wandel desselben nach EASTON und DENNIS führen, vorstellbar, die kaum durch die politische Sozialisation erklärbar sind - wie z. B. internationale ökonomische Zwänge und Einwirkungen. Den Wandel des politischen Systems wie EASTON und DENNIS allein auf die dysfunktionalen politischen Sozialisationseinflüsse zurückführen zu wollen, erscheint als eine unzulässige Reduzierung des wirklichen Funktionszusammenhangs.

Ein weiteres Element des Wandels eines politischen Systems bleibt bei EASTON und DENNIS unvollständig beschrieben: Unabhängig davon, daß EASTON und DENNIS meiner Meinung nach nicht alle Ursachen eines Wandels eines politischen Systems erfaßt haben, bleibt die Frage nach den Kriterien, vermittelt derer das politische System seine Steuerungsmaßnahmen bestimmt. Das heißt z. B., welche Interessen werden in den jeweiligen die politische Sozialisation beeinflussenden Entscheidungen verstärkt berücksichtigt. Der mögliche Einwand, das politische System entscheide nach objektiven bzw. nach sachlichen Erfordernissen, verschleiert eher die wahren Motive, als daß er sie offenlegt. Worin bestehen z. B. die Grenzen für den Wandel des

bestehenden Systems? Welche Strukturen und Grundentscheidungen des politischen Systems dürfen bei einem Wandel desselben auf keinen Fall in Frage gestellt werden?

PAWELKA, der diese Fragen nicht thematisiert, versucht eine Erweiterung des Modells der politischen Sozialisation bei EASTON und DENNIS durch eine Überwindung dessen "konservativer Implikationen", Erweiterung seiner Struktur und Konzentration auf die Aspekte der politischen Sozialisation aus Sicht der Sozialisanden (vgl. ebenda).

PAWELKA kritisiert insbesondere die Struktur und den Prozeßcharakter des Modells bei EASTON und DENNIS. Auf Basis dieser Kritik formuliert er Vorschläge für einen Neuansatz der politischen Sozialisation.

PAWELKA geht dabei auch von der Überlegung aus, daß die vom politischen System wahrgenommene Reduzierung der diffusen Unterstützung durch die Gesellschaftsmitglieder auf verschiedenen Ursachen beruht und in verschiedenen sozialen Einheiten unterschiedlich stark ausgeprägt sein kann. Zur genaueren Bestimmung der Quellen von Systembelastungen will PAWELKA die gesellschaftliche Umwelt differenzierter betrachten. Während bei EASTON und DENNIS überwiegend die Folgen der politischen Sozialisation auf das politische System (Input-Perspektive) im Mittelpunkt ihres Forschungsinteresses liegen und dem System folglich nur die gesellschaftliche Umwelt als monolithische Einheit gegenübersteht, erweitert sich bei PAWELKA das Forschungsinteresse auf "die Ebene der Adressaten gesellschaftlich veranstalteter Sozialisation" (ebenda, S. 25).

Systemkritische Einstellungen, Werthaltungen und Handlungsmuster, die in ihrer aggregierten Konsequenz zu einer Herabsetzung der diffusen Unterstützung des politischen Systems führen, werden bei PAWELKA nach ihrer Herkunft und

den Bedingungen ihres Entstehens differenziert und aus der Sicht der einzelnen Sozialisanden, der gesellschaftlichen Einheiten bzw. Sozialisationsagenturen untersucht. Dem politischen Steuerungssystem steht nun nicht mehr eine durch die Summe aller individuellen Gesellschaftsmitglieder gebildete unstrukturierte Umwelt gegenüber, sondern zahlreiche gesellschaftliche Subsysteme, die unterschiedliche Sozialisationsbedingungen generieren und ihre Mitglieder auch in einem nicht-systemkonformen Sinne zu sozialisieren in der Lage sind.

Dem politischen System, verstanden als Veranstalter politischer Sozialisation, stellt PAWELKA "Klassen, Schichten, Ethnien, sozialen Gruppen, Lebensbereichen und Organisationen" (ebenda) in Form von gesellschaftlichen Subsystemen gegenüber.

Bezüglich der Struktur der systemtheoretisch begründeten politischen Sozialisation erweitert PAWELKA somit das Modell der politischen Sozialisation von EASTON und DENNIS auf der gesellschaftlichen Seite um die Kategorien "gesellschaftliche Subsysteme" und "Sozialisationsagenturen" mit dem erklärten Ziel, "den Prozeß der politischen Sozialisation auch aus der Perspektive dieser Ebene (differenzierter) beobachten zu können" (ebenda).

PAWELKA modifiziert somit den Prozeßcharakter dieses Modells der politischen Sozialisation durch eine Erweiterung des kybernetischen Regelkreises auf seiten der Gesellschaft. Die steuerungstheoretische Grundannahme von EASTON und DENNIS postuliert eine zentrale politische Steuerungseinheit, deren besonderes Kennzeichen in ihrer Fähigkeit besteht, die anderen Systemeinheiten unbegrenzt steuern zu können.

Steht, wie im Modell von PAWELKA, der zentralen Steuerungseinheit nicht mehr die Gesellschaft als uniforme, strukturlose Einheit gegenüber, sondern weist die Gesellschaft ein komplexes Interaktionssystem auf, verkomplizieren sich die Steuerungsmechanismen zwischen politischem System und Gesellschaft. Des weiteren erscheint die zentrale Steuerungseinheit nicht mehr mit einer unbegrenzten Steuerungskapazität der politischen Sozialisation versehen, da die gesellschaftlichen Subsysteme autonom politische Sozialisationsinhalte generieren können, die u. a. auch einen konfliktauslösenden Charakter annehmen können.

Den gesellschaftlichen Subsystemen wird somit die Fähigkeit zugesprochen, ebenso wie die politische Zentraleinheit unmittelbar auf die politischen Sozialisationsagenturen einwirken zu können, in denen das politische Lernen der individuellen Gesellschaftsmitglieder vonstatten geht. Konfligierende Sozialisationsinhalte aus dem politischen System selbst oder widersprüchliche Sozialisationsinhalte von seiten der Subsysteme werden, jeweils vermittelt über die Sozialisationsagenturen, den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern weitergegeben.

Mit der Ausdifferenzierung der bei EASTON und DENNIS noch unstrukturierten gesellschaftlichen Sphäre erreicht PAWELKA in seinem systemtheoretischen Ansatz für die Beschreibung der politischen Sozialisationsbedingungen mindestens zwei Effekte:

- 1) Mit der Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Ebene können nun auch die Wirkungen der politischen Sozialisationsmaßnahmen von seiten des politischen Systems auf die gesellschaftlichen Subsysteme betrachtet werden. Eine Einschätzung der Wirksamkeit von politischen Sozialisationsmaßnahmen bezüglich des Erfolgskriteriums der Stabilisierung von diffuser Massenunterstützung

wird wesentlich effektiver sein, da nun auch konfligierende Sozialisationseinflüsse berücksichtigt und durch ein entsprechendes System-Output konterkariert werden können.

- 2) Mit dieser Erweiterung des Modells der politischen Sozialisation wird die Analyse der Ursachen und der Wandel konfligierender Sozialisationsinhalte in den verschiedenen Subsystemen und Sozialisationsagenturen notwendig; die systemanalytische Betrachtung der gesellschaftlichen Subsysteme erhält so eine historische Dimension - dies umso mehr, da nun die Notwendigkeit innerhalb der empirischen Sozialisationsforschung entsteht, auch den Fragen nach den historischen Bedingungen und konkreten Ursachen für die Produktion von dysfunktionalen politischen Sozialisationsinhalten nachgehen zu müssen.

Da PAWELKA den systemtheoretischen Charakter seines Modells der politischen Sozialisation grundsätzlich nicht in Frage stellt, im Gegenteil sogar den sich selbst steuernden Mechanismus gegenüber EASTON und DENNIS differenzierter gestaltet und die Kommunikations-, Informations- und Steuerungsabläufe als Regelkreise exakter beschreibt, unterliegt sein Modell einmal der Kritik wie jedes systemtheoretisch bestimmte Modell der politischen Sozialisation. Zum anderen gilt es, die Implikationen im Neuansatz auf ihre Konsequenzen für den Zusammenhang zwischen der politischen Sozialisation und der Gesellschaftsentwicklung zu untersuchen.

Wie bereits beschrieben, besteht das wichtigste Ziel jeder systemtheoretischen Analyse gesamtgesellschaftlicher Prozesse innerhalb der politischen Wissenschaft in der Erklärung der Bedingungen und Mechanismen der Überlebensfähigkeit existierender politischer Systeme. Forschungstechnisch findet eine Konzentration auf die Untersuchung der

Regelkreise, Steuerungselemente und Rückmeldeprozesse statt. Diesen grundsätzlichen Bedingungen kann auch PAWELKA in seinem Konzept der politischen Sozialisation nicht entgehen. Im folgenden einige Verdeutlichungen der Konsequenzen aus seinem Modell der politischen Sozialisation:

1) - Formhaftigkeit und Inhalt -

Die Formhaftigkeit eines jeden systemtheoretischen Modells bei gleichzeitiger Unabhängigkeit von speziellen gesellschaftlichen Inhalten ermöglichen - dem Anspruch ihrer Vertreter nach - seine Anwendung auf Gesellschaftssysteme unterschiedlichen Typus. Hierbei wird allerdings häufig - wie auch bei PAWELKA - übersehen, daß die Wahl eines gesellschaftlichen Typs zugleich die Möglichkeiten und Grenzen der Beeinflussung sowie die Wirksamkeit der politischen Sozialisation antizipiert. Wenn PAWELKA auch behauptet, daß sein Modell, soweit es den Zusammenhang zwischen der dominanten Steuerungseinheit und den gesellschaftlichen Subsystemen bzw. den Sozialisationsagenturen allgemein beschreibt, für alle politischen Sozialisationsanalysen anwendbar ist, so sind dennoch seine Detailanalysen und konkreten Ausführungen über die Wirkungen nur für hochindustrialisierte Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland geeignet - wie er auch an anderer Stelle selbst bestätigt (vgl. ebenda, S. 30). Sein Gesellschaftssysteme überschreitender Anspruch wird an keiner Stelle positiv begründet und basiert allein auf dem Systemcharakter seines Modells.

Die entscheidende Frage in diesem Zusammenhang ist, ob - unabhängig von Detailanalysen - alle empirisch existierenden Gesellschaftsformationen mit diesem Modell exakt beschrieben werden können. Das heißt, ob sich jede Form des gesellschaftlichen Zusammenhangs bijektiv in das obige

Modell der politischen Sozialisation abbilden läßt und somit die Schlußfolgerungen aufgrund der Modelleigenschaften wahre Aussagen über die gesellschaftlichen Wirkzusammenhänge beinhalten. Ohne Nachweis aus dem Bereich der komparativistischen Forschung bezüglich dieses Anspruchs an das vorliegende Modell der politischen Sozialisation muß die oben angeführte Behauptung PAWELKAs als (bisher) nicht belegt gelten.

2) - Zu den Abbildungsgrenzen -

Jedes wissenschaftliche Konstrukt - wie zum Beispiel das systemtheoretische Modell - reduziert die gesellschaftliche und politische Realität unter dem Aspekt forschungsstrategischer Bedürfnisse. Im Modell von PAWELKA zeigen sich indes besondere Konsequenzen: Wichtige organische gesellschaftliche Zusammenhänge werden auseinandergerissen bzw. in ihrem Zusammenhang nicht angemessen berücksichtigt. Des weiteren kann gleichzeitig nur **ein** peripheres Subsystem der Gesellschaft bzw. **ein** Komplex von peripheren gesellschaftlichen Subsystemen (z. B. Schichtzugehörigkeit) und **eine** Sozialisationsagentur (z. B. Familie) betrachtet werden. PAWELKA, der diesen prinzipiellen Mangel seines Modells selbst wahrnimmt, zieht sich auf den Standpunkt zurück, aus forschungsökonomischen Gründen diese Begrenzung in Kauf nehmen zu können.

Diese Beurteilung der Relevanz individueller politischer Sozialisationsprozesse vernachlässigt wichtige Ergebnisse der neueren Sozialisationsforschung. Die Individuen dokumentieren in ihrem politisch relevanten Handeln die Gesamtheit ihrer jeweiligen subjektiven Erfahrungen im Sozialisationsprozeß. Die in den verschiedenen Sozialisationsagenturen generierten politischen Sozialisationsbedingungen werden von den Individuen im Laufe ihrer biogra-

phischen Entwicklung aggregiert, so daß ihr politisches Handeln jeweils als Ausdruck ihrer bisherigen Sozialisationserfahrungen verstanden werden kann.

Eine analytische Trennung der verschiedenen zeitlichen, sachlichen und institutionellen Ebenen der politischen Sozialisation der Individuen ist nicht nur forschungstechnisch zulässig, sondern in Anbetracht der komplexen Wirkzusammenhänge auch notwendig. Allerdings darf der entscheidende Aspekt der Integration der unterschiedlichen politischen Sozialisationserfahrungen zu einem einheitlichen Handlungsmuster nicht vollständig aus dem Modell der politischen Sozialisation ausgeschlossen werden. Indem PAWELKA sich in seinem Modell dieser Problematik nicht stellt, kann er keine hinreichende Antwort auf die Frage der Wirksamkeit der Einflüsse auf die individuelle politische Sozialisation in den verschiedenen Lebensphasen der Individuen (Jugend- versus Erwachsenensozialisation), den verschiedenen sachlichen Einflüssen (aus dem Bereich Politik, Ökonomie und Kultur) oder der Relevanz unterschiedlicher Sozialisationsagenturen wie Familie, Schule, Arbeitsplatz, Medien usw. geben.

Selbst wenn man auf der makrosoziologischen Ebene dieses Modells der politischen Sozialisation verbleibt, ergeben sich konzeptionelle Schranken bei der Erfassung der Einflußnahme gesellschaftlicher Subsysteme untereinander. Die wechselseitigen Beziehungen und Wirkzusammenhänge zwischen den peripheren gesellschaftlichen Subsystemen (Schicht, gesellschaftliche Organisationen wie Gewerkschaften, Verbände oder kulturelle Institutionen) werden weder strukturell erfaßt, noch in ihrer Bedeutung für die politischen Sozialisationsprozesse der Gesellschaftsmitglieder eingeordnet. Da die Anzahl der relevanten gesellschaftlichen Subsysteme im Prinzip bei PAWELKA unbegrenzt konzipiert

wird, erscheint eine Analyse aller wechselseitigen politischen Sozialisationsmaßnahmen bzw. Regeleinflüsse prinzipiell unmöglich.

Damit können mit dem Modell der politischen Sozialisation von PAWELKA weder die Struktur und die Zusammensetzung der politischen Sozialisationsbedingungen seitens der verschiedenen Sozialisationsagenturen, den gesellschaftlichen Subsystemen, noch die individuellen Prozesse der Perzeption und der Integration des Angebots an politischen Sozialisationsinhalten näher erfaßt werden.

Ein weiteres Problem ergibt sich, wenn Überlegungen zum Konzept der "politischen Kultur" mit in die Betrachtung dieses Modells der politischen Sozialisation einbezogen werden. Wenn, wie dies in der systemtheoretischen Betrachtungsweise der politischen Sozialisation nicht unüblich ist, unter "'Politische Kultur' ... das Verteilungsmuster der Orientierungen, das die Mitglieder einer Gesellschaft gegenüber ihrem politischen System, seinen Teilbereichen, seiner Politik und ihrer speziellen Rolle in diesem System haben" (ebenda, S. 10), verstanden wird, kommt der politischen Sozialisation somit auch die Funktion zu, die politische Kultur zu tradieren und gegebenenfalls zu verändern.

3) - Zum makrosoziologischen Charakter des Modells -

Der Output des politischen Systems zur Beeinflussung der politischen Sozialisationsbedingungen gewinnt seine Berechtigung durch sein potentiellles Vermögen, die politische Herrschaftsstruktur aufrechtzuerhalten - d. h. durch seine Fähigkeit der Gewährleistung einer allgemein politischen Unterstützung des politischen Systems durch die Gesellschaftsmitglieder, ohne Berücksichtigung der Frage

nach einer übergreifenden Legitimität des herrschenden politischen Systems oder von Maßnahmen der politischen Administration.

Jede Steuerungsmaßnahme des politischen Systems im Bereich der politischen Sozialisation richtet sich letztlich nach dem Ziel der Aufrechterhaltung der problemlosen Einbindung der Gesellschaftsmitglieder aus. Praktische Fragen der Vermittlung oder Nichtvermittlung der politischen Sozialisationsinhalte auf seiten der Adressaten der politischen Sozialisation sowie die Frage nach dem Übernahmeprozess der vorliegenden Inhalte haben aus dieser systemtheoretischen Perspektive der politischen Sozialisation keine oder nur eine geringe Bedeutung.

Wenn PAWELKA auch beansprucht, mit seinem Modell der politischen Sozialisation die Forschungsperspektive über die von EASTON und DENNIS hinaus auf die Adressaten der politischen Sozialisationsmaßnahmen zu erweitern, muß dennoch konstatiert werden, daß er in seinem Modell bei den gesellschaftlichen Subsystemen als Referenzsysteme der individuellen Systemmitglieder stehenbleibt und letztere nicht als Individuen erreicht.

Fragestellungen nach den inter- und intrapersonellen Prozessen im Verlauf der politischen Sozialisation erhalten an keinem Ort einen eigenständigen Stellenwert. Der Anspruch auf Erweiterung des Modells der politischen Sozialisation wird im Sinne einer Differenzierung der gesellschaftlichen Ursachen konfligierender politischer Sozialisationsbedingungen, die allerdings in ihrer strukturellen Beziehung nicht eindeutig geklärt werden, eingelöst. Der Sozialisand in seiner subjektiven Entwicklung bleibt jedoch ein hohles Konstrukt, der allein von den (entscheidenden) makrosoziologisch produzierten politischen Sozialisationsbedingungen determiniert erscheint. PAWELKA ge-

lingt es somit nicht, mikrosoziologische Probleme der politischen Sozialisation angemessen in ein ständig auf der makrosoziologischen Ebene verbleibendes Modell miteinzuschließen.

4) - Fortdauer der konservativen Implikationen -

Wird die Vorstellung akzeptiert, daß in hochindustriellen Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland die politische Steuerungseinheit die im politischen System generierten politischen Sozialisationsbedingungen in letzter Konsequenz steuern kann, wird durch eine differenzierendere Darstellung der Bedingungen funktionaler und dysfunktionaler politischer Sozialisation die Steuerungskapazität des politischen Systems durch die Vermehrung seiner Regelmöglichkeiten erhöht. Erkennt das politische System, in welchem der teilautonomen gesellschaftlichen Subsysteme politische Sozialisationsbedingungen mit herrschaftsgefährdenden Konsequenzen erzeugt werden (können), reagiert das politische System in der systemtheoretisch vorgegebenen Weise. Allerdings stehen ihm nun umfassendere Informationen über die Ursachen von dysfunktionalen politischen Sozialisationsprozessen zur Verfügung. Somit können entweder Entscheidungen (partiell) korrigiert, neue politische Sozialisationsbedingungen gesetzt, selbstinnovatorische Prozesse eingeleitet oder das Verhalten einzelner gesellschaftlicher Subsysteme gezielt modifiziert werden.

Für das politische System bleibt weiterhin vor allem die Aufrechterhaltung der diffusen politischen Unterstützungsbereitschaft als Bedingung seines Überlebens von entscheidender Bedeutung. Durch die stärker strukturierte Darstellung der politischen Sozialisationsbedingungen aus der gesellschaftlichen Umwelt verfügt das politische System über ein (prinzipiell) verbessertes Instrumentarium zur Einstellung seiner Outputs auf die jeweils gegebenen poli-

tischen Sozialisationsverhältnisse. Unter Berücksichtigung des letzteren Aspektes erscheint aus dem Neuansatz der politischen Sozialisation eine tendenziell umfassendere Beherrschbarkeit der Systemmitglieder durch das politische System - ohne den Anschein unmittelbarer (gewaltsamer) Herrschaft - zu resultieren.

Um dieser Möglichkeit der Nutzung seines Neuansatzes entgegenzutreten, fordert PAWELKA die Sozialisationsforschung auf, auf Basis der gefundenen politischen Sozialisationszusammenhänge Strategien für eine herrschaftsmildernde Gegensozialisation durch die teilautonomen gesellschaftlichen Subsysteme zu erforschen (vgl. ebenda, S. 28 f.). Der politischen Sozialisationsforschung soll es obliegen, Material zu liefern, damit die über das politische System gelenkte herrschaftsstabilisierende Funktion der politischen Sozialisation abgebaut und die in den teilautonomen Subsystemen generierten politischen Sozialisationsbedingungen für (möglicherweise) emanzipatorische Lernprozesse gestärkt werden können.

Den systemimmanenten, konservativen Konsequenzen seines Modells setzt PAWELKA an dieser Stelle allein den plakativen Aufruf nach einer Veränderung des Forschungsinteresses entgegen, ohne aufzuzeigen, unter welchen politischen oder gesellschaftlichen Bedingungen eine Veränderung der politischen Sozialisationsbedingungen in einzelnen gesellschaftlichen Subsystemen überhaupt möglich werden kann.

5) - Empirische Konsequenzen -

Einen wichtigen Beitrag stellt das vorliegende Modell im Hinblick auf die Ordnung und Systematisierung von Beiträgen aus der empirischen Sozialisationsforschung dar. Die aufgezeigte Struktur der Bedingungen der politischen So-

zialisierung - mag sie auch die angeführten systembedingten Mängel aufweisen - ergibt eine erste Möglichkeit, die verstreut unter systemtheoretischen, funktionalistischen und psychoanalytischen Implikationen erstellten empirischen Forschungsergebnisse in einem Gesamtzusammenhang verständlich und für die weiteren Forschungen fungibel zu machen.

6) - Zum Begriff der politischen Sozialisation bei
PAWELKA -

PAWELKA versteht unter politischer Sozialisation den lebenslangen Lernprozeß, "innerhalb dessen sich der Mensch Werte, Normen, Einstellungen und Kenntnisse aneignet, die das politische Handeln beeinflussen, regeln und lenken. Dieses Lernen kann durch die Umwelt veranlaßt werden oder auch eigenständig erfolgen" (ebenda, S. 12 f.).

Diese Definition der politischen Sozialisation schließt sich der in der amerikanischen Systemtheorie üblichen an.² Da politisches Lernen im wesentlichen als ein intentionaler Prozeß der Aneignung (Übernahme) von Werten, Normen, Einstellungen und Handlungsmustern aus der gesellschaftlichen Umwelt verstanden wird und weniger im Sinne eines (zumindest teilweise) autonom gestalteten und inhaltlich selbstbestimmten Lernprozesses aufgefaßt wird, hebt diese Begriffsbestimmung der politischen Sozialisation im wesentlichen auf die gesellschaftlichen, politischen und institutionellen Bedingungen des politischen Lernens ab. Diese Auffassung der politischen Sozialisation als politisches **Lernen** erhält bei der Analyse der Steuerung bzw. des Einflusses der politischen Sozialisation in doppelter Weise Gewicht:

1. Unbeschränktheit der Lerninhalte und
2. Veränderbarkeit der Lerninhalte.

ad 1.

Alle für die Überlebensfähigkeit der jeweils bestehenden politischen Systeme notwendigen Einstellungen und Verhaltensmuster der individuellen Systemmitglieder müssen durch eine entsprechende Setzung bzw. Modifikation der Bedingungen der politischen Sozialisation durch die (politischen) Lernprozesse von Individuen internalisiert werden können. Die Lernkapazität der Individuen muß im Hinblick auf die Variabilität der Sozialisationsinhalte also prinzipiell unbegrenzt gedacht werden können. Dieser systemtheoretischen Bestimmung der politischen Sozialisation als politisches Lernen unterliegt somit eine Vorstellung des Lernens, wie sie durch die behavioristische Psychologie entwickelt wurde.

ad 2.

Wird das politische System aufgrund einer Streßsituation genötigt, die Bedingungen der politischen Sozialisation so zu verändern, daß die politischen Lernprozesse der Systemmitglieder im aggregierten Ergebnis zu einer Streßminderung führen, erscheint nicht nur die Bestimmung der politischen Sozialisation als ein lebenslanger Lernprozeß notwendig, sondern sie darf auch durch keine individuelle Persönlichkeitsstruktur verhindert oder entscheidend gehemmt werden. Die Notwendigkeit der Fähigkeit der Individuen zum permanenten Umlernen im Hinblick auf eine Veränderung der politischen Einstellungen und Handlungsmuster **nach Maßgabe** veränderter politischer Sozialisationsbedingungen korrespondiert nicht mit der Vorstellung einer gewachsenen individuellen Persönlichkeit, die sich im wesentlichen durch ein politisch autonomes und kognitiv-kritisches Verhalten auszeichnen soll.

Die vorliegende Definition der politischen Sozialisation als politisches Lernen erfüllt somit zwei wichtige Anforderungen der Systemtheorie an die politische Sozialisa-

tion, nimmt zugleich jedoch per Definition in ersten Ansätzen Lernprozesse auch in ihrer individuellen Abhängigkeit auf. Allerdings erscheint die individuelle Dimension des Lernens an dieser Stelle eher einen proklamatorischen Charakter zu haben, da in der systemtheoretischen politischen Sozialisationsforschung individuelle Bedingungen des politischen Lernens keinen systemimmanenten Stellenwert erhalten und ihre Berücksichtigung nur allgemein gefordert wird.

Ein weiteres wichtiges Kriterium zur Ausgrenzung und Einschätzung der verwendeten Begrifflichkeit der politischen Sozialisation kann durch einen ersten kurzen Blick auf die in der traditionellen amerikanischen politischen Sozialisationsforschung mit diesem Begriff erfaßten Inhalte gewonnen werden. EASTON/DENNIS 1969, GREENSTEIN 1969 u. a. untersuchten in ihren empirischen Forschungen fast ausschließlich Einstellungen und Verhaltensmuster gegenüber staatlichen Institutionen mit politischem Symbolcharakter (Präsidentenamt, Fahne, Oberster Gerichtshof, Polizei usw.) und Präferenzen der Kinder sowie ihre emotionale Einstellung gegenüber den obigen Symbolen und das Maß der Verinnerlichung der "amerikanischen Lebensart" (vgl. auch PREUSS-LAUSITZ 1973, passim). In dieser Auswahl von Einstellungen und Verhaltensmustern dokumentiert sich einerseits ein verkürztes Verständnis des "Politischen", welches sich allein auf die Institutionen des gesellschaftlichen Überbaus bezieht. Fragen zu Einstellungen bezüglich gesellschaftlicher Konfliktpotentiale, in denen sich unterschiedliche gesellschaftliche Interessen und Machtpositionen ausdrücken, oder zur ökonomischen Basis der Gesellschaft gehören hiernach nicht zum Bereich des "Politischen".

Zum anderen erstreckt sich die Vorstellung von der Bedeutung der politischen Sozialisation jenseits des frühkindlichen Alters nicht auf die Möglichkeit eines fundamentalen Wandels der politischen Orientierungen. Die Fixierung auf das bestehende politische System soll vielmehr durch frühkindliche Sozialisationsprozesse mit hohen emotionalen und geringen kognitiven Anteilen im Rahmen einer "latenten politischen Sozialisation" festgelegt werden, die noch keine nominell politischen Inhalte einschließt, sondern allgemein kulturelle Werte, Normen und Einstellungen umfaßt. Die "manifeste politische Sozialisation"³ im Jugend- bzw. Erwachsenenalter vermittelt explizite Einstellungen im Hinblick auf das politische System. Jedoch vermag sie nur eine geringfügige Modifikation der frühkindlichen Grundeinstellungen und -haltungen herbeizuführen.

Die Stärke des hier vorliegenden Modells der politischen Sozialisation besteht, wie bereits angemerkt, in seiner für systemtheoretische Konzepte differenzierenden Berücksichtigung von Sozialisationseinflüssen aus der sozialen Umwelt auf die zu sozialisierenden Individuen. Neben den generellen Sozialisationsbedingungen des (dominanten) politischen Systems erhalten auch jene (peripheren) Subsysteme einen systematischen Stellenwert, in denen eigenständig stabilisierende und konfligierende politische Sozialisationsinhalte erzeugt und autonom politische Sozialisationsprozesse initiiert werden können.

In Konsequenz dieses Modells werden politische Sozialisationsprozesse auf der individuellen Einstellungs- und Verhaltensebene - ausgehend von bestimmten politischen Sozialisationsinstanzen bzw. politischen Sozialisationsagenturen - nachvollziehbar, die gegebenenfalls mit den Sozialisationsansprüchen des politischen Systems in Dissonanz stehen.

Die nun möglich gewordenen Anschlußfragen nach den Konsequenzen der divergierenden Sozialisationserfahrungen für das konkrete politische Handeln der Individuen, sowohl bezogen auf das dominante politische System als auch auf die peripheren Sozialisationsinstanzen und damit letztlich für auf die Gesellschaftsentwicklung, werden jedoch bei PAWELKA nicht gestellt. Zwar betont PAWELKA, daß er in seinem Modell der politischen Sozialisation den Konfliktcharakter der politischen und gesellschaftlichen Prozesse - im Gegensatz zu anderen Sozialisationsmodellen - nicht ausblendet und die Sozialisationssituation der Individuen differenzierend betrachtet (PAWELKA 1977, S. 46 ff. und S. 176 f.), jedoch bleiben seine Ausführungen über die Folgen dieser konfligierenden politischen Sozialisationserfahrungen der Individuen für ihre politische Identität formal und inhaltsleer. Unbehandelt bleiben auch Probleme, die aus der politischen Handlungskompetenz der Individuen erwachsen, die die Individuen aufgrund ihrer spezifischen Sozialisationserfahrungen durch das dominante politische System und die jeweiligen Subsysteme erwarben. Zu welchen politischen Verhaltensweisen werden u. a. die so sozialisierten Individuen befähigt und motiviert? Weiterhin bleibt die Frage undiskutiert, ob überhaupt die strukturellen Voraussetzungen in der politischen und in der gesellschaftlichen Sphäre gegeben sind, die es den Individuen ermöglichen, im konfligierenden politischen Sozialisationsprozeß erworbene (scheinbar oder real) dysfunktionale politische Handlungskompetenzen erfolgreich in den Prozeß der Gesellschaftsentwicklung einzubringen.

Wie reagieren die die politische Sozialisation steuernden Eliten in den Sozialisationsagenturen inhaltlich auf politische Partizipationsansprüche, die die unveränderte Tradierung der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse zu gefährden scheinen? Offen bleibt bei PAWELKA weiterhin die Behandlung des Problems, daß die differenzierte politische

Identität der Individuen als eine notwendige Voraussetzung der Funktionsfähigkeit für pluralistisch organisierte Gesellschaften interpretiert werden kann, solange sich der Grundkonsens der unterschiedlichen Individuen mit den minimalen Anforderungen (diffuse Massenunterstützung) des politischen Systems an die politisch-gesellschaftliche Partizipation der Bürger deckt.

In seiner Schlußbetrachtung stellt PAWELKA die funktionale Grundvoraussetzung seines Modells der politischen Sozialisation, die Steuerkapazität des politischen Systems für die politische Sozialisation, selbst in Frage. "Die Herstellung einer allgemeinen und uneingeschränkten Unterstützung des politischen Systems durch die politische Sozialisation scheint angesichts der Erosion verkrusteter Feindbilder im internationalen System (Kalter Krieg), zunehmender wirtschaftlicher Wachstumskrisen und dem systematischen Unvermögen liberal-demokratischer Gesellschaften zu einer ideologischen Mobilisierung ihrer Mitglieder, immer unwahrscheinlicher zu werden" (ebenda, S. 175).

Die in der Formulierung von PAWELKA unterstellte zunehmende Unfähigkeit des politischen Systems zum manipulativen Einsatz bestimmter Sozialisationsstrategien (Erzeugung von Feindbildern, ideologische Mobilisierung), zur Förderung der von den politischen Systemen unterstützten Einstellungen bei den zu sozialisierenden Individuen deutet im Umkehrschluß die Methodik an, die PAWELKA den Eliten zur Steuerung der politischen Sozialisation zu unterstellen scheint. Das politische System wird seiner Steuerungsfunktion gerecht durch die Setzung und Erbringung von Leistungen im Bereich der Veränderung der politischen Meinungsbildung. Systemtheoretisch stringente Steuerungsinstrumente wie Rechtssetzung, Bereitstellung von Geldmitteln usw. werden nicht gesehen. Auch kann aus dieser Perspektive die Erzeugung systembedingter politischer Sozialisationsergeb-

nissen in hochentwickelten kapitalistischen Staaten, die nicht durch "Eliten" gesteuert werden, sondern Ausdruck der spezifischen Form der politisch-ökonomischen Organisationsform dieser Staaten sind, und die - bezogen auf die traditionellen Grundlagen der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung - sowohl einen konsensualen als auch einen Konflikταςpekt aufweisen, nicht gesehen werden. Das hier besonders interessierende Spannungsfeld zwischen der gesellschaftlich vermittelten politischen Identität, der politischen Handlungskompetenz und der strukturellen Möglichkeiten bzw. Restriktionen der politisch-gesellschaftlichen Partizipation der Individuen und somit ihr Einfluß auf die Gesellschaftsentwicklung bleibt demnach bei PAWELKA im wesentlichen unbehandelt.

3.1.2 Das Modell der Sozialisation von FREY

Im Gegensatz zur Betrachtung der politischen Sozialisation aus der makrosoziologischen Forschungsperspektive sehen u. a. WASMUND (1971) und FREY (1976)⁴ die Ebene der mikrosoziologischen Prozesse als den entscheidenden Ansatzpunkt der Sozialisationsforschung an.

Die Ansätze dieser beider Vertreter der mikrosoziologischen Sozialisationsforschung werden durch das zentrale Anliegen verbunden, den Verlauf und die Bedingungen der Prozesse zu erforschen, in denen die Individuen ihre gesellschaftlich relevanten Einstellungen und Verhaltensmuster erwerben. Auf dieser Ebene bedeutet Sozialisierung die Übernahme bzw. Internalisierung herrschender Normen, Werte, Einstellungen und Verhaltensdispositionen durch die Entwicklung eines intrapersonalen Repräsentationssystems.

In einem permanenten Interaktionsprozeß "übernimmt" das Individuum die sozialen und politischen Erwartungen und Anforderungen seiner Gesellschaft durch Internalisierung bzw. durch Integration in seine Persönlichkeitsstruktur. Die empirischen Forschungen aus dieser Perspektive konzentrieren sich auf das Kindes- und Jugendalter; hierbei rückt die Familie als dominante Referenzeinheit zur Ausbildung politischer Einstellungen und Handlungsmuster ins Zentrum des Interesses.

WASMUND (1971) setzt den frühkindlichen politischen Sozialisationsprozeß auf dem Hintergrund der FREUDschen Theorie der Persönlichkeitsentwicklung zu Ergebnissen aus PARSONS' strukturell-funktionaler Systemtheorie in Beziehung. Sein Ansatz ist insofern typisch für die frühen 70er Jahre, als er durch eine kritiklose Übernahme der traditionellen amerikanischen Begriffsausprägung der politischen Sozialisation gekennzeichnet ist (vgl. PREUSS-LAUSITZ 1973,

S. 67 f.). Danach werden die entscheidenden politischen Orientierungen innerhalb der frühen kindlichen politischen Sozialisation bereits vor den ersten bewußten kognitiven Lernprozessen emotional übernommen.

Das postulierte frühkindliche Akzeptieren von Autoritäten als Notwendigkeit zur Konstituierung der individuellen Persönlichkeit in Anlehnung an die psychoanalytische Theorie der kindlichen Entwicklung wird vor allem in empirisch ausgerichteten amerikanischen (anthropologischen und psychologischen) Sozialisationstheorien als Orientierung an politischen Autoritäten (z. B. dem Präsidenten) verstanden.

Die in der frühen Kindheit erworbenen politischen Orientierungen werden bei WASMUND ebenso wie in den angeführten amerikanischen Sozialisationstheorien als kaum mehr veränderbar betrachtet. So schreibt z. B. NYSSSEN 1974 (Erstveröffentlichung 1970) - auf den sich WASMUND bezieht -: "Fassen wir zusammen: Es gibt Anzeichen dafür, daß Änderungen von Einstellungen in Einzelfragen möglich sind und daß in dieser Beziehung Information und Argumentation als Mittel politischer Bildung keineswegs unwirksam bleiben müssen. Es gibt jedoch wenig Anzeichen dafür, daß die im vorkognitiven politischen Sozialisationsprozeß erworbenen tiefverwurzelten Loyalitätsbindungen gegenüber den Grundlagen des bestehenden politischen Systems zugunsten einer kritischen Distanz gegenüber diesem System aufgebrochen werden können" (NYSSSEN 1974, S. 87).

Diesem auf die frühe kindliche Entwicklung eingeeengte (psychoanalytisch ausgerichtete) Forschungsansatz der politischen Sozialisation von WASMUND steht neuerdings eine mikrosoziologische Forschungsperspektive gegenüber, die sich einerseits nicht auf den politischen Sozialisationsprozeß beschränkt, sondern den gesamten Bereich der Sozia-

lisationsforschung abzudecken beansprucht, und andererseits die Sozialisation (also auch die politische Sozialisation) als lebenslange individuelle Entwicklung und Veränderung begreift. Die Aneignung von politisch und gesellschaftlich relevanten Einstellungen und Verhaltensdispositionen wird anhand lerntheoretischer Konzepte und unter Zuhilfenahme rollentheoretischer Erklärungsmuster erläutert.

Insbesondere FREY entwickelt auf der Basis der sozialisationstheoretischen Überlegungen von PARSON und SPIROW einen eigenen Ansatz einer Sozialisationstheorie auf mikrosoziologischer Ebene. Die in der Sozialisationstheorie allseits sichtbaren Bemühungen, mikro- und makrosoziologische Theorieelemente miteinander zu verbinden, führen bei FREY zu einem Konstrukt der politischen Sozialisation auf mikrosoziologischer Ebene, in das rollentheoretische Aussagen und systemtheoretische Elemente integriert sind.

FREY entwickelt seine Sozialisationstheorie in zwei Schritten. Im ersten expliziert er seinen Sozialisationsbegriff, im zweiten fragt er nach dem Zusammenhang zwischen den gesellschaftlich gegebenen Sozialisationsbedingungen und -anforderungen, den Chancen der Individuen, sich sozialisieren zu lassen, sowie den Mechanismen dieses Vermittlungszusammenhangs, also nach dem "Wie" der Sozialisation.

Wenn im folgenden überwiegend von Sozialisation im allgemeinen Sinne und nicht nominell von politischer Sozialisation gesprochen wird, beruht dies auf einem Spezifikum der hier untersuchten Sozialisationstheorie. FREY beansprucht, eine allgemeine Sozialisationstheorie zu entwerfen, die den Bereich der politische Sozialisation mit einschließt. Solange die Sozialisationsinhalte in empirisch angelegten Forschungsvorhaben nicht aufgrund ihres möglichen politi-

schen Charakters selektiert werden, was eine von FREY nicht vorgenommene inhaltliche Differenzierung nach politischen Sozialisationsinhalten voraussetzen würde, kann auf der hier gegebenen theoretischen Ebene nicht zwischen politischen und allgemeinen Sozialisationsinhalten unterschieden werden. Obwohl in der hier vorliegenden Arbeit insbesondere die politische Sozialisation interessiert, kann dem FREYschen Ansatz gemäß keine Unterscheidung der Sozialisationsinhalte vorgenommen bzw. diese Theorie nur hinsichtlich politischer Sozialisationsinhalte betrachtet werden. Allerdings wäre letzteres auch keineswegs sinnvoll, da sich die Problematik der Sozialisationsprozesse auf der personalen Ebene unabhängig von dem (politischen) Charakter der Sozialisationsinhalte darstellt.⁵

1) - Zum Begriff der Sozialisation bei FREY -

FREY betont, daß er der Vielzahl an Begriffsdefinitionen keine weitere eigene hinzufügen will (vgl. FREY 1974, S. 32), sondern beabsichtigt, den Gegenstandsbereich der Sozialisation zu umschreiben. Die von FREY angeführten sieben Aspekte der Sozialisation betreffen meiner Meinung nach drei Bereiche:

- a) Ort und Zeit der Sozialisation,
- b) Interaktionspartner und Richtung der Sozialisation,
- c) Bedingung der Operationalisierung des Sozialisationsbegriffs.

ad a)

Sozialisationsprozesse finden in allen Lebensphasen statt, die Sozialisation wird demnach als lebenslanger Prozeß verstanden. Die Sphäre, in der Sozialisationsprozesse stattfinden können, stellt sich als ein "soziales Bezugssystem" beliebiger Struktur und Größe dar. Als soziales Bezugssystem definiert FREY "dasjenige soziale System, zu dem das Verhalten der untersuchenden Person in Beziehung

gesetzt wird" (ebenda). "Soziales System" meint in diesem Zusammenhang eine für das spezifische System typische Art und Weise des Ablaufs von Interaktionen, an denen mindestens zwei Individuen beteiligt sind.

FREY gibt mit der zeitlichen Bestimmung der Sozialisation die faktische Beschränkung früherer Sozialisationstheorien und empirischer Untersuchungen auf die Entwicklungsphase bis zum Erwachsenenalter auf. Konsequenterweise vermeidet er zugleich eine Anlehnung an psychoanalytische Konzeptionen der Bedingungen und Voraussetzungen für die Determination der Sozialisation, da auch diese Theorieansätze sich implizit auf die Lebenszeit vor und bis im frühen Erwachsenenalter beschränken.

FREY geht von der Annahme aus, daß bereits zwei Individuen ein Interaktionssystem mit der Fähigkeit zur Sozialisation in dem hier verwendeten Begriff des sozialen Bezugssystems bilden können und sämtliche Einstellungs- und Verhaltensdispositionen, die ein Individuum innerhalb seiner Sozialisation annimmt, über Interaktionsprozesse innerhalb des jeweiligen sozialen Bezugssystems vermittelt werden. Er entwickelt somit ein rein interaktionistisches Modell der Sozialisation.

ad b)

Als Sozialisationsprozesse werden diejenigen Interaktionsvorgänge bezeichnet, die für das jeweilige soziale System spezifisch sind und die Einstellungen bzw. das Verhalten der Individuen (systemkonform) verändern können. Dabei müssen allerdings auch bereits vorhandene Einstellungs- und Verhaltensdispositionen der Sozialisanden, die jeweilige Form, in der die Sozialisationsinhalte an sie herangetragen werden, und die Rückwirkung der Sozialisanden auf das soziale System berücksichtigt werden.

FREY bezeichnet hierbei allein diejenigen Interaktionsprozesse als Sozialisationsprozesse, die als Sozialisationsprozesse für den jeweiligen Sozialisanden konzipiert sind und die sich zugleich in einer - von ihm empirisch beobachtbaren - Verhaltensänderung bei dem zu sozialisierenden Interaktionspartner niederschlagen.

Es geht FREY also um das Erfassen sichtbarer bzw. meßbarer Sozialisationseffekte; die Möglichkeit des Auftretens "ungewollter Sozialisationsprozesse"⁶ bleibt ebenso unberücksichtigt wie die einer "unterschwelligten" Sozialisation. Auf die Vernachlässigung der Möglichkeit von Sozialisation, die erst später als beobachtbares Verhalten aktiviert wird (wie z. B. Familiensozialisationsinhalte, die das Verhalten der Erwachsenen determinieren), weist FREY selbst hin.

Durch diese definitiorische Begriffsverengung auf intentionale sozialisatorische Interaktionen wird gleichzeitig auch die Richtung der Sozialisation, d. h. wer Sozialisand und wer Sozialisator sein muß, determiniert. Eine adäquate Einschätzung der Wirksamkeit von Interaktionen als Sozialisationsprozesse muß jedoch auch die individuelle Lebenslage und Lebenserfahrung des Sozialisanden sowie seine subjektive Bereitschaft, sich im Sinne der Anforderungen sozialisieren zu lassen, berücksichtigen. Das heißt, der Sozialisand darf nicht nur als passive Einheit der Sozialisation verstanden werden, denn im Interaktionsprozeß wirkt auch seine kumulierte Sozialisationserfahrung sowohl auf die Chancen einer erfolgreichen Sozialisation als auch auf den Sozialisator ein.

Dieser Aspekt weist auf eine im Konzept von FREY angelegte Möglichkeit der Modifikation des sozialen Bezugssystems durch die Individuen einer sozialen Einheit hin. Während in der traditionellen funktionalistischen Sozialisations-

theorie der Sozialisation z. B. als passives Objekt der Tradierung von Sozialisationsinhalten verstanden wird, erweitert sich durch diese interaktionistische Bestimmung der Sozialisation die Möglichkeit, je nach der Art der Sozialisationsinhalte und des sozialen Bezugssystems letzteres zu wandeln.

ad c)

Zur empirischen Erfassung und Beurteilung von Sozialisationsprozessen ist es notwendig, das beobachtbare Verhalten der Individuen vor und nach Ablauf des Sozialisationsprozesses einer Messung im Hinblick auf das angestrebte Sozialisationsziel einer Messung zugänglich zu machen. Wird in einer Interaktion Sozialisation antizipiert, bestehen zwischen den Interaktionspartnern gegenseitige Verhaltenserwartungen. "In der Relation zwischen sozialer Erwartung und dem faktischen Verhalten des Sozialisanden liegt das Maß für die Wirksamkeit von Sozialisationsprozessen" (FREY 1974, S. 36). Für die Begriffsbestimmung der Sozialisationsprozesse folgt daraus: "Sozialisationsprozesse sollen nur dann als solche bezeichnet werden, wenn die Aussagen über das Verhalten eines Individuums (Meßgröße) in ein Interdependenzverhältnis zu systemspezifischen Verhaltenserwartungen (Bezugsgröße) gebracht werden" (ebenda).

Entsprechend dieser Sichtweise wird Sozialisation nur in denjenigen Interaktionsprozessen vollzogen, die zu einer vom Sozialisator bewußt intendierten und gegebenenfalls wissenschaftlich beobachtbaren Verhaltensänderung des Sozialisanden führen. Die unter Punkt b) festgestellte Einengung dieser Definition von Sozialisation zeigt sich hier entsprechend. Das Verständnis von Sozialisation als Einführung eines Individuums in gesellschaftliche Lernprozesse, die zu einer Verringerung der Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Erwartung und individuellem

Verhalten führen, ermöglicht zwar eine empirische Beschreibung der Sozialisationsprozesse als erfolgreiche, weniger erfolgreiche, funktionale und dysfunktionale, schließt aber die Erfassung von Verhaltensveränderungen im Sinne einer Sozialisation ohne vorherige Interaktionen, die also z. B. selbst indiziert oder kognitiv vermittelt sind, aus.

Kann eine Übereinstimmung zwischen individuellem Handeln und gesellschaftlicher Erwartung registriert werden, brauchen seitens der Sozialisatoren keine Sozialisationsprozesse initiiert werden, und per definitionem finden auch keine Sozialisationsprozesse im entsprechenden sozialen Bezugssystem statt - wie FREY selbst betont (vgl. ebenda). Entspricht somit das Verhalten eines Individuums bezüglich eines bestimmten sozialen Bezugssystems voll den sozialen Erwartungen, gilt es für dieses System als vollständig sozialisiert. Ein Sozialisationsprozeß kann nur dann im Hinblick auf den Aufbau oder die Modifikation des Verhaltens eingeleitet werden, wenn der Sozialisand in seinem individuellen Verhalten eine Differenz zu den sozialen Erwartungen aufweist. Eine spezielle Sozialisationssequenz zur Aufhebung dieser Differenz gilt als beendet, wenn das beobachtbare Verhalten den sozialen Erwartungen entspricht - unabhängig von der Einstellung des Sozialisanden.

Wie Ergebnisse aus der empirischen Sozialpsychologie zeigen, besteht häufig eine Divergenz zwischen den individuellen Einstellungen, die geäußert werden bzw. wirklich bestehen, und dem faktischen Verhalten. Der Verzicht auf die Problematisierung der Möglichkeit einer Abweichung von individuellem Verhalten und individueller Einstellung auf dieser allgemeinen Ebene kann bei Fragestellungen innerhalb der politischen Sozialisationsforschung zu begrifflichen Mißverständnissen führen.⁷

Diese von FREY vorgenommene methodische Operationalisierung der Sozialisation weist in ihrer Struktur Ähnlichkeit mit der Bestimmung der individuellen Leistungsfähigkeit aus entwicklungssoziologischer Sicht auf, wie sie z. B. später von OERTER (1978) vorgelegt wurde.

Bei OERTER verschiebt sich die Differenz zwischen sozialer Erwartung und individuellem Verhalten auf die Ebene einer Diskrepanz zwischen Entwicklungsnorm (angestrebte Verhaltensveränderung) und dem aktuellen (Leistungs-) Verhalten. "Entwicklung als Sozialisation beinhaltet allemal, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein bestimmter (externer) Sollwert noch nicht erreicht ist. Durch die Distanz wird im Sozialisationsprozeß die Weiterentwicklung gewährleistet" (OERTER 1978, S. 72). Im Gegensatz zu FREY, bei dem der Sozialisationsprozeß dann einsetzt, wenn der Sozialisator eine vorhandene Diskrepanz reduzieren will, legt OERTER besonderen Wert auf die individuelle und bewußt getroffene Entscheidung zum Vollzug der Sozialisation. Wird eine bestimmte Entwicklungsnorm von den Individuen angestrebt, setzt dies - auf seiten des Individuums - die Wahrnehmung der Entwicklungsnorm, die Einschätzung des individuellen Leistungsvermögens sowie die persönliche Entscheidung voraus, den entsprechenden Entwicklungsprozeß (Sozialisationsprozeß) auch wirklich vollziehen zu wollen. Rivalisierende Entwicklungsnormen in einer pluralistisch organisierten gesellschaftlichen Umwelt führen zu unterschiedlichen Entwürfen individueller Entwicklungsziele bzw. -perspektiven.

Obwohl FREY das in einer Sozialisationssituation handelnde Individuen als "informationsverarbeitende Systeme" (FREY 1976, S. 38) konzipiert, konnte mit diesem Exkurs zur individuellen Entwicklung als Sozialisation - wie sie u. a.

bei OERTER vorliegt - demonstriert werden, daß FREY der individuellen Entscheidungsdimension im Sozialisationsmodell eine allzu geringe Bedeutung beimißt.

In Sozialisationsmodell von FREY werden die Individuen durch eine Initiative des Sozialisators sozialisiert, sobald eine Differenz zwischen sozialen Erwartungen und dem individuellen Verhalten vorliegt. Eine positive oder bewußte willentliche Entscheidung des Sozialisanden für diesen Sozialisationsprozeß braucht nicht vorzuliegen. Allerdings übersieht auch FREY nicht, daß eine fehlende Bereitschaft zur Sozialisation auf seiten des Sozialisanden das Erreichen des Sozialisationszieles gefährden kann. Wird das individuelle Verhalten nicht mit der sozialen Erwartung in Übereinstimmung gebracht, liegt eine Fehlsozialisation vor, ungeachtet der Ursachen dieses Mißerfolges. Die Initiative und der Handlungswille, einen Sozialisationsprozeß einzuleiten und zu vollziehen, d. h. eine Verhaltensänderung zu erreichen, liegt nach FREY im wesentlichen beim sozialisierenden Interaktionspartner (Sozialisator) und nach OERTER beim Sozialisanden.

2) - Die Rolle als Vermittlungsinstanz -

FREY lehnt sein Konzept über die Funktion der Rolle in sozialen Systemen an die Ausführungen von PARSONS und SPIROW an: "Rollen sind die entscheidenden Strukturelemente, auf denen einfache und komplexe soziale Systeme sich gleichermaßen aufbauen" (FREY 1974, S. 38). Die Normen und Werte eines sozialen Systems stellen sich in der empirischen Wirklichkeit als das Ensemble aller Rollen dar. Wird die Sozialisation im umfassenden positiven Sinne als Prozeß der Übernahme und Tradierung gesellschaftlicher Normen und Werte durch die Gesellschaftsmitglieder verstanden, erscheint die Annahme dieser Normen und Werte

durch die Mitglieder der Gesellschaft auf mikrosoziologischer Ebene als Rollenlernen (role learning oder role taking).

Diesem Transfer der makrosoziologischen Forderungen nach Integration der Gesellschaftsmitglieder - über Sozialisation - auf mikrosoziologische Prozesse der Aneignung von Rollen liegt folgende Argumentationskette zugrunde:

- "1. Sozialisationsprozesse haben die Funktion, das Individuum in das soziale System zu integrieren.
2. Integration verläuft über die adäquate Übernahme sozialer Rollen.
3. Die adäquate Übernahme einer Rolle hängt ab von dem Ausmaß, in dem der einzelne (potentielle) Rollenträger den Erwartungen entspricht, die (ex definitione) die Rollen konstituieren.
4. Die Integration des Rollenträgers, bezogen auf eine Rollenerwartung, ist umso perfekter (der Sozialisationsprozeß umso erfolgreicher), je mehr sein Verhalten der Rollenerwartung entspricht." (ebenda, S. 41)

Mit dieser Verschiebung der Argumentationsebene zur Rollentheorie gelingt es FREY, zwischen dem sozialen System und dem personellen System eine Verbindung zu konstruieren, in der sowohl die individuellen Bedingungen als auch die gesellschaftlichen Bedingungen als unabhängige Variable erscheinen können.

Das tatsächliche Rollenverhalten (vormals soziales Verhalten) gilt in empirischen Untersuchungen als "Meßgröße" und die Rollenerwartung (vormals systemspezifische Verhaltenserwartungen) als "Bezugsgröße".

Mit dem Grad der Übereinstimmung zwischen sozialer Rollenerwartung und individueller Rollenerfüllung - auf der Verhaltensebene - ist ein Kriterium für die Integration eines

Individuums in das soziale System gegeben. Die Schwierigkeit einer empirischen Beobachtung der vollständigen Sozialisation als Bedingung für die Integration von Individuen wird durch die Frage nach der individuellen Erfüllung einer großen Anzahl von einzelnen sozialen Rollen aufgehoben.

Die häufig gegen rollentheoretische Interpretationen des Sozialisationsprozesses vorgebrachte Kritik der Überbetonung anpassungsmechanistischer Vorstellungen versucht FREY durch die Präzisierung des Begriffs "Rollenselbstdeutung" (ebenda, S. 59) von vornherein zu entkräften. Die erfolgreiche Rollenübernahme, d. h. der Prozeß der Annahme rollenkonformer individueller Verhaltensmuster, wird neben der unabhängigen Variablen "soziale Rollenerwartung" auch durch die Rollenselbstdeutung, d. h. durch die in früheren Sozialisationsprozessen erworbenen Erfahrungen bezüglich dieser **Rolle**, bestimmt.

Nach FREY werden immer dann Sozialisationsprozesse in Gang gesetzt, wenn sich die (soziale) Rollenerwartung und die Rolleninterpretation des (potentiellen) Rollenträgers nicht decken. Ausgangspunkt und Ergebnis des Sozialisationsprozesses werden somit auch von den personenspezifischen Eigenschaften, den Sozialisationserfahrungen und der Einstellungsstruktur mitbestimmt, da diese letztlich die individuelle Rolleninterpretation determinieren.

Eine den gesellschaftlichen Rollenerwartungen entsprechende Rollenselbstdeutung kann die einstellungsmäßige Bereitschaft fördern, das erwartete Rollenverhalten zu übernehmen. Ist der Sozialisand negativ zu dem von ihm erwarteten Rollenverhalten eingestellt, besteht also ein Widerspruch zwischen der Rollenselbstdeutung und den gesellschaftlichen Rollenerwartungen, kann dieses zu einer Fehl- oder unvollständigen Sozialisation führen. Das heißt, der

Sozialisand eignet sich das erwartete Rollenverhalten nur partiell oder gar nicht an. Die Variable "Rollenselbstdeutung" kann somit die zeitliche Dauer des Sozialisationsprozesses und das Maß der Verhaltensübernahme beeinflussen; insbesondere eine negierende Rollenselbstdeutung tangiert den Erfolg von Sozialisationsprozessen.

Allerdings verbindet sich in der Regel mit einer Verhaltensänderung auch ein Wandel der Einstellungen in Richtung auf eine Bejahung des eigenen praktischen (veränderten) Verhaltens, d. h. die Rollenerwartungen werden internalisiert.

Insgesamt gesehen, muß eine Verhaltensänderung und eine entsprechende Einstellungsänderung aber nicht gleichzeitig erfolgen bzw. ganz oder teilweise mißlingen. FREY bezeichnet einen Wandel des Verhaltens im Hinblick auf eine Konformität mit den Rollenerwartungen als "offene Sozialisationseffekte" (ebenda, S. 66). Ändern sich zusätzlich auch die Meinungen und die Werthaltungen des Sozialisanden, internalisiert also ein Rollenträger die Rollenansprüche, stellt sich zugleich eine Einstellungskonformität ein. FREY spricht in diesem Fall von "verdeckte Sozialisationseffekte" (ebenda, S. 67). Die Interdependenz zwischen Verhaltenskonformität und Einstellungskonformität stellt einen wichtigen Wirkzusammenhang dar, der bei einer rollentheoretischen Bedingungsanalyse von Verhaltensveränderungen nicht unberücksichtigt bleiben darf.⁸

Nach FREY sind bereits diejenigen Sozialisationsprozesse als erfolgreich anzusehen, in denen zwar eine Verhaltensveränderung erreicht wurde, die aber die früheren internalisierten Einstellungen nicht verändern konnten. Dies zeigt die Konsequenz, daß bei einem fehlenden (sozialen) Außendruck der Sozialisand zu seinen alten Verhaltensformen zurückkehren kann.

Die sich nun anschließende Diskussion spezifischer Vor- und Nachteile, Grenzen und Implikationen des rollentheoretischen Konzepts für die Analyse von Sozialisationsprozessen auf mikrosoziologischer Ebene hinsichtlich der Modifikation von Gesellschaftsentwicklung durch politische Sozialisation bei FREY soll in zwei Schritten erfolgen:

1. allgemeine Aspekte und

2. Probleme für die politische Sozialisation.

ad 1

Die Überprüfung umfassender Begriffe - wie Kultur, politische Kultur, Gesellschaft, öffentliche Meinung, politische Integration und Loyalität - auf der operationablen Ebene von Rollenerwartung, Rolleninterpretation und Rollenverhalten ermöglichen eine detaillierte empirische Beobachtung von Sozialisationsprozessen bzw. der realen Verhaltensänderungen der Individuen. Die politische Sozialisation zur Sicherung des Fortbestandes einer übergreifenden diffusen Massenloyalität reduziert sich hier auf die Frage nach der Erfüllung der "Staatsbürgerrolle" durch die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft und kann auf dieser Ebene für empirische Untersuchungen operationalisiert werden.

Da nur die Sozialisationsprozesse, die zu Verhaltensänderungen führen, als solche gelten, korrespondiert die Sozialisationstheorie mit einer allgemeinen Verhaltenstheorie und kann die hier gefundenen Forschungsergebnisse, wie z. B. die aus der Sozialpsychologie, nutzen. Umweltstimuli sowie die individuelle psychische Entwicklung werden zu unabhängigen Variablen, die letztlich über den erfolgreichen Abschluß eines Sozialisationsprozesses entscheiden. Der Lernbegriff bei dieser Vorstellung des Rollenerlernens beschränkt sich auf den Erwerb von Fähigkeiten,

die zur praktischen Durchführung eines geforderten Rollenverhaltens notwendig sind; ob ebenfalls die Rollenerwartung internalisiert wird und das Rollenverhalten somit auch aus "innerer" Überzeugung durchgeführt wird, bleibt ein Problem eigener Art.

Die gesellschaftliche Funktion, die ein Individuum ausfüllt, d. h. die Rolle, die ein Individuum spielt, wird zur entscheidenden Kategorie einer rollentheoretischen Fassung des gesellschaftlichen Zusammenhangs. Rollenerwartungen erscheinen dem Sozialisanden als unabänderliche, ständig existierende und in ihrem historischen Charakter nicht kenntliche soziale Ansprüche, die zu erfüllen er im Sozialisationsprozeß lernt. Die Frage nach der Legitimität einer Rolle und nach dem Sinn und Zweck des jeweiligen sozialen Tuns für die Macht- und Herrschaftsstruktur einer Gesellschaft wird suspendiert. Diese Implikationen der rollentheoretischen Fassung der Sozialisation zeigen Folgen für die nähere Betrachtung der politischen Sozialisation - dazu weiter unten Näheres.

Frigga HAUG kritisiert in diesem Zusammenhang an der Rollentheorie, daß sie "ihrer Anlage nach eine einfache Umkehrung von Basis und Überbau vollzieht, aus den Widerspiegelungen des bestimmten Seins im Bewußtsein rück-schließt auf das allgemeine Sein der Menschen. Ziel der Rollentheorie ist es also, nicht etwa die Mittel aufzu-decken, die die Wirklichkeit verändern, sondern jene, welche die Interpretation dieser Wirklichkeit ins Bewußt-sein, die Erfahrung umgestalten" (HAUG 1972, S. 130).

ad 2

Wie bereits eingangs bemerkt, liegt bisher keine explizite politische Sozialisationstheorie vor, in der konsequent politische Sozialisationsprozesse über rollentheoretische

Erklärungsmodelle beschrieben werden. FREY's Fassung der Sozialisation stellt das bisher entwickeltste der interaktionistischen Erklärungsmodelle der politischen Sozialisation für das politisch-gesellschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland dar. Die Allgemeingültigkeit dieses sozialisationstheoretischen Ansatzes schließt gemäß seiner Definition von Sozialisation alle Sozialisationsinhalte und somit auch politische Sozialisationsinhalte und politische Sozialisationsprozesse ein.

Der Erwerb der Staatsbürgerrolle mit ihren Verhaltensanforderungen in bezug auf politische Loyalität, Wahlverhalten und demokratische Einstellungsmuster kann im engeren Sinne als politische Sozialisation gefaßt und mit rollentheoretischen Mitteln beschrieben und analysiert werden. In diesem Sinne wandten DAWSON und PREWITT bereits vor einem Jahrzehnt interaktionistische Rollenvorstellungen zur Klärung politischer Sozialisationsprozesse auf die amerikanische Gesellschaftsformation an, ohne allerdings die rollentheoretischen Determinanten in ihrer Wirkung auf die politische Sozialisationstheorie zu diskutieren.

Die mit der Einführung einer weiteren unabhängigen Variablen (Rollenselbstdeutung) angestrebte Berücksichtigung neuerer Ergebnisse aus der psychologischen Lerntheorie, die auf eine stärkere Eigenaktivität der Individuen beim Vollzug von Lernprozessen hinweist, verbleibt ohne tiefgreifende Auswirkungen auf die bewußte individuelle Gestaltung des Rollenverhaltens im Fortgang des Sozialisationsprozesses.

Der Vorgang der Prägung im Sozialisationsprozeß bleibt trotz des betont interaktionistischen Charakters des Sozialisationsprozesses bestehen. Individuen sind erst dann

sozialisiert bzw. ihre Individualität ist vergesellschaftet, wenn ihr Verhalten als gesellschaftlich konform eingeschätzt wird.

Werden, wie bei FREY, sämtliche Rollen isoliert voneinander betrachtet, erübrigt sich auch die Diskussion subkultureller Unterschiede und personaler Konflikte, die durch die Ausübung unterschiedlicher, in ihren Ansprüchen widersprechender Rollen auftreten können. Die Persönlichkeit des Rollenträgers erscheint als ein Konglomerat von unterschiedlichen und unabhängigen Rollenanforderungen mit elementaren Verhaltensmustern. Die Integration des Individuums in die bestehende Gesellschaft, also seine Sozialisation, erscheint als die Summe rollenkonformer Verhaltensdispositionen. Die mit der rollentheoretischen Beschreibung gewonnene operable Fassung von Sozialisationsprozessen steht infolgedessen der Auffassung von der Existenz einer in sich geschlossenen Persönlichkeitsstruktur des Individuums gegenüber.

Die objektiven sozialen Erwartungen der Gesellschaft an das Individuum manifestieren sich in seiner Persönlichkeitsstruktur durch die Aneignung eines konformen Rollenverhaltens. Der menschliche Organismus streift dabei in der frühen Entwicklungsphase seine Ungerichtetheit ab und findet durch die Einführung in das Repertoire der gesellschaftlichen Rollen seine Identität als handlungsfähiges Individuum.

Im Verlauf dieses sozio-kulturellen Lernprozesses stehen sich im Interaktionsprozeß letztendlich nicht Personen als Individuen gegenüber, sondern im Sozialisationsprozeß tritt der Sozialisator dem Sozialisanden als Personifikation von Rollenerwartungen gegenüber.

Die rollentheoretischen Erklärungsmuster der Sozialisation bieten einen brauchbaren Ansatz insbesondere zur Beschreibung der Vermittlung familialer und schichtspezifischer Verhaltensmuster (Kinderrolle, Elternrolle, Arbeiterrolle usw.) - soweit die Tradierung der sozialen Struktur einer Gesellschaft als statischer Prozeß angesehen wird - als auch zur Erfassung von Veränderungen politischen Verhaltens nach Eintritt in politische Organisationen (Parteien, Gewerkschaften). Auch zur empirischen Beschreibung politischer Sozialisationsprozesse - z. B. der politischen Eliten einer Gesellschaft - erscheint die Anwendung dieses Sozialisationsmodells partiell sinnvoll, insbesondere, wenn es um das Konzept der individuellen Rollendistanz ergänzt wird.

Rollentheoretische Erklärungsmuster wurden zur Analyse und näheren Beschreibung des politischen Verhaltens der Gesellschaftsmitglieder in der Bundesrepublik Deutschland u. a. von BEHRMANN (1972) genutzt. Die politische Sozialisation erhält dabei ebenso wie die politische Bildung in der Schule den besonderen Stellenwert, Orientierungen auf die bestehende politisch-gesellschaftliche Struktur bzw. einen "Legitimationskonsens" zu vermitteln und Bürger über Veränderungen der politischen Struktur zu informieren. Das Elternhaus leistet hiernach - in schichtspezifischer Abhängigkeit - den wichtigsten Beitrag zur politischen Sozialisation, da hier grundlegende "politische Vorstellungen, Orientierungen, Normen und affektive Einstellungen" (BEHRMANN 1972, S. 165) tradiert werden bzw. sich aufgrund veränderter sozialer Konstellationen neu ausbilden.

Bei BEHRMANN stehen ebenso wie bei FREY dem Staat als zentralem politischem System einer Gesellschaft nicht die einzelnen Individuen gegenüber, sondern Menschen in bestimmten Rollen. Das heißt letztlich, von Individuen abgehobene Rollenausprägungen sind anderen Rollen sowie ge-

sellschaftlichen und politischen Institutionen entgegengestellt. Die Individuen füllen in ihrem gesellschaftlichen und politischen Leben jeweils Mitgliederrollen aus.

Zur Übernahme und konkreten Realisierung z. B. der Staatsbürgerrolle wird die Kenntnis der bestehenden politischen Strukturen und politischen Organisationen sowie der Aufbau entsprechender politischer Einstellungen und die Bereitschaft zur Loyalität als Basis für politisch erwünschte Verhaltensmuster notwendig. Das Lernen dieser politischen Rolle, d. h. die Habitualisierung der erwarteten Verhaltensmuster macht interaktionistische Bildungs- und Lernprozesse notwendig, die in ihrer Gesamtheit als politische Sozialisation gelten. In der politischen Sozialisation erfährt das Individuum somit, was von ihm in seiner politischen Rolle des Staatsbürgers an Einstellungs- und Verhaltensdispositionen erwartet wird.

Eine Sozialisationstheorie auf rollentheoretischer Grundlage zielt primär auf die Beschreibung und theoretische Erfassung der Prozesse, die die Gesellschaftsmitglieder befähigen, den Anforderungen gerecht zu werden, die die vorhandenen Rollen in der jeweiligen Gesellschaft an sie stellen. Auch FREY bleibt diesen interesseleitenden Voraussetzungen verhaftet, die zudem - notwendigerweise dem Rollenkonzept geschuldete - statische Konstitutionsbedingungen der Gesellschaft für die Inhalte der Sozialisationsprozesse (Rollenerwartungen) und die vorgegebene Konfiguration der gesellschaftlichen Rollen mit einschließen.

FREYs Versuch, durch die Einführung des Konzepts der Rollenselbstdeutung als unabhängige Variable eine mögliche Differenz zwischen gesellschaftlicher Rollenerwartung und individueller Rollenerfüllung zu überbrücken, erwies sich zwar hilfreich bei der Darstellung der Identitäts- und Handlungsprobleme im Zusammenhang mit dem individuellen

Rollenverhalten, jedoch zeigte die Thematisierung von "Rollendistanz" keine Auswirkung für die Problematik der konzeptionellen Erfassung gesellschaftlicher Wandlungsprozesse innerhalb der rollentheoretischen Fassung der Sozialisation. Veränderungen im gesellschaftlichen Bedingungsgefüge durch gesellschaftliche Entwicklungsprozesse - z. B. Wertewandel - zeigen sich in einem rollentheoretischen Sozialisationsmodell, soweit dieses für das Rollenverhalten der Gesellschaftsmitglieder Bedeutung gewinnen soll, in einer veränderten Rollenkonfiguration bzw. in gewandelten (gesellschaftlichen) Rollenerwartungen.

Explizit zu überprüfen bleibt, ob in FREYs Sozialisationsmodell gesellschaftlich bedingte Veränderungen in der Rollenerwartung konzeptionell antizipiert sind und wie diese sich gegebenenfalls auf den sozialisierenden Interaktionsprozeß auswirken. Eine aus einem Wandel gesellschaftlicher Verhältnisse resultierende Veränderung der Rollenerwartung oder aus individuell veränderten Rollengestaltungen folgende Impulse für Gesellschaftsentwicklung werden von FREY nicht thematisiert und sind in seinem Modell der Sozialisation nicht vorgesehen. Diskrepanzen zwischen Rollenerwartung und individueller Rollenselbstdeutung bzw. praktischem Rollenverhalten werden nur unter dem Gesichtspunkt individueller Probleme innerhalb der Identitätsfindungsprozesse der Sozialisanden behandelt.

Die Frage, in welchem Zusammenhang das praktische politisch-gesellschaftliche Rollenverhalten der Gesellschaftsmitglieder mit einem politisch-gesellschaftlichen Partizipationsverhalten steht, in dem Individuen aufgrund ihrer rollenübergreifenden Identität zu tendenziell gesellschaftsmodifizierenden Handlungs- und Einstellungskompetenzen gelangen können, liegt außerhalb des Sozialisationsmodells bei FREY.

Diese für mikrosoziologische Forschungsansätze typische Grenze des Gegenstandsbereichs der Sozialisationsforschung kann, wie angedeutet, mit den spezifischen methodischen Mitteln dieser Forschungsrichtung kaum gelöst werden.

3.1.3 Das Modell der Sozialisation von LORENZER

Ebenso wie das systemtheoretisch ausgerichtete Sozialisationsmodell von PAWELKA die subjektive Dimension des Individuums bei der Beschreibung der politischen Sozialisation ohne Konturen läßt und subjektive Unterschiede der Individuen ohne strukturell determinierende Folgen für die politische Sozialisation bleiben, interagieren in FREYs rollentheoretischem Ansatz in letzter Konsequenz keine eigentlichen Persönlichkeiten, sondern Rollenträger. Einzelne Individuen treten in Interaktion, kommunizieren und wirken aufeinander als Träger von Rollen und nicht etwa als unverwechselbare Individuen ein. Variationen der Einstellungs- und Verhaltensdimensionen der Individuen durch unterschiedliche Sozialisationserfahrungen gewinnen zwar einen gewissen Einfluß auf den Ablauf und das Ergebnis von Sozialisationsprozessen, ihr Stellenwert hat allerdings nur marginalen Charakter. Entscheidend für die politische Sozialisation bleibt hier die Frage, ob der Sozialisand im interaktionistischen Informations- und Lernprozeß die vom Sozialisator intendierte Rollenerwartung als Verhaltensmodifikation habitualisiert. Die Persönlichkeit, der subjektive Veränderungswille des Sozialisanden, seine Wertvorstellungen sowie sein Bewußtsein insgesamt bleiben im wesentlichen aus sozialisationstheoretischen Überlegungen ausgeblendet.

Im Gegensatz zu diesen beiden sozialisationstheoretischen Konstrukten legt LORENZER (1972) einen Theorieentwurf über die Sozialisationsprozesse vor, der sich auf ein historisch-materialistisches Wissenschaftsverständnis gründet und die psychische Entwicklung der Persönlichkeit als Ausdruck von Sozialisation versteht. Für LORENZER bildet sich im individuellen Sozialisationsprozeß die Subjektivität des Sozialisanden, d. h. seine menschlichen Strukturen werden produziert. Der hier verwendete Subjektbegriff er-

hebt einerseits den Anspruch, einer subjektivistisch-idealistischen Verformung zu entgehen, andererseits läßt er sich aber nicht aus orthodoxen materialistischen Wissenschaftstheoremen ableiten. LORENZERS Problemstellung bezüglich der Sozialisation lautet: Wie verbinden sich natürliche Bedingungen und gesellschaftliche Bedingungen so zu menschlichen Eigenschaften, daß das menschliche Wesen in seiner Wirklichkeit das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist. Die Psychoanalyse untersucht dabei die triebbestimmten Ursachen der menschlichen Erlebnisstruktur wie Handeln, Denken, Fühlen, Wahrnehmen; der historische Materialismus sieht diese Strukturen in Abhängigkeit vom gesellschaftlichen Geschichtsprozeß, also in der Auseinandersetzung des Menschen mit seiner äußeren Natur (vgl. LORENZER 1972, S. 7 ff.).

Bisher ließen sich beide Wissenschaftsperspektiven nicht bezüglich eines bestimmten Untersuchungsgegenstandes ungekürzt denken. LORENZER will indes zeigen, daß die Subjektivität des Menschen voll und ganz auf objektive (d. h. natürliche und gesellschaftliche) Bedingungen zurückgeführt werden kann. Die Scheinalternative zwischen alleiniger kindlicher Selbstentfaltung und alleiniger gesellschaftlicher Determination des kindlichen Entwicklungsprozesses wird von LORENZER dahingehend aufgehoben, daß er den Sozialisationsprozeß als einen zugleich **intrasubjektiven** und **interindividuellen** Produktionsprozeß bestimmt (vgl. LORENZER 1976a, S. 252 f.).

Methodisch unternimmt LORENZER eine kategoriale Klärung, in welcher Weise Subjektivität in den Bildungsschritten mm vermittelt der Auseinandersetzung zwischen "äußerer" und "innerer" Natur des Menschen im Prozeß einer praktischen Dialektik - entsteht, d. h. die Darstellung der kindlichen Entwicklung als in vollem Umfang zugleich triebbestimmte Naturgeschichte und soziale Bildungsgeschichte - auf dem

Hintergrund objektiver politisch-ökonomischer Prozesse (vgl. LORENZER 1972, S. 10 f.). Eine Sozialisationstheorie, die ihr Interesse auf die materielle Bildung von Subjektivität ohne Unterstellung geschichtsunabhängiger Strukturen konzentriert, kann nicht auf die Analyse der Produktionsverhältnisse einer Gesellschaft verzichten. Die Ausprägung der Normen und wertmäßigen Einstellungen, Verhaltensmuster und gesellschaftlichen Bewußtseinsformen sind gemäß dem historisch-materialistischen Wissenschaftsverständnis per se auch politischer Natur, insoweit sich hierin auch die Macht- und Herrschaftsverhältnisse einer historischen Gesellschaftsformation ausdrücken.⁹

Indem also ein Zusammenhang zwischen den objektiven gesellschaftlichen Strukturen, der politischen Ökonomie und den subjektiven Strukturen der Individuen über komplexe Sozialisationszusammenhänge hergestellt wird, schließt die Gesamtheit der Sozialisationsinhalte folglich auch das politische Bewußtsein, politische Einstellungen und politische Verhaltensmuster ein. Während die Sozialisation zur Stabilisierung der Gesellschaftsformation und der individuellen politischen Orientierungen der Individuen beiträgt, erhält sie einen politischen Charakter und wird zur politischen Sozialisation.

Basis der Darstellung der individuellen Entwicklungskategorien bei LORENZER sind die Methoden der sozialwissenschaftlich bestimmten Psychoanalyse, die an den Leidenserfahrungen der Individuen ansetzt, Defizite ihrer Interaktionsstrukturen untersucht und die Aneignung von Interaktionsformen vollzieht. Eine Sozialisationstheorie, die sich die Ergebnisse psychoanalytischer Entwicklungstheorien zunutze macht, versteht unter Sozialisation die inhaltlichen Aspekte im Vermittlungsgeschehen zwischen der "inneren" und "äußeren" Natur des Menschen. Sozialisationsprozesse sind soziale Bildungsprozesse der Individuen

im Verlauf ihrer Vergesellschaftung und Individuation. Der wichtigste gesellschaftliche Gegenstand der Entwicklung aus psychoanalytischer Sicht und damit der Sozialisation der Individuen stellt sich in der Mutter-Kind-Dyade (MKD) dar. Innerhalb emotionaler und affektiver Wechselbeziehungen zwischen dem Kind und seiner Bezugsperson (hier vereinfacht immer mit Mutter bezeichnet) erfolgen Einigungen auf bestimmte, die Subjektivität des Individuums konstituierende Interaktionsformen. Grundkategorien innerhalb der MKD sind Triebregulierung, Trieberfüllung und Triebversagen.

Triebregulierung gilt als unvermeidliche Voraussetzung für die Ausbildung realitätsgerichteten Handelns und als erster Ansatzpunkt für Objektbeziehungen. Fehlerhafte Triebregulierungen führen in der Regel zu pathologischen Verhaltensformen (z. B. Narzißmus). Als gelungene Sozialisation gilt das Einspielen einer Relation, d. h. Eintrainieren von Lösungsformeln, "die bestehende Spannungen nicht total abbauen, sondern in einer bestimmten Einigung aufheben" (ebenda, S. 29).

Im Wechselprozeß der MKD werden die unaufhebbaren Gegensätze zwischen triebbestimmter¹⁰ "innerer" Natur des Menschen und der "äußeren" natürlichen Umwelt konkretisiert in dem sozialen Verhalten der Mutter und so "vermittelt", daß sie in eine Einigung auf bestimmte Interaktionsformen münden. Das Kind beharrt auf der Befriedigung seiner körperlichen Bedürfnisse, während die Mutter durch ihre soziale Verhaltensweise das Kind zu Anpassungsstrategien an die Umwelt nötigt. Die sich hieraus entwickelnden intrasubjektiven Krisen bilden die Kristallisationspunkte für die Vergesellschaftung und die Ausbildung der Subjektivität des kindlichen Individuums. Indem die bestehenden Triebspannungen nicht vollständig abgebaut, sondern in bestimmten Interaktionsformen aufgehoben werden, findet eine

Kanalisierung, Modifikation und Transformierung der originären kindlichen Bedürfnisse nach Maßgabe des Interaktionspartners statt. Wichtigste Kategorie der Darstellung der kindlichen Entwicklung bei LORENZER stellt die Interaktionsform in ihrer Funktion als Baustein der Subjektivität dar.

Ausgangspunkt der Analyse der Entwicklung des Kindes bei LORENZER ist die reale wechselseitige Einheit von Mutter und Kind; dabei wird die Perspektive auf das Kind als Sozialisand erweitert auf die der Mutter als sozialisierter Sozialisator. Innerhalb dieser Einheit wird vom ersten Augenblick des Lebens an die Entwicklung der kindlichen Subjektivität vollständig bestimmt. Wie ORBAN¹¹ (1976) belegt, besteht sogar schon zwischen dem embryonalen Organismus und der Mutter eine Art MKD, die innerhalb des hier vorliegenden Konzeptes die letzten Zweifel an nicht materialistischen Ursachen von Subjektivität beseitigen sollen (vgl. ORBAN 1976, S. 38 ff.).

Im Wechselspiel der MKD bilden sich nach LORENZER Interaktionsformen aus, die weder als Erlernen von äußeren Verhaltensregeln denkbar sind, noch äußere Regeln oder innere Formeln darstellen, sie sind vielmehr notwendiger Ausdruck der Einigungssituation der MKD.

Interaktionsformen müssen dabei nicht verinnerlicht werden, da sie nach LORENZER innerlich sind und durch die kindliche Praxis eingeübt werden. "Über die Interaktionsformen geht eine in dialektischem Prozeß praktisch angelegene Natur ins Subjekt ein" (LORENZER 1972, S. 46). Da die Interaktionen, die die Mutter ihrem Kind anbietet, Produkte ihrer eigenen Lebenspraxis sind, wird hierüber das gesamtgesellschaftliche Handeln mit in die Praxis der MKD einbezogen. Die Mutter tradiert folglich ihre einso-

zialisierten kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Einstellungs- und Verhaltensmuster nach Maßgabe ihrer individuellen lebensgeschichtlichen Erfahrungen.

Die praktische Wechselbeziehung verläuft über Körperbewegungen, Handgriffe, allgemeine Verhaltensweisen, die so zu eingespielten Interaktionsformen werden (vgl. ebenda, S. 49). Die Körperbedürfnisse des Kindes erhalten hiermit eine Praxis, deren Form durch die Dialektik von kindlichen Körperbedürfnissen und dem gesellschaftlich bedingten Verhalten der Mutter in der MKD determiniert wird. Die inhaltliche Dimension dieser Vermittlung wird von LORENZER als Sozialisation verstanden und nicht etwa als Entwicklungspsychologie. Liegt eine gelungene Sozialisation vor, d. h. sind die für eine gegebene Gesellschaft typischen subjektiven Fähigkeiten und Kompetenzen ausgebildet, so können sie als Produkte objektiver Prozesse gelten. LORENZER sieht in der kindlichen Sozialisation primär eine praktische Form der Erkenntnis der sozialen und materiellen Umwelt durch das Kind, die nicht nur zu einer äußerlichen Anpassung des Kindes an die Sozialisationserwartungen der Gesellschaft führt, sondern auch eine "Deformation der inneren Struktur, 'Entsubjektivierung der Subjekte'" (LORENZER 1976b, S. 43) beinhaltet.

Emotionale Prozesse stehen bei der kindlichen Sozialisation im Vordergrund vor kognitiven, insbesondere da die Sozialisation überwiegend durch innere Konflikte und reale Interaktionen abläuft und nicht etwa durch Erkenntnisbildung. Mit diesem Aspekt seines Sozialisationsmodells grenzt sich LORENZER u. a. von PIAGET ab, der noch am traditionellen Subjektivitätsbegriff einer sich selbst formenden Vernunft festhält. LORENZERs strikt antisubjektivistische Sozialisationstheorie beschreibt den Sozialisationsprozeß als ein dialektisches Wechselspiel, an dessen Ziel ein subjektiv ausgeprägtes Individuum steht,

d. h. weder wird dem Kind eine Interaktionsform (wie z. B. auch die Sprache) übergestülpt, noch setzen sich im Sozialisationsprozeß idealistisch bestimmbare Ursachen von Subjektivität durch (vgl. LORENZER 1972, S. 83 ff.). Insgesamt stellt sich der (primäre) Sozialisationsprozeß nicht als ein ohne Störungen ablaufender kumulativer Entwicklungsprozeß dar, sondern er erfährt unabdingbare und notwendige, modellimmanente Brechungen.

Die kindliche Entwicklung wird durch den Widerstand der Umwelt gegen Triebansprüche und die Praxis der Ausbildung von Interaktionsformen ständig modifiziert. Ist eine Interaktionsform innerhalb der MKD zum Beispiel eingespielt und kommt es zu einem veränderten Verhalten der Mutter in einer ähnlichen Situation, findet entweder eine Neuanpassung der Interaktionsformen statt oder es treten - falls die kindliche Anpassungsfähigkeit überstrapaziert wird - psychische Störungen auf (z. B. kann die "Reinlichkeitsdressur" zu Störungen wie Stottern und Daumenlutschen führen).

Wird durch eine veränderte Form des Verhaltens der Mutter eine neue Interaktionsform in der MKD notwendig, verzerrt sich die Gesamtheit der bis dato kumulierten Interaktionserfahrungen. Die kindliche Entwicklung wird gebrochen, unverwechselbare individuelle Sozialisationserfahrungen werden gesammelt.

LORENZER kommt mit dieser Fassung der Sozialisation zweifellos der Verdienst zu, die Genese des Ichs, die Bildung von Bewußtseinsformen frei von idealistischen Bezügen in seine Sozialisationstheorie voll integriert zu haben, ohne die gesellschaftlichen Ursachen der inhaltlichen Ausprägung von Sozialisationsprozessen zu vernachlässigen.¹²

Zur Verdeutlichung der im Modell von LORENZER involvierten Implikationen sei auf das wichtigste methodische Problem des Zusammenhangs zwischen Psychoanalyse und politisch-ökonomischer Analyse verwiesen. Der Untersuchungsgegenstand der psychoanalytischen Theorie ist das konkrete Individuum. Die Psychoanalyse beobachtet individuelle Phänomene und versucht diese entwicklungsmäßig zu verstehen. Allerdings kann auch die sozialwissenschaftlich ausgerichtete Psychoanalyse über den Nachvollzug des Erlebens hinaus nichts über die Ursachen bzw. Ereignisse, die dem Erlebten zugrundelagen, aussagen. Sie beschränkt sich mit ihrer kritisch-hermeneutischen Methode auf das Verständnis der Struktur des konkreten Individuums, ohne die menschlichen Interaktionsformen (Verhaltensentwürfe) als Ergebnis von realen Interaktionsprozessen (im Sinne von Sozialisationsprozessen) zu analysieren.

Die historisch-materialistische Methode in Form der politisch-ökonomischen Analyse untersucht die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse anhand der Analyse der real existierenden politisch-ökonomischen Strukturen. Diese Analyse dringt von der Untersuchung phänomenologischer Strukturen der objektiven Wirklichkeit einer Gesellschaft (also den Erscheinungen) zu den gesellschaftlichen Grundstrukturen und entscheidenden dialektischen Wirkzusammenhängen (also dem Wesen der Gesellschaft) vor. Obwohl das Individuum als Person nicht unmittelbar aus den Kategorien der politischen Ökonomie ableitbar ist, erscheint es dennoch als ein unselbständiges Moment des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs, insbesondere bei ökonomischer Betrachtungsweise. Die Individuen gewinnen ihre Bedeutung als Träger von gesellschaftlichen Funktionen, die ihrerseits aus dem dialektischen Zusammenwirken von sächlichen Beziehungen resultieren. Zur theoretischen Beschreibung dieses Zusammenhangs bedarf es also keiner Untersuchung

der realen, organisch existierenden Individuen, sondern sie gehen in die theoretischen Betrachtungen als Personifikation gesellschaftlicher Funktionen ein.

Während in der heutigen historisch-materialistischen Betrachtungsweise oft eine Tendenz besteht, Personen als bereits durch politisch-ökonomische Kategorien vollständig beschreibbar zu erklären und in ihrer originären Variante die individuellen Personen nicht unmittelbar in das Blickfeld der Analyse treten zu lassen, neigt die Psychoanalyse auf der anderen Seite dazu, unter Gesellschaft allein die Gesamtheit eben dieser Individuen, unabhängig von ihren ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen, zu sehen.

LORENZERS Sozialisationstheorie beansprucht gerade, einen Versuch zu unternehmen, diese beiden antagonistisch auftretenden methodischen Ansätze in Hinblick auf die Entwicklung der Persönlichkeit, d. h. bezüglich der Sozialisation zu vermitteln. Da gemäß den Ergebnissen der Psychoanalyse im familialen Interaktionsgefüge sich die Persönlichkeit konstituiert, tritt die Familie als Sozialisationsagentur in den Mittelpunkt dieses Sozialisationsmodells. Die Persönlichkeitsbildung des organisch-psychisch konkreten Individuums wird als Ergebnis der Interdependenz zwischen Individuum und Gesellschaft auf der Ebene der Familie für LORENZER zur Sozialisation. "Persönlichkeitstheorie wird (hier - P. Sch.) als Sozialisations-theorie ausweisbar. Nicht das Individuum, sondern sein Verhältnis zur Gesellschaft ist nun erfaßbar. Erst auf dieser Ebene kann das Wesen des Individuums, das die Psychoanalyse als Ensemble lebensgeschichtlicher Verhältnisse verstehen muß, als Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse begriffen werden, konkret begriffen werden." (LORENZER 1976b, S. 41)

Da sich das Sozialisationsmodell bei LORENZER im wesentlichen auf die frühkindlichen Interaktionsprozesse in der Familie beschränkt, gilt es, über die allgemeinen Aussagen dieser Sozialisationstheorie hinaus nach den spezifischen Möglichkeiten von politischer Sozialisation auch in dieser frühkindlichen Entwicklungsphase zu fragen und Folgen dieser Erklärung von Sozialisation für politikwissenschaftliche Problemstellungen fungibel zu machen.

Indem die Mutter innerhalb der frühkindlichen Sozialisationsprozesse ihre eigenen Sozialisationserfahrungen über Interaktionen an das Kind bewußt, aber auch vor allen Dingen unbewußt weitergibt, werden soziale Normen, Werte, Einstellungen und Verhaltensmuster gemäß ihrer sozialen Erfahrung, d. h. der Stellung der Mutter im sozialen Gefüge, auf das Kind tradiert. Die Kinder aus den unteren sozialen Schichten bilden hierbei bereits in dieser frühkindlichen Entwicklungsphase Interaktionsformen aus, die es ihnen kaum erlauben, z. B. in späterem Alter nach der Legitimation bestehender Herrschaftszusammenhänge und sozialer Sinnansprüche (Ideologien) zu fragen.

Die allgemein für die psychische Entwicklung der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland unterstellte typische Fixierung auf Autoritäten - zuerst im familiären Kontext, dann bezogen auf andere Personen oder Institutionen - bedeutet für die politische Sozialisation die psychisch bedingte Anerkennung von gesellschaftlichen und politischen Herrschaftsinhabern. Hier korrespondieren die Forderungen aus dem Sozialisationsmodell von LORENZER mit empirischen Ergebnissen aus der amerikanischen Sozialisationsforschung, die - wie bereits kurz erwähnt - davon ausgeht, daß Kinder die Autorität des Präsidenten für die Nation in der gleichen Weise akzeptieren wie die Autorität und die Macht des Vaters in der Familie. Kinder brauchen daher nicht die Eigenschaften oder politischen Funktionen des

Präsidenten näher zu kennen, die Projektion des innerpsychischen Wunsches zur idealen (d. h. nachstrebenswerten) Autorität vom Vater auf die des politischen Führers reicht aus, um das Kind im Sinne einer affektiven Affirmation zum politischen System (erfolgreich) zu sozialisieren (vgl. Kapitel 4.4).

Für eine umfassende Erklärung des späteren politischen Verhaltens bietet das psychoanalytische Modell der Sozialisation von LORENZER allerdings nur eine begrenzte Grundlage: die frühe politische Sozialisation wirkt sich auf das spätere politische Verhalten (wie z. B. Parteipräferenzen, politische Partizipation, Loyalitätsgewährung usw.) nicht im Sinne einer unmittelbaren oder stringenten Determination aus, sondern bewirkt eher durch die Entwicklung bestimmter Persönlichkeitstypen (autoritär, antiautoritär), die allerdings mit bestimmten politischen Verhaltensweisen korrelieren können, Dispositionen für bestimmte politische Einstellungsmuster wie zum Beispiel konservative, liberale oder sozialistische. Als Bedingungen der familialen Verhaltensformen und Erziehungsstile, die sich auf die Persönlichkeitsstruktur des kindlichen Sozialisanden auswirken, können u. a. genannt werden: die Diskussion über Politik in der Familie, die Einschätzung der Eltern über ihren eigenen Einfluß auf die politische Ordnung, ihre Teilhabe an gesellschaftlichen oder politischen Organisationen usw. LORENZER entwickelt seinen sozialisationstheoretischen Ansatz allerdings nicht so weit, daß bereits heute genaue Aussagen auf dieser Basis für bestimmte politische Verhaltensweisen möglich sind oder einer empirischen Überprüfung zugänglich wären.

Die Frage, in welcher Form und Intensität sich kindliche Persönlichkeitsmerkmale später als reale politische Entscheidungen und Verhaltensmuster wiederfinden, erfordert eine Analyse der Wirksamkeit von Sozialisationsagenturen außerhalb der Familie.

Die Annahme einer weitergehenden Manifestation der Sozialisationserfahrungen einer Unterschichtmutter in die politische Sozialisation ihrer Kinder, so daß diese psychisch weitgehend an die Anforderungen einer spätkapitalistischen Gesellschaftsformation angepaßt werden, führt zu der unbefriedigenden Feststellung, daß die Unterschichtkinder bereits in ihrer frühen Entwicklung eine Formierung bzw. Deformierung im Sinne einer Ausrichtung auf die spezifischen Bedingungen der jeweiligen Gesellschaft erfahren und sie aufgrund ihrer hierbei ausgeformten Persönlichkeit kaum mehr in der Lage sind, als Erwachsene zum Subjekt einer Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu werden.

Hierüber hinaus stellt sich die Frage nach dem Sinn und Zweck von politischer Bildung in der Schule überhaupt, wenn Kinder schon im frühesten Jugendalter politisch in ihrer Tendenz eindeutig und überdauernd normiert werden. NEGTE/KLUGE (1974) wiesen bereits 1972 auf einen weiteren Aspekt im frühkindlichen Determinationsprozeß hin: Die frühkindliche Sozialisation ist nicht unmittelbar in den kapitalistisch gesteuerten gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß einbezogen. Zwar stehen die Interaktionsformen dieses frühen Sozialisationsprozesses über die Mutter in Zusammenhang mit den gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozessen, sie besitzen allerdings ein Spektrum an Interaktionen, des Austauschs und der Kommunikationen, das nicht den Marktmechanismen unterworfen ist (vgl. NEGTE/KLUGE 1974, S. 44 ff.).

NEGT/KLUGE verweisen auf den doppelten Charakter der frühkindlichen Sozialisationsprozesse, die einerseits dem Kind Schutz gegen die Bedingungen des kapitalistischen Arbeitsprozesses gewähren, andererseits die Kinder auf ihre spätere Eingliederung in diesen Arbeitsprozeß vorbereiten. Hieran schließen sie an: "In der gelingenden Mutter-Kind-Beziehung erhalten sich Rudimente einer vorindustriellen, auf Bedürfnisbefriedigung durch reale Gebrauchswerte beruhenden Produktion(s)weise. Die frühen Beziehungen zwischen Mutter und Kind, soweit sie gelingen, lassen sich auch dann nicht auf Tauschbeziehungen reduzieren, wenn sie von Tauschabstraktionen umlagert sind." (NEGT/KLUGE 1974, S. 48 f.)

Mit diesem Zitat soll einerseits die Begrenzung der Einwirkung der gesamtgesellschaftlichen Einflüsse auf den kindlichen Sozialisationsprozeß angedeutet, zum anderen auch die Basis benannt werden, auf der ein potentiell antikapitalistisches Bewußtsein, und sei es auch noch so rudimentär, in jedem Erwachsenen einsozialisiert bleibt. NEGT/KLUGE sprechen später von einem "emanzipatorischen Minimum" (ebenda, S. 50), welches in jedem gelungenen frühkindlichen Sozialisationsprozeß erhalten bleiben muß.

In den zur Zeit noch bestehenden theoretischen Schwierigkeiten, auf Basis des Sozialisationsmodells bei LORENZER die Bedingungen und den Ablauf der politischen Sozialisation umfassend für den gesamten Lebenslauf, also über das Kindesalter hinaus, faßbar zu machen, drückt sich die Begrenztheit dieses Modells für weitergehende empirische Untersuchungen aus. Selbst wenn die Beschränkung auf die Zeit vor dem Erwachsenenalter z. B. mit Hilfe von entwicklungspsychologischen Entwürfen (u. a. OERTER 1978) überwunden werden sollte, bedarf dieses Sozialisationskonzept

einer weiteren Präzisierung, insbesondere in Hinblick auf die Interdependenz der Wirkungen und funktionellen Abhängigkeiten der Sozialisationsagenturen.

Gemäß der theoretischen Grundlagen seiner Sozialisations-
theorie wird zwar ein dialektisches Verhältnis zwischen
Individuum und Gesellschaft unterstellt, in der Praxis
geht es LORENZER aber weniger um den Einfluß der soziali-
sierten Individuen auf die Gesellschaftsentwicklung und
damit auf ihre eigenen Sozialisationsbedingungen als die
Determination der familialen Sozialisation durch die Ge-
sellschaft. Vgl. obiges Zitat (S. 106): " ... das Wesen
des Individuums ... (kann) als Ensemble der gesellschaft-
lichen Verhältnisse begriffen werden ..." (LORENZER 1976,
S. 41).

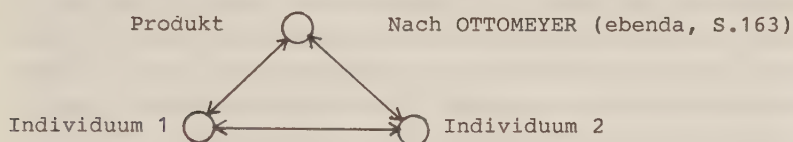
3.1.4 Das Modell der Sozialisation von OTTOMEYER

Ausgehend von einer Kritik des bestehenden, kapitalistisch geprägten Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Individuum konzipiert OTTOMEYER seine Fassung der Sozialisation unter dem Gesichtspunkt der Formung und Entwicklung der (Ich-) Identität der individuellen Gesellschaftsmitglieder (vgl. OTTOMEYER 1980, S. 161 f.). Für OTTOMEYER werden die wesentlichen Momente für die Identitätsbildung der Individuen in ihrer produktiven Tätigkeit und in ihren kommunikativen Beziehungen untereinander hergestellt. Die produktiven Tätigkeiten der Individuen vollziehen sich in unserer Gesellschaft im Rahmen der gegebenen kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Die kapitalistische Ökonomie erzeugt hierbei im Fortgang ihres normalen, zyklischen Reproduktionsprozesses eine spezifische sozialisierende und identitätsbildende Wirkung für die involvierten Individuen. OTTOMEYER versucht, das kreislaufartige Alltagsleben der Individuen der Gesellschaft so in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß einzubetten, daß die sich herausbildende Individualität mit ihren für die kapitalistische Gesellschaft typischen Strukturelementen erklärbar wird.

Innerhalb der drei Phasen des ökonomischen Reproduktionsprozesses (Produktion, Zirkulation und Konsumtion) werden hierbei den Individuen von OTTOMEYER spezifische "ökonomische Charaktermasken" aufgedrückt, die ihre Sozialisierung und Identitätsausbildung auf jeweils unterschiedliche, aber insgesamt für eine kapitalistisch bestimmte Gesellschaft typische Weise formen.

Bevor die wichtigsten identitätsbildenden Erfahrungen der Individuen in diesen drei Sphären der kapitalistischen Ökonomie in der Interpretation von OTTOMEYER skizziert und kritisiert werden, soll zuvor die Konstruktion der identitätsbildenden menschlichen Kommunikation und des Handelns,

wie OTTOMEYER sie entwirft, auf ihre Strukturelemente hin verdeutlicht werden. OTTOMEYER beschreibt eine triadische Struktur identitätsbildender Praxis der Individuen. Indem die Individuen in ihrer produktiven Tätigkeit sich an einem "gegenständlich-sachlichen" Produkt orientieren (vel. ebenda, S. 164), ermöglicht diese menschliche Praxis eine an diesem Produkt orientierte Selbstobjektivierung.



Die intersubjektiven, reflektiven Beziehungen der Individuen werden über die gegenseitige Antizipation von Identitäts- bzw. Rollenbeschreibungen realisiert. Die aus den Rollen- bzw. Interaktionstheorien bekannten Phänomene wechselseitiger Identitätszuschreibungen werden hierbei ebenso erfaßt wie der über den Interaktionspartner vermittelte Selbstreflektionsprozeß. OTTOMEYER vermeidet, wie er selbst betont (ebenda), durch die Vereinigung der zwischenmenschlichen Interaktionsbeziehungen mit den produktiven Tätigkeiten des Menschen in seinem "triadischen Modell" der identitätsbildenden Praxis zwei fehlerhafte Formen der vereinfachten bürgerlichen Erklärung menschlicher Identitätsbildung.

Einerseits wird eine Reduktion identitätsbildender menschlicher Praxis auf intersubjektive Beziehungen (wie z. B. bei HABERMAS 1975) vermieden und andererseits die produktive Tätigkeit der Menschen nicht als alleinige Basis von Identitätsbildung unterstellt. Wird die Struktur der "identitätsbildenden" Triade allerdings einer genauen Analyse unterzogen, so zeigt sich, daß bei OTTOMEYER eine

exakte Bestimmung der Beziehungen zwischen den verschiedenen Aspekten der Praxis für die Identitätsbildung fehlt. Das heißt, die Beziehungen der verschiedenen Aspekte von menschlicher Praxis in der vorgestellten Triade sowie die Integration unterschiedlicher Praxiserfahrungen werden von OTTOMEYER inhaltlich nicht näher bestimmt.

Wenn die menschliche Praxis der Identitätsbildung auf Basis der von OTTOMEYER vorgestellten "triadischen Struktur" immanent näher beschrieben werden soll, muß vor allem der Zusammenhang zwischen den Strukturelementen der vorgestellten Triade und deren inhaltliche Bestimmung genauer analysiert werden. Hierzu einige Anmerkungen:

Die "triadische Struktur" der Identitätsbildung zerfällt - ohne daß dies von OTTOMEYER thematisiert wird - analytisch in zwei qualitativ und strukturell unterschiedliche Dyaden. Die intersubjektiven Beziehungen können (in ihrer einfachsten Form) als dyadische Relation zwischen den Individuen beschrieben werden. Innerhalb dieser Individuum-Individuum-Dyade (I-I-D) beziehen sich die Individuen in dialektischer Weise unmittelbar aufeinander, und sie reflektieren hierbei ihre gegenseitigen Rollenansprüche bzw. Identitätszuweisungen.

In ihrer (produktiven) Tätigkeit richten die Individuen ihre Handlungen auf ein Objekt, das Produkt. Unter Zuhilfenahme dieses selbstproduzierten Produkts vermögen sie eine Selbstobjektivierung mit identitätsbildenden Folgen vorzunehmen. Die identitätsbildende Praxis der Individuen, die über die Herstellung und Bearbeitung eines Produkts vermittelt wird, soll im folgenden als Individuum-Produkt-Dyade (I-P-D) bezeichnet werden.

Die beiden identitätsbildenden Dyaden der menschlichen Praxis bilden zusammen das Spektrum, innerhalb dessen sich die Sozialisation und damit für das Individuum seine Identitätsbildung vollziehen.

Während OTTOMEYER primär die ökonomisch determinierten Sphären der gesellschaftlichen Sozialisation in kapitalistisch bestimmten Gesellschaften im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Konstitution der gesellschaftlichen Identität der Individuen dieser Gesellschaften untersucht, genügt diese Beschränkung auf eine gesellschaftliche Sphäre bzw. auf ein gesellschaftliches Subsystem zur Bestimmung der Entwicklung der politischen Identität nicht.

Wie bereits dargelegt, entsteht bzw. verändert sich die politische Identität durch politisch relevante Sozialisationsprozesse, die formal in den verschiedenen Sphären bzw. gesellschaftlichen Subsystemen vonstatten gehen. In der politischen Identität findet ja gerade die jeweils individuell geprägte Integration disparater Sozialisationserfahrungen zu einer - wenn auch nicht notwendigerweise einheitlichen, so doch im Eigenverständnis der Individuen stimmigen und durch keine dauerhafte kognitive Dissonanz gekennzeichneten - politisch-gesellschaftlichen Praxis statt.

Wodurch zeichnet sich nun die (potentiell) politische Identität stiftende Praxis für Individuen aus, die - wie in der Bundesrepublik Deutschland - in einer Gesellschaft mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung, parlamentarisch-demokratischen Strukturen, autoritär-konservativ geprägten bzw. obrigkeitstgläubigen Traditionen und einer durch die Historie mitbegründeten unverwechselbaren politischen Kultur ihre politische Sozialisation erfahren?

Nach OTTOMEYER ist - wie weiter vorne beschrieben - die identitätsbildende Praxis der Individuen durch eine triadische Struktur gekennzeichnet, in der sie sich aufeinander und auf die Produkte ihres Handelns beziehen. Während von OTTOMEYER die Beziehungen zwischen den Individuen (ähnlich wie in der Rollentheorie) dem Bereich des sozialen und personalen **Verhaltens** zuordnet werden, betrachtet er die Beziehungen zwischen den Individuen und den von ihnen produzierten Produkten in seiner am Produktionsprozeß orientierten Analyse als dem Bereich der (gesellschaftlichen) **Verhältnisse** zugehörig.

Eine genauere Analyse der Elemente der triadischen Struktur im Hinblick auf die Determination der identitätsbildenden **politischen** Praxis der Individuen zeigt jedoch, daß die spezielle Zusammenfassung der beiden Konstruktionsebenen in der triadischen Struktur identitätsbildender Prozesse bei OTTOMEYER den Kernbereich der beschriebenen Zusammenhänge eher zu verdecken als aufzuhellen hilft. Insbesondere wird die Untersuchung folgender politischer Sozialisationszusammenhänge erschwert.

- a) Klärung des formalen wechselseitigen Zusammenhangs der inneren Struktur politischer Sozialisationspraxis mit den jeweiligen politischen Identitätsbildungsprozessen.
- b) Inwieweit werden einerseits die intersubjektiven Beziehungen in der I-I-D durch vorgängige politisch relevante Erfahrungen aus der I-P-D inhaltlich determiniert, und in welcher Weise wird andererseits die I-P-D von den politisch relevanten interaktionsbildenden Prozessen der I-I-D geprägt?
- c) Welche Relevanz haben identitätsbildende Prozesse in einer biologisch früheren Sozialisationsphase für die politisch relevante Tätigkeit, Selbstobjektivierung und Struktur der Bewußtseinsformen als Instrumente reflek-

tiver Verarbeitungsprozesse in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern der Individuen einmal innerhalb einer Zeitphase und zum anderen innerhalb der verschiedenen Lebensaltersphasen?

ad a)

Die Problematik der Verschränkung von politischer Sozialisation und politischer Identität bei OTTOMEYER kann an zwei Aspekten spezifiziert werden.

- 1) Indem OTTOMEYER von jedem der am Austausch- und Produktionsprozeß Beteiligten eine Beziehung zum (gemeinsamen) Punkt P (= Produkt) herstellt und durch die Beziehungen zum Produkt die jeweils individuelle (identitätsbildende) Praxis mit symbolisiert wird, ergibt sich generell ein Verlust an analytischen Möglichkeiten. Entweder es handelt sich um ein Produkt, an dessen Produktion die im Interaktionsprozeß involvierten Individuen beteiligt sind (wie z. B. im gewerblichen bzw. handwerklichen Produktionsbetrieb oder im Kommunikationsprozeß), so daß beide Elemente der triadischen Struktur, räumlich, sachlich und zeitlich aufeinander bezogen, zusammenfallen, oder - und dies ist offensichtlich der Regelfall - die am Kommunikationsprozeß Beteiligten beziehen sich in ihrer produktiven Praxis auf unterschiedliche Produkte. Im letzteren Fall kann "P" nur die Gesamtheit aller Produkte symbolisieren. Wenn aber unterschiedliche Produkte in der triadischen Struktur unterschiedslos für alle in gleicher Weise zu "P" zusammengezogen werden, reduziert sich in diesem Modell die Möglichkeit der Differenzierung von Sozialisationssituationen und -wirkungen. Einerseits entziehen sich kumulierende Wirkungen gleichartiger politischer Praxis, die in zeitlich aufeinanderfolgenden, ähnlichen politischen Sozialisationsprozessen vonstatten gehen,

in seinem Modell der analytischen Erfassung, da die durch vorhergehende Erfahrungen veränderte Sozialisationspraxis nicht berücksichtigt werden kann. Weiterhin ist es in diesem Modell nicht möglich, die aus dem Produktionsprozeß resultierende spezifische Beziehung der Produkte untereinander in ihren unterschiedlichen identitätsformenden Folgen mit zu erfassen.

- 2) Aus der Perspektive eines in der triadischen Struktur involvierten Individuums kommt dem Verhältnis zur eigenen produktiven Praxis und der kommunikativen Beziehung zu anderen Individuen - für den Aufbau der politischen Identität - eine zentrale Bedeutung zu, jedoch bleibt das auch von OTTOMEYER erwähnte Verhältnis zu anderen Individuen und deren jeweiliges Verhältnis zu ihrer produktiven Praxis ohne **unmittelbare** Bedeutung für die identitätsbildende Praxis der einzelnen Individuen.

Die identitätsbildende Praxis der Individuen könnte bei Berücksichtigung dieser Kritikpunkte an dem triadischen Strukturmodell besser durch eine **doppeldyadische** Struktur beschrieben werden. Während in der personenbezogenen Dyade (I-I) identitätsbildende Wirkungen durch Interaktionen zwischen den Individuen begründet werden, symbolisiert die zweite Dyade (I-P) das Verhältnis der Individuen zu ihren jeweiligen Produkten und den bei der Produktion ablaufenden politischen Bewußtseinsentwicklungsvorgängen und damit auch potentiell identitätsmodifizierenden Prozessen.

Der dem triadischen und dem doppeldyadischen Modell gemeinsame Aspekt der wechselseitigen Überlagerung, Brechung und Beeinflussung der beiden Arten von identitätsbildenden Vorgängen wird von OTTOMEYER nicht explizit behandelt. Dies wird u. a. durch den Umstand bedingt, daß er eine Einheit zwischen identitätsbildenden Interaktionen und Produktionsvorgängen zu unterstellen scheint. Dabei bleibt

von OTTOMEYER unberücksichtigt, daß zwar von einer Interferenz kommunikativer und produktionsbedingter Identifikationseffekte ausgegangen werden kann, jedoch nicht jeder politische Sozialisationsprozeß mit identitätsbildender Wirkung gleichzeitig sozialer Interaktions- und Produktionsprozeß im Sinne der triadischen Struktur sein kann. Zwar fallen - wie im gewerblichen Produktionsprozeß, den OTTOMEYER offensichtlich primär vor Augen hat - auch in bestimmten Formen der politischen Praxis (z. B. parlamentarische Gesetzgebung) permanent Interaktionen und politisch-gesellschaftliches Handeln zusammen. Jedoch bildet dieses Zusammenfallen zwischen politischen Interaktionen und politischen Handlungen eher die Ausnahme als die Regel.

Der regelmäßige politische Wahlakt zum Beispiel, der für viele Bürger der (nominell) einzige politische Handlungsakt darstellt, kann formal als eine Individuum-Produkt-Dyade (I-P) beschrieben werden. Da im Wahlakt selbst keine Interaktionen zwischen den Individuen vorgesehen sind, wird durch die kumulierende Wirkung der Summe aller Wahlhandlungen ein eigentümliches, mittelbares Verhältnis zwischen den Individuen konstituiert. Die Beziehungen politischer Handlungen unterschiedlicher Individuen zeigen zwar - wie weiter unten noch näher zu erörtern sein wird - spezifische Folgen für das Verhältnis der Individuen untereinander, jedoch von einer direkten I-I-Beziehung im Sinne der triadischen Struktur kann nicht gesprochen werden.

Die der Wahlhandlung z. B. vorgelagerten politischen Willensbildungsprozesse stellen hingegen häufig, wenn aus der Position der Mehrzahl der Wähler und nicht aus der der um Wählerstimmen werbenden Politiker argumentiert wird, personale Interaktionsbeziehungen (gegebenenfalls auch einseitige, über Medien vermittelte Kommunikationen) zwischen

den Individuen ohne einen Handlungsaspekt im obigen Sinne dar, obwohl die Interaktionen in einen politischen Handlungsakt (Wahlhandlung) der Individuen münden.

Zur besseren Differenzierung der Struktur der Interaktions- und Handlungsaspekte und ihres gegenseitigen Verhältnisses im Hinblick auf ihre identitätsbildende Wirkung wird im weiteren von einer doppeltyadischen Struktur der menschlichen Praxis für die politische Identitätsbildung ausgegangen.

Diese Konzeption korrespondiert inhaltlich mit der Interpretation sowohl der politischen Identität und ihrer Entwicklung in und durch politische Sozialisationsprozesse, die - vor allem für die Heranwachsenden - primär durch personale Interaktionen und Kommunikationen im Rahmen der gegebenen politischen Sozialisationsbedingungen gekennzeichnet sind, als auch mit den politischen Sozialisationsprozessen im Erwachsenenalter, bei denen das praktische, produktionsorientierte politische Handeln der Individuen stärker im Vordergrund steht. Die formal als Doppeltyade beschreibbare innere Struktur des Vermittlungsprozesses zwischen den politischen Sozialisationsprozessen und der Entwicklung der politischen Identität der Individuen unterliegt mit zunehmender Entfaltung des politischen Bewußtseins der Individuen selbst einem Wandel.

ad b)

Wenn sich zwei Individuen innerhalb einer I-I-D aufeinander beziehen, repräsentieren sie in ihrer bis dato gewonnenen Identität die Gesamtheit ihrer bisherigen Sozialisationserfahrungen aus beiden Dyaden. Das heißt, indem sich die Individuen aufeinander beziehen, erkennen sie sich in ihrer durch die jeweiligen Dyaden vorgeformten Identität an. Gehen von dieser neuen I-I-Beziehung identitätsbil-

dende Momente aus, können diese zu einer Bestätigung, Modifizierung oder Schwächung der Identität der beteiligten Individuen führen. In welcher Weise und mit welchem Ergebnis ein Individuum seine I-P-D vollzieht, stellt sich als das Ergebnis der zuvor gewonnenen individuellen Sozialisationserfahrungen und der jeweiligen spezifischen Eigenschaften des zu bearbeitenden Objektes dar.

Die Art und Weise der Selbstobjektivierung anhand des Produktes dieser Tätigkeit wird somit nicht nur durch das sachlich gegenständliche Objekt bestimmt, sondern ebenfalls durch die Identitätsstruktur des Individuums bzw. durch seine im Sozialisationsprozeß gewonnenen Denkformen, Wertmuster und kognitiven Fähigkeiten.

Die in beiden Dyaden möglichen und vollzogenen identitätsbildenden Prozesse werden von den Individuen jeweils zu einem einheitlichen, d. h. zu einem von einem Individuum psychisch zu bewältigenden und in sich stimmigen Verhaltensmuster aggregiert. Zur Abschätzung der Relevanz der unterschiedlichen Stärken der identitätsbildenden Einflüsse aus den beiden Dyaden bedarf es nicht nur einer inhaltlichen Untersuchung der jeweils zu vermittelnden identitätsbildenden Faktoren, sondern - auf das jeweilige Individuum bezogen - der Untersuchung der biographischen Sozialisationserfahrungen und der hiermit verbundenen Identitätsbildung.

ad c)

Während vor allem in der I-I-Beziehung der Individuen in ihrem Erwachsenenleben eine durch die I-P-D begründete Identitätszuweisung bestätigt, vertieft, gefestigt oder in Frage gestellt wird, werden in der I-I-D die Interpretationsmuster generiert und verändert, die sich auf die I-P-D beziehen.

Bei einer Betrachtung der biographischen Entwicklung der Identitätsbildung als Kern des individuellen Sozialisationsprozesses stellt sich die MKD (vgl. Kapitel 3.1.3) der vorliegenden Arbeit) als erste relevante Beziehung des sich entwickelnden Individuums dar. Nach dieser ersten, basalen Sozialisationsphase werden weitere dyadische Beziehungen gebildet: in der Familie mit ihren unterschiedlichen Handlungsmustern, in der Schule mit der jeweils spezifischen Form der produktiven Tätigkeit im Schulunterricht und der Reaktion der Lehrer durch Noten. Innerhalb der Erwachsenensozialisation stehen die identitätsbildenden Prozesse im Mittelpunkt der Entwicklung, die aus der Berufstätigkeit, den "dyadischen Beziehungen" des "Alltagslebens" sowie die durch die kommunikative Teilnahme am "politischen Prozeß" bedingt werden.

Da OTTOMEYER offensichtlich die im wesentlichen ökonomisch determinierte Sphäre unserer kapitalistisch bestimmten Gesellschaft in ihrer Bedeutung für die identitätsbildenden Prozesse untersucht, vernachlässigt er die in den anderen Sphären (des Alltagslebens) generierten politischen, soziokulturellen, ökonomischen und anderen Sozialisationserfahrungen, die in die Identitätsbildung der Individuen eingehen und diese permanent modifizieren.

Im Zentrum der Ausführungen OTTOMEYERs steht, wie bereits dargelegt, die Verschränkung menschlichen Verhaltens mit gesellschaftlichen Verhältnissen in ihrer Bedeutung für die Konstitution der Ich-Identität. Die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse bewirken hierbei einen, wie OTTOMEYER (unter Bezug auf REICHELT 1970) formuliert, "Überhang an gesellschaftlicher Objektivität" (OTTOMEYER 1980, S. 165) für die zu sozialisierenden Individuen, die andere, alternative, konfligierende oder für die kapitalistisch bestimmte Gesellschaft dysfunktionale Sozialisationsinhalte oder -prozesse nicht hervortreten lassen.

Obwohl OTTOMEYER einem dialektischen Wissenschaftsverständnis verpflichtet ist, diagnostiziert er (zumindest an dieser Stelle) einen kausalen Wirkzusammenhang. Er stellt sich nicht dem Problem, ob nicht gerade die Wahrnehmung des gegebenen "Überhangs an gesellschaftlicher Objektivität" identitätsbildende Kräfte freisetzt (alternative soziale Lebensformen), die in der Lage sind, bei einer Gruppe von Individuen kontradiktorische Identitätsformen auszubilden.

Brüche im biographisch bestimmten Prozeß der Identitätsbildung "im normalen kapitalistischen Sozialisationsprozeß" (ebenda, S 188), die bei Übergängen zwischen verschiedenen Lebensphasen (z. B. vom Schul- zum Berufsleben) auftreten, werden lediglich als Probleme der Identitätsbildung untersucht, nicht aber als Chancen und "Einbruchstellen" für alternative Identitätsentwicklung.

Unklar bleibt bei OTTOMEYER auch die Unterscheidung zwischen "normalen", nichtkapitalistisch bestimmten Folgen von Überlappungen in der Identitätsentwicklung und der Modifizierung der Folgen durch den kapitalistischen Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse für Heranwachsende z. B. in der Bundesrepublik Deutschland.

Sämtliche Identitätsbildungsprozesse bzw. -probleme werden von OTTOMEYER allein unter der Perspektive der Rudimentierung originär vorhandener und entwicklungsfähiger Ich-Identität gesehen. "Identitätsbildung findet hier (in westlichen Gesellschaften - P. Sch.) statt in einer entwirklichten Welt unter der Herrschaft von fast nur inter-personalen Identitätsdefinitionen" (ebenda, S. 189).

Rückwirkungen einer derartig ausgebildeten Ich-Identität auf die Gestaltung des politischen Partizipationsverhaltens der Individuen werden von OTTOMEYER nicht diskutiert.

Die von ihm betonte Vermittlung individueller und gesellschaftlicher Reproduktionsprozesse wird ausschließlich im Sinne einer Determination des menschlichen Verhaltens durch die gesellschaftlichen Verhältnisse diskutiert. Durch diese einseitige Konzeption des Vermittlungsverhältnisses blendet OTTOMEYER die gesellschaftsverändernden Impulse aus, die nicht unmittelbar aus den kapitalistischen Verhältnissen abgeleitet, sondern über Sozialisationsprozesse vermittelt werden und Identitätsvariationen auslösen können, die bestimmte soziale Gruppen zu politischen Partizipationen - im Sinne der Beeinflussung der gesellschaftlichen Entwicklung - befähigen.

Soweit er (neue) politische Bewegungen überhaupt erwähnt, betrachtet OTTOMEYER diese nur als Resultat unaufgearbeiteter und somit letztlich ungelöster Identitätsprobleme. Ihre Zielsetzung ist demnach keine soziale bzw. gesellschaftliche, sondern eine auf die Lösung individueller Probleme gerichtete: "Die 'Überkomplexität' des Identitätsproblems in den gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften provoziert 'regressive Lösungen'. Es entwickelt sich eine Fülle von subkulturellen, sektenartigen, religiösen und politischen Bewegungen, die mit dem Versprechen auftreten, die wachsenden Identitätsprobleme zu lösen" (ebenda, S. 191).

Während OTTOMEYER für die Beschreibung der Ausformung der individuellen Identitätsgewinnungsprozesse durch seine Einführung der "triadischen Struktur" im Interaktionsverhältnis der Individuen zueinander und ihrem jeweiligen Bezug zu tätigkeitsvermittelten Produkten ein entwicklungsfähiges Konzept zur Rekonstruktion der politischen Sozialisationsprozesse, die auf der individuellen Ebene in der politischen (Ich-) Identität münden, vorgestellt hat, stellen seine Ausführungen keinen Beitrag zur Klärung der Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten der Einfluß-

nahme der politisch sozialisierten Individuen auf die Modifizierung oder Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse dar. Diese werden nach OTTOMEYER mit zunehmender kapitalistischer Akkumulation vom wechselseitigen Verhalten oder der Praxis der Individuen "real" und nicht nur begrifflich unabhängig (vgl. ebenda, S. 164). Die gesellschaftlichen Verhältnisse stellen sich hierbei als verselbständigte Ergebnisse und notwendige Voraussetzungen des Reproduktionsprozesses des Kapitals dar. "Der Extremfall der Verselbständigung der Verhältnisse ist in einer Gesellschaft unter der voll entwickelten Herrschaft des akkumulierenden Kapitals zu finden" (ebenda, S. 165).

Folgt man dieser Argumentation, bestünde für die in westlichen Industriestaaten politisch sozialisierten Individuen keine Möglichkeit, zu politischer Identität, politischer Handlungskompetenz oder politischer Partizipationsbereitschaft zu gelangen, die auf einen Wandel der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse zielen und z. B. in Teilen der neuen sozialen Bewegungen zu beobachten ist.

Eine Möglichkeit der Überwindung dieser immanenten Schranke im Konzept von OTTOMEYER besteht u. a. in der argumentativen Integration politischer Sozialisationsprozesse und politischen Identitätsbildungsvorgänge, die zwar letztlich aus den kapitalistisch geprägten politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen resultieren, die aber in ihrer Wirkung eine individuelle Identitätsbildung im dialektischen Sinne ermöglichen bzw. fördern, die wiederum politische Partizipationshandlungen indizieren, die ihrerseits auf eine Überwindung der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse zielen.

3.2 Verschränkung von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung innerhalb von systemtheoretischen Konzepten

3.2.1 Systemtheorie und Gesellschaftsentwicklung

Die Frage nach den Bedingungen für die Gesellschaftsentwicklung wurde bisher in unterschiedlichster Weise beantwortet. LUHMANN interpretiert z. B. in seiner systemanalytischen Strukturanalyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland (LUHMANN 1981) die Gesamtgesellschaft als das umfassende Sozialsystem, das seinerseits aus Teilsystemen besteht, die unmittelbar für das Gesamtsystem spezifische Funktionen übernehmen. LUHMANN führt an Teilsystemen neben dem politischen System auch solche für "Religion, Wissenschaft, Wirtschaft, Erziehung, Familienleben, medizinische Betreuung etc." (LUHMANN 1981, S. 19) auf. Die einzelnen Teilsysteme weisen einerseits eine hohe wechselseitige Abhängigkeit voneinander auf und zeigen andererseits eine Tendenz zur inneren Differenzierung zum Zweck der Optimierung ihres Funktionsschwerpunktes. Die Ausdifferenzierung dieses Funktionssystems erläutert LUHMANN am Beispiel des politischen Systems. Im politischen System wurde nach LUHMANN der traditionelle hierarchische Zusammenhang von Befehl und Gehorsam bzw. von Oben und Unten zugunsten eines Austauschs zwischen den Teileinheiten Politik, Verwaltung und Publikum im politischen Funktionssystem aufgegeben.

LUHMANN belegt am Beispiel des kommunikativen Kreislaufprozesses zwischen den "Funktionsgruppen" Politik, Verwaltung und Publikum die von ihm postulierte Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Individuum, und begründet dies damit, daß konkrete individuelle Personen zwar am politischen System teilhätten, aber nicht in ihm aufgingen (vgl. ebenda, S. 20). Dabei besteht für LUHMANN die Ge-

sellschaft nicht aus der Summe der sie konstituierenden Menschen - wie in traditionellen systemanalytischen Theorien -, sondern "sie besteht aus Kommunikationen zwischen Menschen" (ebenda).

Leider hält LUHMANN die bisher referierte Terminologie der systemtheoretisch differenzierten Gesellschaft nicht durch. Er bezeichnet sowohl das politische - ebenso wie z. B. das ökonomische - System als Teilsystem der Gesellschaft (vgl. ebenda, S. 81) als auch die Funktionsgruppen (Politik, Verwaltung, Publikum) als Teilsysteme, diesmal allerdings als Teilsysteme des politischen Systems (vgl. ebenda, S. 48 f.).

Zur Vermeidung von terminologischen Mißverständnissen sollen im folgenden die Teilsysteme, die (im Sinne von LUHMANN) für das Gesamtsystem unmittelbar Funktionssysteme darstellen, als Subsysteme der Gesamtgesellschaft bezeichnet werden. Hierzu zählen insbesondere das politische, das ökonomische und das sozio-kulturelle System. Teilsysteme innerhalb eines Subsystems, die zwar für das Subsystem unmittelbar Funktionen wahrnehmen, für das Gesamtsystem aber nur mittelbar, da über das Subsystem vermittelt, werden weiterhin als Teilsysteme bezeichnet. Soweit Teil- und Subsysteme gleichzeitig gemeint sind, wird von Systemeinheiten gesprochen. Die hier eingeführte Unterscheidung gewinnt insbesondere an Bedeutung, wenn zwei weitere Aspekte der LUHMANNschen Systemkonzeption aufgenommen werden:

- a) die Trennung von Funktion und Leistung sowie
- b) das Theorem der Selbstreferenz.

ad a)

Nach LUHMANN ist in "funktional differenzierten Gesellschaftssystemen ... das Verhältnis des Teilsystems (in der bisherigen Terminologie: Subsystems - P. Sch.) zum Ganzen durch eine spezifische 'Funktion' bestimmt. Die Beziehungen zu den anderen Teilsystemen (Subsystemen - P. Sch.) können dagegen als 'Leistungen' bezeichnet und mit Input/Output-Modellen beschrieben werden" (ebenda, S. 81).

Diese Differenzierung von Funktion und Leistung macht eine Unterscheidung der Beziehungen zwischen den gleichrangigen Subsystemen untereinander sowie zwischen den Teilsystemen innerhalb eines Subsystems von den Beziehungen zwischen den Subsystemen und dem Gesamtsystem möglich.

Die pluralistisch geprägte Gleichrangigkeit der horizontal strukturierten Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Subsystemen schließt eine Konzeption des politischen Systems mit der Fähigkeit, zentrale (und damit tendenziell vertikale) politische Steuerungsmaßnahmen einleiten und durchsetzen zu können, aus.

Durch die Differenzierung von Funktion und Leistung ergibt sich die Chance, Fragen zu behandeln, die sich mit dem Problem alternativer Leistungsgestaltung im Verhältnis der gleichrangigen Subsysteme untereinander beschäftigen - bei analoger Erfüllung der Funktion (bezogen auf das gesellschaftliche Gesamtsystem). Diese Unterscheidung zwischen Funktion und Leistung ermöglicht weiterhin die Beobachtung, daß ein empirisch wahrnehmbarer Wandel - im Leistungsverhalten des politischen Systems z. B. - nicht notwendigerweise ein Indikator für einen Funktionswandel des politischen Systems sein muß.

ad b)

Mit dem von LUHMANN thematisierten Theorem von der "selbstreferenziellen Autonomie" gesellschaftlicher Teilsysteme (bzw. Subsysteme) wird die Fähigkeit von Systemen erfaßt, sich auf sich selbst zu beziehen unter Vernachlässigung einer direkten Reaktion auf Umweltreize. Das (nach außen gerichtete) Verhalten der Systeme wird hierbei, so kann in Anlehnung an LUHMANN schlußgefolgert werden, unter Bezug auf systeminterne Argumente begründet, die zwar Ansprüche aus der Systemumwelt reflektieren können, selbst jedoch keinen systemexternen Status aufweisen.

Am Beispiel des politischen Systems verdeutlicht LUHMANN sein Verständnis eines selbstreferenziellen Systems: "Als selbstreferenziell kann ein System bezeichnet werden, das die Elemente - hier also politische Entscheidungen -, aus denen es 'besteht, selbst produziert und reproduziert'" (ebenda, S. 33) und führt genauer aus: "Jede Einzelentscheidung bezieht sich, anders könnte sie nicht Entscheidung sein, auf andere Entscheidungen desselben Systems, und die Einzelentscheidung kann ihren eigenen Sinn nur in solchen internen Beziehungen erfahren, etwa als Beitrag zur Förderung oder Verhinderung anderer Entscheidungen, als Glied einer Kette, als abhängig in ihrem Erfolg von Anschlußentscheidungen, oder aus all diesen Gründen auch: als Entscheidung nicht zu entscheiden, weil Prämissen oder Anschlußmöglichkeiten nicht hinreichend gewährleistet sind." (ebenda, S. 34)

Ähnlich wie für ein einzelnes Individuum seine im individuellen Entwicklungsprozeß zustandegekommene individuelle politische Identität Voraussetzung, Inhalt und Medium "autonomer" politisch-gesellschaftlicher Entscheidungen ist, begründet LUHMANN mit dem Theorem der selbstreferenziellen Autonomie offensichtlich eine "systemspezifische Autonomie", ohne dies allerdings explizit so zu benennen.

Wenn die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse als die Summe der Institutionen und deren Beziehungen (bei LUHMANN: Kommunikationen)¹³ zu den Individuen einer Gesellschaft verstanden wird und die Organisationsformen der Institutionen, ihre Beziehungen sowohl untereinander als auch zu den Gesellschaftsmitgliedern von LUHMANN im systemtheoretischen Sinne als Leistungsaustausch zwischen Sub- und Teilsystemen sowie als Leistungsaustausch zwischen diesen und den Gesellschaftsmitgliedern (LUHMANN: Publikum) beschrieben werden können, muß sich gesellschaftliche Entwicklung in einer Veränderung entweder in der Art und dem Umfang der gesellschaftlichen Systemkonfiguration oder im gegenseitigen Leistungsverhalten der am systeminternen Austausch Beteiligten dokumentieren.

Im aktuellen Verhalten der gesellschaftlichen Systemeinheiten wird - nach LUHMANN - die "selbstreferenzielle" Interpretation ihrer funktionellen Aufgaben vor dem Hintergrund der jeweils von außen kommenden Ansprüche an das eigene Leistungsverhalten und der hieraus resultierenden Entscheidung über die Art und den Umfang der spezifischen Leistungsausgestaltung sichtbar. Von einer Gesellschaftsentwicklung in einer gesellschaftlichen Systemeinheit kann demnach immer dann ausgegangen werden, wenn eine Verhaltensänderung neue, für das System von außen kommende bzw. qualitativ andere Leistungsansprüche befriedigt oder bisher erfüllte Leistungsansprüche nicht oder nicht mehr hinreichend bedient werden.

Wie kann die Veränderung im Leistungsverhalten von Systemeinheiten innerhalb eines Konzeptes der "selbstreferenziellen Autonomie" plausibel erscheinen?

Obwohl an dieser Stelle keine differenzierte Modellvorstellung hierzu entwickelt werden muß, erscheint mir ein Hinweis auf das Konzept der "kognitiven Dissonanz" von

FESTINGER (1957) zum Verständnis des Prozeßcharakters innerhalb und zwischen den Systemeinheiten für die Gesellschaftsentwicklung sinnvoll.

FESTINGER entwickelt zur Beschreibung des individuellen Einstellungs- und Wertewandels ein Modell der kognitiven Dissonanz: Kognitive Dissonanz tritt immer dann auf, wenn ein Widerspruch zwischen dem aktuellen Handeln eines Individuums und seiner Beurteilung des Handlungszusammenhangs besteht. Sie wird entweder durch einen Wandel der Einstellung zum eigenen praktischen Handlungszusammenhang oder durch eine Veränderung der individuellen Handlungspraxis aufgelöst. Diese Vorstellung von FESTINGER kann auf gesellschaftliche Systemeinheiten übertragen werden. Gesellschaftliche Subsysteme z. B., die mit ihrer Existenz keinen Selbstzweck erfüllen, sondern Funktionssysteme des Gesamtsystems sind, beziehen sich in ihrem Leistungsaustausch mit anderen gesellschaftlichen Subsystemen aufeinander und beeinflussen - gegebenenfalls über ihre jeweiligen Teilsysteme vermittelt - die einzelnen Individuen bzw. Gruppen von Individuen in ihrem Leistungsverhalten (z. B. das Teilsystem der Sozialversicherung, Sozialhilfe usw.).

Ändern sich die Leistungsansprüche der Leistungsempfänger (einschließlich der Leistungsempfänger in spe) oder das eigene Leistungsvermögen, das z. B. vom Leistungsverhalten anderer Teilsysteme abhängig ist, kann eine Dissonanz zwischen dem aktuellen Leistungsverhalten des Sub- bzw. Teilsystems und seiner über die "selbstreferenzielle Autonomie" vermittelten Einschätzung des eigenen, an den funktionalen Aufgaben gemessenen Soll-Leistungsverhaltens auftreten. Diese Dissonanz, die als funktionelle Dissonanz bezeichnet werden kann, vermag von der jeweiligen Systemeinheit durch eine Veränderung des Leistungsverhaltens abgebaut werden, so daß die funktionelle Zweckbestimmung

wieder mit dem Leistungsverhalten harmonisiert. Die funktionelle Dissonanz initiiert somit einen Anpassungsprozeß der gesellschaftlichen Systemeinheit von dem einen temporär stabilen Niveau des Leistungsverhaltens zum nächsten. Die integrierte Summe dieser partiellen Entwicklungsschritte wird auf der gesamtgesellschaftlichen Systemebene als Gesellschaftsentwicklung wahrgenommen.

Welche Bestandteile sind in einem System notwendig, so daß diese Bestimmung von Entwicklung als Fortschreiten von einem temporär stabilisierten Leistungsniveau zum nächsten möglich wird? Ein solches System bedarf einer Wahrnehmungseinheit, einer Planungs- bzw. Entscheidungseinheit und einer Handlungseinheit, da das jeweilige gesellschaftliche Sub- bzw. Teilsystem die Fähigkeit aufweisen muß, veränderte Leistungsansprüche oder Leistungsbereitschaften anderer Teilsysteme wahrzunehmen, diese in Bezug zur eigenen Funktion zu setzen und auf ihre Relevanz hin zu beurteilen sowie leistungsverändernde Handlungen auszuführen.

Im Sinne LUHMANNs konstituiert sich gesellschaftliche Entwicklung durch Veränderungen in **den** gesellschaftlichen Systemeinheiten, deren Leistungsverhalten sich so wandelt, daß neu wahrgenommene Leistungsansprüche, die mit den funktionellen Aufgaben des Sub- bzw. Teilsystems in Einklang stehen, erfüllt werden. Undiskutiert bleibt dabei die Frage, wo und wodurch Wandlungen in den Leistungsansprüchen generiert werden, die in ihrer Konsequenz zu den beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen führen.

In Anlehnung an die bisher verfolgte Argumentation, die gesellschaftlichen Verhältnisse als bestehend aus den gesellschaftlichen Subsystemen und ihrem Leistungsverhalten untereinander sowie ihren Beziehungen (einschließlich des

Leistungsverhaltens) zu den individuellen Gesellschaftsmitgliedern bzw. sozialen Gruppen zu betrachten, werden veränderte Leistungsansprüche in allen Bereichen des gesellschaftlichen Systems ausgelöst bzw. veranlaßt.

Impulse zur Veränderung der Organisation bzw. des Verhaltens in einem Bereich der Gesellschaft resultieren - allgemein formuliert - entweder aus sachimmanenten Ursachen, materiellen Folgewirkungen oder gewandelten Einschätzungen von vorgefundenen Fakten und Verhältnissen einschließlich des Wandels der Interessenlage. Hierzu zählen z. B. für den ökonomischen Bereich die sich wandelnden Verwertungsbedingungen des Kapitals (z. B. Konzentration), die weltweite Verknüpfung der Volkswirtschaften (Dritte Welt, Dollarkurs, Ölpreiskrise usw.), gesteigerte Ansprüche an den Umweltschutz, aber auch sozialer Druck durch eine hohe Anzahl von Arbeitslosen.

Beachtet werden muß, daß im politischen Bereich nicht nur die gewandelten Wertvorstellungen innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Gruppen leistungsverändernd (z. B. Umweltschutzgesetzgebung) wirken, sondern ebenfalls internationale Verpflichtungen (z. B. NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik), Massendemonstrationen, Streiks usw.; weiterhin resultieren veränderte Leistungsansprüche aus ökonomisch-technischen Entwicklungen (z. B. Mikrotechnik).

Jeder dieser Anlässe für Forderungen nach Leistungsveränderung wirkt im Sinne einer Fortpflanzung und Verselbständigung von Veränderungsimpulsen zwischen den gesellschaftlichen Subsystemen weiter. Hierzu ein bekanntes - auch bei LUHMANN erwähntes - Beispiel aus dem Erziehungssystem: Nachdem in den 60er und Anfang der 70er Jahre aufgrund der ökonomischen Hochkonjunktur an das Entwicklungssystem von seiten der Wirtschaft die Forderung erhoben wurde, mehr und besser gebildete Schulabsolventen dem Ar-

beitsmarkt zur Verfügung zu stellen, wurde das Erziehungssystem vom politischen System mit Leistungen (Geld, Recht) so ausgestattet, daß nun das Erziehungssystem in die Lage versetzt wurde, den geänderten Leistungsansprüchen von seiten der Wirtschaft durch die "Ausschöpfung der Bildungsreserve" gerecht zu werden. Vor dem Hintergrund der sich abschwächenden Konjunktur und ökonomischer Strukturkrisen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre führte der höhere Bildungsstand der Schulabsolventen nicht nur zu einer verstärkten Arbeitslosigkeit der nun besser Vorgebildeten (Abiturienten, Hochschulabsolventen), sondern auch zu veränderten Ergebnissen im politischen Sozialisationsprozeß und - hierüber zum Teil vermittelt - zu anderen politisch-gesellschaftlichen Partizipationsverhaltensweisen. Durch das politische System findet nun wieder eine Reduzierung von Leistungen (BAFÖG-Rücknahme, Sachmittelkürzung, Reformrücknahme im Sekundarbereich II usw.) statt.

An diesem Beispiel wird der für das systemtheoretische Konzept von LUHMANN typische zyklische Zusammenhang zwischen den partiellen Entwicklungen in den gesellschaftlichen Systemeinheiten und der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung einerseits illustriert, und andererseits wird angedeutet, daß nicht nur die in den gesellschaftlichen Sub- und Teilsystemen generierten Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse zur Gesellschaftsentwicklung beitragen, sondern auch der über die veränderte politische Sozialisation bewirkte Wertewandel (politische Identität), der in einer Veränderung der politisch-gesellschaftlichen Partizipation der Individuen zum Ausdruck kommt.

Obwohl im Anschluß an diese systemtheoretisch orientierten Ausführungen davon ausgegangen werden kann, daß die jeweils historisch feststellbaren politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse Ausdruck des Zusammenwirkens

zwischen den jeweiligen gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen und dem konkreten Verhalten der Gesellschaftsmitglieder sind und letzteres durch die von den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen generierten individuellen politischen Sozialisationsbedingungen modifiziert wurde bzw. werden kann, bietet sich aus dieser Perspektive zur Untersuchung der Entwicklung der Gesellschaftsformation in der Bundesrepublik Deutschland in einem ersten Schritt die Analyse der Reproduktionsbedingungen an, die die wesentlichen Systemkomponenten in ihrem Leistungsaustausch bestimmen.

In der systemtheoretischen Betrachtungsweise (wie sie z. B. bei LUHMANN vorliegt) ist somit die Differenzierung zwischen den intersystemaren Antrieben zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse über einen Leistungsverhaltenswandel der gesellschaftlichen Systemeinheiten und den analytisch zu bestimmenden Anteilen an der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die aus dem Kreislauf von gesellschaftlich gesetzten politischen Sozialisationsbedingungen, der politischen Sozialisation selbst, dem Aufbau der politischen Identität und dem hieraus sich ergebenden politisch-gesellschaftlichen Partizipationsverhalten resultieren, angelegt; jedoch bleibt auch hier die unmittelbare Wechselwirkung zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung ununtersucht.

Bezogen auf den makrosoziologischen Zusammenhang politischer Sozialisation mit Gesellschaftsentwicklung, sichert das politische System - nach LUHMANN - durch die Ausführung seiner Funktion, d. h. durch die Herstellung von Entscheidungen mit kollektiver Bindewirkung (vgl. LUHMANN 1981, S. 82), lediglich die systemgerechte Ausgestaltung der Beteiligung der "gesellschaftlich relevanten

Gruppen" am politischen Entscheidungsprozeß und die Ermöglichung der Teilnahme der Gesellschaftsmitglieder am politischen Willensbildungsprozeß.

Unberücksichtigt bleibt hierbei der über den Austausch von Leistungen vermittelte Zusammenhang zwischen den gesellschaftlichen Teil- und Subsystemen und deren spezifische systeminterne Organisationsstruktur im Hinblick auf ihr jeweiliges Verhältnis zur Verschränkung von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung, der individuellen politischen Identität sowie der politisch-gesellschaftlichen Partizipation der Gesellschaftsmitglieder.

3.2.2 Gesellschaftsstruktur, Semantik und Gesellschafts- entwicklung

In seinen "Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft" (LUHMANN 1980, Untertitel) schlägt LUHMANN eine Veränderung der Theoriegrundlage im Hinblick auf die klassische Wissenssoziologie vor. "Die Zurechnung von Ideen auf die sie tragenden Gruppen oder Schichten wird ersetzt durch sehr viel kompliziertere system- und evolutionstheoretische Annahmen" (ebenda, S. 7).

Auf Basis einer spezifischen Integration evolutionstheoretischer Prämissen und eines systemtheoretischen Gesellschaftsmodells stellt LUHMANN eine Theorie der Gesellschaftsentwicklung vor, durch die der Strukturwandel der historisch konstatierbaren Gesellschaftssysteme durch systemtheoretische Aussagen über veränderte Systemdifferenzierungen und unterschiedliche Ausprägungen von Systemkomplexität erklärbar wird. Nach LUHMANN werden dabei "Aussagen über Trägergruppen oder Schichten zu Aussagen über Systemdifferenzierung und Evolution" (ebenda).

Einschränkend betont LUHMANN die Grenzen dieser neuen theoretischen Grundlagen: Es wird keine "Ideenkausalität" - im Sinne von Max Weber - behauptet, sondern die Erklärungsgrundlage basiert in der Vermutung, "daß im historischen Prozeß nicht der Gehalt von Ideen, sondern allenfalls die Kontingenz von Ideen kausal wirken kann" (ebenda, S. 8).

Wie wird nun in einem auf dieser theoretischen Grundlage basierenden Konzept von Gesellschaft Gesellschaftsentwicklung möglich?

Nach Maßgabe seines systemtheoretischen Ansatzes wird die Gesellschaft als Gesellschaftssystem verstanden, und die (historische) Entwicklung der gesellschaftlichen Strukturen wird zu einer Veränderung der Strukturen des Gesellschaftssystems.

Systemdifferenzierung und Systemkomplexität stehen bei LUHMANN im Mittelpunkt seiner Beschreibung der Strukturen des Gesellschaftssystems. Diese beiden Strukturierungselemente innerhalb der Systemtheorie sind nicht identisch, sondern stehen in einem bestimmten, von LUHMANN in spezifischer Weise interpretierten Zusammenhang zueinander (vgl. ebenda, S. 21).

Ein Gesellschaftssystem ist nach LUHMANN dann komplex, wenn das System nicht mehr alle seine Elemente miteinander verknüpfen kann. Das System muß somit eine Auswahl unter den Elementen treffen, zwischen denen eine Relation bestehen soll. Die Selektivität der Relationierung wird dabei als eigentliche Ordnungsleistung komplexer Systeme charakterisiert (vgl. ebenda, S. 238).

Differenziert ist ein Gesellschaftssystem, wenn es in sich selbst **Teilsysteme** enthält. Das Gesellschaftssystem bzw. Bereiche des Gesellschaftssystems bilden hierbei die Umwelt für die (internen) Teilsysteme. (Gesellschaftliche Teilsysteme entsprechen hier im wesentlichen den Systemeinheiten, die bisher als "Subsysteme" bezeichnet wurden.)

Diese spezifischen Fassungen der Begriffe Komplexität und Systemdifferenzierung bei LUHMANN, die - wie er selbst betont - über den klassischen Systemansatz hinausgehen, stehen in einem Zusammenhang, der nicht mehr erlaubt, die Gesellschaftsentwicklung nur "als zunehmende Differenzierung oder als Entwicklung von einfacheren zu komplexeren Verhältnissen" (ebenda, S. 21 f.) zu begreifen.

Der gemeinte Zusammenhang von Systemdifferenzierung und Systemkomplexität illustriert LUHMANN am Beispiel der Wirkung unterschiedlicher primärer Differenzierungen für die Komplexität von Gesellschaftssystemen.

LUHMANN unterscheidet folgende Formen primärer Differenzierung:

- Die "segmentäre Differenzierung". Sie besteht nach LUHMANN in einer Aufgliederung der Gesellschaft in Teilsystemen gleicher oder ähnlicher Art (Familien, Dörfer usw.). "Jedes Teilsystem sieht die innergesellschaftliche Umwelt nur als Ansammlung von gleichen oder doch ähnlichen Systemen. Das Gesamtsystem kann dadurch eine geringe Komplexität von Handlungsmöglichkeiten nicht überschreiten" (ebenda, S. 25).
- Die "stratifikatorische Differenzierung". Sie beruht auf der Teilung der Gesellschaft in ungleiche Schichten. Für die Schichten als Teilsysteme stellen sich ihre jeweiligen, innergesellschaftlichen Umwelten (die anderen Schichten) als Ungleiche dar. Diese Ungleichheit ist begrenzt und nicht beliebig modifizierbar, sondern durch das herrschende Hierarchisierungsprinzip bedingt und beschränkt. "Im Vergleich zu segmentärer Differenzierung erweitert stratifikatorische Differenzierung nicht nur die interne Komplexität des Gesellschaftssystems, sondern damit zugleich auch die Komplexität der für es zugänglichen Umwelt" (ebenda, S. 25 f.).
- Die "funktionale Differenzierung". Sie ist die Form der primären Differenzierung der heutigen, modernen Gesellschaften die Teilsysteme der Gesellschaft hinsichtlich ihrer Funktionen für das Gesamtsystem konstituiert und variiert. Einschränkungen oder konsenssichernde gesamtgesellschaftliche Regularien für das Verhältnis der

Teilsysteme untereinander - wie innerhalb der stratifikatorischen Differenzierung - bestehen nicht. Das Verhältnis eines jeden Teilsystems zur Gesamtgesellschaft wird durch die - das jeweilige Teilsystem begründende - Funktion bestimmt und seine Beziehungen zu den anderen Teilsystemen werden durch Leistungen gekennzeichnet. Die Identität des Teilsystems wird durch Reflexion auf sich selbst, also durch Selbstreferenz bewirkt. (Vgl. auch die Ausführungen zu Kap. 3.1). Durch die unterschiedlichen Funktionen der Teilsysteme und ihrer unterschiedlichen innergesellschaftlichen Umwelten "entsteht in einer funktional differenzierten Gesellschaft sehr viel höhere Komplexität als in stratifizierten Gesellschaften" (ebenda, S. 29).

LUHMANN versteht in diesem Zusammenhang unter der Entwicklung des Gesellschaftssystems keine kontinuierliche Zunahme an Komplexität oder Differenziertheit, sondern die Zunahme an Chancen für die Realisierung unterschiedlicher Komplexitätsniveaus entsprechend der primären Differenzierung der Gesellschaften im Rahmen ihrer (historischen) Entwicklung.

Die Gesellschaftsmitglieder erhalten in seiner Konzeption der Gesellschaftssysteme die Stellung "von psychischen Systemen, die im sozialen Kontext als Personen erscheinen" (ebenda, S. 30).

Innerhalb der funktionalen Differenzierung des Gesellschaftssystems gehören diese Personen nicht mehr ausschließlich einem gesellschaftlichen Teilsystem an (wie - zumindest tendenziell - bei einer segmentären oder stratifikatorischen Differenzierung), sondern sie erhalten - im Sinne des Prinzips der **Inklusion** - nach Bedarf, Fähigkeit usw. Zugang zu **allen** Teilsystemen (vgl. ebenda, S. 31). "Die universelle Inklusion wird mit Wertpostula-

ten wie Freiheit und Gleichheit idealisiert; sie ist in Wahrheit natürlich keineswegs freigestellt oder gleich verteilt, aber sie ist durch die Differenzierungsform der Gesellschaft nicht mehr vorreguliert" (ebenda).

Die in komplexen Gesellschaftssystemen notwendigen Entscheidung darüber, welche Relationen zur Verfügung stehen, welche neu aufgebaut werden, welche sich gesellschaftlich stabilisieren und welche zerfallen, wird von LUHMANN unter Zuhilfenahme des Begriffs **Semantik** zu erklären versucht.

"Unser Ausgangspunkt ist, daß alles menschliche Erleben und Handeln sinnförmig abläuft und sich selbst nur sinnförmig zugänglich ist. Das heißt, daß das, was jeweils Gegenstand der Intention und Realisierungskern des aktuellen Vollzugs ist, nur in der Form der Verweisung auf andere Möglichkeiten gegeben ist. Jeder Sinn enthält damit eine Art Anschließbarkeitsgarantie für weiteres Erleben und Handeln und eine Garantie für Rekurrenz, für Rückkehr zu ihm selbst nach Durchlaufen anderer Sinngehalte" (ebenda, S. 17).

Für die eigene Selektion und Interpretation von Ereignissen und Handlungen verfügt jedes Gesellschaftsmitglied über eine Teilmenge der in dem Gesellschaftssystem vorhandenen gefestigten und typisierten Möglichkeiten der Sinnzuweisungen.

"Die Gesamtheit der für diese Funktion benutzbaren 'Formen' (Hervorhebung: i. O.) einer Gesellschaft (im Unterschied zur Gesamtheit der Sinn aktualisierenden 'Ereignisse' (Hervorhebung: i. O.) des Erlebens und Handelns) wollen wir die **Semantik** (Hervorhebung: P. Sch.) einer Gesellschaft nennen, ihren semantischen Apparat ihren Vorrat an bereitgehaltenen Sinnverarbeitungsregeln" (ebenda, S. 19).

Die semantischen Traditionen begleiten den Wandel der Gesellschaft und treten dabei in Wechselwirkung mit der Veränderung der Strukturen des Gesellschaftssystems.

Der Prozeß des Wandels der Strukturen des Gesellschaftssystems mit allen Folgen, Bedingungen und Nebenwirkungen wird von LUHMANN als gesellschaftlicher Evolutionsprozeß interpretiert, in dessen Fortgang sich sowohl die semantischen Strukturen als auch (u. a.) die Strukturen des Gesellschaftssystems durch wechselseitige Beeinflussung verändern.

Die Verwendung des Begriffs Evolution im Zusammenhang mit der Behandlung systemtheoretischer Fragestellungen ist - so muß hervorgehoben werden - nicht selbstverständlich. Zum besseren Verständnis dieses Ansatzes wird die zugehörige Argumentationskette LUHMANNs rekapituliert.

Ausgehend von seiner Interpretation der Gesellschaft als Gesellschaftssystem sucht er, die Frage nach den Entwicklungsbedingungen gesellschaftlicher Verhältnisse zu beantworten.

Der Wandel der Gesellschaft manifestiert sich gemäß seiner systemtheoretischen Prämissen in der Änderung der Strukturen des Gesellschaftssystems. Die beiden zentralen Strukturelemente des Gesellschaftssystems sind Differenzierung und Komplexität. Beide Strukturierungselemente sind - bezogen auf die Gesamtstruktur - komplementär und stehen in einem näher bestimmbareren Verhältnis zueinander.

Mit Semantik werden die "Sinnverarbeitungsregeln" bezeichnet, die das praktizierte "Bewußtsein" einer Gesellschaft darstellen. Die (ausschnittweise) Teilhabe am semantischen Apparat befähigt jedes Mitglied der Gesellschaft zur Teilnahme am gesellschaftlichen Prozeß bzw. am Prozeß der ge-

sellschaftlichen Entwicklung. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die elementaren, das System konstituierenden Bestandteile des Gesellschaftssystems nicht die Personen, Gesellschaftsmitglieder, Individuen usw. und deren Beziehungen sind, sondern Handlungen und ihre Relationen untereinander (vgl. ebenda, S. 34). Die Herstellung von selektiven Beziehungen zwischen den verschiedenen elementaren Elementen des Gesellschaftssystems kann nun z. B. nicht mehr über Interessen der Gesellschaftsmitglieder konstruiert oder als naturwüchsig gegeben akzeptiert werden, sondern sie erscheint als eine besondere Leistung komplexer Systeme.

LUHMANN geht in seiner Argumentation noch einen entscheidenden Schritt weiter. Er will nicht nur systemtheoretisch erklären, "was sich im Zusammenhang mit gesellschaftsstrukturellem Wandel verändert" (ebenda, S. 41), sondern auch "wie eine solche Entwicklung ermöglicht wird" (ebenda). Hierzu greift er auf die Evolutionstheorie zurück; "eine Theorie, die zu erklären versucht, wie Unvorhersehbares entsteht. ... Eine Strukturänderung erfolgt ... über Evolution, wenn sie durch eine Differenzierung von Mechanismen der Variation, der Selektion und der Stabilisierung ermöglicht wird" (ebenda).

Die Übertragung der Mechanismen **Variation, Selektion** und **Stabilisierung** der (biologischen) Evolution auf Gesellschaftsentwicklung erfordert die Projektion der in der (biologischen) Evolutionstheorie verwendeten Begriffe auf die Phänomene der Entwicklung der Gesellschaft - und hier insbesondere auf die der Entwicklung von Gesellschaftssystemen.

LUHMANN sieht die Stabilisierungsfunktion durch die zunehmende Differenzierung des Gesellschaftssystems gewährleistet, die es ermöglichen soll, "im Rahmen abgesonderter

Systeme und besonderer Umwelten evolutionäre Errungenschaften zu erhalten und zu reproduzieren" (ebenda, S. 43).

Die Variationen werden - insbesondere innerhalb der von ihm exemplarisch dargestellten Ideenevolution - an den Veränderungen der Inhalte des semantischen Apparats, an der Abweichung von der bestehenden Semantik bzw. an der Gründung neuer semantischer Traditionen festgemacht.

Wodurch wird nun in Gesellschaftssystemen Selektion bewirkt? LUHMANN sieht die Selektionsmechanismen ebenfalls einer evolutionären Entwicklung unterworfen, in deren Verlauf sich die Selektionsweise selbst verändert. Anhand der Begriffe Plausibilität und Evidenz erläutert er die Selektionsweise innerhalb von Gesellschaftssystemen am Beispiel der Ideenevolution (vgl. S. 48 f.). "Plausibel sind Festlegungen der Semantik dort, wo sie ohne weitere Begründung einleuchten und man erwarten kann, daß sie auch anderen einleuchten. Evidenz ... ist gegeben, wenn auch der Ausschluß von Alternativen miteinleuchtet" (ebenda, S. 49).

Verglichen mit den klassischen Ansätzen zur Systemtheorie, zu denen auch sein eigener - in Kap. 3.2.1 behandelte - gehört, die kaum über eine Deskription der Systemelemente, des Zusammenhangs sowie der Struktur von Teilsystemen und der Relationen zwischen den Systemelementen hinauskommen, dokumentiert der hier behandelte Entwurf von LUHMANN innerhalb der Systemtheorie einen beachtlichen Ansatz zur Überwindung des statischen Charakters von Gesellschaftssystemen.

Indem LUHMANN mit dem Ziel auf die Evolutionstheorie rekurriert, die inhaltlichen, formalen und strukturellen Veränderungen der Gesellschaft innerhalb seines system-

theoretischen Erklärungsmodells nachvollzuvollziehen, erweitert er die systemtheoretische Perspektive und öffnet seinen systemtheoretischen Ansatz implizit auch für theoretische Beschreibungen, die sich den von ihm beschriebenen Problemen aus anderer, z. B. sozialisationstheoretischer Sicht nähern.

Indem LUHMANN die Gesellschaftsentwicklung (verstanden als Entwicklung der Struktur des Gesellschaftssystems) mit dem Wandel der kulturgeschichtlichen Traditionen (Semantik) in einen "evolutionären" Zusammenhang bringt und das einzelne Individuum nicht nur als ein an den semantischen Traditionen partizipierendes versteht, sondern von ihm auch Impulse zur Modifikation der Semantik ausgehen läßt, die - bei Erfolg - in die semantischen Traditionen eingehen, legt er damit auch ein theoretisches Konstrukt vor, das den von uns geforderten Zusammenhang zwischen individueller Entwicklung und Gesellschaftsentwicklung (partielle) thematisiert.

Die Grenzen und Unzulänglichkeiten des theoretischen Konstrukts von LUHMANN - zumindest bezüglich des Zusammenhangs zwischen Gesellschaftsentwicklung und (z. B. über Sozialisationsprozesse vermittelter) individueller Entwicklung - sollen anhand folgender Aspekte seiner Ausführungen verdeutlicht werden.

LUHMANN betont mehrmals, daß auch eine mit evolutionstheoretischen Überlegungen angereicherte Theorie der Entwicklung von Gesellschaftssystemen nicht in der Lage sei, Prognosen für den zukünftigen Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse zu liefern. Ein vergleichbarer Anspruch wird jedoch auch nur von wenigen Gesellschaftstheorien erhoben oder gar eingelöst, was schwerer wiegt, ist sein Eingeständnis, daß er auch mit einer "sehr viel

komplexeren Theorie sozio-kultureller Evolution ... keine Faktenerklärung im Sinne einer nachträglichen Prognose" (ebenda, S. 313) leisten könne.

LUHMANN reduziert damit seinen theoretischen Erklärungsanspruch auf die Beschreibung der Mechanismen und Verlaufsformen, in denen die bisherige Gesellschaftsentwicklung sichtbar geworden ist.

Eine - ggf. auch nur - plausible Nachzeichnung des inhaltlichen Verlaufs gesellschaftlicher Entwicklungen ist unter diesen Prämissen nicht mehr möglich. Alternative inhaltliche Ausprägungen der historischen Entwicklung haben aus systemtheoretischer Sicht - auch im nachhinein - die gleiche Wahrscheinlichkeit einer Realisierung.

Diese Beschränkung der Aussagefähigkeit auf eine Deskription der Veränderung der Inhalte sowie der Mechanismen dieser Veränderungen erweist sich als eine Konsequenz des zugrundeliegenden theoretischen Ansatzes.

Zur Verdeutlichung der Interpretation des Gesellschaftssystems durch LUHMANN muß daran erinnert werden, daß in seiner Konzeption das Gesellschaftssystem aus Handlungen und Ereignissen (und nicht aus Personen) konstituiert wird. Die mathematisch mögliche maximale Anzahl der Relationen zwischen den Elementen des Systems kann - wie bei komplexen Systemen üblich - nicht realisiert werden. Die Auswahl der realisierten Relationen kann innerhalb des systemtheoretischen Ansatzes **inhaltlich** nicht bestimmt werden. Damit ist eine entscheidende, aus dem systemtheoretischen Ansatz selbst folgende "innere" Schranke des theoretischen Erklärungsspektrums bezüglich der Fragen nach der Entwicklung der Gesellschaft benannt. Spätestens bei der Behandlung von Fragestellungen, die in diese Richtung weisen, kann und muß auf sozialisationstheoretische An-

sätze aufmerksam gemacht werden, mit denen auch inhaltliche Aspekte der individuellen, sozialen und (gesamt-)gesellschaftlichen Entwicklung näher bestimmt werden können.

Allein durch die Einbeziehung evolutionstheoretischer Überlegungen wird diese "innere" Schranke nicht überwunden. Die Kategorien der Evolutionstheorie (Variation, Selektion und Stabilisierung) charakterisieren das "Verfahren" des Entstehens, der Auswahl und der Durchsetzung veränderter Inhalte und nicht die Inhalte und die Entwicklung der Ausprägungen der Inhalte. Zur Beantwortung der Fragen nach der "inhaltlichen" Entwicklung des Gesellschaftssystems, der sozialen Systeme oder gar der individuellen (sozialen, mentalen oder kognitiven) Entwicklung leistet die Einbindung der Evolutionstheorie in die Systemtheorie keinen eigenständigen Beitrag.

Insgesamt verbleibt LUHMANN auf der Ebene der Beschreibung von Mechanismen. Inhaltliche Veränderungen (des semantischen Apparats) werden zwar im Wechselwirkungsprozeß berücksichtigt, können jedoch bezüglich ihrer Entstehungswahrscheinlichkeit, ihrer gesellschaftlichen Relevanz und ihres Bestandes nicht näher bestimmt werden. Seine Aussagen verbleiben somit auf der Ebene der formalen Charakterisierung von Mechanismen, die mit folgendem Zitat illustriert werden kann: "Variablen korrelieren nicht schlechthin, sondern nur unter Hinzutreten weiterer Konstellationen, die es wahrscheinlicher machen " (ebenda, S. 312).

Bei der Behandlung von Problemen der Herausbildung gesellschaftlicher Institutionen, sozialer, politischer, ökonomischer Strukturen usw., die einen überdauernden Charakter aufweisen, wird die Berücksichtigung des diskutierten Ansatzes hilfreicher sein, als bei der Untersuchung des Entstehens, der Entwicklung und des Niedergangs sozia-

ler Bewegungen, "Subkulturen", Bürgerinitiativen usw. in bestimmten "historischen" Situationen. Deren Interessen, "Anliegen" usw. gehen zwar nicht in den Prozeß der Institutionalisierung ein, ihr Einfluß auf die Entwicklung der Gesellschaft (bzw. ihrer "Semantik") darf jedoch nicht übersehen werden.

Die Behandlung der angedeuteten Fragen erfordert u. a. die Untersuchung

- der Mechanismen der Einbindung der **Individuen** in die gesellschaftliche Umwelt,
- der inhaltlichen Ausprägung der individuellen Vorstellungen, Intentionen und Interessen,
- der über individuelles oder soziales Handeln vermittelten Einwirkung auf die Gesellschaft (und damit potentiell auf deren Entwicklung) sowie
- der durch eigenes Handeln erzeugten Rückwirkungen auf die individuelle Entwicklung im Zusammenhang mit der Veränderung der Gesellschaft (bzw. der gesellschaftlichen Verhältnisse).

3.3 Zwischenresümee: Zur bisherigen Behandlung der Verschränkung von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung

Jedes der vier hier vorgestellten Modelle der politischen Sozialisation (bzw. Sozialisation) nimmt für sich in jeweils eigener Terminologie in Anspruch, die komplexe strukturelle Verbindung von Systemtradierung, Perzeption gesellschaftlicher Normen und Werte durch die individuellen Gesellschaftsmitglieder sowie deren politisch-gesellschaftliche Einstellungen und Verhaltensmuster im Zusammenhang zu thematisieren. Die Unterschiedlichkeit der politischen Sozialisationsmodelle resultiert aus der Verschiedenheit ihrer politischen Implikationen, ihrer wissenschaftstheoretischen Ansätze und - damit verbunden - ihrer methodischen Konzeptionen.

Ein Resümee der Diskussion dieser Modelle kann kaum mehr als den Anspruch haben, diese wichtigen politischen Sozialisationsansätze in der Unterschiedlichkeit ihrer Grundstrukturen nach politischen, wissenschaftstheoretischen und methodischen Kategorien zu ordnen, sie nebeneinanderzustellen und vor allem die Theorieelemente zu benennen, die für eine Rekonstruktion des strukturellen Zusammenhangs politischer Sozialisation mit Gesellschaftsentwicklung im weiteren verwendbar sind.

Als Einstieg in diese Erörterung wurde das dem makrosoziologischen Bereich zugeordnete systemtheoretische Modell der politischen Sozialisation in seiner Variante von PAWELKA gewählt. Die Charakterisierung seiner Systematik und Funktion von politischer Sozialisation machte deutlich, daß (auch) in dieser systemtheoretischen Modellvariante die Beschreibung der Bedingungen zur Aufrechterhaltung von Stabilität und Kontinuität des politischen

Systems die wichtigste Aufgabe ist. Durch eine entsprechende Anordnung seiner Systembestandteile garantiert dieses Modell, daß die Thematisierung der Legitimationsproblematik eines Systems und die Frage nach den Bedingungen gesellschaftlichen Wandels zu peripheren Begleitmomenten werden. PAWELKAs Modell erweist sich - aufgrund seines diffizilen systemtheoretischen Charakters - als eingebunden in eine normative politische Sichtweise. So werden z. B. diejenigen gesellschaftlichen Prozesse als politische - durch das politische System - definiert, die für die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit und das Überleben des politischen bzw. gesamtgesellschaftlichen Systems von existentieller Bedeutung sind. Diese Definitionsmacht des politischen Systems wird im Sinne einer Verbesserung der Chancen seiner Fortexistenz eingesetzt.

Über die traditionell systemtheoretischen Modelle der politischen Sozialisation hinausgehend, umfaßt das Modell von PAWELKA auch diejenigen politischen Sozialisationsprozesse, die per se die Tradierung des politischen Systems in seiner einmal gewonnenen Ausformung zu gefährden scheinen. Diese politischen Sozialisationsinhalte, die als systemkritisches Verhalten der Systemmitglieder in Erscheinung treten, veranlassen Steuerungsimpulse des politischen Systems mit verhaltensmodifizierenden Inhalten, d. h. dysfunktionale politische Sozialisationsergebnisse werden für das politische System zur Quelle von Selbstinnovationen. Offen bleibt das Spektrum der Innovationsmöglichkeiten und die Frage nach den Interessen, die in den jeweiligen Innovationen zum Ausdruck kommen können.

Dieses dynamisierte Modell der politischen Sozialisation kann seinen makrosoziologischen Charakter auch deshalb nicht überwinden, weil die wissenschaftlichen Fragestellungen und das Forschungsinteresse an dem Funktions- und Steuerungszusammenhang des Gesamtsystems ansetzt und sich

auf eine differenzierte Analyse des Wirkzusammenhangs zwischen den Systemeinheiten beschränkt, wobei dem politischen System die Funktion einer zentralen Steuerungseinheit zugeschrieben wird.

Auch die analytische Aufspaltung des Gesamtsystems in teilautonome Subsysteme führt nicht zu einem Verlassen der makrosoziologischen Argumentationsebene. In welcher Weise die Systemmitglieder individuell ihre systemkonformen oder systemkritischen Einstellungen annehmen, welche psychischen und kognitiven Prozesse bei ihrer politischen Sozialisation ablaufen und z. B. unter welchen individuellen, schichtspezifischen oder sonstigen Rahmenbedingungen die unterschiedlichen Einstellungen und Verhaltensmuster hervorgebracht werden, wird an keiner Stelle aus der individuellen, d. h. hier auch: mikrosoziologischen Perspektive erfaßt. Da die unveränderte Perpetuierung des politischen Systems durch eine systemkritische politische Partizipation der Gesellschaftsmitglieder in diesem Modell der politischen Sozialisation potentiell gefährdet werden kann, stellt die Erzeugung von Massenloyalität die wichtigste Output-Funktion der zentralen politischen Steuerungseinheit dar, das heißt, das politische Verhalten der Systemmitglieder wird durch Steuerungsmaßnahmen in einem Zustand gehalten, der für den Ausschluß systemgefährdender Handlungen prädestiniert erscheint. Anhand der systemtheoretisch gegebenen Steuerungsansprüche des politischen Systems konnte u. a. die Feststellung belegt werden, daß die individuellen Systemmitglieder als selbstbewußte Subjekte (auch) in diesem Modell der politischen Sozialisation letztlich keine Rolle spielen. Entsprechend den systemspezifischen Modellnotwendigkeiten begreift PAWELKA individuelles politisches Lernen als politische Sozialisation und richtet hieran sein Menschenbild aus. PAWELKA charakterisiert - so kann zugespitzt formuliert werden - die individuellen Systemmitglieder im politischen Sozialisa-

tionsprozeß als durch Anpassungsprozesse bestimmte und durch Systemsteuerungsmaßnahmen gelenkte "subjektlose" Individuen.

FREYs politisches Sozialisationsmodell geht von den im politischen Sozialisationsprozeß involvierten Individuen aus. Politische Sozialisationsprozesse konkretisieren sich in verbalen und nichtverbalen Interaktionen der Systemmitglieder untereinander. Politische Sozialisationsprozesse finden nur dann statt, wenn bestimmte politische Einstellungen und Verhaltensweisen von einer Person auf eine andere übertragen werden sollen. Die notwendigen Verbindungen zwischen diesen interpersonellen politischen Sozialisationsprozessen und den gesamtgesellschaftlich definierten politischen Sozialisationsinhalten konstruiert FREY mit Hilfe der Rollentheorie.

Politische Sozialisation in Einklang mit der politischen Kultur, der öffentlichen Meinung oder den "Systemerfordernissen" ist dann vollzogen, wenn die Individuen sich genau den ihnen gestellten Rollenerwartungen gemäß verhalten. Politische Sozialisationsprozesse wandeln sich so zu Prozessen, in denen Rollenträger ihre politische Rolle als Staatsbürger annehmen.

Dieses Modell der politischen Sozialisation setzt ebenfalls eine politische Sichtweise voraus, die dem normativen Politikbegriff entspricht. Ein Aspekt der Kritik dieser Zuordnung resultiert aus der deduktiv-empirischen Untersuchungsmethode, der sich FREY verpflichtet weiß, ein weiterer aus dem Umstand, daß nicht nach den Gründen für die bestehenden Rollen und ihren Funktionszusammenhang gefragt oder die Ursachen für existierende Rollenerwartungen mituntersucht werden.

Das Spezifische des Ansatzes von FREY macht sein wissenschaftliches Konzept einer sozialisationstheoretischen Verbindung von mikrosoziologischen Methoden, rollentheoretischem Gesellschaftskonzept und interaktioneller Bestimmung von Sozialisationsprozessen aus. Die Grenzen dieses Ansatzes in der politischen Sozialisationsforschung zeigen sich an mindestens zwei Orten: Einerseits tritt auch bei FREY nicht der Mensch als emotionales und kognitives Subjekt in das Blickfeld seiner Untersuchung, insbesondere das Konzept des Rollenlernens läßt eine - mögliche - Kluft zwischen dem gezeigten Rollenverhalten und diesem Verhalten nicht entsprechenden subjektiven Einstellungen erkennen; andererseits stehen sich Systemansprüche bzw. gesellschaftliche Rollenerwartungen und die individuellen Gesellschaftsmitglieder als äußerliche und unabhängige Bedingungsfelder gegenüber. Eine Vermittlung zwischen beiden Ebenen erscheint nur durch die Integration der adäquaten Rollenerwartung seitens der einzelnen Gesellschaftsmitglieder möglich. Die Beschreibung der Aufnahme von individuellen Variationsmöglichkeiten im Rollenverhalten mit systemkritischer Tendenz wird inhaltlich nicht möglich. Kriterium für die erfolgreiche Annahme von Rollen auch im politischen Bereich bleibt allein die Übereinstimmung zwischen der gesellschaftlichen Rollenerwartung und dem praktischen Rollenverhalten der einzelnen Systemmitglieder.

Das politische Sozialisationsmodell von LORENZER unterscheidet sich im Hinblick auf die politikwissenschaftlichen Implikationen, das wissenschaftstheoretische Konzept sowie das Menschenbild gegenüber den beiden zuvor skizzierten erheblich. Sein Modell der politischen Sozialisation verwendet einen Subjektbegriff, der jenseits eines idealistischen oder biologistischen Verständnisses vom Wesen des Menschen angesiedelt ist. Die psychische und kognitive Konstituierung des Subjekts wird in diesem

Modell der Sozialisation als materialistisch determinierter individueller Entwicklungsprozeß gefaßt. Ausgehend von einer historisch-materialistischen Analyse der Gesellschaft, unternimmt LORENZER den Versuch, auf dieser Basis die aus der Psychoanalyse bekannten intrapsychischen Entwicklungsprinzipien eines Subjekts in eine Beziehung zu den interindividuellen Verkehrsformen zu bringen. Seine kategoriale Klärung dieses Zusammenhangs führt ihn zu einem Modell der Sozialisation, in dem - ausgehend von den frühkindlichen Beziehungen zwischen der Mutter als Vertreterin der gesellschaftlichen Sozialisationsansprüche und dem triebbestimmten Kind - die Ursachen für die Ausformung von Subjektivität beschrieben werden.

In bestimmten Sozialisationsagenturen findet eine Vermittlung politisch-gesellschaftlicher Bedingungen mit dem "Wesen des Menschen" statt. Dieser Ansatz, mit Hilfe einer historisch-materialistischen Analyse die Entwicklung und Konstitution von Subjektivität in ihrem gesellschaftlichen Gewordensein darzustellen, bietet für den Antagonismus zwischen Gesellschaft und Individuum ein in sich schlüssiges Modell.

Unbegründet bleibt aber, weshalb innerhalb eines historisch-materialistischen Theorieansatzes auf die Psychoanalyse als Referenzsystem für die intrasubjektiven Entwicklungslinien zurückgegriffen werden muß. Der notwendigen Berücksichtigung anthropologischer Voraussetzungen in einer materialistischen Sozialisationstheorie wird somit in einer Weise Rechnung getragen, die den Schwerpunkt der Entwicklung des Subjekts auf seine frühe, eher emotional bestimmte Entwicklung lenkt. Die vernachlässigte Möglichkeit und Fähigkeit des Individuums, seine politische Sozialisation (zumindest im Erwachsenenleben) auch eigenständig unter Einfluß kognitiver Mittel zu gestalten und bewußte Änderungen der politischen Einstellungen und

Verhaltensweisen zu vollziehen, relativiert den Anspruch dieses Modells, politische Sozialisation (in den ersten beiden Lebensjahrzehnten) umfassend zu beschreiben.

Die von OTTOMEYER vertretene Auffassung von Sozialisation geht ebenfalls - wie die LORENZERS - von einem historisch-materialistischen Wissenschaftsverständnis aus. Sozialisation bzw. politische Sozialisation findet innerhalb der Vermittlungssphäre zwischen der durch die kapitalistischen Verhältnisse autonom bestimmten Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Reproduktion der Individuen in ihrem Alltagsleben statt. Die gesellschaftlichen Verhältnisse und die individuelle Verhaltenspraxis sollen hierbei in einem dialektischen Wechselverhältnis stehen. Während OTTOMEYER die eine Seite dieser dialektischen Beziehungen, die Determination der identitätsbildenden Praxis der Individuen durch die in kapitalistischen Gesellschaften gegebenen Verhältnisse, näher untersucht und den hierbei eingeschlossenen Prozeß der Einbindung der Heranwachsenden innerhalb ihrer produktiven und kommunikativen Auseinandersetzungen als Sozialisation genauer bestimmt, behandelt er die andere Seite der dialektischen Beziehungen nicht.

Die handlungsorientierte und kommunikativ vermittelte Subjektwerdung der Individuen in der für kapitalistische Gesellschaften typischen Form wird im Modell der Sozialisation von OTTOMEYER besonders deutlich. Jedoch verhindert seine Eingebundenheit in die traditionelle Subjektdarstellung des historisch-materialistischen Wissenschaftsansatzes, die mit dem Prinzip verkoppelt ist, daß das gesellschaftliche Sein in letzter Konsequenz das individuelle Bewußtsein bestimmt und nicht umgekehrt, in den sozialisierten Trägern der gesellschaftlichen Verhältnisse mehr zu sehen als ökonomische Charaktermasken. Eine von den Individuen im Sozialisationsprozeß erworbene Ich-Identität,

die politisch-gesellschaftliche Handlungskapazitäten einschließt, die nicht mehr vom Begriff der Charaktermaske umfaßt werden, wird von OTTOMEYER nicht thematisiert. Die Individuen als Subjekte ihrer politisch-gesellschaftlichen Partizipationsansprüche verschwinden vielmehr bei OTTOMEYER hinter der kapitalistischen Basis des zugehörigen Bewußtseins, obwohl die kapitalistische Basis nur in letzter Konsequenz das Bewußtsein bestimmen soll. Trotz dieser gravierenden Schwäche dieses Modells der Sozialisation bzw. politischen Sozialisation wird mit dem Konzept der "triadischen Struktur" ein Denkansatz in die politische Sozialisationsforschung eingeführt, der eine Überwindung rein interaktionistischer und rein materialistischer Konzepte des Erwerbs von Identität im Sozialisationsprozeß erlaubt. Damit ist zugleich ein Ansatz aufgezeigt, der auch die Rekonstruktion der politischen Identitätsentwicklung durch die Verknüpfung der gesellschaftlichen Verhältnisse mit der individuellen Praxis im Prozeß der politischen Sozialisation leisten kann.

In diesen vier Konzepten der politischen Sozialisation entsteht ebenfalls der für die gesamte politische Sozialisationsforschung typische Eindruck einer grundlegenden Konstanz der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse. Zur Aufrechterhaltung der Stabilität der politisch-gesellschaftlichen Existenzgrundlage wird zwar die politische Sozialisation der Individuen der jeweiligen Gesellschaft betrieben, ihre Funktion beschränkt sich jedoch auf die Einpassung der Individuen in das bestehende System.

Durch diesen grundsätzlichen Konstruktionsmangel bleibt der gesellschaftliche Prozeßcharakter in der Zeit mit seinem Wandel der innergesellschaftlichen Konfigurationen, der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturzusammenhänge sowie die überindividuellen, historischen, institutionellen usw. Entwicklungsimperative

außerhalb der Grundlagen dieser politischen Sozialisationskonzepte. Indem die Unveränderlichkeit der grundlegenden politisch-gesellschaftlichen Zustände implizit postuliert wird, kann auch nicht die Funktion der politischen Sozialisation im längerfristigen Prozeß der Gesellschaftsentwicklung gesehen und ihre strukturellen Voraussetzungen und Restriktionen aus dieser Perspektive thematisiert werden.

Insbesondere die klassische Form der systemtheoretischen politischen Sozialisationsforschung unterstellt unveränderliche Zustände zwischen dem "Individuum" und der "Gesellschaft" (vgl. ELIAS 1978, Bd. 1, S. LI). Die Individuen, die sich jenseits der Gesellschaft und ihr gegenüber befinden, werden - auch nach moderneren systemtheoretischen Ansätzen - so sozialisiert, daß die gesellschaftlichen Zustände unabhängig von ihnen sich gemäß ihrer eigenen, nicht näher bestimmten Existenzbedingungen entfalten können. Politische Sozialisationsergebnisse, die sich in "dysfunktionalen" Ansprüchen an das politische System äußern, werden primär als Belastungen erzeugende Effekte wahrgenommen. Der Abbau bzw. die Vermeidung solcher Beanspruchungen gibt den Weg wieder frei für die Kontinuität der gegebenen politisch-gesellschaftlichen Grundverhältnisse in der Zeit.

Auch die rollen- und interaktionstheoretischen Modelle der politischen Sozialisation weisen ein statisches Gesellschaftsbild auf. Da eine Konzentration auf interpersonale Prozesse innerhalb der politischen Sozialisation, in der immer nur zuvor gesellschaftlich bestätigte Inhalte vermittelt werden, keine über die gesellschaftlichen Verhältnisse hinausweisenden Aspekte enthält, erfährt die nicht-prozeßhafte Interpretation der gesellschaftlichen Verhältnisse durch diese Konzeption der politischen Sozialisation ihre Entsprechung und Bestätigung.

In den politischen Sozialisationskonzepten, die von einer kritischen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise ausgehen und die entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse mitberücksichtigen, werden jedoch keine statischen gesellschaftlichen Verhältnisse unterstellt, sondern es wird von der Wirksamkeit eines gesellschaftlich-ökonomischen Reproduktionsprozesses ausgegangen, in dem das Kapital als "automatisches Subjekt" (MARX - hier nach OTTOMEYER 1980, S. 165) den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß bestimmt. Die aus den Umschlagsbedingungen des Kapitals resultierenden zyklischen ökonomischen und gesellschaftlichen Folgeerscheinungen determinieren aus dieser theoretischen Perspektive nicht nur die gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen in zentraler Weise, sondern auch das Alltagsleben der Gesellschaftsmitglieder, so daß hier keine Bedingungen entstehen können, die auf den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß entscheidend rückzuwirken in der Lage wären, um so einen Einfluß auf die längerfristige Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse zu nehmen.

Der in diesen Modellen der politischen Sozialisation aufgenommene gesellschaftliche Reproduktionsprozeß stellt somit auch nicht den längerfristigen Wandlungsprozeß der gesellschaftlichen Verhältnisse dar, sondern dynamisiert die Bedingungen, die zur Kontinuität der unveränderlichen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsform (automatisches Subjekt) unabdingbar sind.

Wie bei der Kritik am Modell der politischen Sozialisation von OTTOMEYER gezeigt (vgl. Kapitel 3.1.4), werden zwar die gesellschaftlichen und individuellen Reproduktionsbedingungen gesehen und beschrieben, jedoch findet eine Fokussierung und Beschränkung der Untersuchung auf die Determination der Individuen durch die Gesellschaft statt, so daß nicht das handlungsfähige, identitätsbehaftete In-

dividuum, sondern nur sein Verhältnis zu und seine Eingebundenheit in die Gesellschaft gesehen wird. Wenn Individuen in diesen Konzeptionen der politischen Sozialisation gesellschaftsverändernde Praxis entfalten wollen, bedürfen sie eines entsprechenden Bewußtseins, das heißt eines Klassenbewußtseins. Dieses können sie aber, soweit die Gesellschaftsmitglieder als Arbeitnehmer im kapitalistischen Produktionsprozeß ihre Erwachsenensozialisation erleben, nicht durch eine Reflexion über ihre entfremdete Arbeit erwerben, da es "kein richtiges Leben im falschen" (ADORNO - zitiert nach ebenda, S. 170) gibt.

Da in den wichtigsten Zweigen der politischen Sozialisationsforschung somit entweder implizit von einer Statik gesellschaftlicher Verhältnisse ausgegangen und auf die politisch-gesellschaftliche Partizipation der Individuen sowie auf Streß reagiert wird, oder die Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse durch dynamische Reproduktionsprozesse, die durch das Kapital autonom gesteuert werden und an denen die politisch-gesellschaftliche Partizipation aufgrund eines "falschen" Bewußtseins kaum möglich erscheint, unterstellt werden, ergibt sich das Problem, ob überhaupt eine und gegebenenfalls welche (strukturelle) Beziehung zwischen dem politisch-gesellschaftlichen Partizipationsvermögen der Gesellschaftsmitglieder und der längerfristigen Gesellschaftsentwicklung in westlichen Industriestaaten wie der Bundesrepublik Deutschland besteht. Nur vor diesem Hintergrund gewinnt das Problem der Relevanz der Setzung politisch-gesellschaftlicher Bedingungen, die letztlich das individuelle politisch-gesellschaftliche Partizipationsverhalten bewirken, seine eigentliche Bedeutung.

Die Determination der Gesellschaftsentwicklung kann z. B. auch auf einen Wandel der gesellschaftstypsspezifischen sozialen Strukturen zurückgeführt werden - wie z. B. bei

ELIAS, auf dessen Ausführungen, die unsere Thematik nur am Rande berühren, nicht näher eingegangen wird. Nach ELIAS findet z. B. gesellschaftliche Entwicklung im Laufe der Jahrhunderte in Form eines Wandels von Figurationen sozialer Gruppen statt, die u. a. in einer freien Konkurrenz zur Bildung von gesellschaftlichen Machtmonopolen tendieren. Mit dem Wandel der sozialen Figurationen geht zugleich eine Veränderung des Interdependenzgeflechts innerhalb und zwischen den sozialen Einheiten in der Gesellschaft einher, die nicht ohne Folgen für die Persönlichkeitsentwicklung der Menschen im Wechsel der Epochen bleibt (vgl. ELIAS 1978, Bd. 1, LXIX).

Eine primär auf die gesellschaftlich handelnden Personen und ihre sozialen Beziehungen untereinander bezogene Betrachtungsweise kann - wenn überhaupt - nur Gültigkeit beanspruchen, wenn sie eine gleichbleibende oder zumindest vergleichbare ökonomische Basis der sozialen Beziehungen unterstellt, von der keine selbständigen gesellschaftsmodifizierenden Entwicklungsimpulse ausgehen, sondern diese den sozialen Gruppen und ihren Interessen vorbehalten bleiben. Wird diese Voraussetzung nicht erfüllt, kann zwar der Ausdruck, d. h. das Ergebnis von Entwicklungsprozessen auf der personalen und sozialen Ebene erkennbar sein, die Ursachen dieser Entwicklung bleiben aber letztlich unaufgeklärt.

Theoretische Ansätze, die auf eine Behauptung der Existenz historisch überdauernden Bewegungsgesetze als letztliche Quelle gesellschaftlicher Entwicklung beruhen, u. a. TJADEN (vgl. Kapitel 1), tragen ebensowenig zum besseren Verständnis des konkreten, sich dynamisch verschränkenden Zusammenhangs zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung (auch speziell in Staaten mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung und parlamentarisch-rechtsstaatlicher politischer Struktur) bei wie tradi-

tionelle materialistisch orientierte Interpretationen - auch in deren modernen Variationen (vgl. FAULSTICH-WIELAND 1978). Insbesondere innerhalb der letztgenannten Theorie-richtung wird politisch-gesellschaftlicher Wandel primär auf die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse reduziert, die ihrerseits in entscheidendem Maße das Ergebnis des zirkulären Reproduktionsprozesses des Kapitals und weniger die Konsequenz politischer Sozialisationsprozesse sind.

Zur Beschreibung des "wie" der Entwicklungsprozesse in kapitalistisch determinierten Gesellschaftssystemen unter besonderer Berücksichtigung der Bedeutung der politischen Sozialisation, der Entwicklung der politischen Identität sowie des individuellen politisch-gesellschaftlichen Partizipationsverhaltens wird neben der Verdeutlichung der Relevanz des Fortgangs der ökonomischen Verhältnisse auch die Untersuchung des Zusammenhangs der differenzierten gesellschaftlichen Sphären untereinander in Hinblick auf die in diesen Bereichen kreierten gesellschaftlichen Entwicklungsimpulse notwendig.

Die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse wird aus der neueren systemtheoretischen Perspektive (u. a. LUHMANN 1984) als das Ergebnis eines wechselseitigen Interaktionszusammenhangs zwischen den Bestandteilen des gesellschaftlichen Gesamtsystems interpretiert. Veränderungen im Gesamtsystem und im Verhältnis der Systemeinheiten untereinander, die im Ergebnis Gesellschaftsentwicklung bewirken, werden zwar vermittels der Systemmitglieder umgesetzt, die Ursache der Verhaltensveränderungen der Individuen in den verschiedenen Systemeinheiten wird allerdings nicht als das Ergebnis "individueller" Sozialisationsprozesse bzw. politischer Sozialisationsprozesse verstanden, sondern als das Resultat von Entscheidungen in-

nerhalb der Systemeinheiten, die sich wiederum aus der jeweiligen Funktion der Systemeinheiten ableiten, interpretiert.

Nur da, wo Entscheidungen von Systemeinheiten sich explizit auf individuelle Einstellungen, Handlungsmuster und Handlungskompetenzen der in der Systemeinheit involvierten Individuen beziehen - wie z. B. im politischen Wahlakt -, gewinnen die Ergebnisse von individuellen Entwicklungsprozessen eine gewisse systemtheoretische Relevanz.

LUHMANN berücksichtigt Sozialisation und politische Sozialisation implizit in der speziellen Systemeinheit "Politik" in seine systemtheoretische Betrachtung der Gesellschaftsentwicklung ein. Insofern als in der Systemeinheit "Politik" das "Publikum" bzw. die "Wähler" mit ihrem Verhalten auf die Ausgestaltung der in dieser Systemeinheit ablaufenden Prozesse Einfluß nehmen können, kommt ihnen für den Fortgang der gesellschaftlichen Entwicklungsvorgänge funktionelle Bedeutung zu (vgl. LUHMANN 1981, S. 46 f.).

Sowohl LUHMANN als auch OFFE (vgl. Kapitel 1) gehen - wenn auch mit unterschiedlicher Zielsetzung und verschiedenen Ergebnissen - auf die Relevanz und den Verlauf von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung ein, sie stellen aber diese beiden Aspekte weder in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung, noch messen sie ihrem unterstellten gegenseitigen Bezug eine konzeptionelle Bedeutung zu.

Der weitergehende Versuch von LUHMANN, die Entwicklung der Gesellschaft als Entwicklung des Gesellschaftssystems unter Einbeziehung evolutionstheoretischer Prämissen darzustellen, bewirkt zwar eine partielle Überwindung des statischen Charakters der systemtheoretischen Konstruktion der Gesellschaft und ist sicherlich hilfreich bei der

Klärung von Fragen zur Institutionalisierungsproblematik; bezogen auf den inhaltlichen und strukturellen Zusammenhang bzw. die Wechselwirkung von Gesellschaftsentwicklung und Sozialisation bietet sein Ansatz keinen Durchbruch.

LUHMANN stellt in diesem Zusammenhang allerdings auch nicht die Frage nach den inhaltlichen Ursachen für den Wandel des Gesellschaftssystems, sondern untersucht die Strukturprinzipien des Gesellschaftssystems sowie die Mechanismen ihrer Veränderung.

4 Wechselwirkung zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung

4.1 Methodische Probleme der Analyse komplexer gesellschaftlicher Strukturzusammenhänge

Im dritten Kapitel wurde der Wandel der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne einer Entwicklung der Gesellschaft als das Ergebnis permanenter Wechselwirkungen zwischen den in den gesellschaftlichen Teilbereichen (Subsysteme, Teilsysteme, Institutionen usw.) teilautonom generierten Entwicklungsschritten interpretiert. In der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung kumulieren und interferieren, dieser Interpretation folgend, alle wirksamen gesellschaftlichen Entwicklungsimpulse zu einer jeweils eigenartigen Konfiguration, die aus einer übergeordneten Perspektive eingeschätzt, beurteilt und ggf. prognostiziert werden kann.

Die marxistisch-orthodoxe Theorie charakterisiert die Entwicklung in den kapitalistischen Staaten als eine Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen. Nach LUHMANN (1981, passim) findet eine systemtheoretisch analysierbare und prognostizierbare Weiterentwicklung zum Wohlfahrtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland statt. Die veränderten gesellschaftlichen Ordnungs- und Entscheidungsmechanismen werden innerhalb kritisch-liberaler Theorieansätze als Entwicklungen zum Kooperativismus beschrieben.

Da sich die Thematik dieser Arbeit speziell auf die Beziehungen von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung beschränkt und letztere sich in den verschiedenen gesellschaftlichen Systemeinheiten manifestiert, um hier von den Auswirkungen der politischen Sozialisation mitbestimmt zu werden, erscheint im weiteren eine Konzentration auf die Analyse der wechselseitigen Beziehung zwischen der

politische Sozialisation und der partiellen Gesellschaftsentwicklung in den entsprechenden gesellschaftlichen Subsystemen angezeigt.

Die Skizzierung folgender Wechselwirkungszusammenhänge ist beabsichtigt:

- Ursache und Spektrum der Veränderungen im Verhalten der gesellschaftlichen Systemeinheiten als Teil der (partiellen) Gesellschaftsentwicklung.
- Aus- und Rückwirkung des (veränderten) politisch-gesellschaftlichen Verhaltens auf die politische Sozialisation der betroffenen Individuen.
- Wechselseitige Folgen der veränderten politischen Sozialisation für die politische Identität der Individuen und umgekehrt.
- Handlungsorientierte Konsequenzen veränderter politischer Identitätsinhalte für das politisch-gesellschaftliche Partizipationsverhalten der Individuen.
- Möglichkeiten und Grenzen der Rückwirkungen des (veränderten) politisch-gesellschaftlichen Partizipationsverhaltens auf die weitere Veränderung im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß.

Da die Untersuchung der unmittelbaren - also nicht über politische Sozialisationsprozesse vermittelten - Wechselwirkungen zwischen den gesellschaftlichen Systemeinheiten, die einen wesentlichen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung bewirken, nicht im Zentrum der vorliegenden Arbeit steht, sollen über die hierbei wirksam werden den komplexen Wechselwirkungsprozesse nur einige methodische Aspekte erörtert werden.

Bei einer Untersuchung, die über systemspezifische Regelprozesse hinaus systemimmanente traditionelle Ursache-Wirkungs-Mechanismen beachten muß, stellt sich im verstärkten Maße das Problem, daß ähnliche oder als gleich verstandene

Leistungen bzw. Verhaltensweisen als "Ursachen" einer gesellschaftlichen Systemeinheit unterschiedliche "Wirkungen" hervorrufen können. Hier sei nur an die Frage der Einschätzung der Wirksamkeit eines analogen Einsatzes von Gesetzgebung und von Finanzierungsmitteln in Konjunkturkrisen erinnert, die in den verschiedenen Konjunkturkrisen in den letzten 15 Jahren zu den unterschiedlichsten ökonomischen Auswirkungen führten.

Der häufig unterstellte Zusammenhang von Ursache und Wirkung, der (nicht nur) für das praktische politische Handeln eine konstitutionelle Voraussetzung darstellt, scheint durch solche empirisch feststellbaren Erfahrungen widerlegt zu werden und insgesamt eine mangelnde Fähigkeit gesellschaftlicher Prognosen zu bestätigen, da diese Vorhersagen nicht wie in den Naturwissenschaften dem Anspruch zu genügen scheinen, aus einer bestimmten Ursache eine eindeutige, verifizierbare Wirkung benennen zu können.

Der hierdurch auf die Gesellschaftswissenschaften fallende Verdacht, bestimmte theoretische Aussagen durch empirische Erscheinungen einmal zu bestätigen und ein anderes Mal zu widerlegen, muß im Lichte der neuesten mathematisch-naturwissenschaftlichen Theoriediskussion, die zum (pro-saischen) Thema "Theorie des Chaos" geführt wird, neu bedacht werden. Zur Adaption dieser naturwissenschaftlichen Theorieentwicklung für unsere methodischen Überlegungen ist ein Blick in diese Theoriediskussion unabdingbar.

"Chaotische" Systeme haben die Eigenschaft, bei kleinsten Abweichungen der Startbedingungen zu unterschiedlichsten Ergebnissen zu kommen. Obwohl diese Systeme in der Physik gar nicht so selten, sondern eher die Regel sind, prägen sie dennoch das traditionelle methodische Alltagswissen weder innerhalb noch außerhalb der Physik. Entscheidend für das Verständnis der chaotischen Systeme ist die Inter-

pretation des Kausalprinzips. Hierunter wird allgemein verstanden, daß eine bestimmte Ursache zu einer ganz bestimmten Wirkung führt. Diese Formulierung läßt die Frage offen, wie Wirkungen aussehen, wenn z. B. nicht alle Ursachen absolut übereinstimmen, sondern geringfügig voneinander abweichen.

In der Experimentalphysik geht man in der experimentellen Praxis stillschweigend von einem erweiterten Kausalitätsprinzip aus. Hier wird vorausgesetzt, daß ähnliche Ursachen zu ähnlichen Wirkungen führen.¹⁴ Es ist bei einer Wiederholung eines Experimentes (z. B. bei einer Geschwindigkeitsmessung) niemals möglich, exakt die gleichen Startbedingungen zu reproduzieren (Lage des Versuchskörpers, Temperatur, Luftfeuchtigkeit usw.). Hinzu kommen noch Meßungenauigkeiten der Uhr, des Meßstabes, und bei der Vorausberechnung der Geschwindigkeit treten unvermeidliche rechentechnische Rundungsfehler kleinster Art auf. In der Experimentierpraxis verhindern kleinste, nicht verhinderbare Abweichungen wirklich identische Bedingungen bei gleichem Versuchsaufbau. Jedoch sind diese Abweichungen in der Praxis häufig unschädlich, da der überwiegende Teil der hierbei zu untersuchenden physikalischen Systeme (in gewissen Grenzen) dem **erweiterten** Kausalitätsprinzip (ähnliche Ursachen führen zu ähnlichen Wirkungen) gehorcht.

Die mathematisch-physikalische "Theorie des Chaos" behandelt nun Systeme, die auch dem erweiterten Kausalitätsprinzip nicht mehr folgen. Zwar führen auch hier identische Ursachen zu identischen Wirkungen, geringste Unterschiede in den Anfangsbedingungen können jedoch zu extrem unterschiedlichen Wirkungen führen, obwohl der zugrundeliegende gesetzmäßige Zusammenhang an keiner Stelle in Frage gestellt wird.

Welche physikalischen Systeme bzw. unter welchen Umständen zeigen physikalische Systeme chaotische Eigenschaften?

Die allgemeine Antwort lautet: Alle genügend komplexen Systeme (mindestens drei Freiheitsgrade) weisen eine sensible Abhängigkeit von ihren Anfangsbedingungen auf und verhalten sich nach einer unterschiedlich langen Anfangszeit chaotisch. D. h. eine längerfristige Berechnung dieser Systeme ist nach dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand trotz maximaler Informationen prinzipiell nicht möglich, da die Anfangsbedingungen nicht völlig ohne Toleranzen bestimmt werden können. Die mathematisch-physikalische Forschung, die sich mit chaotischen Systemen beschäftigt, ist zudem noch nicht in der Lage, ein Instrumentarium zur Verfügung zu stellen, um untersuchen zu können, ob ein System chaotisch wird bzw. wie lange der nicht-chaotische Zustand anhält, das System also seine Berechenbarkeit behält.

Neben einfachen mathematischen Systemen wurden in der Physik bereits mechanische Systeme, Strömungen und Laserlicht auf chaotische Verhaltensweisen hin untersucht. Z. B. stellt das Mischen von Kugeln in einer Trommel ein chaotisches System dar, da sich nach einer kurzzeitigen Anfangsphase die Ungenauigkeiten so weit vergrößern, daß das Endergebnis unberechenbar wird, selbst wenn zum Beispiel bei einer Lottoziehung diese nach Ablauf einer (im Rahmen der Meßungenauigkeit) gleich langen Zeitspanne erfolgen würde. Auch beim Billardspiel zeigen sich nach einiger Zeit chaotische Effekte. So ist z. B. nach dem achten Zusammenprall der Kugeln deren weiterer Verlauf völlig offen, da sich die notwendigen Anfangsungenauigkeiten zu einem "Fehler" von über 360° addieren. Eine Kugel nimmt unter diesen Umständen, falls sie sich noch bewegt, einen mathematisch nicht mehr prognostizierbaren Weg (vgl. DECKER/THOMAS 1983, S. 63 ff.).

Die ersten Stöße zwischen den Billardkugeln entsprechen, wie die Praxis jedes guten Billardspielers beweist, dem erweiterten Kausalitätsprinzip, aber nach einer bestimmten Anzahl von Stößen zeigen sich chaotische Erscheinungen. Ähnliches gilt für unser Sonnensystem. Hier kann allerdings von einer Anfangsphase, die Millionen oder Milliarden von Jahren anhält, ausgegangen werden. Auch in den anfänglich gleich erscheinenden Ringen aus Zigarettenrauch entstehen, während ihrer Ausdehnung in die drei Dimensionen des Raumes Turbulenzen, die die anfängliche Ordnung so verändern, daß eine Berechnung des Endzustandes nicht möglich ist. Jedoch zeigt das letzte Beispiel im chaotischen Verhalten noch eine gewisse übergeordnete Struktur. Den Gesetzen des Auftriebs folgend, steigen die einzelnen Rauchpartikel, wie auch immer sie sich zueinander bewegen, nach oben. Mit Hilfe der "Chaos-Theorie" kann u. a. mathematisch bewiesen werden, daß mit den **bekannten** mathematisch-naturwissenschaftlichen Erkenntnissen niemals eine **längerfristige** und **genaue** Wetterprognose - selbst beim Einsatz leistungsfähigster Computer - möglich ist und Weltentwicklungsmodelle in ihren Konzepten von vornherein den mathematischen Konsequenzen der "Chaos-Theorie" Rechnung tragen müssen.

In neuesten Computergrafiksystemen kommen zur Erzeugung "regelloser Strukturen" rückgekoppelte (das Ergebnis der ersten Berechnung ist Startwert der zweiten Berechnung usw.) mathematische Formeln mit chaotischen Eigenschaften zum Einsatz. Mit der Gleichung $f(x)=a*x*(1-x)$ (für $x=0,5$ und $a=3,9$) lassen sich z. B. hochkomplexe, ästhetisch ansprechende und damit in einem globalen Sinne "geordnete" grafische Figuren darstellen.

Da alle Arten von chaotischen Systemen eine spezifische, übergeordnete Ordnungsstruktur aufweisen, besteht das Erkenntnisziel dieser Forschungsrichtung in dem Versuch, ein

einheitliches mathematisches Modell zu entwickeln, das eine Beschreibung der chaotischen Strukturen aus einer übergeordneten, ganzheitlichen Perspektive erlaubt.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei erwähnt, daß chaotische Systeme mit statistischen Systemen, in denen zugunsten von Makro-Berechnungen auf Einzelberechnungen verzichtet wird, ebensowenig verwechselt werden dürfen wie mit Wahrscheinlichkeitsberechnungen (z. B. aufgrund der Heisenbergschen Unschärferelation innerhalb der Atom- bzw. Quantenphysik).

Systeme, die anfänglich dem erweiterten Kausalitätsprinzip folgen und nach einer bestimmten, jeweils systemspezifischen Anlaufzeit chaotische Eigenschaften aufweisen, finden sich nicht nur in der Physik oder in der Meteorologie, sondern auch und im besonderen in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften.

Für unsere Themenstellung stellt sich die Frage, ob durch das Zusammenwirken der verschiedenen Entwicklungstendenzen in den Systemeinheiten z. B. eine Systemkonfiguration vorliegt, die Eigenschaften im Sinne der "Chaos-Theorie" aufweist. Eine genügend große Komplexität kann, u. a. bedingt durch eine gewisse Handlungsautonomie innerhalb der Systemeinheiten, unterstellt werden, so daß das Gesamtsystem prinzipiell Eigenschaften im Sinne der "Chaos-Theorie" aufweist. Die entscheidende Frage ist nun, wie lange die durch das erweiterte Kausalitätsprinzip determinierte Anlaufzeit in diesem System andauert, und wie lange die Folgen einer Maßnahme (z. B. Leistungsveränderungen, Innovationsimpulse, Änderungen im Partizipationsverhalten usw.) innerhalb einer Systemeinheit auf das Gesamtsystem sicher prognostiziert werden können. Anders formuliert lautet die Frage: wie lange dauert es, bis in einer ähnlichen Situation bereits erprobte politische Steuerungsmaßnahmen zu

Effekten (Wirkungen) führen, die von vergleichbaren Effekten in früheren Situationen entscheidend abweichen. Zur Sicherstellung einer bestimmten Wirkung einer politischen Maßnahme kann entweder die Komplexität des Systems reduziert werden, d. h. die autonomen Einflüsse aus anderen Bereichen müssen ausgeschaltet werden, oder eine ständige, steuernde Korrektur muß bereits bei kleinsten Abweichungen der Wirkungen von den Sollgrößen vorgenommen werden. Für gesellschaftliche Systeme mit chaotischen Eigenschaften erweist sich in diesem Zusammenhang als wesentlich, daß erstens die Veränderung an einer Stelle im System zu Folgen führen kann, die nicht prognostizierbar sind, zweitens, daß ähnliche Ursachen zu sehr unterschiedlichen Folgen führen können (aber nicht müssen), und drittens, daß unsicher ist, wie lange die Anlaufzeit in der jeweiligen Systemkonfiguration andauert und inwieweit sie von den Inhalten der Anfangsbedingungen abhängig ist.

Selbst wenn in gesellschaftlichen Systemen ganz oder teilweise konkrete längerfristige Prognosen über die Folgen gesellschaftlich verursachter Veränderungen nicht möglich sind, bleiben Prognosen über Entwicklungsverläufe in einem spezifischen Sinne aufgrund einer übergeordneten theoretischen Perspektive in einem bestimmten Maße möglich. Ähnliches gilt auch in der Physik. Hier weist zum Beispiel der Zusammenhang einzelner Wassertropfen in einem Wasserfall chaotische Eigenschaften auf, dennoch unterliegen alle in gleicher Weise der Schwerkraft, so daß sie durch ihren Bewegungsablauf nur ein Gebiet mit einer begrenzten Variationsbreite erreichen können.

Wenn, wie hier unterstellt, das (strenge und erweiterte) Kausalitätsprinzip in gesellschaftlichen Systemen in ähnlicher Weise Gültigkeit beanspruchen kann wie innerhalb physikalischer Systeme, und wenn sich bei physikalischen Systemen, die dem erweiterten Kausalitätsprinzip folgen,

mit hinreichender Komplexität nach einer jeweils spezifischen Anlaufzeit, in der noch gemäß des erweiterten Kausalitätsprinzips Wirkvorhersagen möglich bleiben, ein Verhalten einstellt, das innerhalb der gegebenen Theorieebene und des systemintern vorhandenen Wissens nicht mehr aus den Anfangsbedingungen wissenschaftlich prognostizierbar ist, muß auf die längerfristige Prognose gesellschaftlicher Entwicklungsläufe auf Basis einer **bekannten** Ausgangssituation mit den auf dieser Ebene vorhandenen Mitteln verzichtet werden.

Da die Prognostizierbarkeit des Systemverhaltens im Falle von Veränderungen an einer Stelle im System in erster Linie von seiner inneren Komplexität abhängt, kann durch eine Reduktion der Komplexität die Prognostizierbarkeit der Folgen einer Veränderung wieder hergestellt werden, wenn auch nur für den begrenzten Systemausschnitt, der gerade betrachtet wird. Dies hat Folgen für die weitere Vorgehensweise.

Da der Grad der Systemkomplexität und die Dauer der Anlaufzeit entscheidende Parameter für die Effekte der Nichtprognostizierbarkeit darstellen, soll sich die weitere Untersuchung methodisch - im Sinne einer Komplexitätsreduzierung - auf solche Zusammenhänge, die nicht mehr als zwei Freiheitsgrade aufweisen - also mindestens zwei teilautonome Systemeinheiten umschließen -, oder auf die Betrachtung des "kurzfristigen" Systemverhaltens bei Systemen höherer Komplexität konzentrieren.

Die bei gesellschaftlichen Untersuchungen zutage tretenden Ursache-Wirkungs-Mechanismen können ebenso wie die physikalischen Gesetze Gültigkeit beanspruchen, unabhängig davon, ob und ggf. wann das untersuchte System "chaotische" Phänomene zeigt. In diesem Sinne wird im folgenden häufig eine Reduzierung der Untersuchung auf zweidimensionale Ur-

sache-Wirkungs-Mechanismen zwischen zwei gesellschaftlichen Systemeinheiten vorgenommen. Dies gilt insbesondere auch für den wechselseitigen strukturellen Zusammenhang zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung, der durch seine komplexe Struktur kaum längerfristige Prognosen im eben diskutierten Sinne zuläßt, der jedoch bei einer Konzentration auf die Analyse seiner Strukturelemente gültige Wirkmechanismen sichtbar werden läßt.

4.2 Ein Strukturmodell zur Analyse der Wechselwirkung zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung

Nach der bisherigen Argumentation stehen dem Individuum bzw. den sozialen Gruppen formal gesellschaftliche Systemeinheiten (Sub-, Teilsysteme) gegenüber und tauschen sich inhaltlich mit diesen direkt oder über gesellschaftliche Institutionen vermittelt aus.

Diese permanente Wechselbeziehung geht in die jeweiligen gesellschaftlichen und individuellen Entwicklungsprozesse ein, umfaßt diese aber nicht.

Die Gesellschaftsentwicklung wird vielmehr, wie weiter vorne beschrieben, durch die in allen gesellschaftlichen Sub- bzw. Teilsystemen autonom generierten Innovationsimpulse vorangetrieben (vgl. Kapitel 3), während die individuelle, biologisch determinierte biographische Entwicklung der Individuen durch ihre - jeweils spezifisch erlebten und verarbeiteten - kumulierten Sozialisationserfahrungen determiniert wird.

Beide Entwicklungsprozesse, der individuelle und der gesellschaftliche, werden somit durch intern gesetzte Faktoren bedingt und durch gegenseitige Bezugnahme aufeinander (Setzen der politischen Sozialisationsbedingungen bzw. politisch-gesellschaftliche Partizipation) modifiziert.

Im folgenden gilt es, die in diesem sich zyklisch gestaltenden Zusammenhang zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung involvierten einzelnen Wirkzusammenhänge vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen in Kapitel 2 und 3 konzeptionell zu fassen.

Ein Konzept der wechselseitigen Verschränkung zwischen der politischen Sozialisation mit dem Prozeß der Gesellschaftsentwicklung muß einerseits den Bereich der gesellschaftlichen Entwicklungsimperative einschließlich der von den politischen Subjekten ausgehenden politischen Veränderungsansprüchen und Innovationsimpulsen und andererseits die politischen Sozialisationsprozesse im Hinblick auf die Ausformung der individuellen Handlungskompetenz und -motivation, die zu einer Modifikation gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen können, umfassen.

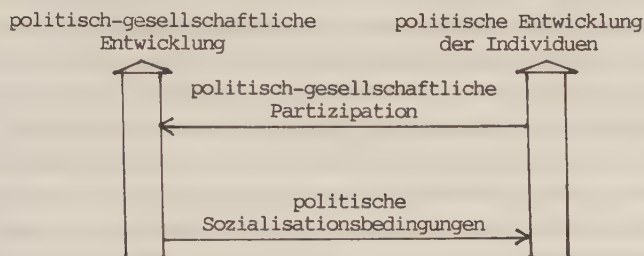
Der politischen Sozialisation kommt hierbei eine grundlegende Bedeutung und Funktionalität für die politische Subjektwerdung der Individuen und hierüber vermittelt auch für die Tradierung der Gesellschaft zu. Wie gesehen wird eine jeweils existierende Gesellschaftsformation durch spezifische, auf Dauer angelegte soziale Organisationsformen der Verhältnisse der Menschen auf einem begrenzten Gebiet gekennzeichnet. Da Gesellschaftsformationen eine gewisse Stabilität besitzen, unabhängig davon, welche konkreten Individuen in diesem Gebiet leben, besteht die unabweisbare Notwendigkeit, die auf diesem Gebiet geborenen, heranwachsenden bzw. lebenden Menschen u. a. mit den Normen, Werten und Handlungsmustern vertraut zu machen, die zur Aufrechterhaltung des gegebenen gesellschaftlichen Zusammenlebens sinnvoll sind. Überdies müssen die (erwachsenen) Individuen motiviert sein, die durch die gesellschaftliche Wirklichkeit gegebenen Positionen, Rollen und Handlungsmuster auch besetzen bzw. vollziehen zu wollen und somit als Individuum zugleich Träger der jeweils existierenden Gesellschaft zu werden. Die politische Sozialisation kann in diesem Sinne als ein Medium verstanden werden, das geeignet erscheint, die Individuen Einstellungen und Verhaltensweisen erwerben zu lassen, die für das kontinuierliche Funktionieren der Gesellschaft unerlässlich sind.

Aus dieser gesellschaftlichen Perspektive erscheint die politische Sozialisation tendenziell als ein Instrument der "Gesellschaft", mit der es ihr gelingt, durch die Setzung entsprechender Sozialisationsbedingungen, -formen und -inhalte ein politisch-gesellschaftliches Verhalten der Bürger zu erreichen, das der Tradierung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse förderlich ist.

Zusammenfassend kann für diesen Aspekt der politischen Sozialisation festgehalten werden: Die Tradierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die im historischen Regelfall von sachimmanenten, systemspezifischen und von den sozialisierten Individuen abgelöst erscheinenden Entwicklungsimperativen abhängig ist, erfordert eine Setzung von Systemparametern derart, daß die Bürger zu einem politisch-gesellschaftlichen Partizipationsverhalten willens und fähig sind, das die Legitimation der gesellschaftlichen Verhältnisse und damit die politische Basis ihrer Tradierung stützt oder zumindest nicht gefährdet. Aus der systemtheoretischen Perspektive formuliert, kann dieser Zusammenhang wie folgt charakterisiert werden: Das politisch-gesellschaftliche System benötigt zur Sicherstellung seiner Stabilität bestimmter, selbständig erbrachter Leistungen (bzw. eines politisch-gesellschaftlichen Partizipationsverhaltens) seitens der Bürger. Dieser Soll-Input wird längerfristig durch Steuerungsimpulse (Output) auf den Ablauf, die Form und die Inhalte der politischen Sozialisation der Individuen reguliert.

Schematisch stellt sich dieser Zusammenhang, in dem noch von der Substruktur des politisch-gesellschaftlichen Systems abgesehen wird, als Wechselbeziehung zwischen den Individuen und der Gesellschaft dar, in der das politisch-gesellschaftliche System über die Setzung von politischen Sozialisationsbedingungen steuernd auf die politische Situation der Individuen einwirkt, und die sozialisierten

Individuen über ihre politisch-gesellschaftliche Partizipation auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung Einfluß nehmen.



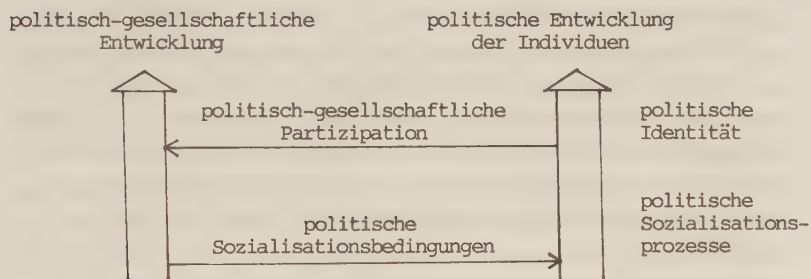
Die offensichtlichen Grenzen und Mängel der gesamtgesellschaftlichen Perspektive und damit auch der systemtheoretischen Darlegung der politischen Sozialisation wird - wie weiter vorne ausgeführt (Kapitel 2) - bereits durch den empirisch nachgewiesenen Sachverhalt gekennzeichnet, daß bestimmte, wohldefinierte politisch-gesellschaftliche Steuerungsmaßnahmen nicht notwendigerweise zu einer eindeutig vorherbestimmbaren politisch-gesellschaftlichen Partizipationsreaktion der Bürger führen. Wenn dies so wäre, was auch in neueren systemtheoretischen Ansätzen nicht mehr involviert erscheint, stellte sich die Entwicklung der Gesellschaft in letzter Konsequenz als ein sich selbst steuernder Prozeß dar, in dem den partizipatorisch handelnden Individuen - bedingt durch die Steuerkapazität des politischen Systems - nur eine unbedeutende und unselbständige Rolle zukäme. Die politischen Sozialisationsprozesse der Individuen bedürften allein einer reflektiven Betrachtung.

Die historische Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse einschließlich der Beziehungen zwischen der Gesellschaft als Ganze und den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern zeigte jedoch die Symptome eines sich selbst regulierenden Systems im Spektrum der gesellschaftlichen

Kontinuitätsbedingungen, der politischen Sozialisation und dem politisch-gesellschaftlichen Partizipationsverhalten der Individuen. Das für die Gesellschaftsentwicklung relevante politisch-gesellschaftliche Partizipationsverhalten der Bürger wirkt hierbei weniger gesellschaftlich vermittelt als vielmehr intrinsisch motiviert und in der politischen Identität der Einzelnen bzw. in deren Wertvorstellungen subjektiv begründet. Die politische Identität, in der sich die subjektiv manifestierte politisch-gesellschaftliche Handlungsbereitschaft und -fähigkeit dokumentiert, wird - so zeigte sich - im Laufe und als Ergebnis der individuellen politischen Sozialisationsprozesse der Individuen konstituiert.

Die Fragen nach der Art und Weise, in der die Individuen im Rahmen der politischen Sozialisation ihre politische Identität formen und damit zu ihren individuellen politischen Einstellungen, Überzeugungen und Handlungskompetenzen gelangen, und nach den Bedingungen und den Inhalten, die zur jeweiligen politischen Identität führen, können nur durch eine Beschreibung der Bedingungen, des Verlaufs und der Ergebnisse der politischen Sozialisation auf der individuellen Ebene beantwortet werden. Hierbei muß besonders beachtet werden - was bisher kaum zureichend geschah -, (vgl. Kapitel 2.3), daß die Individuen im Laufe des Aufbaus ihrer politischen Identität nicht zu abstrakten politischen Subjekten werden, sondern immer zu politischen Subjekten mit einer für die konkrete Gesellschaftsformation spezifischen Identität. Eine Konsequenz aus dieser Überlegung zeigt sich in der Notwendigkeit, bei der Einordnung der politischen Sozialisation nicht nur formale Struktur- und Systemzusammenhänge zu berücksichtigen, sondern besonders auf die inhaltlichen Determinationen der politischen Sozialisation näher einzugehen.

Da, wie angedeutet, die politische Identität als subjektive Basis der politisch-gesellschaftlichen Partizipation der Bürger verstanden und die jeweils individuelle politische Sozialisationsgrundlage der Konstitution dieser handlungsrelevanten politischen Identität interpretiert werden soll, muß eine Darstellung der individuellen Bedingungen, des Verlaufs und der Inhalte der politischen Sozialisation auch Aussagen über die politisch-gesellschaftliche Partizipation der Bürger beinhalten, die entscheidend für den Einfluß der Individuen auf die politisch-gesellschaftliche Gesamtentwicklung ist. Die erste Skizze unseres Zusammenhangs kann nun auf der individuellen Seite präzisiert werden:

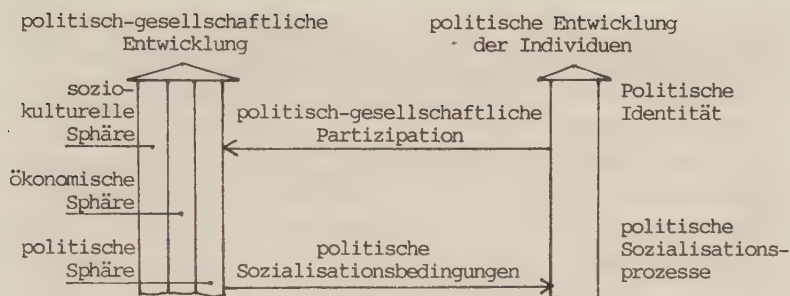


Die politische Sozialisation der Individuen (und damit das "mikrosoziologische" Problemfeld) umfaßt - wie in der obigen Skizze dargestellt - somit die aus der politisch-gesellschaftlichen Sphäre resultierenden politischen Sozialisationsbedingungen für die zu sozialisierenden Individuen, die politischen Sozialisationsprozesse selbst und die Folgen dieser politischen Sozialisationsprozesse für die politische Identität, die ihrerseits die politisch-subjektive Voraussetzung für das politisch relevante Partizipationsverhalten der Gesellschaftsmitglieder darstellt.

Obwohl der Prozeß der Gesellschaftsentwicklung durch die Gesellschaftsmitglieder konstituiert, mitgetragen und realisiert wird, umschließt die Gesellschaft (vgl. Kapitel 3) auch und vor allem die Verhältnisse, Beziehungen und überindividuellen Institutionen, deren Tradierunsimperative weitgehend unabhängig vom jeweils geäußerten politisch-gesellschaftlichen Willen der Gesellschaftsmitglieder bzw. deren konkretem Verhalten existieren.

Politisch handelnde Individuen können ihren politischen Willen nur durch die bzw. innerhalb der jeweils vorhandenen politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse durchsetzen. Zur Berücksichtigung der hierbei angelegten Probleme, vorhandenen Lösungsmöglichkeiten bzw. strukturellen Restriktionen, bedarf es der Aufnahme der inneren Struktur bzw. der Entwicklungsbedingungen des politisch-gesellschaftlichen Gesamtsystems. Hierbei sind die überindividuellen Institutionen, die sachimmanenten Formen und die weiteren Mechanismen (für das behandelte Thema) von Bedeutung, die die Antriebskräfte der Aufrechterhaltung der politisch-gesellschaftlichen Verfahrensregeln, Strukturen und Verhältnisse im Zusammenhang mit dem politisch-gesellschaftlichen Verhalten der Individuen darstellen, von besonderer Bedeutung.

Die gesamtgesellschaftliche Entwicklung der Gesellschaft wird dabei (vgl. Kapitel 3.1) durch die Entwicklung der sozio-kulturellen, der politischen und der ökonomischen Sphäre und ihrer Wechselwirkung konstituiert. Formal kann die Skizze über unseren Zusammenhang nun auf der Ebene der "Gesellschaft" differenzierter dargestellt werden.



Im Kernbereich der nachfolgenden Analyse stehen somit

- die Konstitution und Umsetzung der aus der gegebenen gesellschaftlichen Situation resultierenden gesellschaftlichen Ansprüche an die Inhalte und den Verlauf der politischen Sozialisation der Gesellschaftsmitglieder,
- der individuell bestimmte Prozeß der politischen Sozialisation und sein Ergebnis, soweit dieses in der politischen Identität der Individuen zum Ausdruck kommt,
- das politisch-gesellschaftliche Partizipationsverhalten der Individuen aufgrund ihrer politischen Identität und
- die Möglichkeiten und Grenzen der Individuen, durch politisch-gesellschaftliches Partizipationshandeln auf die Gesellschaftsentwicklung Einfluß zu nehmen, um hierbei letztlich auch eine Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen der politischen Sozialisation mitzubewirken.

Dieser im Kern sachlogische Kreislauf zwischen überindividueller politischer Entwicklung der Gesellschaft und Entwicklung individueller politisch relevanter Aktivitäten der in der jeweiligen Gesellschaft eingebundenen Individuen wird durch eine Kette von Wechselwirkungsprozessen konstituiert, die durch das methodische Instrumentarium aus dem Bereich der politischen Sozialisationsforschung beschrieben bzw. analysiert werden können. Hierbei können bekannte Ergebnisse aus der politischen Sozialisationsforschung bestätigt, neu bewertet oder einer Revision unterworfen werden.

Die Leistungsfähigkeit der hier vorgeschlagenen Struktur der Analyse gesellschaftlicher und individueller Wechselwirkungsprozesse im Grenzgebiet zwischen Soziologie und Politologie erweist sich dadurch, daß es mit ihrer Hilfe möglich wird, den Grundlagen des politisch-gesellschaftlichen Handelns - auch und insbesondere wie sie im Spiegel der Ergebnisse der politischen Sozialisationsforschung erscheinen - neue Erkenntnisse abzugewinnen und so (zumindestens partiell) zu einem besseren Verständnis der Entwicklungsprozesse der gesellschaftlichen Wirklichkeit beizutragen.

Methodisch muß dies anhand des vorliegenden Konzepts durch die Thematisierung, Akzentuierung und - soweit wie möglich - "empirische" Illustrationen der Interaktions-, Wechselwirkungs- und insbesondere Rückwirkungsprozesse erfolgen, die die Entwicklung der individuellen Handlungsfähigkeit und -bereitschaft sowie die praktische politische Partizipation der Gesellschaftsmitglieder betreffen und damit Bedeutung für die Gesellschaftsentwicklung gewinnen.

5 Aspekte der Studentenbewegung im Spektrum von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung

Am Beispiel der Veränderungen des Bildungssystems der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit den Bedingungen, dem Verlauf und den politisch-gesellschaftlichen Folgen der Studentenbewegung soll die in Kapitel 4 vorgenommene Strukturskizze der Wechselwirkung zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung an realen historischen Ereignissen expliziert werden.

Zu der allgemeinen, politisch-ökonomischen Situation in der Zeit vor der Studentenbewegung (vgl. u. a. ZEUNER 1976) als Bedingungsfaktor der politischen Sozialisation liegen hinreichend ausführliche Untersuchungen vor, so daß auf eine detaillierte Darlegung der politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die politische Sozialisation dieser Zeit verzichtet werden kann.

Die allgemeinen Bedingungen der politischen Sozialisation der jungen Generation, von denen Teile politische Aktivitäten entwickelten, die zur Studentenbewegung führten, wurden durch die allgemeine politisch-gesellschaftliche Situation bzw. durch spezifische, dieser historischen Situation geschuldeten Umstände bestimmt, die im folgenden - in Anlehnung an BAUSS 1977 und LEFÈVRE 1968 - skizziert werden sollen.

Nach LEFÈVRE beruhte die Rekonstruktionsphase der bundesdeutschen Wirtschaft mit verhältnismäßig gleichmäßiger Kapitalakkumulation in den fünfziger Jahren auf speziellen politisch-ökonomischen Voraussetzungen (u. a. relativ niedriges Lohnniveau, ausreichendes Arbeitskräftepotential, exportfreundliche Wechselkursrelationen), die sich im Fortgang der weiteren Entwicklung selbst aufhoben

(Steigerung des Masseneinkommens, Ende des Zustroms qualifizierter Arbeitskräfte - aus der DDR -, Rückgang der Außenhandelsvorteile) (vgl. LEFÈVRE 1968, S. 101 ff.).

Folgt man dieser Einschätzung der Bedeutung des Wandels der politisch-ökonomischen Verhältnisse für die Entwicklung der Anforderungen an Forschung und Lehre in den Universitäten, die in der wirtschaftsorientierten Literatur¹⁵ ähnlich geäußert und in der marxistischen Literatur im Sinne eines Zuwachses der Relevanz der Wissenschaft als Produktionskraft¹⁶ verstanden wurde, zeigen sich für den Hochschulbereich - im Sinne eines Sekundäreffekts - spezifische Konsequenzen.

Für das politische System bzw. die staatliche Administration bedeutete diese Entwicklung im ökonomischen Bereich die Notwendigkeit, die Vernachlässigung des Bereichs "Bildung" aufzugeben und Veränderungen im Bildungssystem, das - ebenso wie das ökonomische - zwar quantitativ erweitert, aber ohne grundlegende Änderung bis in die sechziger Jahren restauriert worden war, nach Maßgabe der "neuen" Ansprüche in Angriff zu nehmen.

Das vorwiegende Ziel erster, technokratischer Reformmaßnahmen wurde vor dem Hintergrund einer relativen Einengung des zur Verfügung stehenden Etats in der Rationalisierung der Hochschule (Erhöhung der "Durchlaufgeschwindigkeit" pro Studienplatz, Beseitigung "unnötiger" Studieninhalte usw.) gesehen.

Die ökonomische Krisenentwicklung und das politische Krisenmanagement durch die "Große Koalition" Mitte der sechziger Jahre zeigten Wirkungen in verschiedenen Bereichen: so wurden u. a. nicht nur den von der ökonomischen Krise Betroffenen die vorher offiziell geleugnete Krisenanfälligkeit des bundesdeutschen Kapitalismus offen-

bar und von ihnen die demokratische Legitimation im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung partiell in Frage gestellt, sondern auch die staatliche Administration selbst modifiziert z. B. ihre Konzeptionen und Strategien der Veränderung des Bildungs- und Hochschulbereichs, letztere zielten nun auf eine strategische Förderung von Forschungen zur Entwicklung von neuen Technologien und Prozessen (vgl. HIRSCH/LEIBFRIED, S. 26 ff.).

Die Beantwortung der Frage nach der Relevanz dieser politisch-ökonomischen Entwicklung, nicht nur für die veränderte politisch-gesellschaftliche Inanspruchnahme, sondern auch für die politische Sozialisation der Mitglieder der Gesellschaft und insbesondere die in der Hochschule, korrespondiert - partiell - mit den in der Literatur erkennbaren Erklärungsansätzen bezüglich der Ursachen und der Entwicklung der Studentenbewegung.

Überwiegend wird die Studentenbewegung als eine

- "Protestbewegung" charakterisiert, die primär auf "moralische" Gründe zurückgeführt werden kann (vgl. LANGGUTH 1983),
- "Antiautoritäre Bewegung" aufgefaßt, in der die Studenten (vgl. GROSSARTH-MATICEK 1975) zudem als "gestörte" Individuen erscheinen,
- "Studentenrevolte" interpretiert, die (vgl. VOSSBERG 1979) auch das Ergebnis einer entsprechenden Marxrezeption ist,
- "Studentische Opposition" verstanden, die sich gegen das bürgerliche System richtet (vgl. PROKOP 1974) oder
- "Soziale Bewegung" verstanden, die auch Ausdruck der herrschenden politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse ist (vgl. ALLERBECK 1973).

LANGGUTH interpretiert die Studentenbewegung als eine **spontan** entstandene Protestbewegung (vgl. LANGGUTH 1976

S. 29), in der sich die "moralische Entrüstung und Empörung einer relevanten Bevölkerungsgruppe" (ebenda, S. 16) artikuliert. Nach LANGGUTH wirkte die allgemeine politische Entwicklung zwar auf die Studenten ein, zur Entwicklung der studentischen Protestbewegung habe aber vor allem die Situation im Elternhaus beigetragen, so daß - wie LANGGUTH mit Bezug auf KENISTON schreibt - der studentische Protest "weniger ein Produkt unmittelbarer materieller, sozialer und ökonomischer Interessen als von moralischen und ideologischen Betrachtungen (ist - P. Sch.), welche relativ autonom sind" (ebenda, S. 29).

Nach LANGGUTH scheint die Studentenbewegung somit weniger das Ergebnis der politischen Sozialisationsbedingungen in einer historischen Situation mit einer spezifischen politisch-gesellschaftlichen Ausprägung zu sein, als das Produkt schichtspezifischer Sozialisationsprozesse innerhalb einer gesellschaftlichen Gruppierung. Die politisch-gesellschaftliche Relevanz der Inhalte, Forderungen und Ergebnisse der Studentenbewegung bleibt auf der Grundlage dieser eingeschränkten Handlungs- und Motivationsbasis auch entsprechend beschränkt.

Unter Bezugnahme auf LÖWENTHAL sieht LANGGUTH die letztlichen Ursachen der Motive des studentischen "Protestes" durch "Kulturpessimismus" und "Nihilismus" geprägt (vgl. ebenda, S. 35).

GROSSARTH-MATICEK blendet in seinem vielfach kritisierten Ansatz wesentliche Aspekte der politisch-gesellschaftlichen Einflußnahme auf die politische Sozialisation der Studenten aus und reduziert die Motivstruktur ihres Handelns innerhalb der Studentenbewegung auf "psychologische" Aspekte, die er (vgl. GROSSARTH-MATICEK 1975, passim) als individuell ausgeprägte Störungen interpretiert.

Ansätze, die Studentenbewegung als "antiautoritäres" Aufbegehren gegen die Elterngeneration zu interpretieren, sie also zu einem (regelmäßig wiederkehrenden) Generationskonflikt zu verkleinern und ihr damit politisch-gesellschaftliche Relevanz absprechen, erwiesen sich als unhaltbar. So stellt u. a. STEFFEN fest: "Die Jugend- und Studentenrevolte, als Generationskonflikt verniedlicht, war immer ein 'Systemkonflikt', ein Ausdruck der Klassenlage bestimmter Gruppen, eine Erscheinungsform des Klassenkampfes" (STEFFEN 1976 - zitiert nach BAUSS 1977, S. 17).

VOSSBERG versucht - gemäß der Formulierung des Untertitels seiner Veröffentlichung - die "Marxrezeption in der Studentenbewegung auf Grundlage ihrer politischen Sozialisationsgeschichte" (VOSSBERG 1979) zu analysieren. Hierbei wird "politische Sozialisation" nicht als eine Kategorie gesellschaftlich vermittelter Modifikation letztlich individuellen Handelns verstanden, mit dem auf die gesellschaftliche Entwicklung Einfluß genommen wird, sondern eher als eine nicht weiter zu diskutierende Variable politischen Verhaltens und der Entwicklung "politischer Wertabstraktionen" (VOSSBERG 1979, S. 133 ff.) innerhalb der Studentenbewegung. Da VOSSBERG das Verhalten der Studenten als Rebellion deutet, ergibt sich für ihn das Problem, die Vermittlung zwischen ökonomischer Entwicklung und studentischer Revolte (vgl. ebenda, S. 53 ff.) auf Basis seines sich auf Marx beziehenden Ansatzes belegen zu müssen.

PROKOP verweist in seiner - dem orthodox-marxistischen Ansatz verpflichteten - Interpretation der Studentenbewegung auf ihre "antiimperialistischen" Implikationen und sieht ihre Wurzeln in der "allgemeinen Krise des Kapitalismus" (PROKOP 1974, S. 8). Die Studentenbewegung wird als eine aus den Widersprüchen des kapitalistischen Systems entspringende Oppositionsbewegung verstanden, die aus der "Zuspitzung des Grundwiderspruchs im Imperialismus erklärt

werden" (ebenda, S. 83) muß. PROKOP geht es hierbei nicht um die Analyse der politisch-gesellschaftlichen Bedingungen in einer bestimmten historischen Situation und deren Auswirkung auf das Handeln der Studenten, sondern um die Einordnung der empirisch feststellbaren individuellen und sozialen Handlungsmuster und gesellschaftlichen Erscheinungen in ein bestehendes Ideologie- und Theoriegebäude.

ALLERBECK spricht im Titel von einer radikalen Studentenbewegung (vgl. ALLERBECK 1973) und bezieht sich dabei auf einen Begriff von Bewegung, der in besonderer Weise den Verhältnissen vor und während der Studentenbewegung gerecht zu werden scheint. Für seine Fassung des Bewegungsbegriffs ist wesentlich, daß er keine Bestimmung enthält, die Aussagen über das Entstehen und das Verhältnis der Bewegung zum herrschenden Gesellschafts- bzw. Ordnungssystem beinhalten (vgl. ALLERBECK 1973, S. 38). ALLERBECK wendet sich damit gegen den Begriff von Bewegung in der "Parsons'schen Prägung" und verwirft die Vorstellung, daß soziale Bewegungen außerhalb des sozialen Systems stehen (vgl. ebenda, S. 39 f.).

Er belegt in diesem Zusammenhang, daß eine Wechselbeziehung zwischen sozialer Bewegung und sozialem System (und damit auch den politischen Sozialisationsbedingungen) besteht und fordert - in Abgrenzung zum sozialpsychologischen Forschungsansatz -, "... die Bewegungen aus dem sozialen System heraus zu erklären und eine sozialstrukturelle Erklärung der Bewegungen zu finden, statt sich mit sozialpsychologischen Modellen der Abläufe innerhalb von Bewegungen zu bescheiden" (ebenda, S. 43).

Das bisher vorgestellte Konzept des Zusammenhangs von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung bietet sich zur Beschreibung der Interdependenz von sozialem System, sozialer Bewegung und sozialpsychologischen Aspek-

ten auf seiten der Akteure der sozialen Interaktionen innerhalb der sozialen Bewegung und zwischen sozialer Bewegung und sozialem System - in besonderer Weise - an.

Im folgenden werden die aus dem "Sozialen System" resultierenden Bedingungen und das für die "Gruppe" der Studenten vorherrschende schichtspezifische Sozialisationsumfeld im Hinblick auf das Entstehen und die Entwicklung der Studentenbewegung untersucht, da sie in ihrer Kombination die Studentenbewegung anscheinend determiniert haben.

Grundsätzlich werden alle Teile der Gesellschaft weder von den ökonomischen noch von den bildungspolitischen Veränderungen oder staatlichen Veränderungsansprüchen gleichmäßig betroffen. Für die Gruppe der Studenten, die sich später als die politisch aktiven Teilnehmer der Studentenbewegung erwiesen, kann (alternativ) von einer analytischen Einheit im Sinne einer "Generationseinheit" (vgl. MANNHEIM 1970, S. 541 ff.) ausgegangen werden.

Karl MANNHEIM zeigte schon 1928 auf, daß durch ein Generationszusammenhang die Gleichzeitigkeit des Lebens nicht konstituiert, sondern vielmehr nur fundiert wird. Die chronologische Gleichzeitigkeit des Lebens und Erlebens ist nur eine notwendige, keine hinreichende Bedingung, die eine "Generationslagerung" von Menschen gleicher Altersjahrgänge ausmacht, die Zugehörigkeit zum gleichen Kultur- bzw. Sozialraum muß hinzukommen. Orientieren sich innerhalb dieser Generationslagerung die Individuen an der gleichen historisch-gesellschaftlichen Situation bzw. unterliegen sie - so kann über MANNHEIM hinausgehend gefolgert werden - vergleichbaren Sozialisationsprozessen, wird aus der Generationslagerung, dem potentiellen Generationszusammenhang, ein realer Generationszusammenhang.

Wird die historisch-gesellschaftlich gegebene Situation von den einzelnen Gruppen des gleichen Generationszusammenhangs unterschiedlich perzipiert, bilden diese Gruppen verschiedene Generationseinheiten innerhalb eines Generationszusammenhangs.

Die für eine Generationseinheit wirksam werdenden Rahmenbedingungen und der Verlauf ihrer eigenen politisch-gesellschaftlichen Sozialisationsprozesse werden regelmäßig von anderen Generationen bzw. Generationseinheiten generiert und interpretiert. Die Deutung des historisch-gesellschaftlichen Geschehens erfolgt daher primär im Elternhaus, in der Schule, in gesellschaftlichen Institutionen und zunehmend durch die Massenmedien.

Nur innerhalb bestimmter sozialer bzw. politisch-gesellschaftlicher Konstellationen, z. B. wenn eine Generationseinheit selbst zum Träger sozialer oder politisch-gesellschaftlicher Entwicklung wird - wie etwa die Teilnehmer sozialer Bewegungen -, kommt es zu einer gleichartigen Perzeption - innerhalb der Generationseinheit - der eigenen Handlungsbedingungen, zugleich übernehmen sie selbst einen Teil der Interpretationen ihrer Aktionen und steuern damit selbst wesentliche Bedingungen ihrer weiteren politisch-gesellschaftlichen Sozialisation.

In der Kindheit und Jugendzeit werden die politischen bzw. die allgemeinen Sozialisationsbedingungen der heranwachsenden Individuen einer Generationseinheit zum einen durch die historisch bedingte politisch-gesellschaftliche Situation und zum anderen durch das tradierte schichtspezifische Milieu des Elternhauses geprägt.

Die in dieser frühen politischen Sozialisationsphase erfahrenen allgemeinen Sozialisationseinflüsse sind zwar per se einheitsstiftend, sie erfahren jedoch durch schicht-

spezifische Modifikationen, Einwirkungen durch Sozialisationsinstanzen wie Schule usw. und individuell-kognitive Verarbeitungsfaktoren eine derartige Brechung, daß mit dem Eintritt in die Phase des Erwachsenenlebens (bzw. dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule) noch keine Aussagen über die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generationseinheit getroffen werden kann.

Für junge Erwachsene - im obigen Sinne - besteht jedoch im Rahmen ihres nun (z. T.) selbstgestalteten Alltags auch die Möglichkeit, auf den Verlauf ihrer eigenen politischen Sozialisation durch politisch-gesellschaftliche Aktivitäten Einfluß zu nehmen und hierüber zu einer Erneuerung, Modifikation oder Festigung ihrer bisherigen politischen Einstellungen zu gelangen.

Die neue Lebenssituation und ggf. politisch-gesellschaftliches Partizipationsverhalten führt zu politisch-gesellschaftlichen Erfahrungen, die wesentlich zur Ausformung der politischen Identität der Individuen beitragen.

Das folgende Kapitel (5.1) behandelt u. a. die unmittelbaren Erfahrungen der am studentischen Protest Beteiligten für ihre politische Sozialisation und damit auch für ihre politische Identitätsentwicklung in und durch die Studentenbewegung.

Dabei gilt es, dem im Kapitel 4 entwickelten Strukturschema folgend, einerseits die Auswirkungen dieser politisch-gesellschaftlichen Sozialisationsbedingungen auf die politischen Sozialisationsprozesse und die Entwicklung der politischen Identität im Hinblick auf den Aufbau einer entsprechenden politischen Partizipationskompetenz und -bereitschaft zu verdeutlichen und andererseits die Rückwirkungen aus der veränderten individuellen politischen Partizipation auf die Entwicklung der politischen Identität.

tät bei den Trägern der politischen Aktivitäten aus der jungen Generation zu skizzieren. Hierbei soll schwerpunktmäßig der Bezug der Studentenbewegung zum Bildungssystem untersucht werden, obwohl - wie weiter vorne beschrieben - die Integration aller (differierenden) politischen Sozialisationserfahrungen der Individuen in ihren jeweiligen politischen Einstellungen, ihrer politischen Identität und ihrem Partizipationsverhalten zum Ausdruck kommt.

Im Kapitel 5.2 werden die mittelbaren politisch-gesellschaftlichen Konsequenzen der Studentenbewegung für die weitere Gesellschaftsentwicklung im Bereich des Bildungswesens und die Auswirkungen der Ergebnisse der Studentenbewegung auf die politische Sozialisation der nachfolgenden Generation - aus heutiger Sicht - erörtert.

5.1 Elemente der politischen Sozialisation, politischen Identität und politischen Partizipation in der Studentenbewegung

In Konsequenz des vorliegenden Ansatzes bewirkten die skizzierten politischen Sozialisationsbedingungen im Vorfeld der Studentenbewegung den Aufbau politisch-gesellschaftlicher Einstellungen, die in der gegebenen historischen Situation Teile der jungen Generation zu politisch relevanten Aktivitäten befähigten. Aktivitäten, die ihrerseits soziale Situationen schufen, in denen neue politische Sozialisationsprozesse vonstatten gehen konnten, die auf die Entwicklung der politischen Identität der Beteiligten einwirkten und ihre weitere aktive Teilhabe am Prozeß der politischen Willensbildung und -äußerung mitbestimmten.

Veränderungen im Spektrum der politischen Sozialisationsbedingungen, die durch Aktivitäten innerhalb der Studentenbewegung verursacht wurden, wirkten sich zwar primär auf die Studenten als Träger der politisch relevanten Handlungen aus, blieben aber nicht auf sie beschränkt, sondern veränderten auch die politischen Sozialisationsbedingungen der Individuen, die sich mit der Studentenbewegung auseinandersetzten, wenn auch in anderer und differenzierter Weise. Die Veränderungen bewirkten insgesamt eine Modifikation der Gesellschaftsentwicklung, die ohne die Studentenbewegung so nicht erfolgt wäre.

Die Dynamik der Studentenbewegung mußte sich dabei - dem vorliegenden Ansatz folgend - primär in der Veränderung der individuellen politisch-gesellschaftlichen Einstellungen und der politisch-gesellschaftlichen Handlungsbereitschaft der Studenten dokumentieren und aus der Wechselwirkung des Verhaltens der Hochschuladministration bzw. der

Vertreter der politisch-administrativen Instanzen mit der Entwicklung der Inhalte, Ziele und Aktionsformen innerhalb der Studentenbewegung resultieren.

Der sich im wesentlichen auf die an den politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen beteiligten Individuen beschränkte Zusammenhang von politischer Sozialisation, politischer Identitätsentwicklung und politischem Partizipationsverhalten wurde weiter vorne als unmittelbarer Rückkoppelungsprozeß gekennzeichnet. Die Untersuchung der (mittelbaren) Rückkoppelungsprozesse zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung erfordert in diesem Zusammenhang die nähere Bestimmung der Inhalte und Strukturen, die durch die politischen Partizipationshandlungen im politisch-gesellschaftlichen Bereich verändert werden sollten bzw. wurden.

Dementsprechend werden in Kapitel 5.2 die Veränderungen im Bildungssystem bzw. in der Bildungspolitik durch die Studentenbewegung, die während der Zeit der Studentenbewegung und nach deren Abschluß festgestellt wurden, im Zusammenhang mit den Intentionen und dem Verlauf der Studentenbewegung untersucht. Im folgenden werden die Elemente der Entwicklung der Studentenbewegung im Zusammenhang mit der Verschränkung zwischen politischer Sozialisation, politischer Identitätsentwicklung, politischem Partizipationsverhalten der an der Studentenbewegung Beteiligten exemplarisch näher bestimmt.

Vor den Ereignissen, die als "die Studentenbewegung" in die Geschichte eingingen, war die Kritik an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) im wesentlichen durch einen inner- und einen außeruniversitären Ansatz gekennzeichnet.

Innerhalb der Hochschulen herrschte eine eher unterschwellige Kritik an den praktizierten institutionellen Entscheidungsfindungsprozessen und den strukturellen Mängeln des Ausbildungssystems vor. In der Haltung der Professoren und Studenten dokumentierte sich zwar der Wunsch nach qualitativen Verbesserungen der universitären Arbeits- und Ausbildungssituation, wie entsprechende Untersuchungen und Äußerungen zeigen, die entsprechenden Einstellungen und Meinungsbilder blieben jedoch ohne greifbare, handlungsorientierte Konsequenzen.

Empirische Untersuchungen (HABERMAS 1961, ANGER 1960) zur Bewußtseinslage der Hochschulangehörigen vor Beginn der Studentenbewegung machen deutlich, daß sich der überwiegende Teil der Professoren und Studenten der Probleme der herrschenden Hochschulsituation und wesentlicher Aspekte der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (vgl. Kapitel 5) bewußt waren, praktische, auf Veränderungen zielende Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen jedoch nicht gezogen wurden. Mehr noch, die Möglichkeit eines Wandels der kritisierten Verhältnisse wurde von den Befragten so negativ eingeschätzt, daß kaum eine Perspektive zur Verbesserung der bestehenden Situation antizipiert wurde. MESCHKAT spricht, diese Ergebnisse kommentierend, bestürzt von einer "Hilflosigkeit fast aller Befragter gegenüber den erkannten Mißständen der Hochschule" (MESCHKAT 1967, S. 39).

Nicht übersehen werden darf nach einer Auswertung empirischer Untersuchungen von ALLERBECK zufolge, daß mangelhafte Studienbedingungen zwar eine notwendige, jedoch keine hinreichende Erklärung für Studentenunruhen darstellen (vgl. ALLERBECK 1973, S. 140). Objektive Mängel im Hochschulbereich bewirken - in diesem Sinne - nicht unmittelbar handlungsrelevante Reaktionen auf seiten der Hochschulangehörigen (Dozenten, Studenten usw.), die bestehen-

den Hochschulverhältnisse müssen vielmehr in einer Weise perzipiert werden, die zu einer persönlichen Betroffenheit führe und so zum Anlaß für die Entwicklung von subjektiv empfundenen Handlungsmotivationen wird.

Im Hinblick auf den fehlenden **unmittelbaren** bzw. alleinigen oder nur überwiegenden Zusammenhang zwischen den Studentenunruhen und der Studiensituation an den Hochschulen verweist ALLERBECK auf folgende Konsequenz: "... die Vorstellung, an den Universitäten werde wieder Ruhe eintreten, wenn man sie nur so reformiere, daß sie in einem technischen Sinne besser funktionieren, ist irrig" (ebenda, S. 147).

Die sich ständig verändernden (gesellschaftlichen) Ansprüche an die Hochschulen bewirken zwar ebenso wie politisch-administrative Eingriffe einen Wandel (ggf. eine objektive Verschlechterung) der Struktur und der Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen, entscheidend für die Frage nach der Reaktion der von den Veränderungen Betroffenen ist jedoch ihre Perzeption dieser Veränderungen, ihre subjektive Involviertheit und individuelle Umsetzung in persönliche Handlungs- und Konfliktbereitschaft.

In der damaligen historischen Situation wurde von außerhalb der Hochschule und insbesondere durch die staatliche Administration, den gesellschaftlichen Verbänden sowie durch die Wirtschaftsvereinigungen vor dem Hintergrund steigender Studentenzahlen und neuer Anforderungen der "Wirtschaft" an das Spezialwissen der Hochschulabsolventen (vgl. Anmerkung Nr. 15) zunehmend Kritik an der "Effizienz" der Hochschule artikuliert.

Während die externen Kritiker der Hochschule Probleme der Effektivität der Institution Hochschule im Hinblick auf ihre "Output"-Leistung thematisierten, standen im Zentrum

der internen Kritik qualitative Fragen der Organisation und der Inhalte der Hochschulausbildung, der Entscheidungsfindungsprozesse in den Selbstverwaltungsorganen sowie des Verhältnisses der universitären Gruppen untereinander.

Dabei bezog sich die hochschulinterne Kritik und die der studentischen Gruppierungen an der Organisation der universitären Selbstverwaltungseinrichtungen im wesentlichen auf die Praxis der universitären Selbstverwaltungseinrichtungen, in der nicht etwa eine demokratische Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen bei den sie betreffenden Problemen realisiert wurde, sondern in der die Selbstverwaltungsorgane in erster Linie der Bestätigung und Sicherung der Vorherrschaft der Ordinarien dienten. Diese Kritik mündete auf seiten der Studenten in die Forderung nach einer Demokratisierung der Universität (vgl. u. a. Freie Universität Berlin 1948 - 1973, Teil IV (im folgenden zitiert als "FU-Dokumentation Teil IV") - Dokument 636, S. 390).

Externe Forderungen nach Abschaffung der universitären Selbstverwaltungsorgane zur Förderung der "Effektivität" der Hochschule führten zu der widersprüchlich anmutenden Situation, daß die nichtprivilegierten Hochschulmitglieder diese Forderungen - trotz ihres eigenen kritischen Standpunktes - zurückweisen mußten, um einer von außen kommenden "Fremdbestimmung" der Hochschule unmittelbar durch die staatliche Administration und mittelbar durch Interessenverbände vorzubeugen und sich die Möglichkeit offenzuhalten, innerhalb demokratisch organisierter universitärer Mitbestimmungsorgane auf den Selbstverwaltungsprozeß Einfluß nehmen zu können.

Obwohl die Kritik an der Ausbildungssituation der Hochschulen den interessierten Gruppen bzw. Verbänden und der

staatlichen Administration bekannt war und kontroverse Vorschläge ausformuliert waren (z. B. durch den Wissenschaftsrat und studentische Verbände), wurde diese Problematik lange Zeit nicht von der Öffentlichkeit wahrgenommen. Zu einer Zuspitzung der Konfliktsituation kam es nicht etwa an einer der traditionellen Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland, sondern an der Freien Universität Berlin - dies war nicht zuletzt das Ergebnis der besonderen hochschulpolitischen und allgemein politischen Situation in Berlin und insbesondere an der Freien Universität.

Mit der Neugründung der Freien Universität im Westteil von Berlin als Reaktion auf die Situation an der Humboldt-Universität im Ostteil der Stadt wurden bereits 1948 die institutionellen Voraussetzungen (Berliner Modell) geschaffen, um - im Rahmen einer Reform aller (westdeutschen) Hochschulen - die Universitäten im Sinne einer "Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden" (vgl. hierzu und zum folgenden BERGMANN, S. 10 ff.) auszugestalten.

Obschon eine solche Reform nicht durchgeführt wurde, sondern die Arbeitsverhältnisse an der Freien Universität sich denen der westdeutschen Hochschulen annäherten, blieb mit dem "Berliner Modell" ein institutioneller Rahmen mit nominell vorgegebener Möglichkeit der studentischen Mitbestimmung erhalten und diente den Studenten als institutioneller Orientierungsbezug ihrer inhaltlichen Veränderungsansprüche.

In der Praxis der 50er Jahre verloren nicht nur die Professoren, sondern auch die Studenten das Ziel einer demokratischen Reform der Hochschule aus den Augen. Selbst die kritischen Studentenvertreter (wie z. B. im SDS) ersetzten ihre anfänglichen Forderungen nach einer Hochschulreform

durch Forderungen nach einer Studienreform (vgl. LEFÈVRE 1968, S. 96 ff.), die zumindest verbesserte Arbeits- und Studienbedingungen für die Studenten bewirken sollte.

Die mit den Restbeständen des "Berliner Modells" auf der einen Seite gegebene besondere Hochschulsituation in Berlin wurde auf der anderen Seite ergänzt durch einen Prozeß zunehmender Divergenz zwischen der herrschenden politischen Meinung in der Öffentlichkeit und der (politischen Meinung) einer sich kritisch mit der politischen Kultur der Stadt beschäftigenden Studentenschaft.

Während im 1. Jahrzehnt der Existenz der FU auf der Grundlage einer durchgängig antikommunistischen Bewußtseinslage, die sich mit der westlich-parlamentarischen Demokratievorstellung bruchlos verbinden ließ, eine grundsätzliche politische Harmonie zwischen dem politischen Bewußtsein der Hochschulangehörigen auf der einen Seite und der herrschenden, der veröffentlichten und der realen Bewußtseinslage im überwiegenden Teil der Bevölkerung in Berlin auf der anderen Seite bestand, wurde diese anfängliche Übereinstimmung durch ein die bestehenden Verhältnisse in Berlin (West) kritisch infrage stellendes Engagement der Studenten gestört (vgl. u. a. BERGMANN 1968, S. 12 ff.)

Die politische Betätigung von Studenten bzw. Studentenvertretern erschöpfte sich nun nicht mehr in systemkonformen antitotalitären oder antikommunistischen Verlautbarungen, Protesten und Demonstrationen, sondern richtete sich über reine Hochschul- und Studiumsfragen hinaus auch auf die politischen Verhältnisse in Berlin (West) selbst. Hierbei konfrontierten sie zum einen der parlamentarisch-freiheitliche Anspruch des politischen Systems mit der politischen Wirklichkeit in der Stadt, nahmen zum anderen als "bewußter Teil der außerparlamentarischen Opposition" (DUTSCHKE 1968, S. 82) an den Diskussionen um die Notstandsgesetzge-

bung teil und verglichen zum dritten die innenpolitisch betonte freiheitliche Legitimation der amerikanischen Besatzungsmacht in Berlin mit der amerikanischen Verstrickung im Vietnamkrieg.

Hinzu kommt, und hierauf weist RABEHL hin, daß führende "Protagonisten" der Studentenbewegung nach dem Mauerbau 1961 aus der DDR nach Berlin (West) kamen und dementsprechend wesentliche Elemente ihrer Sozialisation durch die Konflikte in und mit den Verhältnissen in der DDR bestimmt waren (vgl. RABEHL o. J. (1985), S. 26). Eine konfliktfreie "Anpassung an die Ordinarienuniversität" war ebensowenig zu erwarten wie eine kritikfreie Einfügung in die damalige politische Kultur von Berlin (West).

Entscheidend für die Entwicklung des politischen Bewußtseins und einer zunehmenden subjektiven politisch-gesellschaftlichen Handlungsbereitschaft eines sich stetig vergrößernden Teils der Studentenschaft innerhalb ihrer politischen Sozialisation an der Hochschule waren die Konflikte, die sich einerseits als Folge der nun von der Hochschule nicht mehr tolerierten bzw. geförderten "non-konformen" politischen Betätigung der Studenten im obigen Sinne ergaben und die andererseits bei der Artikulation und Durchsetzung der studentischen Ausbildungs- und Arbeitsinteressen entstanden.

Wie wurde nun im Verlauf der Studentenbewegung die Interdependenz von politischer Sozialisation, politischer Partizipation und (partieller) Entwicklung der entsprechenden politisch-gesellschaftlichen Bereiche determiniert?

Auf der Basis der inner- und außeruniversitären Kritik an den bestehenden Verhältnissen in der Hochschule, die sich zwar auf einen gemeinsamen Gegenstandsbereich bezog, die jedoch vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Interes-

senlagen zu konfligierenden Veränderungsansprüchen führten, entwickelte sich ein Konfliktpotential, das sich offensichtlich nicht mehr durch die damaligen politisch-gesellschaftlichen Konfliktregulierungsmechanismen bewältigen ließ.

Die nachfolgende Skizzierung des Entstehens dieser politischen Partizipationsfähigkeit und -bereitschaft zielt auf die Einordnung entscheidender (exemplarisch herausgehobener) Elemente der Entwicklung der Studentenbewegung, mit deren Hilfe es auch möglich sein sollte, den Verlauf heute relevanter sozialer Bewegungen beurteilen zu können.

Im einzelnen gilt es nun, nachdem die Rahmenbedingungen des Entstehens und der Entwicklung der Studentenbewegung benannt wurden, die Kernfrage nach den speziellen Inhalten der politischen Sozialisation, der Art der Perzeption der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse und der Form des subjektiven Verhaltens der Studenten zu stellen, die in der Studentenbewegung involviert waren. Mit anderen Worten: wodurch führten die erwähnten Ursachen bzw. Rahmenbedingungen zu einem politisch-gesellschaftlichen Verhalten der Studenten, das sich in den Augen der Betrachter (u. a.) als eine soziale Bewegung darstellte?

In der Terminologie von MANNHEIM kann analog das Problem formuliert werden, warum entwickelte sich in der gegebenen Situation aus dem Generationszusammenhang (zum Generationsbegriff vgl. MANNHEIM 1972, S. 541 ff.) - im Unterschied zu früheren oder späteren historischen Phasen - eine Generationseinheit? Es kann somit zugleich zu klären versucht werden, wie innerhalb der damaligen "Generationslage" sich aus dem "Generationszusammenhang" der Studenten die "Generationseinheit" entwickelte, die wenig später bereits als die "68er-Generation" bezeichnet wurde.

Hierzu sei auf einige Aspekte der politischen Sozialisationsbedingungen und der historischen Situation in ihrer Wechselbeziehung untereinander näher eingegangen. Insbesondere soll dargestellt werden, in welcher Weise die gegebenen gesellschaftlichen bzw. universitären Konflikte bei dem überwiegenden Teil der Studenten politische Sozialisationsprozesse bewirkten, die letztlich zu den bekannten Aktionen führten.

Am Beispiel der Ereignisse und Diskussionen um die Zwangsexmatrikulation im Jahre 1966 - wie sie in den Berichten von BERGMANN (1968, S. 20 ff.) und LEFÈVRE (1968, S. 138 ff.) sowie in der "FU-Dokumentation IV" zum Ausdruck kommen - sollen wesentliche Elemente des Zusammenhangs zwischen auslösendem Ereignis, politischen Sozialisationsprozessen, individueller Handlungsbereitschaft und historischer Entwicklung nachgezeichnet werden.

Mit dem Beginn der Semesterferien wurde am 14. Februar 1966 auf einer Sitzung des Zulassungsausschusses der Juristischen Fakultät eine generelle Zulassungsbeschränkung auf neun Semester für die Studenten der Juristischen Fakultät beschlossen (vgl. FU-Dokumentation IV, S. 71).

Diese Entscheidung der Juristischen Fakultät bewirkte mit dem beginnenden Sommersemester 1966 in Verbindung mit einem ähnlichen Beschluß der Medizinischen Fakultät zur Einführung einer "gestaffelten Zwangsexmatrikulation" (LEFÈVRE, S. 138) ein Mobilisierungspotential, das sich nicht auf die beiden betroffenen Fakultäten beschränkte, sondern zu einer Aktivierung der gesamten Studentenschaft beitrug.

Diese Bereitschaft der Studentenschaft zur Mobilisierung begründete sich in der Intention der Beschlüsse, die Möglichkeiten der Ausgestaltung des Studiums durch die starke

zeitliche Beschränkung auf ein "reines Fachstudium" einzuschränken (vgl. ebenda, S. 140). Verstärkt wurde die Mobilisierungsbereitschaft der Studentenschaft noch durch die Rigidität und den Zeitpunkt der Verabschiedung der Beschlüsse.

Die Zulassungsbegrenzung auf neun Semester in der Juristischen Fakultät senkte die Höchststudiendauer unter die durchschnittliche Studiendauer (zu dieser Zeit), obwohl zuvor bereits die Anforderungen des Juristen-Ausbildungsgesetzes für die juristischen Staatsexamina erhöht worden waren (vgl. FU-Dokumentation IV, S. 85). Die Verlegung des Zeitpunktes der Verabschiedung der Beschlüsse - in die Semesterferien - sollte offensichtlich eine unmittelbare Reaktion der Studenten bzw. der Studentenvertreter verhindern.

Insgesamt wirkte die Einführung der Zwangsexmatrikulation in den Augen der beteiligten Studenten nicht als Teil einer notwendigen fakultätsorientierten Studienreform, sondern als eine "disziplinarische Maßnahme" (ebenda), die die akademische Freiheit der Studenten einschränken sollte.¹⁷

Nachdem die Studentenvertretung (21.4.66) in der als "konservativ" geltenden Juristischen Fakultät aus Protest gegen die grundsätzliche Studienzeitbeschränkung zurückgetreten war, kam es mit der Unterstützung durch den AstA am 9.5.66 (vgl. ebenda) zu einer außerordentlichen Vollversammlung der Juristischen Fakultät, in der "die Aufhebung der Zwangsexmatrikulation nach neun Semestern" (ebenda, S. 90) durch die Juristische Fakultät beantragt wurde.

Dieser Antrag wurde von der Juristischen Fakultät abgelehnt, worauf nun der Konvent der FU auf Antrag des AstA

am 24.5.66 eine Urabstimmung der Studentenschaft über die Zwangsexmatrikulation mit folgendem Wortlaut beschloß: "Die Studentenschaft der Freien Universität Berlin lehnt jede Form von Zwangsexmatrikulation an ihrer Universität ab" (ebenda, S. 94).

Mit dieser Initiative wurde ein neuer Aspekt in die Konfliktsituation zwischen den Studenten und dem Rektorat eingeführt, der im Zusammenhang mit parallel wirkenden Konflikten das Umfeld für die politischen Sozialisationsprozesse der Studenten in dieser Phase der Studentenbewegung charakterisierte.

Bereits am 25.5.66 teilte der Rektor "in Übereinstimmung mit dem Akademischen Senat ... mit, daß er in der geplanten Urabstimmung einen Verstoß gegen die Satzung der Studentenschaft erblicke" (ebenda, S. 94) und den Vorgang der Rechtsaufsichtsbehörde unterbreiten werde (vgl. ebenda). Der Rektor verweigerte, nachdem seine Auffassung über die Unzulässigkeit der beschlossenen Urabstimmung vom Senator für Wissenschaft und Kunst am 1.6.66 bestätigt worden war (vgl. ebenda, S. 96), am 15.6.66 die Bereitstellung von Räumen für die Durchführung der Urabstimmung (vgl. ebenda, S. 99).

Der Versuch des AStA-Vorsitzenden und eines weiteren Studenten in ihrer Eigenschaft als "ordentliche Studenten", vor dem Verwaltungsgericht eine einstweilige Anordnung gegen die Raumverbotsanordnung des Rektors mit der Begründung zu erlangen, die Entscheidung des Rektors ziele nur auf die Verhinderung der Urabstimmung, wurde mit Hinweis auf formale Bestimmungen der Satzung der Studentenschaft (vgl. ebenda, Dokument 550, S. 332) abgelehnt. Dieses, am 20.6.66 erfolgte Urteil wurde vom AStA der FU mit den Worten "Es bleibt unklar, wer recht hat, aber es ist klar, wer die Macht hat" (ebenda, S. 101) kommentiert und durch

eine "Allgemeine Meinungsumfrage" am 20. und 21.6.66 beantwortet. Vermittelt über die "Allgemeine Meinungsumfrage" protestierten innerhalb von zwei Tagen fast 3.000 Studenten schriftlich gegen die "Vorenthaltung ihres akademischen Bürgerrechts auf demokratische Willensbildung" (ebenda).

Bei der Frage der Raumvergabe berührt der "Zwangsexmatrikulationskonflikt" unmittelbar den "Richtlinienkonflikt" zur Raumvergabe, der am 15.2.66 durch einen, im Verfassungsausschuß des Akademischen Senats vom Rektor eingebrachten "Entwurf von Richtlinien für die Vergabe von Räumen für politische Veranstaltungen" (ebenda, S. 72) begonnen hatte.

Die Annahme der "Richtlinien" durch den akademischen Senat in der Form einer Empfehlung an den Rektor führte zum Rücktritt des AstA der FU und zu einer Rechtsaufsichtsbeschwerde beim zuständigen Senator für Wissenschaft und Kunst. Als Kernpunkt der studentischen Kritik an den "Richtlinien" wurde in der Rücktrittserklärung des AstA der FU die Verhinderung allgemeiner Veranstaltungen zur politischen Bildung in den Unterrichtsräumen der FU durch die Studentenvertretungen angeführt (vgl. ebenda, Dokument 483, S. 267 f.), die auch als ein formaler Verstoß gegen die in der Satzung der Studentenschaft festgeschriebene "Möglichkeit freier, umfassender Bildung" (ebenda, S. 267) interpretiert wurde.

In seiner Erwiderung auf die Rücktrittserklärung des AstA verdeutlichte der Rektor der FU (Prof. Lieber), daß weiterhin wissenschaftlich ausgerichtete politische Bildung in den Unterrichtsräumen möglich bleibe, jedoch keine "nichtwissenschaftlichen politischen Veranstaltungen" (ebenda, Dokument 487, S. 269) mehr in Unterrichtsräumen erlaubt seien. Diese räumliche Einschränkung der Möglich-

keit zu studentischen Informations- und Dokumentationsveranstaltungen über politische Themen führte überdies u. a. zum Rücktritt (17.2.66) des "Beauftragten des Rektors für politische Bildungsarbeit" (Prof. Sontheimer), zu schriftlichen Protesten auch aus der Gruppe der eher konservativ eingeschätzten Professoren - u. a. Prof. Löwenthal (vgl. ebenda, Dokument 494, S. 274) - und zu einem - die Praxis der Raumvergabe betreffenden - Schriftwechsel zwischen dem Senator für Wissenschaft und Kunst sowie dem Rektor und dem AstA der FU.

Am 23.2.66 ersuchte der Senator für Wissenschaft und Kunst den 1. AstA-Vorsitzenden und den Rektor um "allseitige Zurückhaltung" (ebenda, S. 75). Im Text des Schreibens verlangte er nicht nur eine Stellungnahme des Rektors, sondern forderte ihn auf, "die Empfehlungen des Akademischen Senats noch einmal zu überdenken" (ebenda, Dokument 490, S. 272).

In seiner Antwort teilte der Rektor am 10.3.66 dem Senator für Wissenschaft und Kunst u. a. mit, er werde - im Gegensatz zum Wortlaut der "Richtlinien" - nach einer jeweiligen materiellen Einzelfallprüfung "die Hörsäle im Henry-Ford-Bau auch für solche Veranstaltungen der Studentenschaft oder studentischer Vereinigungen zur Verfügung stellen, die in Inhalt und Form der wissenschaftlichen Aufgabe und dem Erziehungsauftrag der Universität entsprechen" (ebenda, Dokument 503, S. 284).

In dem endgültigen Bescheid des Senators für Wissenschaft und Kunst vom 19.3.66 wurden gegen die "Raumvergaberichtlinien" des Akademischen Senats auf Grund des Einzelfallprüfungsrechts des Rektors keine (rechtlichen) Bedenken erhoben (vgl. ebenda, Dokument 509, S. 288). Der AstA ging - in Kenntnis der Antwort des Rektors vom 10.3.66 zur Frage der Anwendung der Richtlinien - davon aus, daß der

Senator für Wissenschaft und Kunst sich den Inhalt der "Raumvergaberichtlinien" nicht zu eigen gemacht hatte und verzichtete faktisch auf eine weitere Verfolgung der Rechtsaufsichtsbeschwerde (vgl. ebenda, S. 81).

In einem Schreiben vom 27.4.66 verdeutlichte der Senator für Wissenschaft und Kunst seine Position in dieser Frage dem AstA gegenüber durch die Formulierung: "Eine generelle Ablehnung der Bereitstellung von Räumen für politische Veranstaltungen ist ... nicht möglich" (ebenda, Dokument 517, S. 297). Das im selben Schreiben betonte materielle Recht des Rektors zu prüfen, ob "die geplante Veranstaltung einen ernsthaften Beitrag zu der der Universität gestellten Erziehungsaufgabe leistet und eine Störung der akademischen Ordnung in der Universität nicht unmittelbar zu befürchten ist" (ebenda, S. 269 f.), machte tendenziell jede nichtgenehmigte Raumvergabe zu einem Konflikt zwischen Rektor und AstA - wie dies bereits am Fall der Raumvergabe zum Zweck der Urabstimmung deutlich wurde. (Am 22.6.66 wurden die "Richtlinien" vom Akademischen Senat offiziell als erledigt betrachtet (vgl. ebenda, S. 102)).

Die Konflikte um die Urabstimmung zum Problem der Zwangsexmatrikulation, um die Richtlinien für die Raumvergabe und weitere (z. B. Vorwürfe des Rektors gegen den AstA-Vorsitzenden bezüglich seiner Ausführungen auf einer Immatrikulationsfeier - 18.6.66) kumulierten zu Auseinandersetzungen zwischen Rektorat und Studentenschaft (nicht nur dem AstA), die am 22./23.6.66 **einen**, für die weitere Entwicklung der Studentenbewegung wesentlichen Kristallisations- bzw. Höhepunkt erreichten.

Die Frage der Zwangsexmatrikulation, von der potentiell alle Studenten in gleicher Weise betroffen waren, führte am 22.6.66 zur Gründung eines Aktionskomitees mit der Be-

zeichnung "Aktionskomitee FU" (ebenda), an dem sich faktisch alle Studentengruppen - unabhängig vom der jeweiligen politischen Orientierung - beteiligten.

In einer am Tag zuvor (21.6.66) veranstalteten Vollversammlung aller Fakultäten war u. a. beschlossen worden, am 22.6.66 eine Versammlung aller Studenten vor dem Sitzungssaal des Akademischen Senats durchzuführen, während der Akademische Senat dort seine Sitzung abhält (vgl. ebenda S. 101). Zugleich war vorgeschlagen worden, die studentische Versammlung in Anlehnung an neue amerikanische Demonstrationsformen als Sit-in durchzuführen (vgl. ebenda).

Am 22.6.66 kam es zu dem beschlossenen Sit-in, das parallel zur Sitzung des Akademischen Senats unter dem Sitzungssaal des Akademischen Senats stattfand und an dem "mehr als 3.000 Studenten der FU" (ebenda, S. 102) teilnahmen.

Während der Sitzung des Akademischen Senats diskutierten die Studenten die ihnen von den studentischen Mitgliedern des Akademischen Senats "erstmal" (ebenda) bekanntgemachte Tagesordnung des Akademischen Senats mit dem Ergebnis, daß die Studenten die Forderung nach unmittelbarer Beteiligung an der Diskussion der universitären Probleme und den Entscheidungen über universitäre Fragen erhoben. Eine Einflußnahme auf den Verlauf der Sitzung des Akademischen Senats wurde über die Entsendung von Delegierten versucht, die die Forderungen der versammelten Studenten zu den Tagesordnungspunkten überbrachten und den Rektor aufforderten, mit den versammelten Studenten über die anstehenden Probleme zu diskutieren. Aus Anlaß dieser Aufforderung sprach der Rektor am Abend zu den versammelten Studenten, die inzwischen in das Gebäude (Henry-Ford-Bau), in dem auch die Sitzung des Akademischen Senats stattfand, umgezogen waren. Hierbei sagte der Rektor Prof. Lieber den

versammelten Studenten zu, innerhalb von zehn Tagen mit "gewählten" Studentenvertretern" (ebenda, S. 103) zu sprechen. Eine sofortige Stellungnahme vor bzw. eine inhaltliche Diskussion mit den anwesenden Studenten lehnte er ab (vgl. ebenda): "Prof. Lieber bittet die Demonstranten (anschließend - P. Sch.) 'herzlich und inständig', die Protestveranstaltung nunmehr aufzulösen und wegen der baupolizeilichen Vorschriften die Halle zu verlassen. Anderenfalls wären für Studenten und Professoren 'unangenehme Folgen' zu erwarten" (ebenda).

Auf die Strategie des Rektors, inhaltliche Gesprächsbereitschaft - wenn auch nur gegenüber "gewählten" Studentenvertreten und nicht etwa vor einer "Basisversammlung" der Studenten - zu signalisieren und gleichzeitig die studentische Versammlung durch Formulierungen, die als Drohung verstanden wurden (vgl. ebenda), zur Auflösung zu bewegen, reagierte die studententische Versammlung durch eine Veränderung der Form und Funktion ihres Zusammenseins - sie wandelte sich von einem Sit-in zu einem Teach-in.

Unter Mitwirkung von Professoren, Assistenten und Studenten wurden die anstehenden Hochschulfragen in diesem Teach-in nicht nur in bezug auf das universitäre Umfeld, sondern auch vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Verflechtungen der Universität diskutiert. Als Ergebnis dieser Diskussion wurde, bevor die Versammlung sich nach Mitternacht (also am 23.6.66) vertagte, eine Resolution verabschiedet, "die in ihrer Präambel den gesellschaftlichen Bezug der Universität erstmals zu definieren versucht" (ebenda, S. 104).

Wie reflektierten sich die bisher in ihrer Ereignisreihenfolge aufgelisteten Konflikte, Prozesse und Diskussionen in der politischen Sozialisation der involvierten Studenten?

Der anfänglich in Diskussionen, Vollversammlungen usw. vonstatten gehende Mobilisierungsprozess der Studenten mit dem Ziel der Unterstützungswerbung für die Urabstimmung wandelte sich - ausgelöst durch die Restriktionsversuche der Hochschuladministration - zu einem Bewußtwerdungs- und Aktivierungsprozeß, der über den konkreten Anlaß hinaus zu grundsätzlichen Fragen nach demokratischen Artikulationsmöglichkeiten in der bestehenden Gesellschaft führte. Mit dem Verbot der Urabstimmung wurde z. B. **allen** Studenten - unabhängig von ihrer Meinung im konkreten Fall bzw. von ihrem Interesse an dieser Thematik oder ihrer politischen Orientierung - durch administrative Maßnahmen eine als elementar verstandene demokratische Artikulationsmöglichkeit über eine sie unmittelbar betreffende Entscheidung vorenthalten, dadurch wurden im Ergebnis (u. a.) bisher noch nicht interessierte Studenten zu einer Beschäftigung mit den in Frage stehenden Problemen und der Methode der Konfliktaustragung durch die Hochschuladministration veranlaßt (ähnlich u. a. LEFÈVRE 1968, S. 140 f.).

Die fehlende Mitbestimmung bei der Frage der diskutierten Zwangsexmatrikulation und das gleichzeitige Verbot einer zwar demokratisch legitimierbaren, aber nicht institutionalisierten Form der Meinungsdokumentation initiierte bei sich betroffen fühlenden Studenten eine kritische Auseinandersetzung mit dem allgemeinen demokratischen Anspruch der Gesellschaft bzw. der Hochschule als gesellschaftliche Einrichtung und dem praktischen Verhalten der nichtstudentischen Mitglieder innerhalb der Hochschule (vgl. ebenda, S. 141).

Aus Anlaß dieser Auseinandersetzungen stellte sich die Frage nach den grundsätzlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studenten und die Bedeutung ihrer Willensdokumentation im inneruniversitären Entscheidungsprozeß.

Vor dem Hintergrund dieser erweiterten Fragestellung erscheinen die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Sit-in vom 22./23. Juni 1966 als eine praktische Weiterführung der Erörterung der Probleme der Artikulation und Durchsetzung studentischer Interessen in der Form einer praktischen Identität von studentischem Wollen und Handeln.

Durch Verhaltensformen wie Sitzstreik, **Sit-in** bzw. **Teach-in** gelang es den anwesenden Studenten in einer speziellen universitären Konfliktsituation, durch ihr Verhalten Hochschulgremien zu veränderten Kommunikationsformen sowie partiellen Zugeständnissen zu bewegen, die innerhalb der und durch die vorhandenen, institutionalisierten Beteiligungsformen (bis dato) nicht zu erreichen waren. Mit diesen Aktionen offenbarte sich für die Studenten neben den bisherigen Formen eine neue Möglichkeit ihrer Interessenartikulation und der Verdeutlichung ihrer Konfliktfähigkeit. D. h. nicht ein demokratisch gewähltes studentisches Gremium, sondern ein sich aktiv für die eigenen Interessen einsetzender Teil der studentischen Basis bewirkte eine "effektive" Durchsetzung studentischer Interessen. Nach LEFÈVRE hatten damit auch "die Organe der Studentenvertretung die Funktion verloren, alleiniger Ausdruck studentischer Hochschulpolitik zu sein" (ebenda, S. 143).

Im Zuge zunehmender Erprobung und Integration dieser neuen studentischen Methode (Identität von Wollen und Handeln) veränderten sich die Studenten - durch diese, ihre Sozialisationserfahrung - als handelnde Subjekte. Das übergreifende Ziel des studentischen Handelns und Wollens dokumentierte sich z. B. auch in der "Resolution zum 22. Juni 1966" : "Wir kämpfen nicht nur um das Recht, längere Zeit zu studieren und unsere Meinung stärker äußern zu können. Das ist nur die halbe Sache. Es geht uns vielmehr darum, daß Entscheidungen, die die Studenten betreffen, demok-

ratisch und unter Mitwirkung der Studenten getroffen werden" (FU-Dokumentation IV, Dokument 554, S. 333).

Zusammenfassend zeigt dieses Beispiel, wie in einer konfliktgeladenen Situation Maßnahmen bzw. Entscheidungen von Hochschulgremien (Zwangsexmatrikulationsbeschlüsse) bzw. der Hochschuladministration (Urabstimmungsverbot) zu einer direkten Betroffenheit deren führten, die von den Beschlüssen bzw. Maßnahmen benachteiligt wurden. Bei der kognitiven Verarbeitung und Umsetzung der Betroffenheit innerhalb sozialer Austauschsituationen bewirkte insbesondere das Verbot der Urabstimmung im Zusammenhang mit dem Verhalten des Senators für Wissenschaft und Kunst sowie dem des angerufenen Gerichts eine Initialisierung bzw. eine Beschleunigung des Prozesses der studentischen Auseinandersetzung mit der gegebenen Konfliktsituation - d. h. in der Konsequenz eine Intensivierung der politischen Sozialisationsprozesse und der politisch-gesellschaftlichen Identitätsfindungsvorgänge.

Der gegenseitige soziale Lernprozeß in Verbindung mit den beschränkten legalen bzw. effektiven studentischen Artikulations- und Mitwirkungsmöglichkeiten erzeugte eine Situation, in der neue Konfliktaustragungsmethoden erprobt und in ihrer Wirksamkeit erkannt wurden.

Der Ausbau und die erfolgreiche Nutzung dieser neu erkundeten Methoden der Interessenartikulation und -durchsetzung ergänzte z. T. die traditionellen studentischen Vertretungsformen und verlagerte die Aktivitäten von den Vertretern der Studenten zurück auf jeden einzelnen der "aktiven" Studenten und damit auf die studentische Basis.

Aber es änderten sich nicht nur die Artikulations- und Diskussionsformen, sondern auch der Charakter der politischen Sozialisation. Hätte sich bis dato die Teilhabe

der einzelnen Studenten an der studentischen Interessenvertretung am Prozeß der Willensbildung, auf Demonstrationen und Abstimmungen beschränkt und war die Planung und Durchführung von Aktionen primär den Studentenvertretern überlassen, so wandelte sich dieses Verhältnis durch die neuen Aktions- und Kommunikationsformen, in die sich tendenziell alle interessierten Studenten einbrachten. Die hierbei vonstatten gehenden identitätsbildenden Prozesse umschlossen u. a. auch die sozialisationsrelevanten Meinungsbildungs-, Koordinierungs- und Ergebnisüberprüfungsprozesse bezüglich des studentischen Handelns.

Die "aktiven" Studenten wurden innerhalb dieser Aktivitäten gleichzeitig zu Objekten und Subjekten der von ihnen beeinflussten politischen Sozialisations- und Partizipationsprozesse, d. h. durch die Gleichartigkeit des Handelns und Erlebens zu einer "Generationseinheit" im Sinne MANNHEIMS.

Die Struktur des sozialen Austauschprozesses, die durch die Erörterungen der studentischen Interessen, die demokratisch organisierten studentischen Entscheidungsfindungsprozesse, die gemeinsame Durchführungen von Aktionen zur Mobilisierung weiterer Studenten sowie die anschließende Reflektion über die durchgeführten Aktionen bzw. das gemeinschaftliche partizipatorische Handeln bestimmt wurde, kennzeichnet die Eigendynamik dieser Bewegung und markiert den spezifischen Zusammenhang von politischer Sozialisation, politischer Identitätsentwicklung, politischer Partizipation und Einflußnahme auf gesellschaftliche Institutionen innerhalb der Studentenbewegung.

Politische Einstellungen und politisches Bewußtsein der Individuen werden - wie bisher beschrieben - als Produkt ihrer politischen Sozialisation verstanden. Da für den überwiegenden Teil der bundesdeutschen Studenten in den

Jahren 1967 und 1968 ein demokratisches Bewußtsein empirisch belegt ist (vgl. u. a. KAASE 1971, S. 172 - Tabelle 3), müssen sie politische Sozialisationserfahrungen kumuliert haben, die sie zu "Demokraten" werden ließen.

Weder der "normale" politische Sozialisationsprozeß innerhalb der Hochschulsozialisation der Studenten noch die aus dem vorgängigen politischen Sozialisationsprozeß resultierenden Sozialisationserfahrungen bewirkten bei den entsprechenden Teilen der Studenten den entscheidenden Übergang von einer passiven Kritikhaltung zu einer aktiven Teilhabe am politisch-gesellschaftlichen Partizipationsprozeß, sondern singuläre Konflikte zwischen bereits aktiven Studenten bzw. Studentenvertretern schufen bzw. förderten die Kristallisationspunkte und erzeugten die Anlässe, die die politische Sozialisation und eine entsprechende politische Entwicklung bei den Studenten bewirkten.

Ähnlich argumentiert z. B. auch LEFÈVRE: "Die Unterstützung der entscheidenden Teile der Studentenschaft gewannen diese politischen Aktionen, wenn sie zu institutionellen Konflikten in der Hochschule führten. Die universitären Institutionen, in der ersten Phase meist das Rektorat, die gegen politische Aktionen einschritten, aktivierten erst dadurch zunächst unbeteiligte Studenten gegen sich. Ebenso beschäftigten sich auch die zunächst unbeteiligten Studenten mit den Vorstellungen, die in jenen politischen Aktionen enthalten waren, offenbar erst dann, als diesen Aktionen seitens der Universität Restriktionen widerfahren." (LEFÈVRE 1968, S. 95).

Das politisch-gesellschaftliche Verhalten der Studenten in der Studentenbewegung kann und muß unter dieser Voraussetzung als Ausdruck demokratischer Einstellungen, die im politischen Sozialisationsprozeß erworben wurden, verstanden werden. Dabei wird politische Sozialisation hier

- ebenso wie zuvor in dieser Arbeit - nicht primär als Anpassung an das herrschende politisch-gesellschaftliche Weltbild und der Identifikation der bestehenden Verhältnisse mit diesem Weltbild verstanden, sondern als Auseinandersetzung der Individuen mit gegebenen politischen Sozialisationsbedingungen, die im Ergebnis individuell geprägte politisch-gesellschaftliche Einstellungen und Verhaltensmuster - im Spektrum der in der jeweiligen Gesellschaft möglichen Variationsbreite - erzeugen.

Die aktiven Studenten konnten in der Zeit der Studentenbewegung - konkretisiert in ihren Sozialisationserfahrungen - eine gravierende Diskrepanz zwischen dem bejahten Anspruch des politischen Systems auf demokratische Organisation seiner selbst und seiner als antidemokratisch empfundenen Praxis wahrnehmen. Die Kritik der Studenten legitimierte sich dabei aus dem im vorgängigen Sozialisationsprozeß übernommenen Anspruch des politischen Systems selbst.

Ähnlich argumentiert auch ALLERBECK: "Wenn im Prozeß politischer Sozialisation nun vor allem die Werte des Systems vermittelt und internalisiert werden, und die Nichtübereinstimmung von Werten und aktueller Politik perzipiert wird, so hat dies die Konsequenz, daß gerade diejenigen, die aktuelle Politik am entschiedensten ablehnen, bei welchen der Prozeß politischer Sozialisation am erfolgreichsten war" (ALLERBECK 1973, S. 213).

Jedoch führt nicht notwendigerweise jede wahrgenommene Diskrepanz zwischen Wertesystem und Realität zu einem sozialen Verhalten wie dem in der Studentenbewegung. Wahrgenommene Diskrepanzen können auch in anderer Weise verarbeitet bzw. bewältigt werden - wie dies u. a. im Modell der "kognitiven Dissonanz" beschrieben wird (vgl. FESTINGER 1957).

Vor dem Hintergrund der Gesamtheit aller politischen Sozialisationsbedingungen in der ggb. historischen Situation erscheint das Verhalten der Studenten aus einer sozialisationstheoretischen Perspektive nicht nur nachvollziehbar und plausibel, sondern auch stringent und folgerichtig.

Im Hinblick auf einen möglichen Vergleich der Entwicklungsbedingungen für die bzw. innerhalb der Studentenbewegung mit dem Verlauf anderer, ähnlich gestalteter sozialer Entwicklungsbedingungen lassen sich m. E. fünf strukturelle Faktoren unterscheiden, die den Beginn und den Wandel sozialer Bewegungen charakterisieren:

- 1) Vorhandensein eines sachlichen Grundes, dessen Wahrnehmung bei einer "relevanten" und potentiell konfliktfähigen Gruppe von Bürgern zur Unzufriedenheit mit bestehenden Verhältnissen führt.
- 2) Erhebliche Unterschiede der Interessen und der Vorstellungen von der Behebung der Konfliktsituation, so daß die betroffenen Gruppen von Bürgern im Rahmen der bestehenden Konfliktregulierungsmechanismen keine Möglichkeit sehen, ihren Interessen Geltung zu verschaffen.
- 3) Entstehen bzw. Ausbruch singulärer Konflikte, die zu einer erstmaligen oder verstärkten Mobilisierung der potentiell betroffenen Bürger führen und deren politische Sozialisation dabei so beeinflussen, daß sie sich zu handlungsfähigen und partizipationswilligen Vertretern ihrer eigenen Interessen entwickeln.
- 4) (Partielle) Erfolge bei der Artikulation bzw. Durchsetzung von bis dato nicht berücksichtigten Interessen. Hierdurch wird einerseits die Konfliktfähigkeit der

handelnden Bürger sich selber sowie den Adressaten der Interessendemonstration gegenüber belegt, und andere potentielle Mitwirkende werden durch den Erfolg zur Teilnahme an weiteren Partizipationsaktionen mobilisiert. Vor allem führen die im gemeinsamen sozialen Handlungsprozeß erlebten politischen Sozialisationserfahrungen, vor dem Hintergrund erfolgreichem Vorgehens, zu einer Bestätigung und Verstärkung der eigenen politisch-gesellschaftlichen Identität.

- 5) Eine soziale Bewegung verliert ihre innere Dynamik und ihre gesellschaftliche Relevanz, wenn der zugrundeliegende Konflikt einer Lösung, Teillösung oder scheinbaren Lösung zugeführt wurde oder eine weitere Durchführung der diesen Bürgern zur Verfügung stehenden Demonstrations- und Partizipationsmittel in einer veränderten politisch-gesellschaftlichen Situation keine weiteren Erfolge mehr verspricht.

Die Besonderheit der Interessenartikulation und -vertretung (im Gegensatz z. B. zu Parteien, Verbänden usw.) durch Gruppen von Bürgern in repräsentativen politischen Systemen entsteht somit dann, wenn die traditionellen Konfliktregulierungsmechanismen bezüglich bestimmter politisch-gesellschaftlicher Probleme versagen und die Bürger, deren Interessen nicht berücksichtigt bzw. nicht kanalisiert werden, diesen Mangel wahrnehmen und hierdurch motiviert werden, die Artikulation und Durchsetzung ihrer Interessen selbst zu organisieren. Die Selbstvertretung der eigenen Interessen verliert ihre innovatorische Kraft, sobald die Ursache des Konflikts in den Augen der Betroffenen soweit beseitigt erscheint, daß eine weitere individuelle Partizipation sich als nicht mehr notwendig erweist

(bzw. nur so erscheint) oder die Motivation zur aktiven Teilhabe auf Grund verminderter Erfolgsaussichten der eigenen Handlungsmöglichkeiten sinkt.

Diese fünf Faktoren zur Charakterisierung des Verlaufs von sozialen Protestbewegungen zeigen sich auch innerhalb der Studentenbewegung.

Die materiellen Ursachen der Studentenbewegung, die verschiedenen Interessen und die unterschiedlichen Interpretationen der Unzulänglichkeiten im Hochschulbereich und ihrer Überwindungsmöglichkeiten wurden bereits weiter oben skizziert. Dabei konnte deutlich gemacht werden, daß die von den Studenten geforderten Reformen der Lehrmethoden und der hierarchischen Entscheidungsstrukturen in den Hochschulen von den privilegierten Hochschulmitgliedern und der Hochschuladministration grundsätzlich abgelehnt worden waren. "Die meisten Ordinarien schienen tatsächlich unfähig, in den verschiedenen Forderungen, die von den Studenten an sie herangetragen wurden, auch nur irgendeine Berechtigung zu erkennen" (HÜFNER, S. 41). Ein institutionalisierter Ausgleich bzw. eine Kanalisation der den studentischen Forderungen zugrundeliegenden Interessen war in der gegebenen Situation nicht möglich.

In besonderen, singulären Konflikten offenbarte sich für einen zunehmenden Teil der Studenten ihre eigene Situation an der Hochschule und veranlaßte sie, ihren traditionellen Respekt vor den etablierten Autoritäten aufzugeben und für ihre eigenen Interessen aktiv zu werden.

Der mit den ersten Erfolgen ihrer Interessenartikulation und -durchsetzung und der Realisierung neuer Partizipationsformen einhergehende Wandel der politisch-gesellschaftlichen Sozialisationsprozesse verstärkte - wie bereits dargelegt - die Einstellungen und das Engagement

der Studenten, die auf eine generelle Verbesserung der studentischen Mitbestimmungsmöglichkeiten in Hochschulfragen, d. h. auf eine Demokratisierung der Hochschule zielten.

Bisher noch nicht näher erörtert wurde ein spezifischer Aspekt der Studentenbewegung, der die Erweiterung des Konfliktgegenstandes auf studentischer Seite betrifft und wesentlich zum konkreten Verlauf und zum Ende der Studentenbewegung beigetragen hat.

Die studentischen Forderungen nach demokratischer Mitwirkung innerhalb der universitären Selbstverwaltung und insbesondere nach Mitbestimmung bei Fragen, die die Studentenschaft direkt betreffen, standen im Einklang mit der herrschenden politischen Ideologie von einem demokratisch-repräsentativ organisierten politischen System. Die Verweigerung demokratischer Mitbestimmungsformen für die Studenten und die Verteidigung hierarchischer Entscheidungsstrukturen durch die privilegierten Hochschulangehörigen führte zu der Frage, ob die universitären Verhältnisse eine noch nicht demokratisierte Enklave der Gesellschaft symbolisierten oder ob sich in der Universität die Gesellschaft spiegle und in der Verweigerung der universitären Mitbestimmung nur das Fehlen praktischer demokratischer Verhältnisse - im Gegensatz zum politischen Anspruch - in der Gesellschaft sichtbar geworden sei.

Ausgehend von einer Beantwortung der Fragen im zuletzt genannten Sinne, genügte es nun nicht mehr, die undemokratischen universitären Strukturen aufzudecken, sondern es stellte sich für die studentischen Akteure das Problem, die Demokratisierung der Universität über eine oder zumindest gleichzeitig mit einer Demokratisierung der Gesellschaft bewirken zu müssen.

Erprobtes Mittel zur Mobilisierung Betroffener war die Provokation der Träger bzw. Repräsentanten "nichtdemokratischer" Strukturen oder Institutionen, damit deren Reaktion vorhandene autoritäre politisch-gesellschaftliche Verhältnisse noch deutlicher werden ließen und somit Anlässe zur Aufklärung und Mobilisierung der betroffenen Bürger boten.

Diese Aktionen richteten sich nun nicht mehr an die Mitglieder der Hochschule, sondern an alle von den gesellschaftlichen Strukturen Betroffenen. Das Scheitern dieses Vorhabens und sogar seine Verkehrung ins Gegenteil - konkret die Mobilisierung der Bevölkerung in Berlin (West) gegen die Studenten und ihre Intentionen - resultierte nicht nur, wie innerhalb der Studentenbewegung argumentiert wurde, aus dem Einfluß der Medien bzw. der "Springerpresse" auf die Bevölkerung, sondern primär aus dem Fehlen einer grundlegenden Konfliktsituation, in der vorhandene Interessenwidersprüche von allen Beteiligten wahrgenommen und diese nicht mehr kanalisiert werden können.

Die Studenten stellen zwar innerhalb der Hochschule eine relevante und konfliktfähige Gruppe dar, innerhalb der Gesamtbevölkerung ist ihre Bedeutung aber allein schon aus quantitativen Gründen gering. Hinzu kam - im diskutierten Fall -, daß die Studenten zwar ihre spezifischen Interessen als Teil der Interessen der Bevölkerung erkannten und sich um Unterstützung bemühten, der weit überwiegende Teil der Bevölkerung aber eine zugrundeliegende Interessenidentität nicht wahrnahm. Eine Solidarisierung der Bevölkerung mit den Forderungen einer sozialen Gruppe gegen die staatliche Administration ohne das Bewußtsein eigener, ungelöster Probleme erschien ausgeschlossen. Bis dato erfolgreiche studentische Aktionsformen verloren vor dem Hintergrund veränderter politisch-gesellschaftlicher Rahmenbe-

dingungen, tragischer Ereignisse und der sich entsprechend entwickelnden Reflektionen über die Sinnhaftigkeit und den Zweck des eigenen Tuns ihre Bedeutung.

Mit dem Rückzug der Studenten auf den Kernbestand ihrer eigenen Interessen innerhalb der Hochschule fand einerseits die nominelle Studentenbewegung ihr Ende und begann andererseits verstärkt der Teil der studentischen Veränderungsbemühungen, der unter dem Schlagwort von der "Kritischen Universität" in die Geschichte der Freien Universität eingegangen ist.

Innerhalb dieser Lern- und Kommunikationszusammenhänge konnten die allgemeinen Forderungen nach Demokratisierung und Mitwirkung im universitären Ausbildungs- und Entscheidungsprozeß umgesetzt bzw. erprobt und die im politischen Sozialisations- und Partizipationsprozeß erworbenen Einstellungen und Fähigkeiten angewendet und soweit wie möglich weitergegeben werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß es auf der Basis einer außer- und inneruniversitären Kritik an den Mißständen im Hochschulbereich der Frage nach der Überwindung der kritisierten Verhältnisse in der Hochschule zu einem grundlegenden Interessenkonflikt zwischen den Studenten auf der einen und den Ordinarien und der Hochschule sowie staatlichen Administration auf der anderen Seite kam. Während die Mehrzahl der Ordinarien auf ihren Privilegien beharrte und den von außen kommenden Forderungen nach Effektivierung der Hochschulausbildung durch formale und inhaltliche Restriktionen der studentischen Ausbildungs- und Artikulationsmöglichkeiten gerecht werden wollte, forderten die Studenten eine Verbesserung der Ausbildungssituation, eine Demokratisierung von universitären Entscheidungsprozessen und eine Modernisierung von Lehrinhalten und -methoden.

Das studentische Bestreben nach Mitbestimmung und Demokratisierung innerhalb der Hochschule wurde als unzulässige Politisierung des vorgeblich unpolitischen Bereichs der Wissenschaften abgetan.

Im Rahmen der entstehenden Auseinandersetzungen und der sich verschärfenden Konfliktsituation, die durch keine institutionellen Mechanismen entscheidend kanalisiert bzw. ausgeglichen werden konnten, fanden auf der Seite der Studenten politische Sozialisationsprozesse statt, die eine politische Bewußtwerdung und politische Identifikationsfindung bewirkten und so zu einer politischen Handlungsfähigkeit und einem Handlungswillen bei den aktiv beteiligten Studenten führten, die sich in politischen Partizipationsvorgängen (Demonstrationen, Aktionen, Diskussionen) dokumentierten. Über diese politischen Partizipationsvorgänge wurde auf die Hochschulgremien und politisch-gesellschaftlichen Einrichtungen Einfluß genommen.

Hierbei waren weite Teile der Entwicklung der Studentenbewegung nicht etwa theoriegeleitet, sondern erfüllten praktische Handlungszwecke bei der Artikulation und Durchsetzung studentischer Interessen und stellten das Ergebnis sozialer Austauschvorgänge, gemeinsamer Aktionen und reflektierender Kritik der eigenen Handlungen dar. Die Notwendigkeit einer vorgängigen oder zumindest gleichzeitigen kritischen theoretischen und begrifflichen Erfassung der herrschenden sozialen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie der Methoden möglicher Veränderungsstrategien wurde spätestens mit dem Erkennen der Erfolglosigkeit der Mobilisierung der übrigen Bevölkerung für eine Demokratisierung der (gesamten) gesellschaftlichen Verhältnisse offensichtlich.

Aber nicht nur die aktiv beteiligten Studenten änderten sich im Laufe ihrer politischen Sozialisation während der

und durch die Studentenbewegung, in der sie zur Generationseinheit, der (sogenannten) 68er-Generation geworden waren, ein Teil der universitären und politisch-gesellschaftlichen Institutionen, gegen die sich der studentische Protest richtete, veränderte sich, indem er partiell versuchte, die studentischen Forderungen zu berücksichtigen, ohne dabei allerdings seine eigenen Zielsetzungen zu gefährden bzw. aus den Augen zu verlieren.

Aus der rückblickenden Sicht treten weitere spezifische Sozialisations-, Bewußtseins- und Handlungsbedingungen deutlicher hervor, die zwar das Verhalten und die Einstellungen der damaligen Studenten (z. B. im Unterschied zu den heutigen Studenten) mitbestimmten, die allerdings in der damaligen Situation nicht in ihrer Besonderheit wahrgenommen wurden.

Hierzu zählen u. a. a) die soziale Situation der Studenten einschließlich ihrer Berufsperspektive und b) ein ungebrochener Fortschrittsoptimismus, der letztlich zur Anerkennung der staatlich gelenkten Hochschulreform beitrug.

ad a)

Im Gegensatz zur heutigen sozialen Perspektive der Hochschulstudenten, die für viele durch die Möglichkeit, von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden, gekennzeichnet ist, existierte dieses Problem für die damalige Studentengeneration nicht. Die Länge des Studiums, die Ansprüche an die Studieninhalte und ihre Ausgestaltung der Studieninhalte sowie die Wahl der Professoren konnten durch das wissenschaftliche Interesse der Studenten geleitet werden und wurden nicht von Zwecküberlegungen im Hinblick auf einen möglichen Arbeitsplatz nach dem Examen überlagert.

Bei studentischen Protesten, Demonstrationen und Kritiken an Maßnahmen und Entscheidungen der Hochschule oder der

Ausgestaltung und dem Konzept der Lehrveranstaltungen der Hochschullehrer, die z. B. unter Ausnutzung der "akademischen Freiheit" ihre Vorlesungen von jeder (öffentlichen) Kritik freihalten wollten, bestand vor und während der Studentenbewegung - im Bewußtsein der Beteiligten - nicht die Gefahr, durch diese Aktionen ggf. die Aussichten auf einen Arbeitsplatz zu verspielen.¹⁸ Das Verhalten der Studenten wurde entsprechend durch wissenschafts- und demokratieorientierte antiautoritäre Ziele geleitet, die nicht durch berufliche Existenzängste überdeckt wurden.

ad b)

Ohne weitergehendes Problembewußtsein wurde eine Gleichzeitigkeit der Überwindung der Machtprivilegien der Ordinarien, der Demokratisierung der universitären Verhältnisse und der Optimierung der Studienverhältnisse der Studenten unterstellt.

Die für die FU entscheidenden, gesetzlich fixierten Reformen im Jahre 1969 führten zu einer Reduktion der Privilegien der Ordinarien, zur Einführung demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der universitären Selbstverwaltung und zu einer Verbesserung der Studienverhältnisse. Insbesondere die in der Entmachtung der Ordinarien zum Ausdruck kommende "Modernisierung" der Hochschule und die Effektivierung der Studiensituation entsprachen zwar den Forderungen der Studenten in der Studentenbewegung, die staatlich gelenkte Reform erfüllte aber zugleich auch die Forderungen der Wirtschaft nach einer Verbesserung bzw. inhaltlichen Rationalisierung der Ausbildung der Hochschulabsolventen.

Daß organisatorische Verbesserungen der Studiensituation und Mitwirkungsmöglichkeiten nicht automatisch zu demokratischeren Verhältnissen an der Hochschule führen, wurde in der damaligen Situation kaum thematisiert.

In der Praxis erfüllte diese Hochschulreform somit grundlegende Forderungen der Wirtschaft, befriedigte spezifische Wünsche der Studenten während der Studentenbewegung und entzog gleichzeitig - im Sinne von Punkt 5 der Entwicklung von sozialen Bewegungen - der Studentenbewegung ihre **inhaltliche** Organisationsbasis.

In welcher Weise, in welchem Ausmaß und mit welchem langfristigen Erfolg die Studentenbewegung auf das Bildungssystem bzw. die Bildungspolitik der Bundesrepublik Deutschland Einfluß genommen hat, soll im folgenden näher erörtert werden.

5.2 Die Folgen der Studentenbewegung für die Gesellschaftsentwicklung am Beispiel von Entwicklungen im Bildungssystem

Im Sinne der übergreifenden Intention der vorliegenden Arbeit, den strukturellen Zusammenhang von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung sowie die Bedingungen und Folgen dieses Zusammenhangs zu untersuchen, sollen im folgenden einige Elemente gesellschaftlicher Veränderungen in der sozio-kulturellen Sphäre der Bundesrepublik Deutschland und hier insbesondere im Bildungssystem exemplarisch aufgegriffen werden, von denen vermutet werden kann, daß sie ein Ergebnis von Wechselwirkungsprozessen zwischen politischer Sozialisation, politisch-gesellschaftlicher Partizipation innerhalb der Studentenbewegung und den damals bzw. seit dieser Zeit herrschenden politisch-gesellschaftlichen Rahmen- und Handlungsbedingungen darstellen.

Aus dem zeitlichen Abstand zu den damaligen Ereignissen erwächst nicht nur die Möglichkeit, Ursachen, Motivationen und Zwecke dieser Ereignisse, strukturelle Wirkzusammenhänge und institutionelle Entscheidungen auf die Entwicklung des Bildungssystems (insbesondere im Hochschulwesen) zu berücksichtigen, sondern auch und vor allem den Bestand und die längerfristigen Folgen der durch die bzw. aus Anlaß der Studentenbewegung initialisierten Veränderungen im Bildungssystem zu analysieren und damit auch der Klärung der Frage nach den Veränderungsmöglichkeiten der politischen Sozialisationsbedingungen einer späteren "Generation" durch die politische Sozialisation und das Partizipationsverhalten einer früheren "Generation" bzw. einer sozialen Bewegung partiell näherzukommen.

Im Zusammenhang mit der Studentenbewegung sollen im folgenden insbesondere zwei Aspekte der strukturellen und institutionellen Veränderungen im Bildungssystem im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Der erste Aspekt bezieht sich einerseits auf das Problem der "äußeren" Einbindung und organisatorischen Ausgestaltung der Hochschulen im Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland, andererseits auf Fragen der "inneren" Organisation der Hochschulen, des Verhältnisses der Hochschulangehörigen untereinander sowie der rechtlichen Regelungen der universitären Selbstverwaltung einschließlich der Artikulations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb der universitären Gremien. Hierbei wird unterstellt, daß sich in rechtlichen und faktischen Regularien die Machtverhältnisse bzw. das Verhältnis der (konfliktfähigen) Interessen widerspiegeln, die zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung bzw. Einführung bestanden.

Der zweite Aspekt umschließt Probleme der Ausgestaltung der konkreten Studiensituation der Studenten. Hierbei werden die Probleme der Rahmenbedingungen, der Struktur und der Inhalte der Lehr- und Lernprozesse in den Universitäten angesprochen, nach den Folgen dieser Studienprozesse im Zusammenhang mit den organisatorischen Rahmenbedingungen für die soziale Entwicklung, die politische Sozialisation sowie die kognitiven Erkenntnisgewinnungsprozesse der Studenten gefragt und das sich hieraus ergebende politisch-gesellschaftliche Partizipationsverhalten thematisiert.

Zur Beurteilung der inhaltlichen Bedeutung der Studentenbewegung für die Entwicklung des Bildungssystems im Hochschulbereich bietet sich im wesentlichen eine Einzelfall-

betrachtung der formalen und rechtlich normierten Veränderungen der Institution Hochschule an, die in oder nach der Zeit der Studentenbewegung realisiert wurden.

Einen markanten Bereich der Bemühungen um strukturelle Reformen in der Zeit nach der Studentenbewegung mit exemplarischem Charakter stellte die Planung bzw. Einführung von Gesamthochschulen dar. Nach dem Hochschulrahmengesetz von 1976 sollen neue Hochschulen als Gesamthochschulen konzipiert oder bestehende Fachhochschulen, Ingenieurschulen, Akademien usw. zusammengeschlossen und zu Gesamthochschulen erweitert werden.

Der in Gesamthochschulen strukturell angelegte Zusammenhang von "anwendungsnahen" und "wissenschaftlichen" Lehrinhalten sollte u. a. einer Besserung der Flexibilisierung der Studiengänge und durch eine gemeinsame Nutzung der wissenschaftlichen und organisatorischen Gesamthochschuleinrichtungen der Chancengleichheit dienen und durch Integration einen verbesserten gesellschaftlichen Bezug von Lehre und Forschung bewirken. Die Gesamthochschulen, soweit sie überhaupt eingerichtet wurden, entwickelten sich jedoch bald in Richtung auf "normale" Hochschulen und erfüllten die in sie gesetzten Hoffnungen kaum. "Die bestehenden Gesamthochschulen degenerierten" nach BIRKENBACH "weitgehend zu dem Versuch ein verbessertes Lenkungsinstrumentarium für die Student/inn/enmassen zu schaffen." (BIRKENBACH o. J. (1984), S. 26).

Obwohl das Hochschulrahmengesetz als Organisationsziel die Gesamthochschule vorsieht, wurde bzw. wird diese Vorgabe nicht durchgängig in die Praxis umgesetzt. Nach den Vorschlägen zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes durch die Bundesregierung soll diese organisatorische Leitidee zugunsten einer stärkeren Differenzierung des Hochschulbereichs aufgegeben werden. Hiermit verbunden

wird eine neue, das planerische Handeln bestimmende Vorstellung der Förderung von Schwerpunktbildung in den einzelnen Hochschulen und Hochschularten (Universitäten, Gesamthochschulen, Fachhochschulen) mit dem Ziel, eine Wettbewerbssituation (ähnlich der auf dem "freien" Wirtschaftsmarkt bzw. der zwischen den Hochschulen in den USA) entstehen zu lassen, die die Leistungsfähigkeit der einzelnen Hochschulen offenbar werden lassen und sie im Wettbewerb untereinander verbessern soll. Die Existenz der bestehenden Gesamthochschulen wird zwar nicht unmittelbar in Frage gestellt, ob aber in Zukunft weiterhin Gesamthochschulen gegründet werden sollen und können, ist noch nicht definitiv festgelegt, erscheint aber z. Z. nicht sehr wahrscheinlich.

Das für die Gesamthochschulen vorgesehene Modell einer Differenzierung der Studiengänge nach Inhalten, Dauer und Abschluß innerhalb eines Fachs dient konservativen Bildungspolitikern - im Gegensatz zur ursprünglichen Intention der Integration und Vereinheitlichung von Studiengängen - offensichtlich als ein Muster für die generelle Einführung einer Stufenausbildung im Hochschulbereich und damit für eine "wettbewerbsfördernde" Differenzierung zwischen den Hochschulabsolventen. Beginnen soll eine Stufenausbildung mit einem verschulten Grundstudium, das durch eine Zwischenprüfung abgeschlossen werden muß. Dem Grundstudium folgt ein individuell ausgestaltetes Hauptstudium, das durch eine Diplomprüfung abgeschlossen wird. Für "besonders begabte" Absolventen des Hauptstudiums soll in einem Aufbaustudium die Möglichkeit eröffnet werden, ihre "eigentliche" wissenschaftliche Qualifikation zu erwerben.

Die mit der reformerischen Leitidee Gesamthochschule verbundenen hochschul- und bildungspolitischen Zielsetzungen einer institutionalisierten Durchgängigkeit zwischen den Studiengängen und damit auch einer Verbesserung von Chan-

cengleichheit für die Studenten wird mit der beabsichtigten Novellierung insgesamt aufgegeben und ersetzt durch marktwirtschaftliche Ordnungselemente wie

- Differenzierung (der Studiengänge bzw. -abschnitte) und Singularisierung (der einzelnen Hochschulen im Wettbewerb),
- Wettbewerb, wobei offen bleibt, mit welchen Mitteln um welche Ziele konkurriert werden soll, und
- "Leistung", die z. B. in ihrer Variante als "Erfolg" (vgl. Kapitel 3) auch in der finanziellen Unterstützung der jeweiligen Hochschule durch Drittmittel verstanden werden kann.

Soweit sich die in der Studentenbewegung erhobenen Ansprüche nach Chancengleichheit, gesellschaftlichem Bezug von Forschung und Lehre sowie Verbindung "anwendungsnaher" mit "wissenschaftlicher" Ausbildung in der staatlich geplanten und geförderten Einrichtung von Gesamthochschulen niedergeschlagen haben, haben sich auch für die in den Gesamthochschulen immatrikulierten Studenten die (politischen) Sozialisationsbedingungen der Institution Hochschule tendenziell so verändert, wie dies durch die Studentenbewegung angeregt wurde.

Jedoch zeigt sich am Schicksal der Idee der generellen Einführung von Gesamthochschulen und der Entwicklung in den Gesamthochschulen, daß der sich andeutende Wandel der Verhältnisse und damit auch die Sozialisationsbedingungen innerhalb der Gesamthochschule durch administrative Entscheidungen zunehmend zurückgenommen und die mit der Einführung von Gesamthochschulen verbundenen Effekte (z. B. Verbesserung der Chancengleichheit) reduziert werden, obwohl sie primär für die an diesen Hochschulen immatrikulierten Studenten von Bedeutung sind.

Eine Veränderung der (politisch relevanten) Sozialisationsbedingungen für alle Studenten - unabhängig vom Hochschultyp - dokumentiert sich im Wandel der sozialen Kommunikation in den Hochschulen.

Die mit den "feudalen" Machtstrukturen der Ordinarienuniversität verbundenen sozialen Beziehungen waren in der Regel durch eine Unter- und Einordnung in den "Herrschaftsbereich" des Ordinarius bestimmt, jedoch lag in dieser personalen Einbindung auch die potentielle und für einen wissenschaftlich erfolgreichen Lernprozeß wichtige Chance des Aufbaus einer überschaubaren, an Personen orientierten sozialen Kommunikations- und Arbeitssituation - dies wird vor dem Hintergrund der Entwicklung der Universität zur Massenuniversität besonders deutlich.

Die in der Studentenbewegung geforderte und vermittelt durch Gesetzgebung durchgeführte Entmachtung der Ordinarien bewirkte über die Wahrnehmung demokratischer Mitwirkungschancen im Rahmen der Gruppenuniversität hinaus die Veränderung der (politischen) Sozialisationsbedingungen in mindestens drei Aspekten.

1) Die an das Amt gebundene Autorität der Ordinarien wurde abgelöst durch eine, die über die Fachautorität der Hochschullehrer vermittelt und bestimmt wird. Ggf. vorgetragene Kritik der Studenten an der Form, den Inhalten oder der verwendeten Methode in den Lehrveranstaltungen der Professoren kann nun nicht mehr - wie während der Studentenbewegung - als gegen das "Amt" oder gegen die "Person" gerichtet aufgefaßt werden, sondern wird als Ausdruck des (gemeinsamen) Interesses an einer günstigen Ausgestaltung der Lern- bzw. Lehrsituation in der Hochschule verstanden. Für die Hochschulsozialisation der Studenten bedeutet diese Entwicklung in der Struktur und Interpretation von Lehrveranstaltungen - ähnlich wie die Veränderungen der

Lehr- bzw. Lernsituation in der allgemeinen Schule - einen Wandel ihrer sozialisatorischen Bedeutung, da der Lernprozeß seiner sozialen Struktur nach zwar immer noch asymmetrisch ausgerichtet bleibt, er aber nicht mehr als von "Personen" bzw. "Amtsträgern" gesteuert erscheint und der Hochschullehrer in seiner Funktion als Fachmann für das Lehrgebiet akzeptiert werden kann.

2) Obwohl die Mitwirkung - hier speziell - der Studenten an der universitären Selbstverwaltung durch das Bemühen der staatlichen Administration und höchst Richterlichen Urteile entscheidend zugunsten der Professoren und einer Vergrößerung des mitbestimmungsfreien Bereichs der Hochschule zurückgedrängt wird, besteht dennoch für hochschulpolitisch aktive Studenten die praktische Möglichkeit, mit institutionalisierten Mitteln an Entscheidungen der Hochschule mitzuwirken und ihre eigene (politische) Sozialisation durch partizipatorische Tätigkeit entsprechend zu modifizieren.

Die Mehrheit der Studenten nimmt allerdings nicht an inneruniversitären Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen teil und reduziert ihre partizipatorische Teilhabe am universitären Selbstverwaltungsprozeß in der "Gruppenuniversität" auf die Wahl der Vertreter ihrer Gruppe. Ihr Partizipationsverhalten entspricht demnach eher dem politischen Verhalten der Mehrheit der Wähler in parlamentarischen Demokratien, obwohl die strukturellen partizipatorischen Möglichkeiten innerhalb der universitären Selbstverwaltung immer noch größer sind als in den meisten anderen gesellschaftlichen Bereichen.

3) Die Aufhebung der personalisierten Abhängigkeitsverhältnisse an den Hochschulen ließ die Universitäten im Zusammenhang mit ihrem Ausbau zu "Massenuniversitäten" zu Großbetrieben mit Ausbildungsaufgaben werden, in denen die

Gefahr besteht, daß die Studenten zunehmend als Objekte staatlich-bürokratischer Steuerungsmaßnahmen behandelt werden. Auch die Hochschullehrer können in den Massenuniversitäten - schon auf Grund der Studentenzahlen - kaum jedem Studenten die für eine wissenschaftliche Ausbildung notwendige Möglichkeit einer problemorientierten Fachauseinandersetzung bieten, die den Prozeß wissenschaftlicher Ausbildung und Identitätsbildung in dem Sinne fördert, daß sich alle Studenten zu selbstbewußten wissenschaftlichen Vertretern ihres Fachgebiets entwickeln.

Sozialisatorische Folgen der Massenuniversität zeigen sich auch im sozialen Bezug der Studenten untereinander. Nach HIRSCH "verdünnen sich soziale Beziehungen (der Studenten - P. Sch.) zu ad hoc-Kontakten. Die 'Gruppe' wird zum emotionalen Fluchtpunkt, aber kaum einer lernt dort den anderen je wirklich kennen" (HIRSCH o. J. (1984), S. 14).

Diese durch die Struktur der Massenuniversität verursachten Bedingungen der Hochschulsozialisation zeigen nicht nur Auswirkungen auf das Leistungsverhalten der Studenten, sondern wirken sich auch auf die politisch-gesellschaftliche Sozialisation aus. Studentisches Lernen und Arbeiten in der Hochschule, die den Studenten in aller Regel keine unmittelbare lebenspraktische Erfahrung bieten, die Möglichkeit zu sozial vermittelter, gemeinsamer Reflektion über Sinn und Zweck des studentischen Tuns strukturell eher verhindern als vergrößern und die Entwicklung einer sinnhaften Perspektive wegen der zunehmenden Arbeitslosigkeit kaum noch zulassen, stellen keine Sozialisationsbedingungen dar, die die traditionelle bürgerliche Persönlichkeitsentwicklung und Identitätsfindung der Studenten fördern. Die Studenten geraten im Gegenteil eher in Identitätskrisen, oder sie werden auf Bereiche zurückgeworfen,

die ihnen sinnlich erfahrbar bleiben, individuelle Betroffenheit auslösen und Anlaß zu Handlungsaktivitäten bieten, die die eigenen, subjektiven Erfahrungen reflektieren.

Es zeigt sich, daß die durch die (politischen) Sozialisationserfahrungen vor und in der Studentenbewegung ausgelösten politischen Aktionen (Partizipationen) der Studenten - über die staaatlich-administrativen Reformmaßnahmen am Ende der Studentenbewegung vermittelt - zu einer Veränderung der Sozialisationsbedingungen an den Hochschulen geführt haben, deren Ausgestaltung und Wirkungen jedoch durch keine der partizipierenden bzw. einflußnehmenden Seiten so beabsichtigt oder geplant waren.

Durch die Studentenbewegung wurde zwar - über die staatlich gelenkten und gesetzlich sanktionierten Hochschulreformen - die Ordinarienuniversität gegen den Widerstand der um ihre Privilegien kämpfenden Hochschullehrer aufgegeben sowie (studentische) Mitwirkungsrechte erreicht; die mit diesen anfänglichen Veränderungen einhergehenden Verbesserungen bzw. Modernisierungen sind in den letzten Jahren allerdings nur soweit erhalten geblieben, wie sie von den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Institutionen und Einflußfaktoren, die z. T. die Verhältnisse an den Ordinarienuniversitäten ebenfalls kritisiert hatten, toleriert wurden. Insbesondere der Aspekt der Mitwirkung und Mitbestimmung wurde durch die Hochschulgesetze der Länder, das Hochschulrahmengesetz und das Urteil des Bundesverfassungsgericht zur Freiheit von Forschung und Lehre zurückgedrängt.

Der mit der durchgeführten Mitbestimmungspraxis verbundene Zeitaufwand für Information, Diskussion und Entscheidungsfindung wird z. B. in der aktuellen Diskussion betont und

zum Vorwand genommen, die verbliebenen Mitbestimmungsrechte unter dem Schlagwort von der "Entbürokratisierung" abzuschaffen bzw. radikal zu beschränken.

In welchen Ausmaß die Situation an den Hochschulen bereits wieder den traditionellen bzw. konservativen Vorstellungen von einer mitbestimmungsfreien Entfaltung der Hochschul-lehrertätigkeit entspricht, kann aus der Einschätzung der Bedeutung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen im Sinne eines Indikators geschlossen werden.

Die im Zusammenhang mit der und als Reaktion auf die Studentenbewegung unternommenen Anstrengungen zur Gründung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, die von "sachfremden", "politisierten" oder demokratisch legitimierten Mitwirkungsmöglichkeiten frei gehalten werden, verlieren ihre Bedeutung als Gegenmodelle für die universitäre Forschungsstruktur bzw. gleichen sich dieser wieder an. So wurde z. B. durch die Neufassung des Gesellschaftervertrages des Wissenschaftszentrums Berlin (genau Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung - abgekürzt: WZB) im Sommer 1985 die Stellung der Professoren durch eine - soweit dies möglich ist - gemeinsame Berufung mit einer Universität auf Lebenszeit (bis dato für fünf Jahre) zu Lasten der Mitwirkungsrechte der mitarbeitenden, aber nicht mit Leitungsaufgaben betrauten Wissenschaftler gestärkt.

Die Attraktivität von Forschungseinrichtungen schwindet in dem Maße, in dem der mitbestimmungsfreie Bereich der Universitäten erweitert wird, die Nachteile einer kurzfristigen Projektstätigkeit innerhalb der "privaten" Forschungseinrichtungen deutlich werden und Aspekte der sozialen und beruflichen Sicherung - insbesondere für qualifizierte Forscher - an Bedeutung gewinnen.

Welche der sozialisationsrelevanten Impulse, die durch die Studentenbewegung ausgelöst wurden, konnten Bedeutung für die unmittelbare Lehr- und Lernsituation innerhalb der Hochschule gewinnen, und welche Wirkungen erzielten sie bei der heutigen Studentengeneration?

Ausgehend von dem weiter oben erörterten Konzept eines kumulierenden Sozialisationsprozesses, der bei den einzelnen Individuen zum Aufbau von "Subjektivität" führt, die durch die jeweilige "individuelle" Identität bestimmt wird, kann bei den Studenten aufgrund ihrer bis dato erfolgten Ausbildung und erworbenen Sozialisationserfahrungen davon ausgegangen werden, daß sie im Sinne der Erwachsenensozialisation potentiell in der Lage sind, über ihre eigene weitere Hochschulsozialisation bzw. über ihr eigenes sozialisationsrelevantes Handeln zu reflektieren und es vor dem jeweiligen gesellschaftlichen Hintergrund zu interpretieren. Diese durch Sozialisation erworbenen Eigenschaften befähigten gerade die führenden Vertreter der Studentenbewegung, auf die Verhältnisse an der Hochschule und in den Lehrveranstaltungen so einzuwirken, daß die Ausbildungs- und damit auch Sozialisationsbedingungen, denen sie als Studenten unterworfen waren, in der von ihnen antizipierten Richtung verändert werden konnten.

Hochschulsozialisation im Sinne der Vermittlung bzw. Aneignung eines methodisch-systematisch geprägten, praktischen Arbeitsverhaltens und eines (immer noch vorhandenen) Akademikerbewußtseins vor dem Hintergrund des Wissens um die eigene fachliche Handlungskompetenz (vgl. insb. PORTELE/HUBER 1983, S. 98 ff.) wird unabhängig von den fachlichen Inhalten durch den Anspruch systematischer Erschließung des jeweiligen Gegenstandes der Wissenschaft an der Institution Hochschule bewirkt.

Die von der Studentenbewegung vor allem kritisierten Verhaltensmuster innerhalb der hierarchischen Machtstrukturen und die damit verbundenen (politischen) Sozialisationsbedingungen für die Studenten (Tendenz: politisch-gesellschaftliches "Untertanenverhalten") bestehen nach der Ablösung der Ordinarienuniversität heute nicht mehr. Hierin liegt der wesentliche, alle restaurativen Bemühungen überdauernde Erfolg der Studentenbewegung bezüglich der Veränderung der (politisch relevanten) Sozialisationsbedingungen an der Hochschule.

Der Wandel in der Organisation des Lehrbetriebs, die Veränderung im Lehrverhalten der meisten Hochschullehrer und die sozialen Kommunikationsformen zwischen Hochschullehrer und Studenten entsprechen - auch infolge dieser Veränderung - zunehmend den entpersönlichten, über sachliche Zusammenhänge vermittelten, aber in der Gesellschaft üblichen Kommunikationsstrukturen. Dabei erscheint den Studenten die Hochschule eher als eine "bürokratische Ausbildungsmaschinerie" (HIRSCH o. J. (1984), S. 14), die primär Eigenschaften wie "Gleichgültigkeit", "Verzweiflung" und "Entfremdung" hervorzubringen bzw. zu fördern scheint (vgl. ebenda).

Die Hochschulsozialisation hingegen, die über die wissenschaftliche Aneignung eines Wissens- bzw. Arbeitsgebietes vermittelt wird und die Identität der Akademiker als Akademiker, wenn auch nach Maßgabe der jeweiligen Fachrichtung differenziert, konstituiert, ist im Kern unverändert geblieben (vgl. PORTELE/HUBER 1983, S. 100 f.). In Frage gestellt wird heute eher das traditionelle Ergebnis von der Hochschulausbildung, eine geeignete Berufsqualifikation erwerben zu können, die bei den Studenten keine Sorge um einen späteren Arbeitsplatz aufkommen läßt.

Wie kann nun resümierend der Zusammenhang der politischen Sozialisation der Studenten vor und in der Studentenbewegung und ihre hieraus resultierenden Handlungen im Hinblick auf die durch diese Ereignisse bewirkten bzw. veranlaßten Veränderungen im Bildungswesen und insbesondere für die Hochschulsozialisation der nachfolgenden Studentengenerationen beurteilt werden?

Während die (politischen) Sozialisationsbedingungen der Studenten vor der Studentenbewegung nur wenigen Studenten - aufgrund besonderer Konstellationen ihrer individuellen Sozialisationsituation - die Entwicklung zu **bildungspolitisch** handlungsfähigen und -willigen Subjekten ermöglichten, gestalteten sich die Bedingungen der (politischen) Sozialisation an der Hochschule während der Studentenbewegung derart, daß ein wesentlicher Teil der an der Hochschule befindlichen Studenten einen Sozialisationsprozeß durchlebte und mitgestaltete, der sie befähigte, sowohl ihre (bildungspolitischen) Interessen durch aktive Teilnahme an politisch-gesellschaftlichen Willensbildungsprozessen und durch Partizipationsansprüche an hochschulinternen Entscheidungsprozessen zu vertreten, als auch selbst eine Identitätsentwicklung zu vollziehen, so daß sie in den Augen Außenstehender zu einer Studentengeneration eigener Art (bzw. zu einer "Generationslage") wurden.

Die praktischen bildungspolitischen Folgen der partizipierenden Aktionen der Studenten in der Studentenbewegung dokumentieren sich in der von ihren Forderungen gekennzeichneten, staatlich gelenkten Hochschulreform, die die wesentlichen Forderungen der Studenten nach Abbau der tradierten Machtstrukturen in der Hochschule, nach Mitbestimmung innerhalb der akademischen Selbstverwaltung und einige Aspekte ihrer Studienreformforderungen berücksich-

tigte. Mit dieser Reform ging ein wesentlicher Wandel der Bedingungen der Sozialisation an der Hochschule einher.

Während die politischen Sozialisationsbedingungen der Hochschule bis zur Studentenbewegung bzw. bis zur sich anschließenden staatlichen Hochschulreform ein hierarchisches Gesellschaftsbild der Hochschulangehörigen und insbesondere der Studenten bestätigt hatten, setzten sich nun Verhältnisse an der Hochschule durch, die den herrschenden parlamentarisch-demokratischen Vorstellungen von der Teilhabe Betroffener an den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen entsprachen: die politisch relevanten Hochschulsozialisationsbedingungen weichen nun kaum mehr von denen in der politischen Sphäre der Bundesrepublik Deutschland ab.

Die Bedingungen der Hochschulsozialisation, die aus der spezifischen wissenschaftlichen Arbeitsweise, der Wahl der Forschungsgegenstände und deren Bearbeitungsmethode ergebenden sowie den damit verbundenen "akademischen" Bewußtseinsinhalten resultieren, blieben in ihrer Wirkung im Kern unverändert erhalten. Akademischer Habitus und akademische Persönlichkeit als Ausdruck wissenschaftlicher Arbeitsweise veränderten sich - abgesehen von einem tendenziell stärkeren Bewußtsein von dem gesellschaftlichen Bezug und der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaftler bei ihrer Tätigkeit - nicht entscheidend.

Diese wenigen, wenn auch nicht unwesentlichen Veränderungen der Bedingungen der Hochschulsozialisation durch die Studentenbewegung werden zunehmend modifiziert, ergänzt und überlagert von den Sozialisationsbedingungen an der Hochschule, die nicht durch Hochschulmitglieder bewirkt werden, sondern die Auswirkungen von Entwicklungen darstellen, deren Ursachen in der ökonomischen, politischen oder sozio-kulturellen Sphäre der Gesellschaft liegen.

Die Sozialisationsbedingungen an der Hochschule für die heutigen Studenten stellen sich somit als ein aggregiertes Geflecht dar, das sich aus

- traditionellen, über die wissenschaftliche Arbeitsweise vermittelten,
- durch die Studentenbewegung bzw. die anschließende staatliche Reform modifizierten,
- durch veränderte ökonomische Rahmenbedingungen ausgelöst und
- durch die Entwicklung der Universität zur Massenuniversität bewirkten

Sozialisationselementen zusammensetzt.

Die von den Studenten durch die Studentenbewegung erreichten Veränderungen der (politischen) Sozialisationsbedingungen der Hochschule, seien sie auch noch so begrenzt, stellen wichtige Schritte in der Tradition der studentischen Partizipation dar, die Anlaß und Orientierungspunkte für nachfolgende Studentengenerationen bieten.

In der aktuellen Phase der gesteigerten sozialen, ökonomischen und Motivations- bzw. Sinnfindungs-Probleme der Studenten wird der Blick verstärkt zurückgelenkt auf studentische Partizipationsphasen, in denen Veränderungen durch Studenten bewirkt worden sind, mit dem Ziel, aus den Bedingungen vormaligen Handelns Hinweise auf mögliche Handlungs- bzw. Partizipationsstrategien zu entwickeln.

6 Resümee: Leistungsfähigkeit und Grenze des vorgestellten Strukturmodells

Der Zusammenhang zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung, so haben u. a. die vorliegenden Ausführungen gezeigt, wird über analytisch zu bestimmende Strukturelemente vermittelt und durch den funktionalen Wechselprozeß innerhalb dieser Strukturelemente und zwischen ihnen konstituiert.

Als Gegenstand der näheren Erörterung ergab sich hieraus die Notwendigkeit der Analyse der Faktoren des wechselseitigen, dynamischen Beeinflussungsprozesses in und zwischen den Strukturelementen sowie eine Untersuchung der diese Prozesse determinierenden Faktoren.

Gemäß der vorliegenden Intention, nicht nur die Bedeutung der politischen Sozialisation für die historische Genesis der Gesellschaftsformationen sowie ihre Übergänge auf der einen Seite und die Relevanz der politischen Sozialisation für das Funktionieren der jeweils bestehenden Gesellschaftsformation auf der anderen Seite zu betrachten, sondern insbesondere den Einfluß der politischen Sozialisation auf den Prozeß der Gesellschaftsentwicklung zu bestimmen, wurde im 4. Kapitel ein Strukturmodell zur konzeptionellen Erfassung der wechselseitigen Ursachen, Folgen und Einwirkungsmechanismen zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung im Hinblick auf eine inhaltliche Einflußnahme durch Innovationsimpulse seitens der politisch sozialisierten Individuen auf die politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse vorgeschlagen und die Möglichkeiten und Grenzen partieller, im Bereich der politischen Sozialisation generierter Einwirkungs- und Mitbestimmungsansprüche skizziert.

Der vorgestellte konzeptionelle Ansatz kann bei der Deskription der funktionalen und faktischen Wirkzusammenhänge Hilfestellung leisten und die Schnittstellen im Wechselprozeß zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung markieren, die Ansatzpunkte für weitergehende, umfassende Struktur- und Detailanalysen sind.

Hierbei werden durch die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse die politischen Sozialisationsbedingungen gesetzt, die die Rahmenbedingungen der inhaltlichen politischen Sozialisationsprozesse formal und allgemein inhaltlich determinieren. Im Prozeß der politischen Sozialisation entwickeln die Individuen in Auseinandersetzung mit den sie umgebenden politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen und durch die (gegebenenfalls kritische) Adaption der herrschenden politisch-gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Handlungsmuster eine jeweils individuell ausgestaltete politische Identität - einschließlich einer spezifischen Handlungskompetenz und -motivation. Die individuelle politische Identität, die sich aufgrund der politischen Sozialisationsbedingungen innerhalb eines bestimmten, für die jeweilige Gesellschaftsformation typischen Spektrums befindet, stellt für den einzelnen die Grundlage seiner partizipatorischen Praxis dar.

Dabei muß es gelingen zu zeigen, wie die Individuen, die in der Bundesrepublik Deutschland ihre politische Identität erworben haben, die gegebenen politischen Sozialisationsbedingungen durch Partizipation verändern oder zumindestens die Möglichkeit für diese Veränderung haben.

In Kapitel 5 wurde exemplarisch aufgezeigt, wie das jeweils individuelle politische Partizipationsverhalten zum einen auf die weitere Entwicklung der eigenen politischen Identität zurückwirkt und zum anderen im Rahmen der konstitutionellen Möglichkeiten am Prozeß der Einflußnahme

auf die Gesellschaftsentwicklung teilnimmt. Insbesondere die auf der individuellen partizipatorischen Kommunikations- und Praxisebene angesiedelte Möglichkeit der bewußten Veränderung des eigenen politischen Partizipationsverhaltens und der autonomen Entwicklung der eigenen politischen Identität eröffnet die praktische Chance für das partielle bzw. autonome Entstehen politischer Innovationsansprüche, die im Widerspruch zu den sozialisatorischen Zielsetzungen der politisch-gesellschaftlichen Sphäre stehen.

Die Gesellschaftsentwicklung stellt sich dabei als das Ergebnis der Modifikation der gesellschaftlichen Verhältnisse dar, die durch spezifische ökonomische, institutionelle, außerwirtschaftliche usw. Einflußfaktoren determiniert, durch politische Interessen etablierter gesellschaftlicher Gruppen bestimmt und durch die im politischen Sozialisationsprozeß z. T. eigenständig generierten Innovationsansprüche beeinflusst werden. Der Grad der Beeinflussung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die unterschiedlichen, auf die Gesellschaftsentwicklung einwirkenden Faktoren wird bestimmt durch das Maß ihrer unterschiedlichen Durchsetzungsfähigkeit.

Als Kernbereich der die politischen Sozialisationsbedingungen setzenden politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse konnten dabei die politischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Sphären der Gesellschaft näher bestimmt werden. Durch eine differenzierende Betrachtung der konkreten Einflußfaktoren in der Bundesrepublik Deutschland auf die politischen Sozialisationsbedingungen wird es grundsätzlich möglich, die Grundzüge der politischen Sozialisationsbedingungen für die Mitglieder der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland zu rekonstruieren.

Die jeweils individuell er- und durchlebten politischen Sozialisationsprozesse richten sich dabei auf der einen Seite an den gegebenen politischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Vorgaben aus und erfahren auf der anderen Seite eine spezifische Brechung, Modifikation und Interpretation durch den milieu-, sozial- und situativbedingten Verlauf der politischen Sozialisationsprozesse der Individuen.

Die individuelle Verarbeitung und Akkumulation der erlebten politischen Sozialisationserfahrungen führen zu einer jeweils individuell unterschiedlichen und subjektiv selbstverständlich erscheinenden, unverwechselbaren politischen Identität der Individuen, die - von außen betrachtet - gleichwohl typische gruppen-, schichten- oder generationsspezifische Strukturen aufweisen können.

Die politische Identität gewinnt für die Gestaltung der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse und damit für die Einflußnahme auf die Gesellschaftsentwicklung dadurch an Bedeutung, daß sie von den Individuen in konkretes politisch-gesellschaftliches Partizipationshandeln umgesetzt wird. Der häufig anzutreffende faktische individuelle Verzicht auf politische Partizipation verhindert Gesellschaftsentwicklung jedoch nicht, sondern überläßt die Beeinflussung der gesellschaftlichen Verhältnisse nur anderen.

Die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Gesellschaftsentwicklung durch gezielte politische Partizipationsaktionen verweist auch auf die gesellschaftlichen Mechanismen, die die praktische Relevanz individueller politischer Partizipationsaktionen durch die Setzung eines entsprechenden Regelwerks (u. a.

politisch-gesellschaftliche Immunisierungsstrategien, Manipulation der öffentlichen Meinung, gesetzliche Maßnahmen oder spezielle Förderung) zu steuern versuchen.

Die Teilstrukturen des gesamtgesellschaftlichen Wechselprozesses sind zwar einer funktionalen Beschreibung zugänglich und die Ursache-Wirkungs-Mechanismen lassen sich auch offenlegen, die Gesamtwirkung einer partiellen Veränderung in einem der Strukturelemente kann allerdings aufgrund der methodischen Grenzen (Vielzahl der Freiheitsgrade des Systems - vgl. Kapitel 4.1) auf der diskutierten Ebene grundsätzlich nicht prognostiziert werden. Eine erkannte Wirkung kann zwar nachträglich auf ihre Ursachen zurückgeführt werden, jedoch ist es - nach dem Stand der erwähnten Theoriediskussion - unmöglich, z. B. eine partielle aktuelle Veränderung eines Einflußfaktors in diesem Wirkmechanismus in ihrer faktischen Relevanz für die Gesellschaftsentwicklung exakt zu prognostizieren. Die Vielzahl der zu teilautonomem Handeln fähigen "Einflußfaktoren" (u. a. gesellschaftliche Gruppen, Parteien, Institutionen, administrative Einheiten, soziale Bewegungen usw.) im Prozeß der Gesellschaftsentwicklung verhindern eine auf Ursache-Wirkungs-Schlußfolgerungen begründete Vorhersage von Auswirkungen auf die Gesellschaftsentwicklung bei einer spezifischen Veränderung im politischen Partizipationsverhalten (z. B.) gesellschaftlicher Gruppen. Selbst wenn der genaue Ursache-Wirkungs-Mechanismus in jedem der gesellschaftlichen Teilbereiche in seinen Einzelheiten vollständig bekannt wäre, bliebe die Variationsbreite des Ergebnisses der Wechselwirkungen zwischen den Teilbereichen aus Anlaß einer "Veränderung" in einem Teilbereich so groß, daß keine exakten Vorhersagen über die Gesamtentwicklung bzw. die Folgewirkungen der ursprünglichen Veränderung möglich wären.

Während sich die inhaltliche, strukturelle und formale Beschreibung des Einflusses der gesellschaftlichen Sphären auf die Bedingungen und den Verlauf der politischen Sozialisation auf ein relativ breites Spektrum wissenschaftlicher Ergebnisse stützen kann, zeigen sich bezüglich der Bedeutung der politischen Sozialisation und ihres Wandels für die Gesellschaftsentwicklung sowohl in der theoretischen Darstellung als auch in dem vorhandenen empirischen Material deutliche Lücken.

Die bisher - in der entsprechenden Literatur - nur angedeuteten und mitgedachten, aber nicht ihrer Struktur und Funktion entsprechend diskutierten Wirkzusammenhänge zwischen der politischen Sozialisation, der Entwicklung der individuellen politischen Identität und der hieraus resultierenden politischen Partizipation in ihrer Bedeutung für die Gesellschaftsentwicklung macht vor dem Hintergrund der diskutierten methodischen Schranken eine Vorgehensweise notwendig, in der aktuelle politisch-gesellschaftliche Phänomene aufgegriffen, singuläre Wirkketten analysiert und mögliche Folgen für die Gesellschaftsentwicklung diagnostiziert werden.

Hierbei können u. a. strukturelle Möglichkeiten von individuell oder im sozialen Kontext gelenkten politischen Sozialisationsprozessen aufgezeigt und die Chancen einer Einflußnahme auf die Gesellschaft durch eine Umsetzung der sich hierbei artikulierenden politischen Interessen in politische Entscheidungen erörtert werden.

Zu prüfen ist nicht zuletzt die Frage, ob innerhalb der sich verstärkenden Diskussion¹⁹ über eine psychologisch orientierte Tätigkeitstheorie (vgl. u. a. LEONT'EV 1977) Ergebnisse zutage gefördert werden, die für bestimmte

Aspekte (der individuellen Entwicklung) innerhalb des erörterten Zusammenhangs von politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung bedeutungsvoll werden können.

Die Tätigkeitstheorie versteht sich als eine psychologische Evolutionstheorie, in der das Individuum nicht nur als Produkt einer gegebenen gesellschaftlichen Umwelt gesehen wird, sondern zugleich als Veränderer dieser gesellschaftlichen Umwelt und damit (mittelbar) auch als Veränderer der eigenen Entwicklungsbedingungen.

Zur Festigung, Vertiefung und Weiterführung des erörterten Strukturmodells werden empirisch orientierte Untersuchungen wesentlicher Bereiche des Gesellschaftssystems (z. B. das Bildungssystem) notwendig.

Auf Grundlage der erarbeiteten strukturellen Wechselwirkung zwischen politischer Sozialisation und Gesellschaftsentwicklung erhalten insbesondere die Fragen nach den Austauschformen zwischen diesen beiden Bereichen und damit auch des Zusammenhangs von individueller und gesellschaftlicher Entwicklung eine neue, zusätzliche Dimension.

7 Anmerkungen

¹ Für das von EASTON und DENNIS entworfene systemtheoretische Modell bestehen erhebliche Zweifel, ob der Wandel des Systems ohne zusätzliche Annahmen durch selbstinnovatorische Prozesse über die dysfunktionale politische Sozialisation hinreichend erklärt werden kann (vgl. HEINRICH 1974, S. 268 ff.).

² Zum Beispiel gibt GREENSTEIN folgende Definition der politischen Sozialisation: "Alles politische Lernen, formales wie zwangloses, vorsätzliches wie ungeplantes, zu jeder Zeit, ein Leben lang, eingeschlossen nicht nur ausdrücklich politisches Lernen, sondern nominell nichtpolitisches Lernen, das jedoch politisches Verhalten beeinflusst, wie z. B. Lernen von politisch relevanten, sozialen Einstellungen und den Erwerb von Persönlichkeitsmerkmalen" (zitiert nach ACKERMANN 1974, S. 9).

³ Die Unterteilung der politischen Sozialisation in "latente" und "manifeste" wurde vor allem von GREENSTEIN (1965) betont und Anfang der 70er Jahre von NYSSSEN (1971) für den deutschen Sprachraum eingeführt.

⁴ FREY entwickelt seinen Sozialisationsansatz im Rahmen eines Sonderforschungsprojektes, das sich insgesamt für eine mikrosoziologische Analyse von Sozialisationsprozessen entschieden hat (vgl. EHRHARD 1976).

⁵ Im Hinblick auf die methodische Grundlage gilt allgemein: Die Scheidung der Sozialisationsinhalte in politische und allgemeine setzt einen funktionalen Wissenschaftsansatz voraus, auf dessen Basis sich erst entscheiden läßt, welche Sozialisationsinhalte für die politische Funktion des bestehenden Systems entscheidend sind und somit als politische gelten können. Werden, wie im vorliegenden Ansatz, die Bedingungen und Mechanismen der Sozialisation auf personaler Ebene untersucht, müssen Aussagen mit kausalem Erklärungswert getroffen werden, womit eine Scheidung in politische und nichtpolitische nicht notwendigerweise erforderlich ist.

⁶ Hier kann z. B. auch an eine kontradiktorische Wirkung von Sozialisationsinhalten gedacht werden. Ein typisches Beispiel aus der familialen Erziehung mag dieses verdeutlichen: In der Ablösephase Jugendlicher aus dem Elternhaus ist es nicht ungewöhnlich, daß die von den Eltern vorgelebten kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Werte von den Jugendlichen nur deshalb negiert und in entgegengesetzte Einstellungen und Verhaltensweisen umgesetzt werden, um eine Identitätserzeugende Diskrepanz zwischen den Erziehungszielen (und somit auch den Sozialisationsbemühungen) der Eltern und dem eigenen Sein aufbauen zu können.

⁷ Wird als ein Aspekt im politischen Sozialisationsprozeß z. B. der Versuch der Beeinflussung des politischen Wahlverhaltens durch eine Partei im Wahlkampf betrachtet, so wird innerhalb des Bezugssystems dieser Partei eine Wahlentscheidung zu ihren Gunsten erwartet, wenn der politische Sozialisationsprozeß als erfolgreich angesehen werden soll. Unter Verwendung der Begriffsbestimmung von FREY läge nur dann ein erfolgreich abgeschlossener Sozialisationsprozeß vor, wenn der Wähler seine Stimme dieser Partei gegeben hätte. In der bundesdeutschen Wahlsoziologie wurde u. a. für die Wahl in Nordrhein-Westfalen 1973 festgestellt, daß z. B. Wähler (zum Teil auch Mitglieder der SPD) mit eindeutiger Parteipräferenz für die SPD (Einstimmungsdimension) dennoch aus wahltaktischen Gründen der FDP ihre Stimme gaben. Vergleichbares gilt auch für die potentiellen CDU-Wähler, die in der Hessenwahl im Herbst 1983 FDP wählten. Obwohl also die SPD bzw. die CDU diese Wähler für sich eingenommen hatte und diese Wähler auch die Regierungsbeteiligung der SPD bzw. CDU sicherstellten oder sicherstellen wollten, lag im Sinne der FREYschen Sozialisationsdefinition eine Nicht- bzw. Fehlsozialisierung dieser Wähler, bezogen auf das soziale Bezugssystem ihrer Partei und ihrer faktischen Wahlentscheidungen, vor.

⁸ Die weiter oben am Beispiel der Parteipräferenz bzw. des Wahlverhaltens ausgeführte Kritik an der fehlenden Berücksichtigung der Einstellungsebene bei der Definition der Sozialisation durch FREY wird auch durch diese seine Ausführungen nicht gegenstandslos. Für den Erfolg des Sozialisationsprozesses ist für FREY entscheidend, ob letztlich eine Verhaltensanpassung des Sozialisanden durch den Sozialisator erreicht wird; die Frage der verdeckten Sozialisation gewinnt vor allem in Hinblick auf die Stetigkeit und die Intensität der ansozialisierten Verhaltensnormen an Gewicht.

⁹ Beispiel hierzu sind die Ausdifferenzierung von Machtstrukturen in sozialen Gebilden im Laufe der Institutionalisierung einer Gesellschaftsformation sowie die Interdependenz zwischen Rechts- und Machtstrukturen.

¹⁰ "Trieb ist in psychoanalytischer Anschauung ... ein dem Erleben nicht äußerlicher sondern immanenter Bestandteil. Erleben ist 'inhaltlich' triebbestimmt" (LORENZER 1974, S. 38).

¹¹ Peter ORBAN beschreibt die Vermittlungsschritte, über die die Produktion von Subjektivität in der vorgeburtlichen und der ersten nachgeburtlichen Entwicklungsphase **konkret** verläuft. Seine Problemstellung lautet: Wie konstituiert sich Subjektivität innerhalb der Sozialisation unter den Bedingungen spätkapitalistischer Produktion überhaupt? Auf der Basis der an LORENZER angelehnten Grundannahme des materiellen Herstellens von Subjektivität weist ORBAN nach, daß mit der Produktion von "bestimmten Interaktionsformen" bereits in der vorgeburtlichen kindlichen Entwicklungsphase begonnen wird. Hier entstehen die ersten Ansätze von Subjektivität (ORBAN 1976, insbesondere Kapitel 1 und 2).

¹² Der Anspruch von LORENZER, eine historisch-materialistisch begründete Sozialisationstheorie vorgelegt zu haben, wird u. a. von KROVOZA bestritten (vgl. KROVOZA 1976, S. 67 ff.).

¹³ Der Begriff "Kommunikation" erhält in der aktuellen Veröffentlichung von LUHMANN (1986) zur ökologischen Gefährdung der Gesellschaft eine spezifische Bedeutung: die Elemente des Systems Gesellschaft sind sinnhafte Kommunikationen (vgl. LUHMANN 1986, S. 62). "Unter Gesellschaft soll das umfassendste System sinnhafter Kommunikation verstanden werden" (ebenda). Das Kommunikations-system Gesellschaft nimmt dabei die Probleme der Ökologie nicht unmittelbar, sondern nur als Kommunikation über ökologische Probleme innerhalb seiner Funktionssysteme (Wirtschaft, Recht usw.) war (ebenda, insb. S. 75 ff.).

¹⁴ Bereits 1873 schrieb Maxwell: "Es ist eine metaphysische Doktrin, daß Ursachen gleiche Wirkungen nach sich zögen. Niemand kann sie bestreiten. Ihr Nutzen aber ist gering in einer Welt wie dieser, in der gleiche Ursachen niemals wieder eintreten und nichts zum zweiten Mal geschieht. Das sich daran anlehrende physikalische Axiom lautet: Ähnliche Ursachen haben ähnliche Wirkungen" (Zitiert nach DECKER/THOMAS 1983, S. 64).

¹⁵ Die gesteigerten Erwartungen an das Ausbildungsniveau der Hochschulangehörigen resultierte aus der Umstellung der bundesdeutschen Wirtschaft von einer auf quantitative Erweiterung ausgerichteten zu einer an qualitative Verbesserungen ihrer Produkte und Produktionsmethoden zielenden Wirtschaft am Ende der "Wirtschaftswunderphase". Die veränderten Ansprüche der "Wirtschaft" an die Anzahl und das Qualifikationsniveau der Hochschulabsolventen resultierten somit nicht aus einer Verschiebung der Ausbildungsqualität im Hochschulbereich, sondern wurden letztlich durch veränderte Anforderungen des Weltmarktes an die bundesdeutsche Wirtschaft ausgelöst (vgl. u. a. HIRSCH/LEIBFRIED 1971, S. 26 ff.).

¹⁶ Aus der damaligen bildungsökonomischen Perspektive wurde das zugrundeliegende Interesse der "Wirtschaft" an der Qualifikationsstruktur wie folgt dargestellt: **"Der Kapitalist bzw. der Bildungsökonom betrachtet nämlich die Arbeitskraft schon in einem Zustand als gekauft, wo diese noch Eigentum des Arbeiters ist** (Hervorhebung: i. O.). In dem Maße also, wie die Ausbildung von qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräften nach dem Bedarf und unter dem Einfluß der Wirtschaft geschieht, hat die Verfü-

gung des Kapitals über die Arbeitskraft eigentlich schon im Zustand der 'Produktion der Produktivkraft Arbeit' begonnen" (ALTVATER/HUISKEN 1971, S. 193). Heute werden die Ansätze und Ergebnisse dieser "Erlanger Bildungsökonomie" aus unterschiedlichster Perspektive einer kritischen Überprüfung unterzogen (vgl. u. a. HUISKEN 1984, S. 23 ff. und AXMACHER 1984, S. 17 ff.).

17 "Die Studienreformforderungen der Studenten, die gerade die inhaltliche und organisatorische Struktur des Studiums verändern wollten, waren also von der akademischen Seite beantwortet worden, indem administrativer Leistungsdruck über die Studenten verhängt wurde" (BERGMANN 1968, S. 20).

18 Nicht wenige Akteure der Studentenbewegung, wie zuletzt noch Bernd Rabehl, werden noch nach Jahren mit berufseinschränkenden, praktischen Sanktionen für ihr damaliges Verhalten "bestraft".

19 Vgl. u. a. "Eröffnungsreferat zum I. Internationalen Kongreß zur Tätigkeitstheorie am 3.10.86" von Prof. Dr. Martin HILDEBRAND-NILSHON (FU-Berlin, Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften I - unveröffentlichtes Manuskript).

8 Literaturverzeichnis

- ABELS, Heinz (Hrsg.): Sozialisation in der Schule.
Bochum 1971.
- ACKERMANN, Paul: Bedingungen, Ziele und Möglichkeiten
politischer Sozialisation. In:
ACKERMANN, Paul (Hrsg.): Politische
Sozialisation. Opladen 1974, S. 9-36.
- ACKERMANN, Paul (Hrsg.): Politische Sozialisation.
Opladen 1974.
- AGNOLI, Johannes: Wahlkampf und sozialer Konflikt. In:
NARR, Wolf-Dieter (Hrsg.): Auf dem Weg zum
Einparteienstaat. Opladen 1977, S. 213-241.
- ALEMANN, Ulrich/FRONDRAN, Erhard: Methodik der Politik-
wissenschaft. Stuttgart 1974.
- ALEMANN, Ulrich/HEINZE, Rolf G.: Auf dem Weg zum liberalen
Ständestaat? Einführung in die Korporatismus-
diskussion. In: ALEMANN, Ulrich/HEINZE,
Rolf G. (Hrsg.): Verbände und Staat.
Opladen 1979.
- ALEMANN, Ulrich/HEINZE, Rolf G. (Hrsg.): Verbände und
Staat. Opladen 1979.
- ALLERBECK, Klaus R.: Eine sozialstrukturelle Erklärung von
Studentenbewegungen in hochentwickelten
Industriegesellschaften. In: ALLERBECK,
Klaus R./ROSEN MAYR, Leopold: Aufstand
der Jugend? München 1971, S. 179-201.
- ALLERBECK, Klaus R.: Soziologie radikaler Studentenbewegungen.
München 1973.
- ALLERBECK, Klaus R./ROSEN MAYR, Leopold: Aufstand der Jugend?
München 1971.
- ALTVATER, Elmar/HUISKEN, Freerk: Materialien zur
politischen Ökonomie des Ausbildungssektors.
Erlangen 1971.
- AMERICAN POLITICAL SCIENCE REVIEW. 62 (1968).

AMERICAN SOCIOLOGICAL REVIEW. 31 (1966).

ANGER, Hans: Probleme der deutschen Universität.
Tübingen 1960.

ARDORNO, Theodor W.: Aufsätze zur Gesellschaftstheorie
und Methodologie. Frankfurt/M. 1970.

ARDORNO, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter.
Frankfurt/M. 1973.

AUSUBEL, David P./SULLIVAN, Edmund A.: Das Kindesalter.
München 1974.

AXMACHER, Dirk A.: Politische Ökonomie des Ausbildungs-
sektors - Schicksal und Erbe einer Theorie.
In: WIDERSPRÜCHE, Heft 10 (1984), S. 17-30.

AZ-Magazin. Hochschulpolitische Reihe. No. 2-5 (o. J.)
(offensichtlich 1984/85).

BACHRACH, Peter/BARATZ, Morton S.: Macht und Armut.
Frankfurt/M. 1977 (engl. 1970).

BAUSS, Gerhard: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre.
Köln 1977.

BECK, Gertrud: Grundschule als Instanz politischer
Sozialisation. In: BECK, Gertrud/
HILLIGEN, Wolfgang (Hrsg.): Politische
Bildung ohne Fundament. Neuwied 1973, S. 11-27.

BECK, Gertrud/HILLIGEN, Wolfgang (Hrsg.): Politische
Bildung ohne Fundament. Neuwied 1973.

BECK, Johannes: Teilen und Herrschen. In: extra päd.
extra o. J. (1973), S. 8-14.

BECK, Johannes, u. a.: Erziehung in der Klassengesell-
schaft. München 1970.

BECKER, Egon/HERKOMMER, Sebastian/BERGMANN, Joachim:
Erziehung zur Anpassung? Schwalbach 1967.

BEHRMANN, Günter C.: Soziales System und politische
Sozialisation. Stuttgart 1972.

BERG-SCHLOSSER, Dirk: Politische Kultur. München 1972.

BERGMANN, Uwe: Die Gründung der Freien Universität. In:
BERGMANN, Uwe, u. a.: Rebellion der Studenten
oder Die neue Opposition. Hamburg 1968,
S. 7-32.

BERGMANN, Uwe, u. a.: Rebellion der Studenten oder
Die neue Opposition. Hamburg 1968.

BEST, James: Public Opinion. Homewood 1973.

BETRIFFT: ERZIEHUNG 1970, Nr. 1.

BEYME, Klaus von: Interessengruppen in der Demokratie.
München 19805.

BILD DER WISSENSCHAFT. Heft 2 (1983).

BIRKENBACH, Dieter: Zwischenbericht über die erwartete
Entwicklung an der FU. In: AZ-Magazin.
Hochschulpolitische Reihe. No. 4 o. J. (1984).

BLANKE, Bernhard/JÜRGENS, Ulrich/KASTENDIEK, Hans:
Kritik der Politischen Wissenschaft.
Bd. 1 und 2. Frankfurt/M. 1975.

BÖHRET, Carl: Innenpolitik und politische Theorie.
Opladen 1979.

BOLTE, Martin/KAPPE, Dieter/NEIGHARDT, Friedhelm:
Soziale Ungleichheit. Opladen 1974.

BRIM, Orville G. Jr./WHEELER, Stanton: Erwachsenen-
Sozialisation. Stuttgart 1974.

BRÜGGEMANN, Heinz/GERSTENBERGER, Heide/GOTTSCHALCH,
Wilfried/PREUSS, Ulrich K.: Über den
Mangel an politischer Kultur in
Deutschland. Berlin 1978.

CLAUSEN, John A. (Hrsg.): Socialization and Society.
Boston 1968.

CLAUSSEN, Bernhard (Hrsg.): Materialien zur politischen
Sozialisation. München 1976.

- CLAUSSEN, Bernhard/WASMUND, Klaus: Handbuch der politischen Sozialisation. Braunschweig 1982.
- DAWSON, Richard E./PREWITT, Kenneth: Political Socialization. Boston 1969.
- DECKER, Uli/THOMAS, Harry: Die Chaos-Theorie. In: Bild der Wissenschaft. Heft 2 (1983), S. 63-75.
- DEPPE, Frank: Das Bewußtsein der Arbeiter. Köln 1971.
- DUTSCHKE, Rudi: Mein langer Marsch. Reinbek bei Hamburg 1980.
- DUTSCHKE, Rudi: Die Revolte. Reinbek bei Hamburg 1983.
- DUTSCHKE, Rudi: Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt. In: BERGMANN, Uwe, u. a.: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition. Hamburg 1968, S.33-93.
- EASTON, David/DENNIS, Jack: Children in the Political System. New York 1969.
- EHRHARDT, Klaus, u. a.: Interdisziplinäre Sozialisationsforschung. Stuttgart 1976.
- EISENBERG, Götz/THIEL, Wolfgang: Fluchtversuche. Gießen 1973.
- EISENHARDT, Hermann: Klassenbegriff und Praxisverfall in der Neuen Linken. München 1975.
- ELIAS, Norbert: Über den Prozeß der Zivilisation. Bd. I und II. Frankfurt/M. 1976 und 1977.
- extra päd. extra o. J. (1973).
- FAULSTICH-WIELAND, Hannelore: Politische Sozialisation in der Berufsschule. Weinheim 1976.
- FAULSTICH-WIELAND, Hannelore, u. a.: Soziologie und Psychologie der Erziehung. West-Berlin 1974.

FEND, Helmut: Gesellschaftliche Bedingungen schulischer Sozialisation. Weinheim 1974.

FEND, Helmut, u. a.: Sozialisationseffekte der Schule. Weinheim 1976.

FESTINGER, Leon: A Theory of Cognitive Dissonance. New York 1957.

FISCHER, Gerhard (Hrsg.): Zum aktuellen Stand der Theorie und Didaktik der Politischen Bildung. Stuttgart 19804.

Freie Universität Berlin 1948-1973. Hochschule im Umbruch. Bearbeitet von Siegward Lönnendonker, Tilman Fichter und Claus Rietzschel. Teil IV: Die Krise (1964-1967). Berlin 1975. Teil V: Gewalt und Gegengewalt (1967-1969). Berlin 1983. (Zitiert als "FU-Dokumentation")

FREUD, Anna: Das Ich und die Abwehrmechanismen. München 19739.

FREUD, Sigmund: Fragen der Gesellschaft. Ursprünge der Religion. Studienausgabe Bd. IX. Frankfurt/M. 1974.

FREY, Hans-Peter: Probleme der Modellierung von Sozialisationsprozessen. In: EHRHARDT, Klaus (Hrsg.): Interdisziplinäre Sozialisationsforschung. Stuttgart 1976, S. 34-58.

FREY, Hans-Peter: Theorie der Sozialisation. Stuttgart 1974.

GAUMANN, C. F. (Hrsg.): Handbuch der Psychologie. Bd. 7.2. Göttingen 1973.

GEULEN, Dieter: Das vergesellschaftete Subjekt. Frankfurt/M. 1972.

GIESECKE, Hermann: Didaktik der politischen Bildung. München 197610.

- GOTTSCHALCH, Wilfried: Bedingungen und Chancen politischer Sozialisation. Frankfurt/M. 1972.
- GOTTSCHALCH, Wilfried/NEUMANN-SCHÖNWETTER, Maria/SOUKUP, Gunther: Sozialisationsforschung. Frankfurt/M. 1975.
- GÖRLITZ, Alex: Politische Sozialisationsforschung. Stuttgart 1977.
- GREENBERG, EDWARD S. (Hrsg.): Political Socialization. New York 1970.
- GREENSTEIN, Fred J.: Children and Politics. New Haven 1965.
- GRIESE, Hartmut M.: Erwachsenensozialisation. München 1976.
- GRIESE, Hartmut M.: Soziologische Anthropologie und Sozialisationstheorie. Weinheim 1976.
- GRONEMEYER, Marianne: Motivation und politisches Handeln. Hamburg 1976.
- GRONEMEYER, Reimer: Integration durch Partizipation? Frankfurt/M. 1973.
- GROSSARTH-MATICEK, Ronald: Revolution der Gestörten? Heidelberg 1975.
- GUKENBIEHL, Hermann L. (Hrsg.): Felder der Sozialisation. Braunschweig 1979.
- HABERMAS, Jürgen: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt/M. 19753.
- HABERMAS, Jürgen: Protestbewegung und Hochschulreform. Frankfurt/M. 1969.
- HABERMAS, Jürgen: Student und Politik. Neuwied 1961.
- HÄNSEL, Dagmar: Die Anpassung des Lehrers. Weinheim 1976.
- HAUG, Frigga: Erziehung und gesellschaftliche Produktion. Kritik des Rollenspiels. Frankfurt/M. 1976.

HAUG, Frigga: Kritik der Rollentheorie. Frankfurt/M. 1972.

HÄUSSERMANN, Hartmut/KADRITZKE, Niels/NEVERMANN, Knut (Hrsg.): Die Rebellen von Berlin. Köln 1967.

HEINRICH, G.: Politische Sozialisation, Politische Kultur und Systemtheorie. In: ACKERMANN, Paul (Hrsg.): Politische Sozialisation. Opladen 1974, S. 268-280.

HELBIG, Ludwig, u. a.: Lernfeld Sozialisation. Weinheim 1979.

HENNIS, Wilhelm: Politik als praktische Philosophie. Neuwied 1963.

HERZ, Thomas: Der Wandel von Werthaltungen in westlichen Industriegesellschaften. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 31 (1979), Heft 2, S. 282-302.

HILLIGEN, Wolfgang: Dreimal "Emanzipation". In: ACKERMANN, Paul (Hrsg.): Politische Sozialisation. Opladen 1974, S. 197-218.

HIRSCH, Joachim: Den Tiger reiten. Vor der zweiten Hochschulreform. In: AZ-Magazin. Hochschulpolitische Reihe. No. 4 o. J. (1984), S. 12-20.

HIRSCH, Joachim/LEIBFRIED, Stephan: Materialien zur Wissenschafts- und Bildungspolitik. Frankfurt/M. 1971.

HOBBES, Thomas: Leviathan. Hrsg. und eingeleitet von FETSCHER, Iring. Neuwied 1966.

HOEFNAGELS, H./KLAASSEN, C.: Sozialisation und sozialer Wandel. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 27 (1975), Heft 1, S. 160-170.

HOFMANN, Werner: Zur Soziologie der Studentenrevolte. Berlin 1975.

- HOFSTÄTTER, Peter R.: Probleme des deutschen Selbstbildes.
In: STEFFEN, Hans (Hrsg.): Die Gesellschaft
in der Bundesrepublik. Göttingen 1970,
S. 157-181.
- HOLTMANN, Antonius: Sozialisation, Lernen und Theoriebil-
dung. In: Schriftenreihe der Bundeszentrale
für politische Bildung. Heft 96. Bonn 1973,
S. 113-126.
- HORKHEIMER, Max: Autorität und Familie (1936). In:
HORKHEIMER, Max: Kritische Theorie. Bd. 1.
Frankfurt/M. 1968, S. 277-360.
- HORKHEIMER, Max: Kritische Theorie. Bd. 1 und 2.
Frankfurt/M. 1968.
- HORN, Klaus/SCHÜLEIN, Johann: Interaktionsformen im
organisierten Kapitalismus und ihre politische
Bedeutung. In: LEITHÄUSER, Thomas: Formen des
Alltagsbewußtseins. Frankfurt/M. 1976, S. 82-102.
- HUBER, Ludwig (Hrsg.): Ausbildung und Sozialisation in der
Hochschule. Stuttgart 1983.
- HUCH, Kurt J.: Einübung in die Klassengesellschaft. Frank-
furt/M. 19746.
- HÜFNER, Klaus (Hrsg.): Bildungswesen: mangelhaft.
BRD-Bildungspolitik im OECD-Länderexamen.
Frankfurt/ M. 1973.
- HUISKEN, Freerk: Kritik der bürgerlichen Schule - nebst
Kritik der "Erlanger Bildungsökonomie". In:
MEHRWERT, Nr. 24 (1985), S. 23-45.
- HURRELMANN, Klaus: Schulische Sozialisation und abweichendes
Verhalten. In: WALTER, Heinz (Hrsg.): Soziali-
sationsforschung. Bd. II. Stuttgart 1973,
S. 147-160.
- HURRELMANN, Klaus (Hrsg.): Sozialisation und Lebenslauf.
Reinbek bei Hamburg 1976.
- HURRELMANN, Klaus/ULICH, Dieter: Handbuch der Soziali-
sationsforschung. Weinheim 1980.

INGLEHART, Roland: The Silent Revolution. Princeton 1977.

INGLEHART, Roland: Zusammenhang zwischen sozialökonomischen Bedingungen und individuellen Wertprioritäten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 32 (1980), Heft 1, S. 144-153.

JAEGGI, Urs: Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik. Frankfurt/M. 1973.

JAROS, Dean/HIRSCH, Herbert/FLERON, Frederic J. Jr.: The Malevolent Leader: Political Socialization in an American Sub-Culture. In: American Political Science Review. 62 (1968), S. 564-575.

KAASE, Max: Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik. In: WILDENMANN, Rudolf (Hrsg.): Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik. Bd. 2. München 1971.

KAASE, Max: Die politische Mobilisierung von Studenten in der BRD. In: ALLERBECK, Klaus R./ROSENMARY, Leopold: Aufstand der Jugend? München 1971, S. 155-177.

KAMPER, Dieter (Hrsg.): Sozialisationstheorie. Freiburg 1974.

KENISTON, Keneth: Neue empirische Forschungen zu den Studentenrevolten: Die amerikanische Studentenbewegung. In: ALLERBECK, Klaus R./ROSENMARY, Leopold: Aufstand der Jugend? München 1971, S. 83-107.

KOHLI, Martin (Hrsg.): Soziologie des Lebenslaufs. Darmstadt 1978.

KÖLNER ZEITSCHRIFT FÜR SOZIOLOGIE UND SOZIALPSYCHOLOGIE. 1975, 1979 und 1980.

KRAPPMANN, Lothar: Soziologische Dimensionen der Identität. Stuttgart 19754.

KRESS, Gisela/SENGHAAS, Dieter: Politikwissenschaft.
Frankfurt/M. 1970.

KROVOZA, Alfred: Produktion und Sozialisation. Köln 1976.

KÜHNEL, Reinhard: Formen der bürgerlichen Herrschaft.
Hamburg 1971.

KULKE, Christine: Politische Sozialisation. In: HURRELMANN, Klaus/ULICH, Dieter (Hrsg.):
Handbuch der Sozialisationsforschung.
Weinheim 1980, S. 745-777.

LANDEFELD, Beate/SOMMERFELD, Franz (Hrsg.): Sackgassen
und Irrwege. Dortmund 1979.

LANGGUTH, Gerd: Die Protestbewegung in der Bundesrepublik
Deutschland 1968-1976. Köln 1976.

LANGGUTH, Gerd: Protestbewegung. Köln 1983.

LEFÉVRE, Wolfgang: Reichtum und Knappheit. In:
BERGMANN, Uwe, u. a.: Rebellion der Studenten
oder Die neue Opposition. Hamburg 1968,
S. 94-150.

LEHNARDT, Karl-Heinz/VOLMER, Ludger: Politik zwischen
Kopf und Bauch. Bochum 1979.

LEHNER, Franz/WEHRLI, Walter: Individuum, Persönlichkeit
und System. In: Sozialwissenschaftliches
Jahrbuch 4 (1975), S. 229-243.

LEIBFRIED, Stephan (Hrsg.): Wider die Untertanenfabrik.
Köln 1967.

LEITHÄUSER, Thomas: Formen des Alltagsbewußtseins. Frankfurt/M. 1976.

LEITHÄUSER, Thomas/HEINZ, Walter R. (Hrsg.): Produktion,
Arbeit, Sozialisation. Frankfurt/M. 1976.

LEONT'EV, Aleksej N.: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit. Stuttgart 1977.

- LOCKE, John: Zwei Abhandlungen über die Regierung.
Frankfurt/M. 1967.
- LÖWENTHAL, Richard: Der romantische Rückfall. Stuttgart 1970.
- LORENZER, Alfred: Die Wahrheit der psychoanalytischen Erkenntnis. Frankfurt/M. 1976a.
- LORENZER, Alfred: Zur Begründung einer materialistischen Sozialisationstheorie. Frankfurt/M. 1972.
- LORENZER, Alfred: Zur Dialektik von Individuum und Gesellschaft. In: LEITHÄUSER, Thomas/HEINZ, Walter R. (Hrsg.): Produktion, Arbeit, Sozialisation. Frankfurt/M. 1976b, S. 48-68.
- LÜCK, Volker: Basiskonzepte der Politischen Sozialisationsforschung. Frankfurt/M. 1976.
- LUHMANN, Niklas: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Frankfurt/M. 1980.
- LUHMANN, Niklas: Ökologische Kommunikation. Opladen 1986.
- LUHMANN, Niklas: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat. München 1981.
- LUHMANN, Niklas: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/M. 1984.
- LÜSCHER, K.: Der Prozeß der beruflichen Sozialisation. Stuttgart 1969.
- MANNHEIM, Karl: Wissenssoziologie. Neuwied 19702.
- MARX, Karl: Das Kapital. Berlin/DDR 1963.
- MEHRWERT, Nr. 24 (1985).
- MESCHKAT, Klaus: Auf Sand gebaut? Gedanken zur neuen Universität. In: LEIBFRIED, Stephan (Hrsg.): Wider die Untertanenfabrik. Köln 1967, S. 25-42.
- MILLHOFER, Petra: Familie und Klasse. Berlin 1973.

MÜHLBAUER, Karl R.: Sozialisation. München 1980.

NARR, Wolf-Dieter: Parteienstaat in der BRD - ein Koloß auf tönernen Füßen, aber mit Stahlzähnen.
In: NARR, Wolf-Dieter (Hrsg.): Auf dem Weg zum Einparteienstaat. Opladen 1977, S. 7-25.

NARR, Wolf-Dieter: Theoriebegriffe und Systemtheorie.
Stuttgart 1972³.

NARR, Wolf-Dieter (Hrsg.): Auf dem Weg zum Einparteienstaat. Opladen 1977.

NARR, Wolf-Dieter/SCHAEER, Hermann/SPÖRI, Dieter:
SPD - Staatspartei oder Reformpartei?
München 1976.

NEGT, Oskar/KLUGE, Alexander: Öffentlichkeit und Erfahrung. Frankfurt/M. 1974³.

NEIGHARDT, Friedhelm: 'Modernisierung' der Erziehung. Ansätze und Thesen zu einer Soziologie der Sozialisation. In: RONNEBERGER, Franz (Hrsg.): Sozialisation durch Massenkommunikation. Stuttgart 1971, S. 1-20.

NEIGHARDT, Friedhelm (Hrsg.): Frühkindliche Sozialisation. Stuttgart 1975.

NYSSSEN, Friedhelm: Kinder und Politik. In: ACKERMANN, Paul (Hrsg.): Politische Sozialisation. Opladen 1974, S. 71-89.

NYSSSEN, Friedhelm: Stichwort politische Sozialisation. In: betriff: erziehung, Nr. 1 (1970), S. 21.

OERTER, Rolf: Entwicklung und Sozialisation.
Donauwörth 1977.

OERTER, Rolf: Struktur und Wandlung von Werthaltungen.
München 1970.

OERTER, Rolf: Zur Dynamik von Entwicklungsaufgaben im menschlichen Lebenslauf. In: OERTER, Rolf (Hrsg.): Entwicklung als lebenslanger Prozeß.
Hamburg 1978, S. 66-110.

- OERTER, Rolf (Hrsg.): Entwicklung als lebenslanger Prozeß. Hamburg 1978.
- OFFE, Claus: Die Institutionalisierung des Verbandseinflusses - eine ordnungspolitische Zwickmühle. In: ALEMANN, Ulrich/HEINZE, Rolf G. (Hrsg.): Verbände und Staat. Opladen 1979, S. 72-91.
- OFFE, Claus: Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität. In: ROTH, Roland (Hrsg.): Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen. Frankfurt/M. 1980, S. 26-42.
- OFFE, Claus: Politische Herrschaft und Klassenstruktur. In: KRESS, Gisela/SENGHAAS, Dieter: Politikwissenschaft. Frankfurt/M. 1970, S. 155-189.
- OFFE, Claus: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Frankfurt/M. 1971.
- ORBAN, Peter: Sozialisation. Frankfurt/M. 1973.
- ORBAN, Peter: Subjektivität. Wiesbaden 1976.
- OTTOMEYER, Klaus: Gesellschaftstheorien in der Sozialisationsforschung. In: HURRELMANN, Klaus/ULICH, Dieter: Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim 1980, S. 161-193.
- OTTOMEYER, Klaus: Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen. Hamburg 1977.
- OTTOMEYER, Klaus: Soziales Verhalten und Ökonomie im Kapitalismus. Gießen 1976.
- PARSONS, Talcott: Sozialstruktur und Persönlichkeit. Frankfurt/M. 1975.
- PAWELKA, Peter: Politische Sozialisation. Wiesbaden 1977.
- PEARLIN, Leonard J./KOHN, Melvin L.: Social Class, Occupation, and Parental Values - A Cross-National Study. In: American Sociological Review 31 (1966), S. 466-479.

PIAGET, Jean: Das Erwachen der Intelligenz beim Kind. Stuttgart 1975.

PIEROTH, Bodo: Störung, Streik und Aussperrung an der Hochschule. Berlin 1976.

PORTELE, Gerhar/HUBER, Ludwig: Hochschule und Persönlichkeitsentwicklung. In: HUBER, Ludwig (Hrsg.): Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule. Stuttgart 1983, S. 92-112.

PREUSS, Ulrich K.: Das politische Mandat der Studentenschaft. Frankfurt/M. 19692.

PREUSS-LAUSITZ, Ulf: Politisches Lernen. In: Redaktion betrifft:erziehung (Hrsg.): Politische Bildung - Politische Sozialisation. Weinheim 1973, S. 66-93.

PROKLA 13(1974).

PROKOP, Siegfried: Studenten im Aufbruch. Berlin 1974.

RABEHL, Bernd: Intellektueller Existentialismus. Ein Abschiedsvortrag. In: AZ-Magazin. Hochschulpolitische Reihe. Nr. 5 (1985), S. 26-27.

RAUSCH, Heinz: Politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1980.

REDAKTION BETRIFFT:ERZIEHUNG (Hrsg.): Politische Bildung - Politische Sozialisation. Weinheim 1973.

REICHELT, Helmut: Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx. Frankfurt/M. 1970.

ROLFF, Hans-G., u. a.: Strategisches Lernen in der Gesamtschule. Reinbek bei Hamburg 1974.

RONNEBERGER, Franz (Hrsg.): Sozialisation durch Massenkommunikation. Stuttgart 1971.

ROTH, Roland (Hrsg.): Parlamentaristische Rituale und politische Alternativen. Frankfurt/M. 1980.

- SCHARMANN, Theodor (Hrsg.): Schule und Beruf als Sozialisationsfaktoren. Stuttgart 1974.
- SCHLANGEN, Walter: Theorie der Politik. Stuttgart 1974.
- SCHMIEDERER, Rolf: Politische Bildung im Interesse der Schüler. Hannover 1977.
- SCHRIFTENREIHE DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG.
Heft 96. Bonn 1973.
- SCHULZE, Gerhard: Jugend und politischer Wandel.
München 1976.
- SCHUCH, Hans Waldemar (Hrsg.): Der subjektive Faktor in der politischen Erziehung. Stuttgart 1978.
- SCHÜTZE, Yvonne: Psychoanalytische Theorie der Sozialisationsforschung. In: HURRELMANN, Klaus/
ULICH, Dieter: Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim 1980, 123-146.
- SCHWARTZ, David C./SCHWARTZ, Sandra Kenyon: New
Directions in Political Socialization.
New York 1975.
- SEILER, Thomas B.: Entwicklungstheorien in der Sozialisationsforschung. In: HURRELMANN, Klaus/
ULICH, Dieter: Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim 1980, S. 101-122.
- SENATOR FÜR SCHULWESEN (Hrsg.): Rahmenpläne für Unterricht und Erziehung in der Berliner Schule. A I.
Berlin 1983.
- SOZIALWISSENSCHAFTLICHES JAHRBUCH 4 (1968).
- STARITZ, Dietrich (Hrsg.): Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Opladen 1976.
- STEFFEN, Hans (Hrsg.): Die Gesellschaft in der Bundesrepublik. Göttingen 1970.

- STEINKAMP, Günther: Klassen- und schichtanalytische Ansätze in der Sozialisationsforschung. In: HURRELMANN, Klaus/ULICH, Dieter: Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim 1980, S. 253-284.
- TJADEN, Karl H.: Soziales System und sozialer Wandel. Stuttgart 1972.
- ULICH, Dieter: Lern- und Verhaltenstheorien in der Sozialisationsforschung. In: HURRELMANN, Klaus/ULICH, Dieter: Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim 1980, S. 71-100.
- VOSSBERG, Henning: Studentenrevolte und Marxismus. München 1979.
- WALTER, Heinz (Hrsg.): Sozialisationsforschung Bd. I, II und III. Stuttgart 1973.
- WASMUND, Klaus: Kinder im Wahlkampf. In: CLAUSSEN, Bernhard (Hrsg.): Materialien zur politischen Sozialisation. München 1976, S. 29-56.
- WASMUND, Klaus: Politische Sozialisation im frühen Schulalter. In: Westermanns Pädagogische Beiträge. Heft 10 1971, S. 530-539.
- WEIDENFELD, Werner (Hrsg.): Die Identität der Deutschen. München 1983.
- WIDERSPRÜCHE, Heft 10 (1984).
- WILDENMANN, Rudolf (Hrsg.): Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik. Bd. 2. München 1971.
- WYGOTSKI, Lew. S.: Denken und Sprechen. Nördlingen 19745.
- ZÄNGLE, Michael: Einführung in die politische Sozialisationsforschung. Paderborn 1978.
- ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISATIONSFORSCHUNG UND ERZIEHUNGS-SOZIOLOGIE. Heft 1 und 2 1981.

ZEUNER, Bodo: Das Parteiensystem in der Großen Koalition (1966-1969). In: STARITZ, Dietrich (Hrsg.): Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Opladen 1976, S. 174-193.

ZEUNER, Bodo: Innerparteiliche Demokratie. Berlin 1970.

LEBENS LAUF

11.4.1947

in Wuppertal geboren

Schulbildung/Berufstätigkeit

- 1.4.53 - 31.3.61 Besuch der Volksschule in Wuppertal
- 1.4.61 - 7.9.67 Starkstromelektrikerlehre und
entsprechende Berufstätigkeit
- 8.9.67 - 30.6.71 Besuch der Berufsaufbauschule in
Wuppertal sowie des Wilhelm-Hein-
rich-Riehl-Kollegs in Düsseldorf
Abschluß: Allg. Hochschulreife

Studium/Abschlüsse

- WS 71/72 - WS 76/77 Studium an der Universität Düsseldorf
und an der Freien Universität Berlin
in den Fächern Politologie und Physik
- 27.5.77 Diplomprüfung für Politologen am
Fachbereich 15 der FU Berlin
- 2.7.80 Erste Staatsprüfung für das Amt des
Studienrats in den Fächern Sozialkunde
(Politologie) und Physik
- 7.6.83 Zweite Staatsprüfung

Wissenschaftliche Berufstätigkeit

- 16.6.79 - 31.10.81 Wissenschaftliche Mitarbeit am
Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)
- WS 79/80 - SS 81 Lehrbeauftragter an der Fachhoch-
schule für Öffentliche Verwaltung
in Berlin
- 24.11.81 - 7.6.83 Referendariat für das Amt des Stu-
dienrats
- ab 1.7.83 (überwiegend freiberufliche) wissen-
schaftliche Mitarbeit am WZB

1000 Berlin 20, den 13.2.87

